

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2022 (JStG 2022)

A. Problem und Ziel

In verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts hat sich fachlich notwendiger Gesetzgebungsbedarf ergeben. Dies betrifft insbesondere Anpassungen zur weiteren Digitalisierung, zur Verfahrensvereinfachung, zur Rechtssicherheit und Steuergerechtigkeit sowie zur Umsetzung des Koalitionsvertrages zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Notwendig sind auch Anpassungen an EU-Recht und EuGH-Rechtsprechung sowie Reaktionen auf Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesfinanzhofs. Darüber hinaus besteht unvermeidlicher redaktioneller und technischer Regelungsbedarf. Hierzu gehören Verfahrens- und Zuständigkeitsfragen, Folgeänderungen, Anpassungen auf Grund von vorangegangenen Gesetzesänderungen und Fehlerkorrekturen.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Änderungsgesetz soll diesem fachlich notwendigen Gesetzgebungsbedarf entsprochen werden.

Hierzu gehören insbesondere:

- Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Aufbau eines direkten Auszahlungsweges für öffentliche Leistungen unter Nutzung der steuerlichen Identifikationsnummer, § 139b der Abgabenordnung (AO)
- Modernisierung des Abzugs von Aufwendungen für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit in der häuslichen Wohnung
- Einführung einer Ertragsteuerbefreiung für bestimmte Photovoltaikanlagen
- Erweiterung der Beratungsbefugnis von Lohnsteuerhilfvereinen im Zusammenhang mit steuerbefreiten Photovoltaikanlagen
- weitgehende Abschaffung der Registerfälle für die Zukunft und rückwirkende Abschaffung der Registerfälle für Drittlizenzen, § 49 des Einkommensteuergesetzes (EStG)

- Aufhebung der Begrenzung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent für die Gewinneinkünfte des Jahres 2007 zur Umsetzung der Vorgaben des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 8. Dezember 2021 – BvL 1/13 –, § 32c EStG
- Anhebung des linearen AfA-Satzes (AfA: Absetzung für Abnutzung) für die Abschreibung von Wohngebäuden auf 3 Prozent, § 7 Absatz 4 EStG
- vollständiger Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen ab 2023, § 10 Absatz 3 EStG
- Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags, § 20 Absatz 9 EStG
- Anhebung des Ausbildungsfreibetrags, § 33a EStG
- Steuerfreistellung des Grundrentenzuschlags
- Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung
- Anpassung der Vorschriften der Grundbesitzbewertung nach dem Sechsten Abschnitt des Zweiten Teils des Bewertungsgesetzes an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021

sowie im Bereich der Umsatzsteuer:

- Nullsteuersatz mit Vorsteuerabzug für die Lieferung und Installation von Photovoltaikanlagen
- Schaffung einer nationalen Vorschrift zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/284 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister
- Umsetzung der Verpflichtung zur elektronischen Bereitstellung über Verwaltungsportale nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138)

Zudem wird weiterem, fachlich gebotenen Regelungsbedarf im Steuerrecht nachgekommen. Dazu gehören insbesondere die Klarstellung von Zweifelsfragen sowie Folgeänderungen, Fehlerkorrekturen und sonstiger redaktioneller Änderungsbedarf.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

(Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. Euro)

Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹⁾	Kassenjahr				
		2022	2023	2024	2025	2026
Insgesamt	- 5 605	.	- 3 210	- 3 550	- 2 295	- 2 335
Bund	- 2 463	.	- 1 420	- 1 567	- 1 022	- 1 037
Länder	- 2 346	.	- 1 348	- 1 496	- 968	- 981
Gemeinden	- 796	.	- 442	- 487	- 305	- 317

¹⁾ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von 12 Monaten.

Die Regelungen führen beim Einzelplan (Epl.) 08 für die Haushaltsjahre 2023 bis 2026 insgesamt zu einem Mehrbedarf von 172.437,4 T Euro sowie von 34 Planstellen/Stellen.

Der Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln soll finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 08 ausgeglichen werden.

Im Einzelnen fallen beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) und beim Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund) sowie beim Kapitel 0811 folgende Mehrausgaben an:

Kapitel	HH-Jahr	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Maßnahme	in T€					
0811	Speicherung der IBAN und gegebenenfalls der BIC einer Kontoverbindung zu den Daten zur steuerlichen Identifikationsnummer nach § 139b AO in der IdNr-Datenbank	22	166	289	289		
	IT-Verfahren zur Übermittlung und Speicherung der von Zahlungsdienstleistern gemachten Aufzeichnungen (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG)		238	475	475	475	
Summe		22	404	764	764	475	
0815	Speicherung der IBAN und gegebenenfalls der BIC einer Kontoverbindung zu den Daten zur steuerlichen Identifikationsnummer nach § 139b AO in der IdNr-Datenbank	6 280	13 260	4 600	3 761		
	Einführung eines maschinellen Anfrageverfahrens der Meldebehörden beim BZSt (§ 139b Absatz 7 Satz 3 bis 6 – neu – AO)		222	600	206	206	
	IT-Verfahren zur Übermittlung und Speicherung der von Zahlungsdienstleistern gemachten Aufzeichnungen (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG)		8 328	7 455	7 080	5 205	
	Beendigung der Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes (§ 72 Absatz 1 Satz 6 und 7, Absatz 3 Nummer 3, Absatz 8 Satz 3 – aufgehoben – EStG, § 5 Absatz 1 Nummer 11 FVG, VA-Bundesfamilienkassenverordnung – aufgehoben –)	5 575	16 134	17 971	18 413	18 871	19 338

Kapitel	HH-Jahr	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Maßnahme	in T€					
	Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung (§ 10a Absatz 1a und Absatz 6 Satz 4 EStG, § 52 Absatz 51a EStG, § 90 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 5 EStG, § 91 Absatz 1 EStG und § 95 EStG); Kosten bei ZfA	1 155	538,5	538,5	538,5		
	Gesamtkosten der Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung mit Variante maschineller Festsetzungsbescheid (§ 10a Absatz 1a und Absatz 6 Satz 4 EStG, § 52 Absatz 51a EStG, § 90 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 5 EStG, § 91 Absatz 1 EStG und § 95 EStG); Kosten bei ZfA		3 412,5	2 277,8	2 277,8	2 277,8	
Summe		13 010	41 895	33 442,3	32 276,3	26 559,8	19 338
0816	Aufnahme der IBAN in die IdNr-Datenbank (§ 139b AO)	6 120	5 068	5 532	5 532		
	Einführung eines maschinellen Anfrageverfahrens der Meldebehörden beim BZSt (§ 139b Absatz 7 Satz 3 bis 6 – neu – AO)		89	445	178	178	
	IT-Verfahren zur Übermittlung und Speicherung der von Zahlungsdienstleistern gemachten Aufzeichnungen (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG))	0	7 314	4 107	3 707	3 707	
Summe		6 120	12 471	10 084	9 417	3 885	

Die titelgenaue Aufschlüsselung der vorstehend dargestellten Mehrausgaben beim BZSt und ITZBund ist aus den Darstellungen im Allgemeinen Teil der Begründung ersichtlich.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Veränderung des jährlichen Zeitaufwands (in Stunden):	- 56 114
Veränderung des jährlichen Sachaufwands (in Tsd. Euro):	- 12 695
Einmaliger Zeitaufwand (in Stunden):	
Einmaliger Sachaufwand (in Tsd. Euro):	

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands (in Tsd. Euro):	- 21 823
davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten (in Tsd. Euro):	- 8 401
Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro):	6 009
davon durch Einführung oder Anpassung digitaler Prozessabläufe (in Tsd. Euro):	3 943
davon Sonstiges (in Tsd. Euro):	79

Der laufende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft unterliegt der „One in, one out“-Regelung (Kabinettsbeschluss vom 25. März 2015). Da es sich dabei im Saldo um ein „Out“ in Höhe von rund 22 Mio. Euro handelt, steht die Summe als Kompensationsvolumen für Regelungsvorhaben des Bundesministeriums der Finanzen zur Verfügung.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands (in Tsd. Euro):	-8 114
davon auf Bundesebene (in Tsd. Euro):	9 269
davon auf Landesebene (in Tsd. Euro):	-17 399
davon auf Bundes- und Landesebene (in Tsd. Euro):	16
Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro):	-2 086
davon auf Bundesebene (in Tsd. Euro):	276
davon auf Landesebene (in Tsd. Euro):	-6 406
davon auf Bundes- und Landesebene (in Tsd. Euro):	4 045

Hinsichtlich der weiteren Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Verwaltung wird auf die ausführlichen Darstellungen im Allgemeinen Teil der Begründung verwiesen.

F. Weitere Kosten

Der Wirtschaft, einschließlich mittelständischer Unternehmen, entstehen keine direkten sonstigen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER**



Berlin, 10. Oktober 2022

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2022
(JStG 2022)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage 2 beigefügt.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zur Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates ist als Anlage 3 beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 16. September 2022 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Scholz

Anlage 1

**Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2022
(JStG 2022)¹⁾**

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

I n h a l t s ü b e r s i c h t

Artikel 1	Änderung des Einkommensteuergesetzes
Artikel 2	Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes
Artikel 3	Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes
Artikel 4	Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes
Artikel 5	Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes
Artikel 6	Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes
Artikel 7	Änderung des Umwandlungssteuergesetzes
Artikel 8	Änderung des Umsatzsteuergesetzes
Artikel 9	Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes
Artikel 10	Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes
Artikel 11	Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
Artikel 12	Änderung des Bewertungsgesetzes
Artikel 13	Weitere Änderung des Bewertungsgesetzes
Artikel 14	Änderung des Grundsteuergesetzes
Artikel 15	Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes
Artikel 16	Weitere Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes
Artikel 17	Änderung des Steueroasen-Abwehrgesetzes
Artikel 18	Änderung der Abgabenordnung
Artikel 19	Weitere Änderung der Abgabenordnung

¹⁾ Artikel 8 Nummer 2 Buchstabe b dieses Gesetzes dient der Umsetzung von Artikel 171 Absatz 1 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie (EU) 2022/890 (ABl. L 155 vom 8.6.2022, S. 1), in Verbindung mit Artikel 4 Buchstabe b der Richtlinie 2008/9/EG des Rates vom 12. Februar 2008 zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer gemäß der Richtlinie 2006/112/EG an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige (ABl. L 44 vom 20.2.2008, S. 23), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2010/66/EU (ABl. L 275 vom 20.10.2010, S. 1), und Artikel 171 Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 2006/112/EG in Verbindung mit der Dreizehnten Richtlinie 86/560/EWG des Rates vom 17. November 1986 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern – Verfahren der Erstattung der Mehrwertsteuer an nicht im Gebiet der Gemeinschaft ansässige Steuerpflichtige (ABl. L 326 vom 21.11.1986, S. 40). Artikel 9 Nummer 7 dient der Umsetzung von Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 2008/9/EG des Rates vom 12. Februar 2008 zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer gemäß der Richtlinie 2006/112/EG an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige. Artikel 10 dieses Gesetzes dient der Umsetzung der Artikel 1 und 2 der Richtlinie (EU) 2020/284 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister (ABl. L 62 vom 2.3.2020, S. 7).

Artikel 20	Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
Artikel 21	Weitere Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
Artikel 22	Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes
Artikel 23	Weitere Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes
Artikel 24	Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken
Artikel 25	Änderung des Steuerberatungsgesetzes
Artikel 26	Weitere Änderung des Steuerberatungsgesetzes
Artikel 27	Änderung des Bundeskindergeldgesetzes
Artikel 28	Änderung der Altersvorsorge-Durchführungsverordnung
Artikel 29	Aufhebung der BVA-Bundesfamilienkassenverordnung
Artikel 30	Inkrafttreten

Artikel 1

Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Juni 2022 (BGBl. I S. 911) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 65 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Buchstabe a werden die Wörter „eine Pensionskasse oder“ gestrichen.
 - bbb) In Buchstabe d werden die Wörter „§ 8 Absatz 3 des Betriebsrentengesetzes“ durch die Wörter „§ 8 Absatz 2 des Betriebsrentengesetzes“ ersetzt.
 - bb) In Satz 5 werden die Wörter „§ 8 Absatz 3 des Betriebsrentengesetzes“ durch die Wörter „§ 8 Absatz 2 des Betriebsrentengesetzes“ ersetzt.
 - b) In Nummer 71 Buchstabe a in dem Satzteil vor Satz 2 werden die Wörter „in Höhe von 20 Prozent“ durch die Wörter „in Höhe von bis zu 20 Prozent“ ersetzt.
2. § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b wird durch die folgenden Nummern 6b und 6c ersetzt:
 - „6b. Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sowie die Kosten der Ausstattung. Steht für die betriebliche und berufliche Tätigkeit dauerhaft kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung, können die Aufwendungen für die gesamte betriebliche und berufliche Betätigung pauschal mit dem Betrag von 1 250 Euro im Wirtschafts- oder Kalenderjahr (Jahrespauschale) abgezogen werden; bildet das Arbeitszimmer darüber hinaus auch den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung, können anstelle der Jahrespauschale die tatsächlichen Aufwendungen abgezogen werden;
 - 6c. für jeden Kalendertag, an dem die betriebliche oder berufliche Tätigkeit überwiegend in der häuslichen Wohnung ausgeübt und keine außerhalb der häuslichen Wohnung belegene erste Tätigkeitsstätte aufgesucht wird, kann für die gesamte betriebliche und berufliche Betätigung ein Betrag von 5 Euro (Tagespauschale), höchstens 1 000 Euro im Wirtschafts- oder Kalenderjahr, abgezogen werden. Steht für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit dauerhaft kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung, ist ein Abzug der Tagespauschale zulässig, wenn die Tätigkeit am gleichen Kalendertag auch auswärts oder an der ersten Tätigkeitsstätte ausgeübt wird. Der Abzug der Tagespauschale ist nicht zulässig, soweit

für die Wohnung Unterkunfts-kosten im Rahmen der Nummer 6a oder des § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 5 abgezogen werden können oder wenn ein Abzug nach Nummer 6b vorgenommen wird;“.

3. In § 20 Absatz 6 Satz 3 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; im Fall von zusammenveranlagten Ehegatten erfolgt ein gemeinsamer Verlustausgleich vor der Verlustfeststellung.“ ersetzt.
4. § 32 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe d wird wie folgt gefasst:
„d) einen der folgenden freiwilligen Dienste leistet:
 - aa) ein freiwilliges soziales Jahr im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes,
 - bb) ein freiwilliges ökologisches Jahr im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes,
 - cc) einen Bundesfreiwilligendienst im Sinne des Bundesfreiwilligendienstgesetzes,
 - dd) eine Freiwilligentätigkeit im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps im Sinne der Verordnung (EU) 2021/888 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Aufstellung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2018/1475 und (EU) Nr. 375/2014 (ABl. L 202 vom 8.6.2021, S. 32),
 - ee) einen anderen Dienst im Ausland im Sinne von § 5 des Bundesfreiwilligendienstgesetzes,
 - ff) einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ im Sinne der Förderleitlinie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 1. Januar 2016,
 - gg) einen Freiwilligendienst aller Generationen im Sinne von § 2 Absatz 1a des Siebten Buches Sozialgesetzbuch oder
 - hh) einen Internationalen Jugendfreiwilligendienst im Sinne der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 4. Januar 2021 (GMBI S. 77) oder“.
5. In § 41a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird das Wort „Lohnsteueranmeldungszeitraum“ durch das Wort „Lohnsteuer-Anmeldungszeitraum“ ersetzt.
6. § 43 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe b Satz 2 werden die Wörter „Kreditinstituts, eines inländischen Finanzdienstleistungsinstituts oder einem inländischen Wertpapierinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstituts“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Kreditinstitut oder inländisches Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
7. § 44 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Buchstabe a Satzteil vor Doppelbuchstabe aa werden die Wörter „Kreditinstitut oder das inländische Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt und werden die Wörter „das inländische Wertpapierhandelsunternehmen oder die inländische Wertpapierhandelsbank,“ gestrichen.
 - bbb) In Buchstabe a Doppelbuchstabe bb werden die Wörter „Kreditinstitut oder einem ausländischen Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
 - ccc) In Buchstabe b werden die Wörter „Kreditinstitut oder kein inländisches Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 werden die Wörter „Kreditinstitut oder das inländische Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.

- cc) In Nummer 2a Buchstabe b werden die Wörter „Kreditinstitut oder das inländische Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
 - dd) In Nummer 3 Buchstabe a werden die Wörter „Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut oder das inländische Wertpapierinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
 - ee) In Nummer 4 werden die Wörter „Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt, werden die Wörter „das inländische Wertpapierhandelsunternehmen oder die inländische Wertpapierhandelsbank,“ und die Wörter „oder welche“ gestrichen.
 - ff) In Nummer 5 werden die Wörter „Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt und werden die Wörter „, einem inländischen oder ausländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen oder ausländischen Wertpapierhandelsbank“ gestrichen.
- b) In Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 werden die Wörter „Kreditinstitut oder das inländische Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
8. In § 44a Absatz 4 Satz 3 werden die Wörter „, dem die Kapitalerträge auszahlenden inländischen Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut oder der die Kapitalerträge auszahlenden inländischen Wertpapierinstitute“ durch die Wörter „oder dem die Kapitalerträge auszahlenden inländischen Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
9. § 44b wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Die Wörter „Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut oder einem inländischen Wertpapierinstitut“ werden durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
 - bbb) In den Nummern 1 bis 4 werden jeweils die Wörter „dem Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut oder das Wertpapierinstitut“ durch die Wörter „dem Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
 - bb) In Satz 4 werden die Wörter „Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut oder das Wertpapierinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
 - b) Dem Absatz 7 wird folgender Satz angefügt:

„Kapitalertragsteuer, die nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a einbehalten wurde, ist unter den Voraussetzungen des § 44a Absatz 10 und in dem dort bestimmten Umfang zu erstatten, wenn der Gläubiger die Voraussetzungen nach § 36a Absatz 1 bis 3 erfüllt.“
10. In § 45a Absatz 7 Satz 2 werden die Wörter „Kreditinstitut oder ein inländisches Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
11. In § 45b Absatz 3 Satz 3 und Absatz 7 Satz 2 werden jeweils die Wörter „Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut“ durch die Wörter „Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut“ ersetzt.
12. § 49 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 2 Buchstabe f wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Rechten“ durch die Wörter „Rechten im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder sonstigen Rechten, insbesondere Patentrechten, Markenrechten oder Sortenrechten,“ ersetzt.

- bb) Nach Satz 1 wird folgender Halbsatz eingefügt:
- „Bei sonstigen Rechten, bei denen Einkünfte nur auf Grund der Eintragung in ein inländisches öffentliches Buch oder Register vorliegen, liegen Einkünfte abweichend von Satz 1 nicht vor, wenn die Vermietung und Verpachtung oder die Veräußerung nicht zwischen nahestehenden Personen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Außensteuergesetzes erfolgt oder die Veräußerung nach dem 31. Dezember 2022 erfolgt oder Vergütungen nach dem 31. Dezember 2022 zufließen;“.
- b) Nummer 6 wird wie folgt geändert:
- aa) Das Wort „Rechte“ wird durch die Wörter „Rechte im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder sonstige Rechte, insbesondere Patentrechte, Markenrechte oder Sortenrechte,“ ersetzt.
- bb) Das Semikolon am Ende wird durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz wird angefügt:
- „Bei sonstigen Rechten, bei denen Einkünfte nur auf Grund der Eintragung in ein inländisches öffentliches Buch oder Register vorliegen, liegen Einkünfte abweichend von Satz 1 nicht vor, wenn die Vermietung und Verpachtung nicht zwischen nahestehenden Personen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Außensteuergesetzes erfolgt oder die Vergütungen nach dem 31. Dezember 2022 zufließen;“.
13. § 51 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 1 werden die Wörter „und § 50a Absatz 5 Satz 6“ gestrichen.
- b) In Nummer 1d werden nach der Angabe „§ 50a Absatz 1“ die Wörter „sowie das amtlich vorgeschriebene Muster nach § 50a Absatz 5 Satz 7“ eingefügt.
14. § 52 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 4 Satz 4 werden die folgenden Sätze eingefügt:
- „§ 3 Nummer 14a in der Fassung des Artikels 3 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 2021 anzuwenden. Ist in der für das jeweilige Leistungsjahr zuletzt übermittelten Rentenbezugsmitteilung im Sinne des § 22a in den nach § 22a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 zu übermittelnden Daten der Zuschlag an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch enthalten, haben die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung als mitteilungspflichtige Stelle im Sinne des § 22a bis zum letzten Tag des Monats Februar 2024 für das jeweilige Leistungsjahr eine insoweit korrigierte Rentenbezugsmitteilung zu übermitteln. Ein Einkommensteuerbescheid ist infolge einer nach Satz 6 korrigierten Rentenbezugsmitteilung insoweit zu ändern. Das gilt auch, wenn der Einkommensteuerbescheid bereits bestandskräftig ist; andere Änderungsvorschriften bleiben unberührt.“
- b) Nach Absatz 6 Satz 11 wird folgender Satz eingefügt:
- „§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b und 6c in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist für nach dem 31. Dezember 2022 in der häuslichen Wohnung ausgeübte Tätigkeiten anzuwenden.“
- c) Nach Absatz 45a Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:
- „§ 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f Satz 1 und 2 und Nummer 6 in der am ... [*einsetzen: Datum des Tages der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes*] geltenden Fassung ist auf alle offenen Fälle anzuwenden.“
15. § 65 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.

bb) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Kindergeld wird nicht für ein Kind gezahlt, für das eine der folgenden Leistungen zu zahlen ist oder bei entsprechender Antragstellung zu zahlen wäre:

1. Leistungen für Kinder, die im Ausland gewährt werden und dem Kindergeld oder der Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 217 Absatz 3 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch in der bis zum 30. Juni 2020 geltenden Fassung oder dem Kinderzuschuss aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 270 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der bis zum 16. November 2016 geltenden Fassung vergleichbar sind,
2. Leistungen für Kinder, die von einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung gewährt werden und dem Kindergeld vergleichbar sind.“

cc) In Satz 3 werden die Wörter „Satz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

Artikel 2

Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) wird die Angabe zu § 32c gestrichen.
2. In § 2 Absatz 6 Satz 1 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) werden die Wörter „den Entlastungsbetrag nach § 32c,“ gestrichen.
3. § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) wird aufgehoben.
4. § 32c in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) und § 32c Absatz 4 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) werden aufgehoben.
5. § 52 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 43a in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) wird Satz 1 gestrichen.
 - b) Absatz 44 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) und in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) wird jeweils aufgehoben.

Artikel 3

Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes

Nach § 3 Nummer 14 des Einkommensteuergesetzes, das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird folgende Nummer 14a eingefügt:

„14a. der Anteil der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der auf Grund des Zuschlags an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch geleistet wird;“.

Artikel 4

Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 3 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 71 wird der Punkt am Ende von Satz 2 durch ein Semikolon ersetzt.
- b) Folgende Nummer 72 wird angefügt:

„72. die Einnahmen und Entnahmen im Zusammenhang mit dem Betrieb

- a) von auf, an oder in Einfamilienhäusern (einschließlich Nebengebäuden) oder nicht Wohnzwecken dienenden Gebäuden vorhandenen Photovoltaikanlagen mit einer installierten Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister von bis zu 30 Kilowatt (peak) und
- b) von auf, an oder in überwiegend zu Wohnzwecken genutzten sonstigen Gebäuden vorhandenen Photovoltaikanlagen mit einer installierten Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister von bis zu 15 Kilowatt (peak) je Wohn- oder Gewerbeinheit,

insgesamt höchstens 100 Kilowatt (peak) pro Steuerpflichtigem oder Mitunternehmerschaft. Werden Einkünfte nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 erzielt und sind die aus dieser Tätigkeit erzielten Einnahmen insgesamt steuerfrei nach Satz 1, ist kein Gewinn zu ermitteln. In den Fällen des Satzes 2 ist § 15 Absatz 3 Nummer 1 nicht anzuwenden.“

2. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. bei Gebäuden, soweit sie die Voraussetzungen der Nummer 1 nicht erfüllen und die

- a) nach dem 30. Juni 2023 fertiggestellt worden sind, jährlich 3 Prozent,
- b) vor dem 1. Juli 2023 und nach dem 31. Dezember 1924 fertiggestellt worden sind, jährlich 2 Prozent,
- c) vor dem 1. Januar 1925 fertiggestellt worden sind, jährlich 2,5 Prozent“.

- bb) Satz 2 wird aufgehoben.

- b) Dem Absatz 5a wird folgender Satz angefügt:

„Abweichend hiervon können solche Gebäudeteile, die als Mietereinbauten und -umbauten, die keine Scheinbestandteile oder Betriebsvorrichtungen sind, Ladeneinbauten oder ähnliche Einbauten selbständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind, nach einer tatsächlichen kürzeren Nutzungsdauer abgeschrieben werden.“

3. § 10 Absatz 3 Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„Der Prozentsatz in Satz 4 erhöht sich in den folgenden Kalenderjahren bis zum Kalenderjahr 2022 um je 2 Prozentpunkte je Kalenderjahr; ab dem Kalenderjahr 2023 beträgt er 100 Prozent.“

4. § 10a wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Steuerpflichtige, die eine Kinderzulage für ein Kind beantragen, das im Beitragsjahr sein viertes Lebensjahr noch nicht vollendet hat und für das gegenüber dem Steuerpflichtigen oder seinem

Ehegatten Kindergeld festgesetzt worden ist, stehen einem in der inländischen gesetzlichen Rentenversicherung Pflichtversicherten gleich, wenn eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten nach § 56 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch nur auf Grund eines fehlenden oder noch nicht beschiedenen Antrags auf Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bislang nicht erfolgt ist. Voraussetzung ist, dass der Steuerpflichtige spätestens am Tag nach der Vollendung des vierten Lebensjahres des Kindes die Kindererziehungszeiten beim zuständigen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung beantragt. Werden die Kindererziehungszeiten vom Träger der gesetzlichen Rentenversicherung nicht anerkannt, entfällt rückwirkend die Förderberechtigung nach Satz 1. Wurde das Kind am 1. Januar geboren, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass das fünfte Lebensjahr noch nicht vollendet sein darf.“

- b) Der bisherige Absatz 1a wird Absatz 1b.
 - c) In Absatz 6 Satz 4 werden die Wörter „§ 95 Absatz 2 und 3 und § 99 Absatz 1 in der am 31. Dezember 2008 geltenden Fassung sind anzuwenden“ durch die Wörter „§ 99 Absatz 1 in der am 31. Dezember 2008 geltenden Fassung ist anzuwenden“ ersetzt.
5. In § 20 Absatz 9 Satz 1 und 3 wird jeweils die Angabe „801 Euro“ durch die Angabe „1 000 Euro“ und in Satz 2 die Angabe „1 602 Euro“ durch die Angabe „2 000 Euro“ ersetzt.
 6. In § 33a Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „924 Euro“ durch die Angabe „1 200 Euro“ ersetzt.
 7. § 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Nummer 4 Buchstabe b werden die Wörter „§ 10 Absatz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1“ ersetzt.
 - b) In Absatz 4a Satz 1 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; das Bundeszentralamt für Steuern bildet aus den automatisiert übermittelten Daten die entsprechenden Lohnsteuerabzugsmerkmale.“ ersetzt.
 8. § 39b Absatz 4 wird aufgehoben.
 9. § 39e Absatz 10 wird wie folgt gefasst:

„(10) Die beim Bundeszentralamt für Steuern nach Absatz 2 Satz 1 gespeicherten Daten können auch zur Prüfung und Durchführung der Einkommensbesteuerung (§ 2) des Steuerpflichtigen für Veranlagungszeiträume ab 2005, zur Ermittlung des Einkommens nach § 97a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und zur Prüfung eines Anspruchs auf Kindergeld verarbeitet werden.“
 10. § 40a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 wird die Angabe „120 Euro“ durch die Angabe „150 Euro“ ersetzt.
 - b) In Absatz 4 Nummer 1 wird die Angabe „15 Euro“ durch die Angabe „19 Euro“ ersetzt.
 11. § 43 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 wird das Semikolon am Ende durch die Wörter „ , außer bei Kapitalerträgen im Sinne der Nummer 8a;“ ersetzt.
 - b) Nummer 7 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird die Angabe „Nummer 2“ durch die Wörter „Nummern 2 und 8a“ ersetzt.
 - bb) In Buchstabe a werden nach dem Wort „Schuldbuch“ die Wörter „ , ein elektronisches Wertpapierregister im Sinne des § 4 Absatz 1 des Gesetzes über elektronische Wertpapiere“ eingefügt.
 - cc) Buchstabe c wird aufgehoben.
 - c) Nach Nummer 8 wird folgende Nummer 8a eingefügt:

„8a. Kapitalerträgen im Sinne des § 20 Absatz 1 Nummer 4 und 7, wenn es sich um Zinsen aus Forderungen handelt, die über eine Internet-Dienstleistungsplattform erworben wurden. Eine Inter-

net-Dienstleistungsplattform in diesem Sinne ist ein webbasiertes Medium, das Kauf- und Verkaufsaufträge in Aktien und anderen Finanzinstrumenten sowie Darlehensnehmer und Darlehensgeber zusammenführt und so einen Vertragsabschluss vermittelt;“.

12. § 44 Absatz 1 Satz 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa werden nach dem Wort „Investmentsteuergesetzes“ die Wörter „, die elektronischen Wertpapiere im Sinne des § 2 des Gesetzes über elektronische Wertpapiere“ eingefügt.
- b) Nummer 2a wird wie folgt gefasst:
 - „2a. in den Fällen des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a
 - a) der inländische Betreiber oder die inländische Zweigniederlassung eines ausländischen Betreibers einer Internet-Dienstleistungsplattform im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a Satz 2, der die Kapitalerträge an den Gläubiger auszahlt oder gutschreibt,
 - b) das inländische Kredit-, Finanzdienstleistungs- oder Wertpapierinstitut im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe b, das inländische Zahlungsinstitut im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetzes oder das inländische E-Geld-Institut im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetzes, das die Kapitalerträge im Auftrag des inländischen oder ausländischen Betreibers einer Internet-Dienstleistungsplattform im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a Satz 2 oder nach Vermittlung der Kapitalforderung durch eine Internet-Dienstleistungsplattform für den Schuldner der Kapitalerträge an den Gläubiger auszahlt oder gutschreibt,
 - c) der Schuldner der Kapitalerträge, wenn es keinen inländischen Abzugsverpflichteten nach Buchstabe a oder b gibt. Der inländische Betreiber oder die inländische Zweigniederlassung eines ausländischen Betreibers einer Internet-Dienstleistungsplattform im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a Satz 2 (Plattformbetreiber) haftet in diesem Fall für die nicht einbehaltenen Steuern oder zu Unrecht gewährten Steuervorteile. Der Plattformbetreiber haftet nicht nach Satz 2, wenn er den Schuldner der Kapitalerträge auf seine Verpflichtung, die Kapitalertragsteuer einzubehalten und abzuführen hingewiesen, und dies dokumentiert hat;“.
- c) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und wird folgende Nummer 6 angefügt:
 - „6. für Kapitalerträge aus Kryptowertpapieren im Sinne des § 4 Absatz 3 des Gesetzes über elektronische Wertpapiere, in den Fällen des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, 7 Buchstabe a, Nummer 8 und 9 bis 12 die registerführende Stelle nach § 16 Absatz 2 des Gesetzes über elektronische Wertpapiere, sofern sich keine auszahlende Stelle aus den Nummern 1, 4 und 5 ergibt.“

13. § 52 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „Veranlagungszeitraum 2022“ durch die Angabe „Veranlagungszeitraum 2023“ ersetzt.
 - bb) In den Sätzen 2 und 3 wird jeweils die Angabe „31. Dezember 2021“ durch die Angabe „31. Dezember 2022“ ersetzt.
- b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„§ 3 Nummer 72 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes] ist für Einnahmen und Entnahmen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2022 erzielt oder getätigt werden.“

- c) Dem Absatz 15 wird folgender Satz angefügt:

„Soweit die Absetzung für Abnutzung für Gebäude im Rahmen der Einkünfteermittlung für vor dem 1. Januar 2023 endende Kalender- oder Wirtschaftsjahre zulässigerweise nach § 7 Absatz 4 Satz 2 in der jeweils vor dem Veranlagungszeitraum 2023 geltenden Fassung des Gesetzes vorgenommen wurde, kann die Absetzung für Abnutzung auch weiterhin nach der tatsächlichen kürzeren Nutzungsdauer bemessen werden.“

- d) Absatz 36 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 39 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals ab dem 1. Januar 2024 anzuwenden; er kann im Rahmen eines Pilotprojekts mit Echtdaten bereits ab dem 1. Januar 2023 angewendet werden.“

- e) Absatz 43 wird wie folgt gefasst:

„(43) Ist ein Freistellungsauftrag im Sinne des § 44a vor dem 1. Januar 2023 unter Beachtung des § 20 Absatz 9 in der bis dahin geltenden Fassung erteilt worden, hat der nach § 44 Absatz 1 zum Steuerabzug Verpflichtete den angegebenen Freistellungsbetrag um 24,844 Prozent zu erhöhen. Ist in dem Freistellungsauftrag der gesamte Sparer-Pauschbetrag angegeben, ist der Erhöhungsbetrag in voller Höhe zu berücksichtigen.“

- f) Absatz 47a Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„§ 50c Absatz 5 Satz 1, 3 und 4 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1259) ist erstmals auf Anträge anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2022 gestellt werden; für Anträge, die gemäß § 50c Absatz 2 oder 3 bis zu diesem Zeitpunkt gestellt werden, ist der amtlich vorgeschriebene Vordruck zu verwenden. § 50d Absatz 1 Satz 7 und 8 in der vor dem 9. Juni 2021 geltenden Fassung ist bis zum 31. Dezember 2024 anzuwenden.“

- g) Dem Absatz 49a werden die folgenden Sätze angefügt:

„§ 69 Satz 1 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals am 1. Januar 2024 anzuwenden. § 69 Satz 2 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 2024 anzuwenden. § 69 Satz 3 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals anzuwenden für Kinder, deren Geburt nach dem 31. Dezember 2023 erfolgt.“

- h) Nach Absatz 51 wird folgender Absatz 51a eingefügt:

„(51a) Auf Stundungsfälle, bei denen der Beginn der Auszahlungsphase vor dem 1. Januar 2023 liegt, findet § 95 Absatz 2 Satz 2 bis 5 in der bis zum 31. Dezember 2022 geltenden Fassung weiter Anwendung. Bei Stundungsfällen, bei denen der Rückzahlungsbetrag nach § 95 Absatz 2 Satz 1 in der bis zum 31. Dezember 2022 geltenden Fassung gestundet wurde und der Beginn der Auszahlungsphase nach dem 31. Dezember 2022 liegt, sind die Stundungszinsen zu erlassen und ist § 95 in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.“

14. § 69 wird wie folgt geändert:

- a) Die Wörter „ins Ausland“ werden gestrichen.
b) Die folgenden Sätze werden angefügt:

„Die beim Bundeszentralamt für Steuern gespeicherten Daten für ein Kind, für das Kindergeld gezahlt wird, werden auf Anfrage auch den Finanzämtern zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Berücksichtigung der Freibeträge nach § 32 Absatz 6 zur Verfügung gestellt. Erteilt das Bundeszentralamt für Steuern auf Grund der Geburt eines Kindes eine neue Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung, übermittelt es der zuständigen Familienkasse zum Zweck der Prüfung des Bezugs von Kindergeld unverzüglich

1. die in § 139b Absatz 3 Nummer 1, 3, 5, 8 und 10 der Abgabenordnung genannten Daten des Kindes sowie
 2. soweit vorhanden, die in § 139b Absatz 3 Nummer 1, 3, 5, 8 und 10 und Absatz 3a der Abgabenordnung genannten Daten der Personen, bei denen für dieses Kind nach § 39e Absatz 1 ein Kinderfreibetrag berücksichtigt wird.“
15. § 72 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 6 werden jeweils die Wörter „Bundes- oder“ gestrichen und werden die Wörter „Satz 6 bis 9“ durch die Wörter „Satz 6 und 7“ ersetzt.
 - bb) In Satz 7 werden die Wörter „Satz 8 bis 10“ durch die Wörter „Satz 6 bis 8“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. von einem Dienstherrn oder Arbeitgeber im Bereich des Bundes“.
 - c) Absatz 8 Satz 3 wird aufgehoben.
16. § 90 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 10a Absatz 1a“ durch die Angabe „§ 10a Absatz 1b“ ersetzt.
 - b) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Abweichend von Satz 1 gilt die Ausschlussfrist für den Personenkreis der Kindererziehenden nach § 10a Absatz 1a nicht; die zentrale Stelle hat die Zulage bis zur Vollendung des fünften Lebensjahres des Kindes, das für die Anerkennung der Förderberechtigung nach § 10a Absatz 1a maßgebend war, zurückzufordern, wenn die Kindererziehungszeiten bis zu diesem Zeitpunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht angerechnet wurden. Hat der Zulageberechtigte die Kindererziehungszeiten innerhalb der in § 10a Absatz 1a genannten Frist beantragt, der zuständige Träger der gesetzlichen Rentenversicherung aber nicht innerhalb der Ausschlussfrist von Satz 6 oder 7 darüber abschließend entschieden, verlängert sich die Ausschlussfrist um drei Monate nach Kenntniserlangung der zentralen Stelle vom Erlass des Bescheides.“
17. § 95 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
 - bb) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die §§ 93 und 94 gelten entsprechend, wenn sich der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt des Zulageberechtigten ab Beginn der Auszahlungsphase außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Staaten befindet, auf die das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) anwendbar ist, oder wenn der Zulageberechtigte ungeachtet eines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes in einem dieser Staaten nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit einem dritten Staat als außerhalb des Hoheitsgebiets dieser Staaten ansässig gilt.“
 - b) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

Artikel 5

Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 72 wie folgt gefasst:
„§ 72 (weggefallen“.
2. § 39a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a und Absatz 4 Satz 1 Nummer 1a werden jeweils die Wörter „§ 10 Absatz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 4 und Absatz 3 Satz 2 werden jeweils die Wörter „im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 3, 4, 5, 7 und 9“ durch die Wörter „im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1, Nummer 4, 5, 7 und 9“ ersetzt.
3. § 44 Absatz 1 Satz 10 und 11 wird wie folgt gefasst:
„Soweit der Gläubiger seiner Verpflichtung nicht nachkommt, hat der zum Steuerabzug Verpflichtete dies dem für ihn zuständigen Betriebsstättenfinanzamt nach Maßgabe des § 93c der Abgabenordnung anzuzeigen und neben den in § 93c Absatz 1 der Abgabenordnung genannten Angaben folgende Daten zu übermitteln:
 1. das Datum der Gutschrift des Kapitalertrags,
 2. die Bezeichnung und die Internationale Wertpapierkennnummer der Wertpapiergattung sowie die dem Kapitalertrag zugrundeliegende Stückzahl der Wertpapiere soweit vorhanden, ansonsten die Bezeichnung des betroffenen Kapitalertrags,
 3. sofern ermittelbar, die Höhe des Kapitalertrags, für den der Steuereinbehalt fehlgeschlagen ist.Das Wohnsitz-Finanzamt hat die zu wenig erhobene Kapitalertragsteuer vom Gläubiger der Kapitalerträge nach § 32d Absatz 3 in der Veranlagung nachzufordern.“
4. Dem § 52 Absatz 44 wird folgender Satz angefügt:
„§ 44 Absatz 1 Satz 10 und 11 in der Fassung des Artikels 5 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist auf Kapitalerträge anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2024 zufließen oder als zugeflossen gelten.“
5. § 72 wird aufgehoben.
6. § 90 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Kasse“ die Wörter „nach erfolgter Berechnung nach Absatz 1 und Überprüfung nach § 91“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „Zulagenbescheid“ durch das Wort „Bescheid“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Erkennt die zentrale Stelle bis zum Ende des zweiten auf die Ermittlung der Zulage folgenden Jahres nachträglich auf Grund neuer, berichtigter oder stornierter Daten, dass der Zulageanspruch ganz oder teilweise nicht besteht oder weggefallen ist, so hat sie zu Unrecht gutgeschriebene oder ausgezahlte Zulagen bis zum Ablauf eines Jahres nach der Erkenntnis zurückzufordern und dies dem Zulageberechtigten durch Bescheid nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 und dem Anbieter durch Datensatz mitzuteilen.“

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Eine Festsetzung der Zulage erfolgt

1. von Amts wegen, wenn die nach den vorliegenden Daten abschließend berechnete Zulage von der beantragten Zulage abweicht,
2. im Falle des Absatzes 3 von Amts wegen,
3. auf besonderen Antrag des Zulageberechtigten, sofern nicht bereits eine Festsetzung von Amts wegen erfolgt ist, oder
4. auf Anforderung des zuständigen Finanzamtes, wenn dessen Daten von den Daten der zentralen Stelle abweichen; eine gesonderte Festsetzung unterbleibt, wenn eine Festsetzung nach den Nummern 1 bis 3 bereits erfolgt ist, für das Beitragsjahr keine Zulage beantragt wurde oder die Frist nach Absatz 3 Satz 1 abgelaufen ist.

Der Antrag nach Satz 1 Nummer 3 ist schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres vom Zulageberechtigten an die zentrale Stelle zu richten; die Frist beginnt mit der Erteilung der Bescheinigung nach § 92, die die Ermittlungsergebnisse für das Beitragsjahr enthält, für das eine Festsetzung der Zulage erfolgen soll. Der Anbieter teilt auf Anforderung der zentralen Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch amtlich bestimmte Datenfernübertragung das Datum der Erteilung der nach Satz 2 maßgebenden Bescheinigung nach § 92 mit. Er hat auf Anforderung weitere ihm vorliegende, für die Festsetzung erforderliche Unterlagen beizufügen; eine ergänzende Stellungnahme kann beigelegt werden; dies kann auch elektronisch erfolgen, wenn sowohl der Anbieter als auch die zentrale Stelle mit diesem Verfahren einverstanden sind. Die zentrale Stelle teilt die Festsetzung nach Satz 1 Nummer 3 auch dem Anbieter und die Festsetzung nach Satz 1 Nummer 4 auch dem Finanzamt mit; erfolgt keine Festsetzung nach Satz 1 Nummer 4, teilt dies die zentrale Stelle dem Finanzamt ebenfalls mit. Im Übrigen gilt Absatz 3 entsprechend. Satz 1 Nummer 1 gilt nicht, wenn der Datensatz nach § 89 Absatz 2 auf Grund von unzureichenden oder fehlerhaften Angaben des Zulageberechtigten abgewiesen sowie um eine Fehlermeldung ergänzt worden ist und die Angaben nicht innerhalb der Antragsfrist des § 89 Absatz 1 Satz 1 von dem Zulageberechtigten an den Anbieter nachgereicht werden.“

d) In Absatz 5 werden jeweils die Wörter „des Festsetzungsverfahrens“ durch die Wörter „des Festsetzungsverfahrens oder Einspruchsverfahrens“ ersetzt.

7. § 91 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 3 wird aufgehoben.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Ist die Zulage nach § 90 Absatz 4 von der zentralen Stelle unanfechtbar festgesetzt worden, sind diese gesondert festgesetzten Besteuerungsgrundlagen für das Finanzamt bindend und auch der gesonderten Feststellung nach § 10a Absatz 4 zu Grunde zu legen.“

Artikel 6

Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes

§ 48a Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes, das zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Leistungsempfänger hat bis zum zehnten Tag nach Ablauf des Monats, in dem die Gegenleistung im Sinne des § 48 erbracht wird, eine elektronische Anmeldung, in der er den Steuerabzug für den Anmeldezeitraum selbst zu berechnen hat, nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz über die amtlich vorgeschriebene Schnittstelle zu übermitteln.“

2. Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Auf Antrag kann das Finanzamt zur Vermeidung unbilliger Härten auf die Übermittlung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz über die amtlich vorgeschriebene Schnittstelle verzichten; in diesem Fall ist die Anmeldung vom Leistungsempfänger nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck abzugeben.“

Artikel 7

Änderung des Umwandlungssteuergesetzes

§ 27 Absatz 3 Nummer 3 des Umwandlungssteuergesetzes vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782, 2791), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2050) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „3. § 21 in der am 21. Mai 2003 geltenden Fassung für einbringungsgeborene Anteile im Sinne von § 21 Absatz 1, die auf einem Einbringungsvorgang beruhen, auf den Absatz 2 anwendbar war, weiterhin anzuwenden. Für § 21 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 in der am 21. Mai 2003 geltenden Fassung gilt dies mit der Maßgabe, dass
- a) eine Stundung der Steuer gemäß § 6 Absatz 5 des Außensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782) erfolgt, wenn die Einkommensteuer noch nicht bestandskräftig festgesetzt ist und das die Besteuerung auslösende Ereignis vor dem 1. Januar 2022 eingetreten ist; § 6 Absatz 6 und 7 des Außensteuergesetzes in der am 30. Juni 2021 geltenden Fassung ist entsprechend anzuwenden;
 - b) eine Stundung oder ein Entfallen der Steuer gemäß § 6 Absatz 3 und 4 des Außensteuergesetzes in der ab dem 1. Juli 2021 geltenden Fassung auf Antrag des Steuerpflichtigen erfolgt, wenn das die Besteuerung auslösende Ereignis nach dem 31. Dezember 2021 eintritt; § 6 Absatz 5 des Außensteuergesetzes ist entsprechend anzuwenden.“

Artikel 8

Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Das Umsatzsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5250) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 17 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „Satz 7“ durch die Angabe „Satz 8“ ersetzt.
2. § 18 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4f Satz 6 werden die Wörter „und § 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ durch die Wörter „, § 20 Satz 1 Nummer 1 und § 24 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.
 - b) Absatz 9 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Von der Vergütung ausgeschlossen sind in Rechnung gestellte Steuerbeträge für Ausfuhrlieferungen, bei denen die Gegenstände vom Abnehmer oder von einem von ihm beauftragten Dritten befördert oder versendet wurden, die nach § 4 Nummer 1 Buchstabe a in Verbindung mit § 6 steuerfrei sind, oder für innergemeinschaftliche Lieferungen, die nach § 4 Nummer 1 Buchstabe b in Verbindung mit § 6a steuerfrei sind oder in Bezug auf § 6a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 steuerfrei sein können.“

- bb) In den neuen Sätzen 8 und 9 werden jeweils die Wörter „Die Sätze 5 und 6 gelten“ durch die Wörter „Die Sätze 6 und 7 gelten“ ersetzt.

Artikel 9

Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Das Umsatzsteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 8 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 23 wie folgt gefasst:
„§ 23 (weggefallen)“.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 Buchstabe b wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.
 - b) In Nummer 20 Buchstabe a Satz 1 werden die Wörter „des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder der Gemeindeverbände“ durch die Wörter „juristischer Personen des öffentlichen Rechts“ ersetzt.
3. § 4a Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Der Antrag, in dem der Antragsteller die zu gewährende Vergütung selbst zu berechnen hat, ist nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck oder amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu stellen.“
4. Dem § 12 wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) Die Steuer ermäßigt sich auf 0 Prozent für die folgenden Umsätze:
 1. die Lieferungen von Solarmodulen an den Betreiber einer Photovoltaikanlage, einschließlich der für den Betrieb einer Photovoltaikanlage wesentlichen Komponenten und der Speicher, die dazu dienen, den mit Solarmodulen erzeugten Strom zu speichern, wenn die Photovoltaikanlage auf oder in der Nähe von Privatwohnungen, Wohnungen sowie öffentlichen und anderen Gebäuden, die für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten genutzt werden, installiert wird. Die Voraussetzungen des Satzes 1 gelten als erfüllt, wenn die installierte Bruttoleistung der Photovoltaikanlage laut Marktstammdatenregister nicht mehr als 30 Kilowatt (peak) beträgt oder betragen wird;
 2. den innergemeinschaftlichen Erwerb, der in Nummer 1 bezeichneten Gegenstände, die die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllen;
 3. die Einfuhr der in Nummer 1 bezeichneten Gegenstände, die die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllen;
 4. die Installation von Photovoltaikanlagen sowie der Speicher, die dazu dienen, den mit Solarmodulen erzeugten Strom zu speichern, wenn die Lieferung der installierten Komponenten die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllt.“
5. In § 15a Absatz 7 wird die Angabe „§§ 23, 23a oder 24“ durch die Angabe „§§ 23a oder 24“ ersetzt.
6. § 18 Absatz 5a Satz 1 bis 3 wird wie folgt gefasst:
„In den Fällen der Fahrzeugeinzelbesteuerung (§ 16 Absatz 5a) hat der Erwerber, abweichend von den Absätzen 1 bis 4, spätestens bis zum 10. Tag nach Ablauf des Tages, an dem die Steuer entstanden ist, eine Steuererklärung, in der er die zu entrichtende Steuer selbst zu berechnen hat, nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln oder nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck abzu-

geben (Steueranmeldung). Bei Verwendung des Vordrucks muss dieser vom Erwerber eigenhändig unterschrieben sein. Gibt der Erwerber die Steueranmeldung nicht ab oder hat er die Steuer nicht richtig berechnet, so kann die Finanzbehörde die Steuer festsetzen.“

7. Dem § 18g werden die folgenden Sätze angefügt:

„Leitet das Bundeszentralamt für Steuern den Antrag nicht an den Mitgliedstaat der Erstattung weiter, ist der Bescheid über die Ablehnung dem Antragsteller durch Bereitstellung zum Datenabruf nach § 122a in Verbindung mit § 87a Absatz 8 der Abgabenordnung bekannt zu geben. Hat der Empfänger des Bescheids der Bekanntgabe durch Bereitstellung zum Datenabruf nach Satz 4 nicht zugestimmt, ist der Bescheid schriftlich zu erteilen.“

8. § 23 wird aufgehoben.

9. In § 23a Absatz 2 wird die Angabe „35.000 Euro“ durch die Angabe „45 000 Euro“ ersetzt.

10. In § 26 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „, § 23 Abs. 3“ gestrichen.

11. Dem § 27 werden die folgenden Absätze 36 und 37 angefügt:

„(36) § 18 Absatz 5a in der Fassung des Artikels 9 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals auf die Besteuerungszeiträume anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2022 enden.

(37) § 18g in der Fassung des Artikels 9 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals auf die Übermittlung von Daten nach dem 31. Dezember 2022 anzuwenden.“

Artikel 10

Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Das Umsatzsteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 9 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 22f folgende Angabe eingefügt:

„§ 22g Besondere Pflichten für Zahlungsdienstleister, Verordnungsermächtigung“.

2. Nach § 22f wird folgender § 22g eingefügt:

„§ 22g

Besondere Pflichten für Zahlungsdienstleister, Verordnungsermächtigung

(1) Zahlungsdienstleister haben bei grenzüberschreitenden Zahlungen Folgendes aufzuzeichnen:

1. zum Zahlungsempfänger von den ihnen vorliegenden Informationen

a) Name oder die Bezeichnung des Unternehmens des Zahlungsempfängers,

b) jede Umsatzsteuer-Identifikationsnummer,

c) jede sonstige Steuernummer,

d) Adresse des Zahlungsempfängers und

e) IBAN des Zahlungskontos des Zahlungsempfängers oder, falls die IBAN nicht vorhanden ist, jedes andere Kennzeichen, das den Zahlungsempfänger eindeutig identifiziert und seinen Ort angibt,

2. die BIC oder jedes andere Geschäftskennzeichen, das eindeutig den Zahlungsdienstleister, der im Namen des Zahlungsempfängers handelt, identifiziert und seinen Ort angibt, wenn der Zahlungsempfänger Geldmittel erhält, jedoch bei diesem kein Zahlungskonto innehat, sowie
3. genaue Angaben zu allen im jeweiligen Kalendervierteljahr erbrachten grenzüberschreitenden Zahlungen und in diesem Zusammenhang stehenden, erkannten Zahlungserstattungen:
 - a) Datum und Uhrzeit der Zahlung oder der Zahlungserstattung,
 - b) Betrag und Währung der Zahlung oder der Zahlungserstattung,
 - c) den Mitgliedstaat der Europäischen Union, aus dem die Zahlung stammt, oder den Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem die Zahlungserstattung erfolgt, sowie die Informationen, die für die Ermittlung des Ursprungs der Zahlung oder für die Ermittlung der Bestimmung der Erstattung genutzt worden sind,
 - d) jede Bezugnahme, die die Zahlung oder Zahlungserstattung eindeutig ausweist, und
 - e) gegebenenfalls die Angabe, dass die Zahlung in den Räumlichkeiten des leistenden Unternehmers eingeleitet wird.

Zur Führung der Aufzeichnungen im Sinne des Satzes 1 sind Zahlungsdienstleister verpflichtet, wenn sie je Kalendervierteljahr im Rahmen ihrer jeweiligen Zahlungsdienste mehr als 25 grenzüberschreitende Zahlungen an denselben Zahlungsempfänger tätigen. Bei der Berechnung sind alle Kennzeichen des Zahlungsempfängers im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 Buchstabe e und Geschäftskennzeichen des Zahlungsdienstleisters im Sinne des Satzes 1 Nummer 2 einzubeziehen. Die Anzahl der grenzüberschreitenden Zahlungen wird unter Zugrundelegung der Zahlungsdienste berechnet, die der Zahlungsdienstleister je Mitgliedstaat der Europäischen Union und je Kennzeichen eines Zahlungsempfängers erbringt. Wenn der Zahlungsdienstleister über die Information verfügt, dass der Zahlungsempfänger mehrere Kennzeichen hat, erfolgt die Berechnung je Zahlungsempfänger.

(2) Grenzüberschreitende Zahlungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 sind Zahlungen, die von einem Zahler, der sich in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union mit Ausnahme der in Artikel 6 der Richtlinie 2006/112/EG in der jeweils gültigen Fassung genannten Gebiete befindet, erbracht werden an einen Zahlungsempfänger, der sich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder im Drittlandsgebiet befindet. Zur Bestimmung des Ortes des Zahlers und des Zahlungsempfängers ist die Kennung der IBAN des Zahlungskontos des Zahlers und des Zahlungsempfängers oder ein anderes Kennzeichen, das eindeutig den Zahler oder den Zahlungsempfänger identifiziert und seinen Ort angibt, heranzuziehen. Sofern eine Zuordnung nach Satz 2 mangels vorliegender entsprechender Kennzeichen ausscheidet, ist der Ort des Zahlungsdienstleisters maßgeblich, der im Namen des Zahlers oder des Zahlungsempfängers handelt, anhand der BIC oder eines anderen Geschäftskennzeichens, das eindeutig den Zahlungsdienstleister identifiziert und seinen Ort angibt.

(3) Die Anforderung nach Absatz 1 Satz 1 gilt nicht für Zahlungsdienste, die von den Zahlungsdienstleistern des Zahlers in Bezug auf jegliche Zahlung erbracht werden, bei der mindestens einer der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers gemäß seiner BIC oder einem anderen Geschäftskennzeichen, die oder das den Zahlungsdienstleister und dessen Ort eindeutig identifiziert, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässig ist. Die Zahlungsdienstleister des Zahlers müssen diese Zahlungsdienste jedoch in die Berechnung nach Absatz 1 Satz 2 aufnehmen.

(4) Der Zahlungsdienstleister hat die Aufzeichnungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 jeweils für das Kalendervierteljahr sowie die eigene BIC oder sonstige Geschäftskennzeichen zur eindeutigen Identifizierung des Zahlungsdienstleisters bis zum Ende des auf den Ablauf des Kalendervierteljahres folgenden Kalendermonats (Meldezeitraum) vollständig und richtig dem Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln. Die Übermittlung hat nach dem amtlich vorgeschriebenen Datensatz und Datenformat über die amtlich bestimmte Schnittstelle zu erfolgen.

(5) Erkennt der Zahlungsdienstleister nachträglich, dass die übermittelten Zahlungsinformationen unrichtig oder unvollständig sind, so ist er verpflichtet, die fehlerhaften Angaben innerhalb eines Monats nach Erkenntnis zu berichtigen oder zu vervollständigen.

(6) Der Zahlungsdienstleister hat die Aufzeichnungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 in elektronischer Form für einen Zeitraum von drei Kalenderjahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Zahlung ausgeführt wurde, aufzubewahren.

(7) Im Sinne dieses Gesetzes bezeichnet der Begriff

1. „Zahlungsdienstleister“ die in § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes aufgeführten Zahlungsdienstleister oder natürliche oder juristische Personen, für die eine Ausnahme gemäß Artikel 32 der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35; L 169 vom 28.6.2016, S. 18; L 102 vom 23.4.2018, S. 97; L 126 vom 23.5.2018, S. 10) gilt, die im Inland ihren Sitz, ihre Hauptverwaltung oder eine Zweigniederlassung im Sinne des § 1 Absatz 5 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes haben und von dort Zahlungsdienste erbringen oder Zahlungsdienstleister, die im Sinne von Artikel 243b Absatz 4 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2020/284 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister (ABl. L 62 vom 2.3.2020, S. 7) in Verbindung mit § 1 Absatz 4 Satz 2 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes im Inland im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs Zahlungsdienste erbringen oder durch einen Agenten im Sinne des § 1 Absatz 9 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes ausführen lassen, ohne im Inland ansässig zu sein;
2. „Zahlungsdienst“ eine der in § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 bis 6 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes genannten gewerblichen Tätigkeiten;
3. „Zahlung“ vorbehaltlich der in § 2 Absatz 1 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes vorgesehenen Ausnahmen einen Zahlungsvorgang gemäß der Definition in § 675f Absatz 4 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches oder ein Finanztransfergeschäft gemäß § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes;
4. „Zahler“ eine Person gemäß der Definition in § 1 Absatz 15 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes;
5. „Zahlungsempfänger“ eine Person gemäß der Definition in § 1 Absatz 16 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes;
6. „Zahlungskonto“ ein Konto gemäß der Definition in § 1 Absatz 17 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes;
7. „IBAN“ eine internationale Nummer gemäß der Definition in Artikel 2 Nummer 15 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22), geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 248/2014 vom 26.2.2014 (ABl. L 84, S. 1);
8. „BIC“ eine internationale Bankleitzahl gemäß der Definition in Artikel 2 Nummer 16 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012.

(8) Das Bundeszentralamt für Steuern nimmt die nach Absatz 4 übermittelten Zahlungsinformationen entgegen und führt eine ausschließlich automatisierte Prüfung der ihm übermittelten Daten daraufhin durch, ob diese Daten vollständig und schlüssig sind und ob der amtlich vorgeschriebene Datensatz verwendet worden ist. Das Bundeszentralamt für Steuern speichert diese Daten in einem elektronischen System nur für Zwecke dieser Prüfung bis zur Übermittlung an das zentrale elektronische Zahlungsinformationssystem. Das Bundeszentralamt für Steuern speichert und analysiert die Informationen, die ihm gemäß Artikel 24d in Verbindung mit Artikel 24c der Verordnung (EU) 2020/283 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 im Hinblick auf die Stärkung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Betrugsbekämpfung (ABl. L 62 vom 2.3.2020, S. 1) zugänglich sind, und stellt diese Daten den zuständigen Landesfinanzbehörden zur Verfügung. Das Bundeszentralamt für Steuern ist für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten, die sich für Zahlungsdienstleister aus dieser Vorschrift ergeben, zuständig.

(9) Die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Grund der übermittelten Zahlungsinformationen der Zahlungsdienstleister durch Finanzbehörden ist ein Verwaltungsverfahren in Steuersachen im Sinne der Abgabenordnung.

(10) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften zur Verarbeitung und Weiterverarbeitung der nach Absatz 8 Satz 3 erhobenen Daten zu erlassen.“

3. § 26a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 6 wird das Wort „oder“ gestrichen.

bb) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

cc) Die folgenden Nummern 8 bis 10 werden angefügt:

„8. entgegen § 22g Absatz 4 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,

9. entgegen § 22g Absatz 5 eine Angabe nicht oder nicht rechtzeitig berichtet und nicht oder nicht rechtzeitig vervollständigt oder

10. entgegen § 22g Absatz 6 eine Aufzeichnung nicht oder nicht mindestens drei Kalenderjahre aufbewahrt.“

b) In Absatz 4 werden die Wörter „Nummer 5 und 6“ durch die Wörter „Nummer 5, 6 und 8 bis 10“ ersetzt.

Artikel 11

Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung

Die Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 434), die zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angaben zu den §§ 69 und 70 werden wie folgt gefasst:

„§§ 69 und 70 (weggefallen)“.

b) Die Angabe „Anlage (zu den §§ 69 und 70)“ wird gestrichen.

2. § 24 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Steuervergütung ist bei dem zuständigen Finanzamt bis zum Ablauf des Kalenderjahres nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck elektronisch oder in Papierform zu beantragen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Gegenstand in das Drittlandsgebiet gelangt.“

3. Die §§ 69 und 70 und die Anlage (zu den §§ 69 und 70) werden aufgehoben.

Artikel 12

Änderung des Bewertungsgesetzes

Das Bewertungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1991 (BGBl. I S. 230), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2931) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 235 wie folgt gefasst:

„§ 235 Feststellungszeitpunkt“.

b) Die Angaben zu den Anlage 21 bis 25 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 21

(zu § 185 Absatz 3 Satz 1, § 193 Absatz 4 Satz 1,
§ 194 Absatz 5 Satz 1 und § 195 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 7 Satz 1) Vervielfältiger

Anlage 22

(zu § 185 Absatz 3 Satz 3, § 190 Absatz 6 Satz 1 und 2) Gesamtnutzungsdauer

Anlage 23

(zu § 187 Absatz 2 und 3) Bewirtschaftungskosten

Anlage 24

(zu § 190 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 und Anlage 23) Regelherstellungskosten

Anlage 25

(zu § 191 Satz 2) Wertzahlen für Ein- und Zweifamilienhäuser nach § 181 Absatz 1 Nummer 1 und Wohnungseigentum nach § 181 Absatz 1 Nummer 3 sowie Wertzahlen für Teileigentum, Geschäftsgrundstücke, gemischt genutzte Grundstücke und sonstige bebaute Grundstücke nach § 181 Absatz 1 Nummer 3 bis 6“.

2. § 153 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 4 werden die Wörter „Absatz 4 Satz 2“ durch die Wörter „Absatz 4 Satz 5“ ersetzt.

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Der Erklärungsspflichtige hat die Erklärung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln. Auf Antrag kann das Finanzamt zur Vermeidung unbilliger Härten auf eine elektronische Übermittlung verzichten; in diesem Fall ist die Erklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck abzugeben und vom Erklärungspflichtigen eigenhändig zu unterschreiben. Das Bundesministerium der Finanzen legt im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder die Einzelheiten der elektronischen Übermittlung der Erklärungen für die Feststellungen nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 und jeweils deren Beginn in einem Schreiben fest. Dieses Schreiben ist im Bundessteuerblatt zu veröffentlichen. Hat ein Erklärungspflichtiger eine Erklärung zur gesonderten Feststellung abgegeben, sind andere Beteiligte insoweit von der Erklärungsspflicht befreit.“

3. § 177 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Bei den Bewertungen nach den §§ 182 bis 196 sind die von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs ermittelten sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten im Sinne des § 193 Absatz 5 Satz 2 des Baugesetzbuchs anzuwenden, wenn diese Daten im Sinne

des Absatzes 3 als geeignet anzusehen sind. Hat der Gutachterausschuss diese Daten auf einen Stichtag bezogen, ist der letzte Stichtag vor dem Bewertungsstichtag maßgeblich, sofern dieser nicht mehr als drei Jahre vor dem Bewertungsstichtag liegt. Liegt der Bezugsstichtag mehr als drei Jahre zurück oder ist kein Bezugsstichtag bestimmt, sind die sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten anzuwenden, die von den Gutachterausschüssen für den letzten Auswertungszeitraum abgeleitet werden, der vor dem Kalenderjahr endet, in dem der Bewertungsstichtag liegt. Diese Daten sind für längstens drei Jahre ab dem Ende des Kalenderjahres maßgeblich, in dem der vom Gutachterausschuss zugrunde gelegte Auswertungszeitraum endet. Soweit sich die maßgeblichen Wertverhältnisse nicht wesentlich geändert haben, können die Daten auch über einen längeren Zeitraum als drei Jahre hinaus angewendet werden.“

b) Die folgenden Absätze 3 und 4 werden angefügt:

„(3) Die sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten nach Absatz 2 sind als geeignet anzusehen, wenn deren Ableitung weitgehend in demselben Modell erfolgt ist wie die Bewertung.“

(4) Soweit in den §§ 179 und 182 bis 196 nichts anderes bestimmt ist, werden Besonderheiten, insbesondere die den Wert beeinflussenden Belastungen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Art, nicht berücksichtigt. § 198 bleibt hiervon unberührt.“

4. § 181 Absatz 9 wird wie folgt gefasst:

„(9) Eine Wohnung ist in der Regel die Zusammenfassung mehrerer Räume, die in ihrer Gesamtheit so beschaffen sein müssen, dass die Führung eines selbständigen Haushalts möglich ist. Die Zusammenfassung der Räume muss eine von anderen Wohnungen oder Räumen, insbesondere Wohnräumen, baulich getrennte, in sich abgeschlossene Wohneinheit bilden und einen selbständigen Zugang haben. Daneben ist es erforderlich, dass die für die Führung eines selbständigen Haushalts notwendigen Nebenräume (Küche, Bad oder Dusche, Toilette) vorhanden sind. Die Wohnfläche soll mindestens 20 Quadratmeter betragen.“

5. § 183 Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Anzuwenden sind die von den Gutachterausschüssen ermittelten Vergleichsfaktoren nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3.“

6. § 184 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Satz 3 wird aufgehoben.

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Der Wert der baulichen Außenanlagen und sonstigen Anlagen ist mit dem nach den Absätzen 1 bis 3 ermittelten Ertragswert abgegolten.“

7. § 185 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Das Alter des Gebäudes ist durch Abzug des Jahres der Bezugsfertigkeit des Gebäudes vom Jahr des Bewertungsstichtags zu bestimmen.“

b) Die bisherigen Sätze 4 und 5 werden wie folgt gefasst:

„Sind nach Bezugsfertigkeit des Gebäudes Veränderungen eingetreten, die die Restnutzungsdauer des Gebäudes wesentlich verlängert haben, ist von der entsprechend verlängerten Restnutzungsdauer auszugehen. Die Restnutzungsdauer eines noch nutzbaren Gebäudes beträgt vorbehaltlich des Satzes 7 mindestens 30 Prozent der Gesamtnutzungsdauer.“

c) Folgender Satz wird angefügt:

„Bei einer bestehenden Abbruchverpflichtung für das Gebäude ist die nach den Sätzen 3 bis 6 ermittelte Restnutzungsdauer auf den Unterschiedsbetrag zwischen der tatsächlichen Gesamtnutzungsdauer und dem Alter des Gebäudes am Bewertungsstichtag begrenzt.“

8. § 187 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Anzusetzen sind die nach Absatz 3 an den Bewertungsstichtag angepassten Bewirtschaftungskosten aus Anlage 23.“

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Die Verwaltungskosten und Instandhaltungskosten für Wohnnutzung in Anlage 23 sind jährlich an den vom Statistischen Bundesamt festgestellten Verbraucherpreisindex für Deutschland anzupassen. Die Anpassung erfolgt mit dem Prozentsatz, um den sich der Verbraucherpreisindex für den Monat Oktober 2001 gegenüber demjenigen für den Monat Oktober des Jahres, das dem Bewertungsstichtag vorausgeht, erhöht oder verringert hat. Die indizierten Bewirtschaftungskosten sind für alle Bewertungsstichtage des Kalenderjahres anzuwenden. Das Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht den maßgebenden Verbraucherpreisindex im Bundessteuerblatt.“

9. § 188 Absatz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

„(1) Liegenschaftszinssätze sind Kapitalisierungszinssätze, mit denen Verkehrswerte von Grundstücken je nach Grundstücksart im Durchschnitt marktüblich verzinst werden.

(2) Anzuwenden sind die von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs ermittelten Liegenschaftszinssätze nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3. Soweit derartige Liegenschaftszinssätze nicht zur Verfügung stehen, gelten die folgenden Zinssätze:

1. 3,5 Prozent für Mietwohngrundstücke,
2. 4,5 Prozent für gemischt genutzte Grundstücke mit einem gewerblichen Anteil von bis zu 50 Prozent, berechnet nach der Wohn- und Nutzfläche,
3. 5,0 Prozent für gemischt genutzte Grundstücke mit einem gewerblichen Anteil von mehr als 50 Prozent, berechnet nach der Wohn- und Nutzfläche, und
4. 6,0 Prozent für Geschäftsgrundstücke.“

10. § 189 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Der Wert der baulichen Außenanlagen und sonstigen Anlagen ist grundsätzlich mit dem nach den Absätzen 1 bis 3 ermittelten Sachwert abgegolten. Dies gilt nicht bei besonders werthaltigen baulichen Außenanlagen und sonstigen Anlagen.“

11. § 190 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird folgend geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort „gewöhnlichen“ durch das Wort „durchschnittlichen“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

b) Absatz 2 wird Absatz 4.

c) Absatz 3 wird Absatz 2.

d) Der bisherige Absatz 4 wird aufgehoben.

e) In dem neuen Absatz 2 wird das Wort „gewöhnlicher“ durch das Wort „durchschnittlicher“ ersetzt.

f) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Zur Ermittlung des Gebäudesachwerts sind die durchschnittlichen Herstellungskosten des Gebäudes mit dem Regionalfaktor nach Absatz 5 sowie dem Alterswertminderungsfaktor nach Absatz 6 zu multiplizieren. Die durchschnittlichen Herstellungskosten des Gebäudes ergeben sich durch

Multiplikation der Regelherstellungskosten nach den Absätzen 1 und 2 mit der jeweiligen Brutto-Grundfläche des Gebäudes und dem Baupreisindex nach Absatz 4.“

- g) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Regelherstellungskosten“ die Wörter „an den Bewertungsstichtag“ eingefügt.
- h) Die folgenden Absätze 5 und 6 werden angefügt:

„(5) Durch Regionalfaktoren wird der Unterschied zwischen dem bundesdurchschnittlichen und dem regionalen Baukostenniveau berücksichtigt. Anzuwenden sind die Regionalfaktoren, die von den Gutachterausschüssen bei der Ableitung der Sachwertfaktoren nach § 191 Satz 1 zugrunde gelegt worden sind. Soweit von den Gutachterausschüssen keine geeigneten Regionalfaktoren zur Verfügung stehen, gilt der Regionalfaktor 1,0.

(6) Der Alterswertminderungsfaktor entspricht dem Verhältnis der Restnutzungsdauer des Gebäudes am Bewertungsstichtag zur Gesamtnutzungsdauer nach Anlage 22. Die Restnutzungsdauer wird grundsätzlich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen der Gesamtnutzungsdauer, die sich aus der Anlage 22 ergibt, und dem Alter des Gebäudes am Bewertungsstichtag ermittelt. Das Alter des Gebäudes ist durch Abzug des Jahres der Bezugsfertigkeit des Gebäudes vom Jahr des Bewertungsstichtags zu bestimmen. Sind nach Bezugsfertigkeit des Gebäudes Veränderungen eingetreten, die die Restnutzungsdauer des Gebäudes wesentlich verlängert haben, ist von der entsprechend verlängerten Restnutzungsdauer auszugehen. Die Restnutzungsdauer eines noch nutzbaren Gebäudes beträgt vorbehaltlich des Satzes 6 mindestens 30 Prozent der Gesamtnutzungsdauer. Bei einer bestehenden Abbruchverpflichtung für das Gebäude ist die nach den Sätzen 2 bis 5 ermittelte Restnutzungsdauer auf den Unterschiedsbetrag zwischen der tatsächlichen Gesamtnutzungsdauer und dem Alter des Gebäudes am Bewertungsstichtag begrenzt.“

12. § 191 wird wie folgt gefasst:

„§ 191

Wertzahlen

Als Wertzahlen im Sinne des § 189 Absatz 3 sind die von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs ermittelten Sachwertfaktoren nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3 anzuwenden. Soweit derartige Sachwertfaktoren nicht zur Verfügung stehen, sind die in Anlage 25 bestimmten Wertzahlen zu verwenden.“

13. § 193 wird wie folgt gefasst:

„§ 193

Bewertung des Erbbaurechts

(1) Der Wert des Erbbaurechts ist durch Multiplikation des Werts des unbelasteten Grundstücks mit einem Erbbaurechtskoeffizienten zu ermitteln. Anzuwenden sind die von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs ermittelten Erbbaurechtskoeffizienten nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3. Der Wert des unbelasteten Grundstücks ist der Wert des Grundstücks, der nach den §§ 179, 182 bis 196 festzustellen wäre, wenn die Belastung mit dem Erbbaurecht nicht bestünde.

(2) Der Wert des Erbbaurechts ist durch Multiplikation des nach den Absätzen 3 bis 5 ermittelten Werts mit einem Erbbaurechtsfaktor zu ermitteln, wenn für das zu bewertende Erbbaurecht kein Erbbaurechtskoeffizient nach Absatz 1 vorliegt. Anzuwenden sind die von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs ermittelten Erbbaurechtsfaktoren nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3. Soweit derartige Erbbaurechtsfaktoren nicht zur Verfügung stehen, gilt der Erbbaurechtsfaktor 1,0.

(3) Zur Ermittlung des Werts des Erbbaurechts wird zunächst die Summe aus

1. dem Wert des unbelasteten Grundstücks im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 abzüglich des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks nach § 179 und
2. der nach Absatz 4 über die Restlaufzeit des Erbbaurechts kapitalisierten Differenz aus dem angemessenen Verzinsungsbetrag des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Erbbauzins

gebildet. Ein bei Ablauf des Erbbaurechts nicht zu entschädigender Wertanteil der Gebäude oder des Gebäudes nach Absatz 5 ist abzuziehen.

(4) Der Unterschiedsbetrag aus dem angemessenen Verzinsungsbetrag des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Erbbauzins ist über die Restlaufzeit des Erbbaurechts mit dem sich aus Anlage 21 ergebenden Vervielfältiger zu kapitalisieren. Für die Kapitalisierung sind die Zinssätze zu verwenden, die der Ermittlung des Erbbaurechtsfaktors im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 zugrunde gelegt wurden. Soweit derartige Zinssätze nicht zur Verfügung stehen, gelten folgende Zinssätze:

1. 2,5 Prozent für Ein- und Zweifamilienhäuser und Wohnungseigentum, das wie Ein- und Zweifamilienhäuser gestaltet ist,
2. 3,5 Prozent für Mietwohngrundstücke und Wohnungseigentum, das nicht unter Nummer 1 fällt,
3. 4,5 Prozent für gemischt genutzte Grundstücke mit einem gewerblichen Anteil von bis zu 50 Prozent, berechnet nach der Wohn- und Nutzfläche, sowie sonstige bebaute Grundstücke,
4. 5,0 Prozent für gemischt genutzte Grundstücke mit einem gewerblichen Anteil von mehr als 50 Prozent, berechnet nach der Wohn- und Nutzfläche, und
5. 6,0 Prozent für Geschäftsgrundstücke und Teileigentum.

Der angemessene Verzinsungsbetrag des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks ergibt sich durch Anwendung des Zinssatzes nach Satz 2 oder 3 auf den Bodenwert nach § 179. Liegt ein immerwährendes Erbbaurecht vor, entspricht der Vervielfältiger dem Kehrwert des nach Satz 2 oder 3 anzuwendenden Zinssatzes.

(5) Zur Ermittlung des bei Ablauf des Erbbaurechts nicht zu entschädigenden Wertanteils der Gebäude oder des Gebäudes im Sinne des Absatzes 3 Satz 2 ist auf den Zeitpunkt des Ablaufs des Erbbaurechts die Differenz aus dem Wert des Grundstücks nach den §§ 179, 182 bis 196 und dem Bodenwert nach § 179 zu ermitteln. Hierbei ist die Restnutzungsdauer des Gebäudes bei Ablauf des Erbbaurechts zugrunde zu legen. Der so ermittelte Unterschiedsbetrag ist über die Restlaufzeit des Erbbaurechts nach Maßgabe der Anlage 26 auf den Bewertungsstichtag abzuzinsen. Für die Abzinsung sind die Zinssätze im Sinne des Absatzes 4 Satz 2 oder 3 anzuwenden. Liegt ein immerwährendes Erbbaurecht vor, ist der Abzinsungsfaktor 0. Der auf den Bewertungsstichtag abgezinsten Unterschiedsbetrag ist mit dem nicht zu entschädigenden Wertanteil der jeweiligen Gebäude zu multiplizieren.“

14. § 194 wird wie folgt gefasst:

„§ 194

Bewertung des Erbbaugrundstücks

(1) Der Wert des Erbbaugrundstücks ist durch Multiplikation des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks mit einem Erbbaugrundstückskoeffizienten zu ermitteln. Anzuwenden sind die von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs ermittelten Erbbaugrundstückskoeffizienten nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3. Der Bodenwert des unbelasteten Grundstücks ist der Wert des Grundstücks, der nach § 179 festzustellen wäre, wenn die Belastung mit dem Erbbaurecht nicht bestünde.

(2) Der Wert des Erbbaugrundstücks ist durch Multiplikation des Werts des Erbbaugrundstücks nach den Absätzen 3 bis 5 mit einem Erbbaugrundstücksfaktor zu ermitteln, wenn für das zu bewertende Erbbaugrundstück

grundstück kein Erbbaugrundstückskoeffizient nach Absatz 1 vorliegt. Anzuwenden sind die von den Gutachterausschüssen ermittelten Erbbaugrundstücksfaktoren nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3. Soweit derartige Erbbaugrundstücksfaktoren nicht zur Verfügung stehen, gilt der Erbbaugrundstücksfaktor 1,0.

(3) Zur Ermittlung des Werts des Erbbaugrundstücks wird zunächst die Summe aus

1. dem nach Absatz 4 über die Restlaufzeit des Erbbaurechts abgezinsten Bodenwert des unbelasteten Grundstücks im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 und
2. dem nach Absatz 5 über die Restlaufzeit des Erbbaurechts kapitalisierten vertraglich vereinbarten jährlichen Erbbauzins

gebildet. Ein bei Ablauf des Erbbaurechts nicht zu entschädigender Wertanteil der Gebäude oder des Gebäudes nach § 193 Absatz 5 ist hinzuzurechnen.

(4) Der Bodenwert des unbelasteten Grundstücks im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 ist über die Restlaufzeit des Erbbaurechts mit dem sich aus der Anlage 26 ergebenden Abzinsungsfaktor abzuzinsen. Für die Abzinsung sind die Zinssätze zu verwenden, die der Ermittlung des Erbbaugrundstücksfaktors im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 zugrunde gelegt wurden. Soweit von den Gutachterausschüssen keine derartigen Zinssätze zur Verfügung stehen, gelten die Zinssätze nach § 193 Absatz 4 Satz 3. Liegt ein immerwährendes Erbbaurecht vor, ist der Abzinsungsfaktor 0.

(5) Der vertraglich vereinbarte jährliche Erbbauzins ist über die Restlaufzeit des Erbbaurechts mit dem sich aus Anlage 21 ergebenden Vervielfältiger zu kapitalisieren. Für die Kapitalisierung sind die Zinssätze zu verwenden, die der Ermittlung des Erbbaugrundstücksfaktors im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 zugrunde gelegt wurden. Soweit von den Gutachterausschüssen keine derartigen Zinssätze zur Verfügung stehen, gelten die Zinssätze nach § 193 Absatz 4 Satz 3. Liegt ein immerwährendes Erbbaurecht vor, entspricht der Vervielfältiger dem Kehrwert des nach Satz 2 oder 3 anzuwendenden Zinssatzes.“

15. § 195 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Angabe „(Absatz 2)“ wird durch die Wörter „(Absätze 2 bis 4)“ ersetzt.

bb) Die Angabe „(Absatz 3)“ wird durch die Wörter „(Absätze 5 bis 7)“ ersetzt.

cc) Folgender Satz wird angefügt:

„Die ermittelten Grundbesitzwerte dürfen nicht weniger als 0 Euro betragen.“

b) Die Absätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„(2) Der Wert des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden wird ermittelt durch Bildung der Summe aus

1. dem Wert des Grundstücks, der nach den §§ 179, 182 bis 196 festzustellen wäre, wenn die Belastung mit dem Nutzungsrecht nicht bestünde, abzüglich des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks nach § 179 und
2. der nach Absatz 3 über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts kapitalisierten Differenz aus dem angemessenen Verzinsungsbetrag des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Nutzungsentgelt.

Ein bei Ablauf des Nutzungsrechts nicht zu entschädigender Wertanteil der Gebäude oder des Gebäudes nach Absatz 4 ist abzuziehen.

(3) Der Unterschiedsbetrag aus dem angemessenen Verzinsungsbetrag des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Nutzungsentgelt ist über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts mit dem sich aus der Anlage 21 ergebenden Vervielfältiger zu kapitalisieren. Für die Kapitalisierung sind die von den Gutachterausschüssen ermittelten Liegenschaftszinssätze nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3 zugrunde zu legen. Soweit von den Gutachterausschüssen keine derartigen Liegenschaftszinssätze zur Verfügung stehen, gelten die Zinssätze nach § 193 Absatz 4 Satz 3 entsprechend. Der angemessene Verzinsungsbetrag des Bodenwerts des fiktiv unbelasteten

Grundstücks ergibt sich durch Anwendung des Zinssatzes nach Satz 2 oder 3 auf den Bodenwert nach § 179. Liegt ein immerwährendes Nutzungsrecht vor, entspricht der Vervielfältiger dem Kehrwert des nach Satz 2 oder 3 anzuwendenden Zinssatzes.“

c) Die folgenden Absätze 4 bis 7 werden angefügt:

„(4) Zur Ermittlung des bei Ablauf des Nutzungsrechts nicht zu entschädigenden Wertanteils der Gebäude oder des Gebäudes im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 ist auf den Zeitpunkt des Ablaufs des Nutzungsrechts die Differenz aus dem Wert des unbelasteten Grundstücks nach den §§ 179, 182 bis 196 und dem Bodenwert nach § 179 zu ermitteln. Hierbei ist die Restnutzungsdauer des Gebäudes bei Ablauf des Nutzungsrechts zugrunde zu legen. Die so ermittelte Differenz ist über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts nach Maßgabe der Anlage 26 auf den Bewertungsstichtag abzuzinsen. Für die Abzinsung sind die Liegenschaftszinssätze im Sinne des Absatzes 3 Satz 2 oder 3 anzuwenden. Liegt ein immerwährendes Nutzungsrecht vor, ist der Abzinsungsfaktor 0. Die auf den Bewertungsstichtag abgezinsten Differenz ist mit dem nicht zu entschädigenden Wertanteil der jeweiligen Gebäude zu multiplizieren. Ist der Nutzer verpflichtet, das Gebäude bei Ablauf des Nutzungsrechts zu beseitigen, ergibt sich kein Wertanteil des Gebäudes.

(5) Der Wert des mit dem Nutzungsrecht belasteten Grundstücks wird ermittelt durch Bildung der Summe aus

1. dem nach Absatz 6 über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts abgezinsten Wert des Grundstücks, der nach § 179 festzustellen wäre, wenn die Belastung mit dem Nutzungsrecht nicht bestünde, und
2. dem nach Absatz 7 über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts kapitalisierten vertraglich vereinbarten jährlichen Nutzungsentgelt.

Ein bei Ablauf des Nutzungsrechts nicht zu entschädigender Wertanteil der Gebäude oder des Gebäudes im Sinne des Absatzes 4 ist hinzuzurechnen.

(6) Der Wert des unbelasteten Grundstücks nach § 179 ist über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts mit dem sich aus der Anlage 26 ergebenden Abzinsungsfaktor abzuzinsen. Für die Abzinsung sind die Zinssätze nach Absatz 3 Satz 2 oder 3 zugrunde zu legen. Liegt ein immerwährendes Nutzungsrecht vor, ist der Abzinsungsfaktor 0.

(7) Das vertraglich vereinbarte jährliche Nutzungsentgelt ist über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts mit dem sich aus der Anlage 21 ergebenden Vervielfältiger zu kapitalisieren. Für die Kapitalisierung sind die Zinssätze nach Absatz 3 Satz 2 oder 3 zugrunde zu legen. Liegt ein immerwährendes Nutzungsrecht vor, entspricht der Vervielfältiger dem Kehrwert des nach Absatz 3 Satz 2 oder 3 anzuwendenden Zinssatzes.“

16. Die Überschrift des § 235 wird wie folgt gefasst:

„§ 235

Feststellungszeitpunkt“.

17. Dem § 265 werden die folgenden Absätze 13 und 14 angefügt:

„(13) Bis zu dem nach § 153 Absatz 4 Satz 3 jeweils festgelegten Beginn der elektronischen Übermittlung ist § 153 Absatz 2 und 4 in der bis zum ... [einsetzen: Datum des Tags der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes] gültigen Fassung weiter anzuwenden.

(14) § 177 Absatz 2, 3 und 4, § 181 Absatz 9, § 183 Absatz 2 Satz 3, § 184 Absatz 3 und 4, § 185 Absatz 3 Satz 4 bis 7, § 187 Absatz 2 und 3, § 188 Absatz 1 und 2, § 189 Absatz 1 und 4, die §§ 190, 191, 193, 194 und 195 sowie die Anlagen 21, 22, 23, 24 und 25 in der Fassung des Artikels 12 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes] sind auf Bewertungsstichtage nach dem 31. Dezember 2022 anzuwenden.“

18. In § 266 Absatz 4 Satz 1 und 2 werden jeweils nach dem Wort „Grundsteuermessbescheide“ die Wörter „, Bescheide über die Zerlegung des Grundsteuermessbetrags“ eingefügt.
19. In Anlage 15 wird in der Zeile „übrige Fläche der forstwirtschaftlichen Nutzung“ in Spalte 6 die Angabe „Anlage 15a“ gestrichen.
20. In der Überschrift der Anlage 21 wird der Klammerzusatz wie folgt gefasst:
„(zu § 185 Absatz 3 Satz 1, § 193 Absatz 4 Satz 1, § 194 Absatz 5 Satz 1 und § 195 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 7 Satz 1)“.
21. Anlage 22 wird wie folgt geändert:
- In der Überschrift werden im Klammerzusatz die Wörter „§ 190 Absatz 4 Satz 2“ durch die Wörter „§ 190 Absatz 6 Satz 1 und 2“ ersetzt und wird das Wort „Wirtschaftliche“ gestrichen.
 - Nach den Wörtern „Ein- und Zweifamilienhäuser“, „Mietwohngrundstücke, Mehrfamilienhäuser“, „Wohnungseigentum“ sowie „Gemischt genutzte Grundstücke (Wohnhäuser mit Mischnutzung)“ wird jeweils die Angabe „70 Jahre“ durch die Angabe „80 Jahre“ ersetzt.
 - Nach dem Wort „Krankenhäuser“ wird das Wort „, Kliniken“ eingefügt.
 - Die Wörter „Saalbauten/Veranstaltungsgebäude“ werden durch die Wörter „Saalbauten, Veranstaltungsgebäude“ ersetzt.
 - Nach dem Wort „Mehrzweckhallen“ wird das Wort „, Scheunen“ eingefügt.
22. Anlage 23 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 23
(zu § 187 Absatz 2 und 3)

Bewirtschaftungskosten

I. Bewirtschaftungskosten für Wohnnutzung	
1. Verwaltungskosten (Basiswerte)	
jährlich je Wohnung	230 Euro
jährlich je Garage oder ähnlichen Einstellplatz	30 Euro
2. Instandhaltungskosten (Basiswerte)	
jährlich je Quadratmeter Wohnfläche	9 Euro
jährlich je Garage oder ähnlichen Einstellplatz	68 Euro
3. Mietausfallwagnis	
jährlicher Rohertrag	2 Prozent
II. Bewirtschaftungskosten für gewerbliche Nutzung	
1. Verwaltungskosten	
Jährlicher Rohertrag	3 Prozent
2. Instandhaltungskosten	
jährlich je Quadratmeter Nutzfläche (alle Gebäudearten der Anlage 24, Teil II., mit Ausnahme der nachfolgend genannten Gebäudearten)	100 Prozent der Instandhaltungskosten je Quadratmeter Wohnfläche gemäß I.2
jährlich je Quadratmeter Nutzfläche (Gebäudeart 13 der Anlage 24, Teil II.)	50 Prozent der Instandhaltungskosten je Quadratmeter Wohnfläche gemäß I.2

jährlich je Quadratmeter Nutzfläche (Gebäudearten 15 bis 16 und 18 der Anlage 24, Teil II.)	30 Prozent der Instandhaltungskosten je Quadratmeter Wohnfläche gemäß I.2
3. Mietausfallwagnis	
jährlicher Rohertrag	4 Prozent

Die Anpassung der Basiswerte nach den Nummern I.1 und I.2 erfolgt jährlich mit dem Prozentsatz, um den sich der vom Statistischen Bundesamt festgestellte Verbraucherpreisindex für Deutschland für den Monat Oktober 2001 gegenüber demjenigen für den Monat Oktober des Jahres, das dem Stichtag der Ermittlung des Liegenschaftszinssatzes vorausgeht, erhöht oder verringert hat. Die Werte für die Instandhaltungskosten pro Quadratmeter sind auf eine Nachkommastelle und bei den Instandhaltungskosten pro Garage oder ähnlichem Einstellplatz sowie bei Verwaltungskosten kaufmännisch auf volle Euro zu runden.“

23. Die Überschrift der Anlage 24 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 24

(zu § 190 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 und Anlage 23)

Regelherstellungskosten“.

24. Anlage 25 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 25

(zu § 191 Satz 2)

Wertzahlen für Ein- und Zweifamilienhäuser nach § 181 Absatz 1 Nummer 1 und Wohnungseigentum nach § 181 Absatz 1 Nummer 3

Vorläufiger Sachwert § 189 Absatz 3	Bodenrichtwert oder abgeleiteter Bodenwert in EUR/m ² nach § 179 Satz 4			
	30 EUR/m ²	60 EUR/m ²	120 EUR/m ²	180 EUR/m ²
50.000 EUR	1,4	1,5	1,6	1,7
100.000 EUR	1,2	1,3	1,4	1,4
150.000 EUR	1,0	1,1	1,3	1,3
200.000 EUR	0,9	1,0	1,2	1,2
300.000 EUR	0,9	1,0	1,1	1,1
400.000 EUR	0,8	0,9	1,0	1,1
500.000 EUR	0,8	0,9	1,0	1,0

Vorläufiger Sachwert § 189 Absatz 3	Bodenrichtwert oder abgeleiteter Bodenwert in EUR/m ² nach § 179 Satz 4			
	250 EUR/m ²	350 EUR/m ²	500 EUR/m ²	1000 EUR/m ²
50.000 EUR	1,7	1,7	1,8	1,8
100.000 EUR	1,5	1,5	1,6	1,7
150.000 EUR	1,3	1,4	1,5	1,6
200.000 EUR	1,3	1,4	1,5	1,6
300.000 EUR	1,2	1,3	1,4	1,5
400.000 EUR	1,2	1,3	1,4	1,5
500.000 EUR	1,1	1,2	1,3	1,4

Für vorläufige Sachwerte und Bodenrichtwerte oder abgeleitete Bodenwerte zwischen den angegebenen Intervallen sind die Wertzahlen durch lineare Interpolation zu bestimmen. Über den tabellarisch aufgeführten Bereich hinaus ist keine Extrapolation durchzuführen. Für Werte außerhalb des angegebenen Bereichs gilt der nächstgelegene vorläufige Sachwert oder Bodenrichtwert oder abgeleitete Bodenwert.

Wertzahlen für Teileigentum, Geschäftsgrundstücke, gemischt genutzte Grundstücke und sonstige bebaute Grundstücke nach § 181 Absatz 1 Nummer 3 bis 6

Vorläufiger Sachwert § 189 Absatz 3	Bodenrichtwert oder abgeleiteter Bodenwert in EUR/m ² nach § 179 Satz 4		
	50 EUR/m ²	150 EUR/m ²	400 EUR/m ²
500.000 EUR	0,8	0,9	1,0
750.000 EUR	0,8	0,9	1,0
1.000.000 EUR	0,7	0,8	0,9
1.500.000 EUR	0,7	0,8	0,9
2.000.000 EUR	0,7	0,8	0,8
3.000.000 EUR	0,7	0,7	0,7

Für vorläufige Sachwerte und Bodenrichtwerte oder abgeleitete Bodenwerte zwischen den angegebenen Intervallen sind die Wertzahlen durch lineare Interpolation zu bestimmen. Über den tabellarisch aufgeführten Bereich hinaus ist keine Extrapolation durchzuführen. Für Werte außerhalb des angegebenen Bereichs gilt der nächstgelegene vorläufige Sachwert oder Bodenrichtwert oder abgeleitete Bodenwert.“

25. Anlage 39 wird wie folgt geändert:

a) In der Tabelle unter Ziffer I werden die Überschriften der Spalten 2 und 3 wie folgt gefasst:

„Gebäudeart*“	Wohnfläche** (je Wohnung)“.
---------------	-----------------------------

b) In der Ziffer II wird im Satz nach der Tabelle der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und wird folgender Halbsatz angefügt:

„nicht aufgeführte Gemeinden sind der Mietniveaustufe 3 zuzuordnen.“

26. In Anlage 43 Zeile 1 Spalte 2 wird das Wort „Bodenrichtwert“ durch die Wörter „Bodenrichtwert oder in EUR/m² umgerechneter Bodenwert nach § 247 Absatz 3“ ersetzt.

Artikel 13

Weitere Änderung des Bewertungsgesetzes

In § 256 Absatz 3 Satz 1 des Bewertungsgesetzes, das zuletzt durch Artikel 12 dieses Gesetzes geändert worden ist, werden die Wörter „Absatz 1 Satz 2 Nummer 1“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 2 Nummer 2“ ersetzt.

Artikel 14

Änderung des Grundsteuergesetzes

Das Grundsteuergesetz vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2931) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Nummer 6 in dem Satzteil vor Satz 2 wird die Angabe „§ 13 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 16 Absatz 1, § 17 Absatz 3, § 18 Absatz 3“ ersetzt.

2. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „für jeden Erhebungszeitraum innerhalb des Hauptveranlagungszeitraums“ durch die Wörter „im Hauptveranlagungszeitraum“ ersetzt.
 - b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
 - „3. einer Genossenschaft oder einem Verein zugerechnet wird, für deren oder dessen Tätigkeit eine Steuerbefreiung nach § 5 Absatz 1 Nummer 10 des Körperschaftsteuergesetzes besteht und soweit der Grundbesitz der begünstigten Tätigkeit zuzuordnen ist.“
 - bb) Die Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.
 - c) Folgender Absatz 6 wird angefügt:
 - „(6) Der Abschlag auf die Steuermesszahl nach den Absätzen 2 bis 5 wird auf Antrag zunächst für jeden Erhebungszeitraum innerhalb des Hauptveranlagungszeitraums gewährt, wenn nachgewiesen wird, dass die jeweiligen Voraussetzungen zum Hauptveranlagungszeitpunkt vorliegen. Treten die Voraussetzungen der Absätze 2 bis 5 erst im Laufe des Hauptveranlagungszeitraums ein und liegen sie zu Beginn des Erhebungszeitraums vor, wird der Steuermessbetrag auf Antrag nach § 17 Absatz 2 Nummer 1 neu veranlagt. Entfallen die Voraussetzungen der Absätze 2 bis 5, ist dies nach § 19 Absatz 2 anzuzeigen und ist der Steuermessbetrag nach § 17 Absatz 2 Nummer 1 neu zu veranlagern oder nach § 21 zu ändern. Der Antrag auf eine Ermäßigung der Steuermesszahl nach den Absätzen 2 bis 5 kann durch eine entsprechende Angabe in einer Erklärung nach § 228 Absatz 1 des Bewertungsgesetzes erfolgen.“
3. § 19 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Steuergegenstandes“ die Wörter „, die zu einer Änderung oder zum Wegfall der Steuerbefreiung führen kann,“ eingefügt.
 - b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
 - „(3) Die Anzeigen nach den Absätzen 1 und 2 sind Steuererklärungen im Sinne der Abgabenordnung, die eigenhändig zu unterschreiben sind.“
4. In § 33 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 236 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 236 Absatz 2“ ersetzt.

Artikel 15

Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes

Das Grunderwerbsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Februar 1997 (BGBl. I S. 418, 1804), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2056) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 4 werden vor den Wörtern „von einer Gesamthand“ die Wörter „das Grundstück“ eingefügt.
 - b) Nach Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:
 - „Bei der Anwendung des Satzes 2 gilt die Ausübung der Option nach § 1a des Körperschaftsteuergesetzes als Verminderung des Anteils des Gesamthänders am Vermögen der erwerbenden Gesamthand, wenn die Option innerhalb der jeweils für Satz 2 geltenden Frist ausgeübt und wirksam wird.“
2. Dem § 19 wird folgender Absatz 7 angefügt:
 - „(7) In den Fällen des Absatzes 2 Nummer 4 beginnt die Festsetzungsfrist mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem das in Absatz 4 Satz 1 genannte Finanzamt von der anzeigepflichtigen Änderung Kenntnis erlangt

hat, spätestens jedoch zehn Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die anzeigepflichtige Änderung eingetreten ist.“

Artikel 16

Weitere Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes

Das Grunderwerbsteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 15 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „fünf Jahren“ durch die Wörter „zehn Jahren“ ersetzt.
2. In § 23 Absatz 18 und 24 wird jeweils die Angabe „§ 5 Absatz 3“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.

Artikel 17

Änderung des Steueroasen-Abwehrgesetzes

Das Steueroasen-Abwehrgesetz vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2056) wird wie folgt geändert:

1. § 10 wird wie folgt gefasst:

„§ 10

Quellensteuermaßnahmen

(1) Über § 49 des Einkommensteuergesetzes hinaus liegen steuerpflichtige Einkünfte derjenigen natürlichen Personen sowie derjenigen Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, die in einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet ansässig sind, auch vor, soweit sie Einkünfte erzielen aus

1. Finanzierungsbeziehungen. Inhaberschuldverschreibungen, die durch eine Globalurkunde verbrieft und im Rahmen der Girosammelverwahrung bei einem Zentralverwahrer verwahrt werden und mit diesen vergleichbare Schuldtitel, die an einer anerkannten Börse im Sinne des § 138 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe b Satz 2 der Abgabenordnung handelbar sind, gelten nicht als Finanzierungsbeziehungen;
2. Versicherungs- oder Rückversicherungsprämien;
3. der Erbringung von Dienstleistungen, soweit sie nicht bereits von den Nummern 1 und 2 erfasst sind. Nutzungsüberlassungen gelten nicht als Erbringung von Dienstleistungen;
4. dem Handel mit Waren oder Dienstleistungen im Sinne der Nummer 3 oder
5. der Vermietung und Verpachtung oder der Veräußerung von Rechten, die in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragen sind.

Steuerpflichtige Einkünfte nach Satz 1 liegen bei dessen Nummern 1 bis 4 nur vor, wenn sie nach § 2 Absatz 1 Satz 1 erster Halbsatz des Einkommensteuergesetzes bei unbeschränkt Steuerpflichtigen der Besteuerung unterliegen und die dem Steuerpflichtigen hierbei gewährten Vergütungen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten eines anderen unbeschränkt Steuerpflichtigen ungeachtet des § 8 Satz 1 bei dessen Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer ungeachtet der Wahl der Gewinnermittlungsart berücksichtigt werden können.

(2) § 50a Absatz 1, 2 Satz 1 und 2 und Absatz 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes und die §§ 73c bis 73g der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung sowie die weiteren gesetzlichen Vorschriften, die an den Steuerabzug auf Grund des § 50a des Einkommensteuergesetzes anknüpfen, gelten für die Vergütungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 entsprechend. Dabei ist § 50a Absatz 2 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Steuerabzug 15 Prozent der gesamten Einnahmen beträgt.“

2. Nach § 13 Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) § 10 in der Fassung des Artikels 17 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist erstmals ab dem 1. Januar 2022 anzuwenden.“

Artikel 18

Änderung der Abgabenordnung

Die Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2022 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 30 Absatz 4 Nummer 2c wird folgende Nummer 2d eingefügt:

„2d. sie der Sicherung, Nutzung und wissenschaftlichen Verwertung von Archivgut der Finanzbehörden durch das Bundesarchiv nach Maßgabe des Bundesarchivgesetzes sowie durch das zuständige Landes- oder Kommunalarchiv nach Maßgabe des einschlägigen Landesgesetzes oder der einschlägigen kommunalen Satzung dient,“.

2. Dem § 31a Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„In den Fällen von Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb oder Nummer 2 ist die Offenbarung auf Ersuchen der zuständigen Stellen auch zulässig, soweit sie für die Durchführung eines Strafverfahrens wegen einer zu Unrecht erlangten Leistung aus öffentlichen Mitteln erforderlich ist.“

3. In § 32i Absatz 5 Satz 2 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; § 38 Absatz 3 der Finanzgerichtsordnung gilt entsprechend.“ ersetzt.

4. In § 89a Absatz 7 Satz 9 wird die Angabe „und 6“ durch die Angabe „und 7“ ersetzt.

5. § 122 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden die Wörter „des Satzes 3“ durch die Wörter „der Sätze 3 und 4“ ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Erfolgt die öffentliche Zustellung durch Bekanntmachung einer Benachrichtigung auf der Internetseite oder in einem elektronischen Portal der Finanzbehörden, können die Anordnung und die Dokumentation nach § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 5 des Verwaltungszustellungsgesetzes elektronisch erfolgen.“

6. § 139b wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Außerdem speichert das Bundeszentralamt für Steuern zu natürlichen Personen die für sie nach Absatz 10 zuletzt übermittelte internationale Kontonummer (IBAN), bei ausländischen Kreditinstituten auch den internationalen Banken-Identifizierungsschlüssel (BIC).“

- b) Nach Absatz 4b wird folgender Absatz 4c eingefügt:

„(4c) Die nach Absatz 3a gespeicherten Daten werden gespeichert, um eine unbare Auszahlung von Leistungen aus öffentlichen Mitteln zu ermöglichen, bei denen die Verwendung der nach Absatz 3a gespeicherten Daten vorgesehen ist. Die in Absatz 3 aufgeführten Daten werden bei einer natürlichen Person auch für die in Satz 1 genannten Zwecke gespeichert.“

- c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „4b“ durch die Angabe „4c“ ersetzt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Die in Absatz 3a aufgeführten Daten dürfen nur für die in Absatz 4c genannten Zwecke verarbeitet werden; eine Übermittlung, Verwendung oder Beschlagnahme dieser Daten nach anderen Rechtsvorschriften ist unzulässig.“

- d) Dem Absatz 7 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Wird im Melderegister eine Person gespeichert, der nach eigenen Angaben noch keine Identifikationsnummer zugeteilt worden ist, so können die Meldebehörden dies in einem maschinellen Verfahren beim Bundeszentralamt für Steuern überprüfen; dabei dürfen nur die Daten nach Absatz 3 verwendet werden. Stimmen die von der Meldebehörde übermittelten Daten mit den beim Bundeszentralamt für Steuern nach Absatz 3 gespeicherten Daten überein, teilt das Bundeszentralamt für Steuern der Meldebehörde die in Absatz 3 Nummer 1, 3, 5, 8 und 10 genannten Daten mit; andernfalls teilt es der Meldebehörde mit, dass keine Zuordnung möglich war.“

- e) Die folgenden Absätze 10 bis 13 werden angefügt:

„(10) Für natürliche Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und für die nach § 63 des Einkommensteuergesetzes Kindergeld festgesetzt worden ist, teilt die zuständige Familienkasse als mitteilungspflichtige Stelle dem Bundeszentralamt für Steuern unter Angabe der in Absatz 3 Nummer 1 und 8 genannten Daten der natürlichen Person die IBAN, bei ausländischen Kreditinstituten auch den BIC, des Kontos mit, auf welches das Kindergeld zuletzt ausgezahlt worden ist; dies gilt nicht, wenn es sich bei dem tatsächlichen Zahlungsempfänger weder um den Kindergeldberechtigten noch um das Kind handelt. Außerdem können natürliche Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, dem Bundeszentralamt für Steuern die IBAN, bei ausländischen Kreditinstituten auch den BIC, des für Auszahlungen in den Fällen des Absatzes 4c maßgeblichen Kontos unter Angabe der in Absatz 3 Nummer 1 und 8 genannten Daten durch das kontoführende Kreditinstitut im Auftrag übermitteln lassen; die Kreditinstitute haben zu diesem Zweck ein geeignetes Verfahren bereitzustellen. Änderungen nach den Sätzen 1 und 2 bereits mitgeteilter Kontoverbindungen sind dem Bundeszentralamt für Steuern unter Angabe der in Absatz 3 Nummer 1 und 8 genannten Daten umgehend mitzuteilen.“

(11) Die Übermittlung der in Absatz 10 genannten Daten an das Bundeszentralamt für Steuern muss elektronisch nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz über die amtlich bestimmte Schnittstelle erfolgen.

(12) Das Bundeszentralamt für Steuern stellt den für ein Verfahren im Sinne des Absatzes 4c zuständigen Stellen die in Absatz 3 Nummer 1, 3, 5, 8, 10, 12 und 13 sowie Absatz 3a genannten Daten zum automationsgestützten Abgleich oder zum Abruf durch Datenfernübertragung zur Verfügung.

(13) Die in Absatz 10 Satz 1 genannte mitteilungspflichtige Stelle hat die maßgebliche IBAN, bei ausländischen Kreditinstituten auch den BIC, unter Angabe der in Absatz 3 Nummer 1 und 8 genannten Daten zu einem vom Bundesministerium der Finanzen zu bestimmenden und im Bundesgesetzblatt bekanntzumachenden Zeitpunkt erstmalig an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln. Wird das Kindergeld erstmals nach dem vom Bundesministerium der Finanzen nach Satz 1 bestimmten Zeitpunkt ausgezahlt, gilt Satz 1 entsprechend. Datenübermittlungen nach Absatz 10 Satz 2 können erstmals ab dem vom Bundesministerium der Finanzen nach Satz 1 bestimmten Zeitpunkt erfolgen.“

7. In § 150 Absatz 7 Satz 2 wird das Wort „soweit“ durch die Wörter „soweit sie in den Steuererklärungsformularen als eDaten gekennzeichnet sind oder bei nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung übermittelten Steuererklärungen für den Belegabruf bereitgestellt werden und“ ersetzt.
8. In § 162 Absatz 4a Satz 1 werden die Wörter „Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Abwehrmaßnahmen gegen Steuervermeidung und unfairen Steuerwettbewerb“ durch die Wörter „Steueroasen-Abwehrgesetzes“ ersetzt.
9. § 188 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach dem Wort „schriftlicher“ werden die Wörter „oder elektronischer“ eingefügt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:

„Die Bekanntgabe an Gemeinden erfolgt durch Bereitstellung zum Abruf nach § 122a; eine Einwilligung der Gemeinde ist nicht erforderlich.“
10. In § 191 Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
11. In § 224 Absatz 2 Nummer 3 werden die Wörter „einer Einzugsermächtigung“ durch die Wörter „eines SEPA-Lastschriftmandats“ ersetzt.
12. § 229 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Wird die Festsetzung oder Anmeldung eines Anspruchs aus dem Steuerschuldverhältnis aufgehoben, geändert oder nach § 129 berichtigt, so beginnt die Verjährung des gesamten Anspruchs erst mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Aufhebung, Änderung oder Berichtigung wirksam geworden ist.“
 - b) In Absatz 2 werden die Wörter „in dem der Haftungsbescheid wirksam geworden ist.“ durch die Wörter „in dem die Zahlungsaufforderung nachgeholt worden ist, spätestens aber fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Haftungsbescheid wirksam geworden ist.“ ersetzt.
13. § 230 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
 - b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Die Verjährung ist gehemmt, solange die Festsetzungsfrist des Anspruchs noch nicht abgelaufen ist. § 171 Absatz 14 ist dabei nicht anzuwenden.“
14. Dem § 249 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„§ 757a Absatz 5 der Zivilprozessordnung ist dabei nicht anzuwenden.“
15. In § 251 Absatz 3 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.
16. In § 371 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „werden,“ die Wörter „sowie die Verzugszinsen nach Artikel 114 des Zollkodex der Union“ eingefügt.
17. In § 398a Absatz 1 Nummer 1 werden nach dem Wort „werden,“ die Wörter „sowie die Verzugszinsen nach Artikel 114 des Zollkodex der Union“ eingefügt.

Artikel 19

Weitere Änderung der Abgabenordnung

§ 139b der Abgabenordnung, die zuletzt durch Artikel 18 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 7 Satz 2 werden die Wörter „Satz 2 bis 5“ durch die Wörter „Satz 2 bis 4“ ersetzt.

2. In Absatz 8 wird die Angabe „Nr. 1 bis 10“ durch die Wörter „Nummer 1 bis 12“ ersetzt und wird folgender Satz angefügt:

„Die Mitteilungspflicht der Registermodernisierungsbehörde gegenüber dem Bundeszentralamt für Steuern nach § 4 Absatz 4 des Identifikationsnummerngesetzes bleibt unberührt.“

Artikel 20

Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Artikel 97 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341; 1977 I S. 667), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2022 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 8 Absatz 5 in der Fassung des Artikels 6 des Gesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794) wird Absatz 6.
2. Dem § 10a wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) § 150 Absatz 7 Satz 2 der Abgabenordnung in der am ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes] geltenden Fassung ist auf Steuererklärungen anzuwenden, die nach dem ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes] abgegeben werden.“
3. Dem § 14 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Die §§ 229 und 230 der Abgabenordnung in der am ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des Jahressteuergesetzes 2022] geltenden Fassung gelten für alle am ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes] noch nicht abgelaufenen Verjährungsfristen.“
4. Nach § 18a wird folgender § 18b eingefügt:

„§ 18b

Zuständigkeit für Klagen nach § 32i Absatz 2 der Abgabenordnung

§ 32i Absatz 5 Satz 2 der Abgabenordnung in der am ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes] geltenden Fassung ist auf alle nach dem ... [einsetzen: Tag der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes] anhängig gewordenen Klagen anzuwenden.“

5. § 35 wird wie folgt gefasst:

„§ 35

Abrufverfahren bei Steuermessbeträgen und Zerlegungsbescheiden

§ 184 Absatz 3 Satz 2 und § 188 Absatz 1 Satz 2 der Abgabenordnung finden erstmals für die Steuermessbeträge und Zerlegungsbescheide Anwendung, die für Realsteuern des Jahres 2025 maßgeblich sind. Für Zwecke der Grundsteuer findet § 188 Absatz 1 Satz 2 der Abgabenordnung erst Anwendung, wenn die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den elektronischen Abruf erfüllt sind, spätestens aber ab dem 1. Januar 2025.“

Artikel 21

Weitere Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Nach Artikel 97 § 5 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung, das zuletzt durch Artikel 20 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Identifikationsnummer

§ 139b Absatz 8 der Abgabenordnung in der Fassung des Artikels 19 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist ab dem Tag anzuwenden, an dem das Bundesministerium des Innern und für Heimat nach Artikel 22 Satz 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) im Bundesgesetzblatt bekanntgibt, dass die technischen Voraussetzungen für die Verarbeitung der Identifikationsnummer nach Artikel 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) vorliegen. Für Identifikationsnummern nach § 139b der Abgabenordnung, die vom Bundeszentralamt für Steuern vor diesem Tag bereits zugeteilt wurden und für die durch die Meldebehörden vergebenen vorläufigen Bearbeitungsmerkmale wird das Datum nach § 139b Absatz 6 Satz 1 Nummer 11 der Abgabenordnung dem Bundeszentralamt für Steuern von den Meldebehörden im Rahmen einer Bestandsdatenlieferung einmalig mitgeteilt.“

Artikel 22

Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes

§ 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 Satz 6 und 7 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBl. I S. 846, 1202), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 23

Weitere Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes

§ 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 Satz 6 bis 8 und 10 des Finanzverwaltungsgesetzes, das zuletzt durch Artikel 22 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 24

Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken

§ 2b des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250, 1409), das zuletzt durch Artikel 35 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Wörter „Körperschaft- und Gewerbesteuer“ durch die Wörter „Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer“ ersetzt.

2. In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Körperschaft- und Gewerbesteuer“ durch die Wörter „Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer“ ersetzt.

Artikel 25

Änderung des Steuerberatungsgesetzes

In § 4 des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735), das zuletzt durch Artikel 50 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, werden die Nummern 12 und 12a durch folgende Nummer 12 ersetzt:

- „12. Kreditinstitute, soweit sie in Vertretung der Gläubiger von Kapitalerträgen Anträge auf Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 44a Absatz 9 oder § 50c des Einkommensteuergesetzes oder nach § 11 Absatz 1 des Investmentsteuergesetzes stellen,“.

Artikel 26

Weitere Änderung des Steuerberatungsgesetzes

In § 4 Nummer 11 Satz 1 Buchstabe b des Steuerberatungsgesetzes, das zuletzt durch Artikel 25 dieses Gesetzes geändert worden ist, werden die Wörter „§ 3 Nummer 12, 26, 26a oder 26b“ durch die Wörter „§ 3 Nummer 12, 26, 26a, 26b oder 72“ ersetzt.

Artikel 27

Änderung des Bundeskindergeldgesetzes

Das Bundeskindergeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2009 (BGBl. I S. 142, 3177), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe d wird wie folgt gefasst:

„d) einen der folgenden freiwilligen Dienste leistet:

- aa) ein freiwilliges soziales Jahr im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes,
- bb) ein freiwilliges ökologisches Jahr im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes,
- cc) einen Bundesfreiwilligendienst im Sinne des Bundesfreiwilligendienstgesetzes,
- dd) eine Freiwilligentätigkeit im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps im Sinne der Verordnung (EU) 2021/888 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Aufstellung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2018/1475 und (EU) Nr. 375/2014 (ABl. L 202 vom 8.6.2021, S. 32),
- ee) einen anderen Dienst im Ausland im Sinne von § 5 des Bundesfreiwilligendienstgesetzes,
- ff) einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ im Sinne der Förderleitlinie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 1. Januar 2016,
- gg) einen Freiwilligendienst aller Generationen im Sinne von § 2 Absatz 1a des Siebten Buches Sozialgesetzbuch oder

- hh) einen Internationalen Jugendfreiwilligendienst im Sinne der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 4. Januar 2021 (GMBI S. 77) oder“.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
- bb) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Kindergeld wird nicht für ein Kind gezahlt, für das eine der folgenden Leistungen zu zahlen ist oder bei entsprechender Antragstellung zu zahlen wäre:
1. Leistungen für Kinder, die im Ausland gewährt werden und dem Kindergeld oder der Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 217 Absatz 3 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch in der bis zum 30. Juni 2020 geltenden Fassung oder dem Kinderzuschuss aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 270 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der bis zum 16. November 2016 geltenden Fassung vergleichbar sind,
 2. Leistungen für Kinder, die von einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung gewährt werden und dem Kindergeld vergleichbar sind.“
- cc) In Satz 2 werden die Wörter „Satz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.

Artikel 28

Änderung der Altersvorsorge-Durchführungsverordnung

Die Altersvorsorge-Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2005 (BGBl. I S. 487), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 11. Februar 2021 (BGBl. I S. 154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 10 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „Absatz 1“ gestrichen.
2. § 12 Absatz 3 wird aufgehoben.
3. § 13 wird wie folgt gefasst:

„§ 13

Anzeigepflichten des Zulageberechtigten

Liegt ein Tatbestand des § 95 des Einkommensteuergesetzes vor, hat der Zulageberechtigte dies dem Anbieter ab Beginn der Auszahlungsphase anzuzeigen.“

Artikel 29

Aufhebung der BVA-Bundesfamilienkassenverordnung

Die BVA-Bundesfamilienkassenverordnung vom 20. Mai 2010 (BGBl. I S. 673), die durch Artikel 195 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 30

Inkrafttreten

- (1) Das Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 9 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Artikel 2 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.
- (3) Artikel 3 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft.
- (4) Artikel 16 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in Kraft.
- (5) Die Artikel 7 und 13 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft.
- (6) Die Artikel 4, 9, 11, 22, 26, 28 und 29 treten am 1. Januar 2023 in Kraft.
- (7) Die Artikel 5, 10 und 23 treten am 1. Januar 2024 in Kraft.
- (8) Artikel 6 tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.
- (9) Die Artikel 19 und 21 treten an dem Tag in Kraft, an dem das Bundesministerium des Innern und für Heimat nach Artikel 22 Satz 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) im Bundesgesetzblatt bekannt gibt, dass die technischen Voraussetzungen für die Verarbeitung der Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung nach Artikel 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) vorliegen.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

In verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts hat sich fachlich notwendiger Gesetzgebungsbedarf ergeben. Dies betrifft insbesondere Anpassungen zur weiteren Digitalisierung, zur Verfahrensvereinfachung, zur Rechtssicherheit und Steuergerechtigkeit sowie zur Umsetzung des Koalitionsvertrages zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Notwendig sind auch Anpassungen an EU-Recht und EuGH-Rechtsprechung sowie Reaktionen auf Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesfinanzhofs. Darüber hinaus besteht unvermeidlicher redaktioneller und technischer Regelungsbedarf. Hierzu gehören Verfahrens- und Zuständigkeitsfragen, Folgeänderungen, Anpassungen auf Grund von vorangegangenen Gesetzesänderungen und Fehlerkorrekturen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Mit dem vorliegenden Änderungsgesetz soll diesem fachlich notwendigen Gesetzgebungsbedarf entsprochen werden.

Hierzu gehören insbesondere:

- Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Aufbau eines direkten Auszahlungsweges für öffentliche Leistungen unter Nutzung der steuerlichen Identifikationsnummer, § 139b AO
- Modernisierung des Abzugs von Aufwendungen für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit in der häuslichen Wohnung
- Einführung einer Ertragsteuerbefreiung für bestimmte Photovoltaikanlagen
- Erweiterung der Beratungsbefugnis von Lohnsteuerhilfevereinen im Zusammenhang mit steuerbefreiten Photovoltaikanlagen
- weitgehende Abschaffung der Registerfälle für die Zukunft und rückwirkende Abschaffung der Registerfälle für Drittlizenzen, § 49 EStG
- Aufhebung der Begrenzung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent für die Gewinneinkünfte des Jahres 2007 zur Umsetzung der Vorgaben des BVerfG-Beschlusses 2 BvL 1/13, § 32c EStG
- Anhebung des linearen AfA-Satzes für die Abschreibung von Wohngebäuden auf 3 Prozent, § 7 Absatz 4 EStG
- vollständiger Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen ab 2023, § 10 Absatz 3 EStG
- Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags, § 20 Absatz 9 EStG
- Anhebung des Ausbildungsfreibetrags, § 33a EStG
- Steuerfreistellung des Grundrentenzuschlags
- Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung
- Anpassung der Vorschriften der Grundbesitzbewertung nach dem Sechsten Abschnitt des Zweiten Teils des Bewertungsgesetzes an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021

sowie im Bereich der Umsatzsteuer:

- Nullsteuersatz mit Vorsteuerabzug für die Lieferung und Installation von Photovoltaikanlagen

- Schaffung einer nationalen Vorschrift zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/284 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister
- Umsetzung der Verpflichtung zur elektronischen Bereitstellung über Verwaltungsportale nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138)

Zudem wird weiterem, fachlich gebotenen Regelungsbedarf im Steuerrecht nachgekommen. Dazu gehören insbesondere die Klarstellung von Zweifelsfragen sowie Folgeänderungen, Fehlerkorrekturen und sonstiger redaktioneller Änderungsbedarf.

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Für die Änderung des Einkommensteuergesetzes (Artikel 1 bis 6), des Umwandlungssteuergesetzes (Artikel 7), des Umsatzsteuergesetzes (Artikel 8 bis 10) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 105 Absatz 2 Satz 2 erste Alternative des Grundgesetzes (GG), da das Steueraufkommen diesbezüglich dem Bund ganz oder teilweise zusteht.

Für die Änderung des Bewertungsgesetzes (Artikel 12 und 13), der Abgabenordnung (Artikel 18 und 19) und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (Artikel 20 und 21) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 108 Absatz 5 GG.

Für die Änderung des Grundsteuergesetzes (Artikel 14) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 105 Absatz 2 Satz 1 GG.

Für die Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes (Artikel 15 und 16) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 105 Absatz 2 zweite Alternative GG. Da das Aufkommen der Grunderwerbsteuer den Ländern (Artikel 106 Absatz 2 Nummer 3 GG) zusteht, hat der Bund das Gesetzgebungsrecht allerdings gemäß Artikel 105 Absatz 2 zweite Alternative GG nur, wenn die Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 2 GG vorliegen. Danach hat der Bund das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht. Artikel 15 des Gesetzes zielt auf eine Änderung einzelner Vorschriften des Grunderwerbsteuergesetzes ab. Die bundesgesetzliche Regelung ist zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich. Die gleichwertigen Lebensverhältnisse würden bei einer landesrechtlichen Zersplitterung des Grunderwerbsteuerrechts beeinträchtigt werden, weil unterschiedliche Regelungen oder sogar das Unterlassen einer Regelung durch einzelne Länder zu einer dem einheitlichen Lebens- und Wirtschaftsraum widersprechenden Wettbewerbsverzerrung führen würde, die sich nachteilig auf die gesamtwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland auswirkt. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung wäre bei jeweiligen Einzelregelungen durch Ländergesetze selbst dann nicht mehr gewährleistet, wenn man unterstellt, dass diese die nämliche Zielsetzung verfolgten, denn es ist nicht davon auszugehen, dass diese in völliger Übereinstimmung durch die Gesetze der Länder konkretisiert wird.

Für die Änderung des Steueroasen-Abwehrgesetzes (Artikel 17) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 105 Absatz 2 Satz 2 erste Alternative und Artikel 108 Absatz 4 Satz 1 GG.

Für die Änderung des Gesetzes über die Finanzverwaltung (Artikel 22 und 23) folgt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 108 Absatz 4 Satz 1 GG. Es wird der Vollzug der Steuergesetze erheblich verbessert bzw. erleichtert.

Für die Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken (Artikel 24) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 11 GG. Eine bundeseinheitliche Regelung ist zur Wahrung der Rechts-

und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich (Artikel 72 Absatz 2 GG), weil sonst die konkrete Gefahr besteht, dass diese Zielvorgaben ohne eine bundeseinheitliche Regelung beeinträchtigt würden.

Für die Änderung des Steuerberatungsgesetzes – StBerG (Artikel 25 und 26) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG.

Für die Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (Artikel 27) ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 72 Absatz 2 GG und Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG. Für die öffentliche Fürsorge steht dem Bund das Gesetzgebungsrecht zu, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich machen. Die Regelungen in Artikel 27 dienen sowohl der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als auch der Wahrung der Rechtseinheit. Denn mit den das Kindergeld betreffenden Änderungen werden die Änderungen des Einkommensteuergesetzes nachvollzogen.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Unvereinbarkeiten mit höherrangigem Recht sind nicht zu erkennen. Bei einzelnen Regelungen handelt es sich um die Umsetzung von Unionsrecht, insbesondere in den Artikeln 8 bis 10 (Änderung des Umsatzsteuergesetzes). Einzelheiten ergeben sich aus dem besonderen Teil der Gesetzesbegründung.

Die Artikel 25 und 26 fallen in den Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über die Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung wurde gemäß § 42a der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien vom 26. Juli 2000 (GMBI 2000 S. 526), zuletzt geändert durch Beschluss vom 22. Januar 2020 (GMBI 2020 S. 68), durchgeführt. Die Regelungen genügen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Sie enthalten insbesondere keine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes. Gesetzgeberisches Ziel der Änderung von § 4 StBerG ist die Aufhebung einer mangels praktischer Anwendungsfälle nicht mehr erforderlichen Vorschrift (§ 4 Nummer 12 StBerG), die Erweiterung der Beratungsbefugnis auf inländische Kreditinstitute sowie auf mit Anträgen auf Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 50c EStG vergleichbare Anträge (§ 4 Nummer 12a StBerG) sowie eine punktuelle Erweiterung der beschränkten Hilfeleistung in Steuersachen für Lohnsteuerhilfvereine (§ 4 Nummer 11 StBerG).

Hinsichtlich der Durchführung der Verhältnismäßigkeitsprüfung nach II. des Prüfrasters für die Verhältnismäßigkeitsprüfung und weitere Maßnahmen (GMBI 2020, S. 69) (Prüfraster) ist insbesondere auf die folgenden Punkte hinzuweisen:

Zu II. 1a): Die verbleibenden Einschränkungen der Befugnis zur beschränkten Hilfeleistung in Steuersachen dienen dem Verbraucherschutz und der Sicherung des Steueraufkommens. Lohnsteuerhilfvereine sind Selbsthilfeeinrichtungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Hilfe in Steuersachen im Zusammenhang mit typischen Arbeitnehmereinkünften leisten. Zur Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien sollen Lohnsteuerhilfvereine durch die vorgesehene punktuelle Erweiterung der Beratungsbefugnis auch befugt sein, ihren Mitgliedern Hilfe bei der Einkommensteuer und ihren Zuschlagsteuern zu leisten, wenn diese eine Photovoltaikanlage mit einer installierten Leistung von bis zu 30 Kilowatt – kW (peak) betreiben. Mit dieser Erweiterung gehen keine Risiken für die Mitglieder der Lohnsteuerhilfvereine einher. Zum einen ist aufgrund der in § 3 Nummer 72 EStG vorgesehenen Einkommensteuerbefreiung kein Gewinn, bei dem es sich nicht um eine typische Arbeitnehmereinkunft handeln würde, zu ermitteln und in der Einkommensteuererklärung anzugeben. Zum anderen bestehen insoweit auch keine Wechselwirkungen mit der Umsatzsteuer, vor denen die Beratenen durch eine Beschränkung der Beratungsbefugnis geschützt werden müssten.

Zu II. 1d) und 2b): Auch nach der punktuellen Erweiterung der beschränkten Befugnis zur Hilfeleistung in Steuersachen sind Lohnsteuerhilfvereine nicht befugt, Hilfe in Steuersachen zu leisten, soweit es sich nicht um typische Arbeitnehmereinkünfte handelt. Diese Beschränkung folgt unmittelbar daraus, dass es sich bei Lohnsteuerhilfvereinen um Selbsthilfeeinrichtungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern handelt. Die Einkommensteuererklärung bei typischen Arbeitnehmereinkünften erweist sich als deutlich weniger komplex, weshalb eine Beratung auch von Personen erfolgen kann, die nicht über vollumfängliche Kenntnisse des gesamten Steuerrechts verfügen. Gleichwohl hat die Leiterin oder der Leiter einer Beratungsstelle eines Lohnsteuerhilfvereins dennoch

zumindest eine Abschlussprüfung in einem kaufmännischen Ausbildungsberuf vorzuweisen, damit auch insoweit eine ordnungsgemäße Hilfeleistung in Steuersachen sichergestellt wird.

Soweit nach der Erweiterung der beschränkten Hilfeleistung in Steuersachen von ausländischen Kreditinstituten bei Anträgen auf Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 50c EStG auf inländische Kreditinstitute sowie die mit den Anträgen auf Erstattung von Kapitalertragsteuer vergleichbaren Anträgen nach § 44a Absatz 9 EStG und § 11 InvStG noch Beschränkungen bei der Befugnis zur Hilfeleistung in Steuersachen verbleiben, folgt dies daraus, dass es sich nur bei den genannten Anträgen um solche handelt, die typischerweise im Zusammenhang mit der Haupttätigkeit von Kreditinstituten stehen.

Alle darüberhinausgehenden Beratungstätigkeiten sind weiterhin den zur unbeschränkten Hilfeleistung in Steuersachen befugten Personen oder Gesellschaften vorbehalten, die beziehungsweise deren handelnde Personen ihre Kenntnisse oder die Fähigkeit zur Aneignung dieser Kenntnisse durch eine entsprechende Prüfung nachzuweisen haben.

Die punktuelle Erweiterung der beschränkten Hilfeleistung in Steuersachen trägt dem Grundrecht der Berufsfreiheit umfassend Rechnung. Soweit Einschränkungen bestehen bleiben, werden diese auf das notwendige Maß beschränkt.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Auf die entsprechenden Ausführungen zum Erfüllungsaufwand wird verwiesen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Vorhaben steht im Einklang mit dem Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, indem es fachlich notwendigen Gesetzgebungsbedarf in verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts umsetzt und damit auch das Steueraufkommen des Gesamtstaates sichert. Es betrifft damit den Indikatorenbereich 8.3 (Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge – Gute Investitionsbedingungen schaffen, Wohlstand dauerhaft erhalten) sowie 8.4 (Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern).

Eine Nachhaltigkeitsrelevanz bezüglich anderer Indikatoren ist nicht gegeben.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

(Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. Euro)

Iffd. Nr.	Maßnahme	Steuerart / Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr				
				2022	2023	2024	2025	2026
1	§ 3 Nummer 14a EStG	Insg.	.	.	-5	-5	-5	-10
	rückwirkende Steuerfreistellung des Zuschlages an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung (Grundrentenzuschlag) ab 1.1.2021	ESt	.	.	-5	-5	-5	-10
		Bund	.	.	-2	-2	-2	-4
		ESt	.	.	-2	-2	-2	-4
		Länder	.	.	-2	-2	-2	-4
		ESt	.	.	-2	-2	-2	-4
		Gem.	.	.	-1	-1	-1	-2
		ESt	.	.	-1	-1	-1	-2

lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart / Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr						
				2022	2023	2024	2025	2026		
2	<u>§ 3 Nummer 72 EStG</u> Ertragsteuerbefreiung für bestimmte Photovoltaikanlagen	Insg.	.	-		
		ESt	.	-	.	.	.			
		SolZ	.	-	.	.	.			
		Bund	.	-	.	.	.			
		ESt	.	-	.	.	.			
		SolZ	.	-	.	.	.			
		Länder	.	-	.	.	.			
		ESt	.	-	.	.	.			
		Gem.	.	-	.	.	.			
		ESt	.	-	.	.	.			
		3	<u>§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b und 6c EStG</u> Modernisierung des Abzugs von Aufwendungen für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit in der häuslichen Wohnung	Insg.	- 1.400	-	.	- 1.120	- 1.400	- 1.400
				ESt	- 1.390	-	.	- 1.110	- 1.390	- 1.390
SolZ	- 10			-	.	- 10	- 10	- 10		
Bund	- 601			-	.	- 482	- 601	- 601		
ESt	- 591			-	.	- 472	- 591	- 591		
SolZ	- 10			-	.	- 10	- 10	- 10		
Länder	- 590			-	.	- 471	- 590	- 590		
ESt	- 590			-	.	- 471	- 590	- 590		
Gem.	- 209			-	.	- 167	- 209	- 209		
ESt	- 209			-	.	- 167	- 209	- 209		
4	<u>§ 7 Absatz 4 Nummer 2c EStG</u> Erhöhung der linearen Gebäude-AfA für neue Wohngebäude von zwei auf drei Prozent bei Fertigstellung nach dem 30.06.2023			Insg.	-385	-	.	-55	-185	-335
				GewSt	-40	-	.	-5	-20	-35
		ESt	-255	-	.	-40	-125	-230		
		KSt	-70	-	.	-10	-30	-55		
		SolZ	-20	-	.	.	-10	-15		
		Bund	-164	-	.	-22	-79	-142		
		GewSt	-1	-	.	.	-1	-1		

lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart / Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr				
				2022	2023	2024	2025	2026
		ESt	-108	-	.	-17	-53	-98
		KSt	-35	-	.	-5	-15	-28
		SolZ	-20	-	.	.	-10	-15
		Länder	-146	-	.	-22	-69	-126
		GewSt	-2	-	.	.	-1	-2
		ESt	-109	-	.	-17	-53	-97
		KSt	-35	-	.	-5	-15	-27
		Gem.	-75	-	.	-11	-37	-67
		GewSt	-37	-	.	-5	-18	-32
		ESt	-38	-	.	-6	-19	-35
5	<u>§ 10 Absatz 3 Satz 6 und § 39b Absatz 4 EStG</u>	Insg.	-3.225	-	-2.935	-1.890	-160	-5
	Erhöhung der als Sonderausgaben abzugsfähigen Altersvorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 2 EStG ab dem Jahr 2023 auf 100 Prozent bis zum Höchstbetrag	ESt	-35	-	.	-30	-20	-5
		LSt	-3.130	-	-2.880	-1.825	-135	.
		SolZ	-60	-	-55	-35	-5	.
		Bund	-1.405	-	-1.279	-824	-71	-2
		ESt	-15	-	.	-13	-9	-2
		LSt	-1.330	-	-1.224	-776	-57	.
		SolZ	-60	-	-55	-35	-5	.
		Länder	-1.345	-	-1.224	-787	-66	-2
		ESt	-15	-	.	-12	-8	-2
		LSt	-1.330	-	-1.224	-775	-58	.
		Gem.	-475	-	-432	-279	-23	-1
		ESt	-5	-	.	-5	-3	-1
		LSt	-470	-	-432	-274	-20	.
6	<u>§ 20 Absatz 9 EStG</u>	Insg.	-315	-	-185	-305	-325	-340
	Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags von 801 Euro auf 1.000 Euro und von 1.602 Euro (Ehegatten/Lebenspartner) auf 2.000 Euro	ESt	-85	-	.	-65	-80	-85
		KapESt	-145	-	-115	-150	-155	-160
		ZinsAbIn	-75	-	-60	-75	-75	-80
		SolZ	-10	-	-10	-15	-15	-15
		Bund	-152	-	-94	-151	-160	-166

lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart / Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr				
				2022	2023	2024	2025	2026
		ESt	-36	-	.	-28	-34	-36
		KapESt	-73	-	-58	-75	-78	-80
		ZinsAbIn	-33	-	-26	-33	-33	-35
		SolZ	-10	-	-10	-15	-15	-15
		Länder	-141	-	-84	-135	-144	-151
		ESt	-36	-	.	-27	-34	-36
		KapESt	-72	-	-57	-75	-77	-80
		ZinsAbIn	-33	-	-27	-33	-33	-35
		Gem.	-22	-	-7	-19	-21	-23
		ESt	-13	-	.	-10	-12	-13
		ZinsAbIn	-9	-	-7	-9	-9	-10
7	<u>§ 33a Absatz 2 Satz 1 EStG</u>	Insg.	-70	-	.	-55	-70	-70
	Anhebung des Ausbildungsfreibetrags von 924 Euro auf 1.200 Euro ab 1.1.2023	ESt	-70	-	.	-55	-70	-70
		LSt	.	-
		SolZ	.	-
		Bund	-30	-	.	-23	-30	-30
		ESt	-30	-	.	-23	-30	-30
		LSt	.	-
		SolZ	.	-
		Länder	-29	-	.	-24	-29	-29
		ESt	-29	-	.	-24	-29	-29
		LSt	.	-
		Gem.	-11	-	.	-8	-11	-11
		ESt	-11	-	.	-8	-11	-11
		LSt	.	-
8	<u>§ 12 Absatz 3 UStG</u>	Insg.	-210	-	-85	-120	-150	-175
	Umsatzsteuersatzsenkung auf 0% für Photovoltaikanlagen und Speicher	USt	-210	-	-85	-120	-150	-175
		Bund	-111	-	-45	-63	-79	-92
		USt	-111	-	-45	-63	-79	-92
		Länder	-95	-	-38	-55	-68	-79

Ifd. Nr.	Maßnahme	Steuerart / Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr				
				2022	2023	2024	2025	2026
		USt	-95	-	-38	-55	-68	-79
		Gem.	-4	-	-2	-2	-3	-4
		USt	-4	-	-2	-2	-3	-4
9	<u>Finanzielle Auswirkungen insgesamt</u>	Insg.	- 5.605	.	- 3.210	- 3.550	- 2.295	- 2.335
		GewSt	- 40	-	.	- 5	- 20	- 35
		ESt	- 1.835	.	- 5	- 1.305	- 1.690	- 1.790
		LSt	- 3.130	-	- 2.880	- 1.825	- 135	.
		KSt	- 70	-	.	- 10	- 30	- 55
		KapESt	- 145	-	- 115	- 150	- 155	- 160
		ZinsAbIn	- 75	-	- 60	- 75	- 75	- 80
		SolZ	- 100	-	- 65	- 60	- 40	- 40
		USt	- 210	-	- 85	- 120	- 150	- 175
		Bund	- 2.463	.	- 1.420	- 1.567	- 1.022	- 1.037
		GewSt	- 1	-	.	.	- 1	- 1
		ESt	- 780	.	- 2	- 555	- 719	- 761
		LSt	- 1.330	-	- 1.224	- 776	- 57	.
		KSt	- 35	-	.	- 5	- 15	- 28
		KapESt	- 73	-	- 58	- 75	- 78	- 80
		ZinsAbIn	- 33	-	- 26	- 33	- 33	- 35
		SolZ	- 100	-	- 65	- 60	- 40	- 40
		USt	- 111	-	- 45	- 63	- 79	- 92
		Länder	- 2.346	.	- 1.348	- 1.496	- 968	- 981
		GewSt	- 2	-	.	.	- 1	- 2
		ESt	- 779	.	- 2	- 553	- 716	- 758
		LSt	- 1.330	-	- 1.224	- 775	- 58	.
		KSt	- 35	-	.	- 5	- 15	- 27
		KapESt	- 72	-	- 57	- 75	- 77	- 80
		ZinsAbIn	- 33	-	- 27	- 33	- 33	- 35
		USt	- 95	-	- 38	- 55	- 68	- 79
		Gem.	- 796	.	- 442	- 487	- 305	- 317
		GewSt	- 37	-	.	- 5	- 18	- 32
		ESt	- 276	.	- 1	- 197	- 255	- 271
		LSt	- 470	-	- 432	- 274	- 20	.
		ZinsAbIn	- 9	-	- 7	- 9	- 9	- 10
		USt	- 4	-	- 2	- 2	- 3	- 4

Anmerkungen:

¹ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von 12 Monaten.

Die Regelungen führen beim Epl. 08 für die Haushaltsjahre 2023 bis 2026 insgesamt zu einem Mehrbedarf von 172.437,4 T Euro sowie von 34 Planstellen/Stellen.

Der Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln soll finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 08 ausgeglichen werden.

Im Einzelnen fallen beim BZSt und ITZBund folgenden Mehrausgaben an:

Kapitel	HH-Jahr	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Maßnahme	in T€					
0811	Speicherung der IBAN und gegebenenfalls der BIC einer Kontoverbindung zu den Daten zur steuerlichen Identifikationsnummer nach § 139b AO in der IdNr-Datenbank	22	166	289	289		
	IT-Verfahren zur Übermittlung und Speicherung der von Zahlungsdienstleistern gemachten Aufzeichnungen (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG)		238	475	475	475	
Summe		22	404	764	764	475	
0815	Speicherung der IBAN und gegebenenfalls der BIC einer Kontoverbindung zu den Daten zur steuerlichen Identifikationsnummer nach § 139b AO in der IdNr-Datenbank	6 280	13 260	4 600	3 761		
	Einführung eines maschinellen Anfrageverfahrens der Meldebehörden beim BZSt (§ 139b Absatz 7 Satz 3 bis 6 – neu – AO)		222	600	206	206	
	IT-Verfahren zur Übermittlung und Speicherung der von Zahlungsdienstleistern gemachten Aufzeichnungen (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG)		8 328	7 455	7 080	5 205	
	Beendigung der Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes (§ 72 Absatz 1 Satz 6 und 7, Absatz 3 Nummer 3, Absatz 8 Satz 3 – aufgehoben – EStG, § 5 Absatz 1 Nummer 11 FVG, VA-Bundesfamilienkassenverordnung – aufgehoben –)	5 575	16 134	17 971	18 413	18 871	19 338
	Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung (§ 10a Absatz 1a und Absatz 6 Satz 4 EStG, § 52 Absatz 51a EStG, § 90 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 5 EStG, § 91 Absatz 1 EStG und § 95 EStG); Kosten bei ZfA	1 155	538,5	538,5	538,5		
	Gesamtkosten der Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung mit Variante maschineller Festsetzungsbescheid (§ 10a Absatz 1a und Absatz 6 Satz 4 EStG, § 52 Absatz 51a EStG, § 90 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 5 EStG, § 91 Absatz 1 EStG und § 95 EStG); Kosten bei ZfA		3 412,5	2 277,8	2 277,8	2 277,8	
Summe		13 010	41 895	33 442,3	32 276,3	26 559,8	19 338

Kapitel	HH-Jahr	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Maßnahme	in T€					
0816	Aufnahme der IBAN in die IdNr-Datenbank (§ 139b AO)	6 120	5 068	5 532	5 532		
	Einführung eines maschinellen Anfrageverfahrens der Meldebehörden beim BZSt (§ 139b Absatz 7 Satz 3 bis 6 – neu – AO)		89	445	178	178	
	IT-Verfahren zur Übermittlung und Speicherung der von Zahlungsdienstleistern gemachten Aufzeichnungen (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG)	0	7 314	4 107	3 707	3 707	
Summe		6 120	12 471	10 084	9 417	3 885	

Die titelgenaue Aufschlüsselung der vorstehend dargestellten Mehrausgaben beim BZSt und ITZBund ist aus den nachstehenden Darstellungen ersichtlich.

Die Speicherung der IBAN und gegebenenfalls der BIC einer Kontoverbindung zu den Daten zur steuerlichen Identifikationsnummer nach § 139b AO in der IdNr-Datenbank führt zu einem Mehrbedarf von 5 Planstellen und folgenden Mehrausgaben beim Bundeszentralamt für Steuern – BZSt (Kapitel 0815) sowie anteilig im Kapitel 0811:

Jahr	Personalmehrbedarf	Sachaufwand	Aufträge und IT-Dienstleistungen [Titel 532 01]	
in Tsd. €				
2022	102	33	6 167	6 302
2023	545	169	12 950	13 664
2024	1 229	435	3 700	5 364
2025	662	163	3 700	4 525
	2 538	800	26 517	29 855

Beim Informationstechnikzentrum Bund – ITZBund (Kapitel 0816) führt die Aufnahme der IBAN in die IdNr-Datenbank zu einem Mehrbedarf von 8 Planstellen und folgenden Mehrausgaben:

Jahr	Personal	Sachkosten	Aufträge und IT-Dienstleistungen [Titel 532 01]	Wartung und Pflege [Titel 511 01- IT]	Hard- und Software [Titel 812 02]	
in Tsd. €						
2022					6 120	6 120
2023	333	131	3 380	1 224		5 068
2024	667	261	3 380	1 224		5 532
2025	667	261	3 380	1 224		5 532
	1 667	653	10 140	3 672	6 120	22 252

Summen:

Jahre	2022	2023	2024	2025
in Tsd. €				
anteiliger Umstellungsaufwand (0815 427 09, 0815 532 01, 0816 532 01, 0816 812 02 und 0816 511 01)	12 287	12 501		839
davon 0815	6 167	12 501		839

Jahre	2022	2023	2024	2025
	in Tsd. €			
davon 0816	6 120			
anteiliger laufender Aufwand (0815 422 01, 0815 532 01, 0816 422 01, 0816 532 01, 0816 812 02 und 0816 511 01)	113	6 065	9 768	9 768
davon 0815	113	997	4 236	4 236
davon 0816		5 068	5 532	5 532
0811	22	166	289	289

Die Einführung eines maschinellen Anfrageverfahrens der Meldebehörden beim BZSt (§ 139b Absatz 7 Satz 3 bis 6 – neu – AO) führt zu folgenden Mehrausgaben beim BZSt (Kapitel 0815) und beim ITZBund (Kapitel 0816):

Kapitel	HH-Jahr	2023	2024	2025	2026
	Titel	in T€			
0815	Tit. 532 01	222	600	206	206
Summe		222	600	206	206
0816	Tit. 511 01	0	0	89	89
	Tit. 532 01	89	89	89	89
	Tit. 812 02	0	356	0	0
Summe		89	445	178	178
Summe Epl. 08 / HH-Jahr		311	1 045	384	384
anteiliger Umstellungsaufwand		311	1.045		
anteiliger laufender Aufwand		0	0	384	384
Gesamtsumme Epl. 08		2 124			

Zudem entsteht beim BZSt (Kapitel 0815) und beim ITZBund (Kapitel 0816) ein Mehrbedarf von 21 Planstellen sowie folgende Mehrausgaben:

Kapitel	HH-Jahr	2023	2024	2025	2026
	Titel	in T€			
0815	Tit. 422 01	515	1 030	1 030	1 030
	Tit. 511 01	142	283	283	283
	Tit. 532 01	7 600	6 000	5 625	3 750
	Tit. 812 01	71	142	142	142
Summe		8 328	7 455	7 080	5 205
0816	Tit. 422 01	343	686	686	686
	Tit. 511 01 Non -IT	87	174	174	174
	Tit. 812 01	44	87	87	87
	Tit. 532 01	3 960	2 200	2 200	2 200
	Tit. 511 01	480	560	560	560

Kapitel	HH-Jahr	2023	2024	2025	2026
	Titel	in T€			
	Tit. 812 02	2 400	400	0	0
Summe		7 314	4 107	3 707	3 707
0811	Tit. 634 03	238	475	475	475
Summe Epl. 08 / HH-Jahr		15 880	12 037	11 262	9 387
anteiliger Umstellungsaufwand		13 960	4 500		
anteiliger laufender Aufwand		1 920	7 537	11 262	9 387
Gesamtsumme Epl. 08		48 566			

Dieser Mehrbedarf und diese Mehrausgaben resultieren aus

- der Neuentwicklung, dem Betrieb und der laufenden Pflege und Wartung des IT-Verfahrens, mit dem von den Zahlungsdienstleistern gemachte Aufzeichnungen (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG) entgegengenommen werden,
- der Speicherung der entgegengenommenen Daten, der Prüfung und der Weiterleitung dieser Daten an das zentrale elektronische Zahlungsinformationssystem (Central Electronic System of Payment Information – „CESOP“),
- der Entgegennahme der Daten, die im CESOP ausgewertet worden sind,
- der weiteren Auswertung der Daten, die im CESOP ausgewertet worden sind, beim BZSt und
- der Überprüfung, ob die Zahlungsdienstleister ihren Verpflichtungen in Deutschland ordnungsgemäß nachkommen.

Durch die Beendigung der Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes (§ 72 Absatz 1 Satz 6 und 7, Absatz 3 Nummer 3, Absatz 8 Satz 3 – aufgehoben – EStG, § 5 Absatz 1 Nummer 11 FVG, VA-Bundesfamilienkassenverordnung – aufgehoben –) entsteht bei der Bundesagentur für Arbeit für den Übernahmeprozess der Familienkassen des öffentlichen Dienstes kein zusätzlicher Aufwand, da dieser durch die bereits geschaffenen Strukturen zu Reformbeginn abgedeckt wird. Bei den abgebenden Familienkassen des öffentlichen Dienstes entsteht ein einmaliger geringfügiger nicht bezifferbarer Aufwand.

Die Verwaltungskosten für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs sind der Bundesagentur für Arbeit zu erstatten. Durch die Übernahme der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes (ca. 170 500 Kinder) und die verbliebenen Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen (Stand 31. Mai 2022 – ca. 620 000 Kinder) entsteht über die mit steigenden Fallzahlen zur Kindergeldgewährung „automatisch“ verbundene Steigerung des Personalansatzes in der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf. Dieser ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle (Angaben in Tsd. Euro):

Maßnahme	Jährlicher Aufwand					
	Haushaltsjahr					
	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Bearbeitung der Kindergeldfälle der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes durch die Bundesagentur für Arbeit (Verwaltungskosten)	-	3 604	3 833	3 928	4 027	4 128
Bearbeitung der Kindergeldfälle der Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen durch die Bundesagentur für Arbeit (Verwaltungskosten)	3 075	9 830	13 938	14 285	14 644	15 010

Übernahme der Kindergeldbearbeitung durch die Bundesagentur für Arbeit (Transferkosten)	2 500	2 500	-	-	-	-
Insgesamt	5 575	15 934	17 771	18 213	18 671	19 138

Insofern bedarf es keinerlei Änderung der abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarungen. Die mit der erhöhten Kinderanzahl verbundenen höheren Personalkosten bei der Bundesagentur für Arbeit werden über die vereinbarte Pauschale seitens Bundeszentralamts für Steuern aus dem Einzelplan 08 erstattet. Über etwaige Mehrbedarfe wird im Haushaltsaufstellungsverfahren 2024 entschieden werden. Die Pauschale beträgt 19,84 Euro im Jahr 2022 und steigert sich auf 24,21 Euro im Jahr 2027.

Dem Mehraufwand durch die Erstattung der Verwaltungskosten stehen Minderaufwände bei den Personal- und Sachkosten der abgebenden Familienkassen des öffentlichen Dienstes gegenüber. Zusätzlich fällt beim BZSt bis zum Abschluss der Strukturreform Personal- und Sachaufwand in Höhe von ca. 200 000 Euro jährlich an. Soweit hierfür keine Haushaltsvorsorge getroffen wurde, bleibt eine Entscheidung dem weiteren Haushaltsverfahren vorbehalten.

Hinsichtlich der Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung (§ 10a Absatz 1a und Absatz 6 Satz 4 EStG, § 52 Absatz 5 1a EStG, § 90 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 5 EStG, § 91 Absatz 1 EStG und § 95 EStG) ergibt sich bei der ZfA folgender Finanzierungsbedarf:

Kapitel	HH-Jahr	2022	2023	2024	2025
	Titel	in T€			
0815	IT-Entwicklungskosten	1 155			
	Personalkosten der ZfA		538,5	538,5	538,5
Summe		1 155	538,5	538,5	538,5

Als Gesamtkosten mit Variante maschineller Festsetzungsbescheid ergibt sich bei der ZfA folgender Finanzierungsbedarf:

Kapitel	HH-Jahr	2023	2024	2025	2026
	Titel	in T€			
0815	IT-Entwicklungskosten	3 412,5			
	Personalkosten der ZfA		2 277,8	2 277,8	2 277,8
Summe		3 412,5	2 277,8	2 277,8	2 277,8

4. Erfüllungsaufwand

4.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Vorgabe	Paragraph; Bezeichnung der Vorgabe	Veränderung des jährlichen Aufwands		Einmaliger Aufwand		Angaben für jährlichen Aufwand			Angaben für einmaligen Aufwand		
		Jährlicher Zeitaufwand (in Stunden)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)	Einmaliger Zeitaufwand (in Stunden)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
4.1.1	§ 7 Abs. 4 S. 2 EStG; Abschaffung der Möglichkeit zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude	-7 500	-12 500	0	0	25 000	-18	-500			
4.1.2	§ 7 Abs. 4 S. 1 EStG; Erhöhung der linearen AfA für neue Wohngebäude; Stichtagsprüfung durch Änderung der AfA-Sätze bei Wohngebäuden	810	0	0	0	48 750	1				
4.1.3	§ 10a Absatz 1a EStG; Verfahrenserleichterungen Riester-Rente für Kindererziehende	-47 667	-130			130 000	-22	-1			
4.1.4	§ 10a Abs. 6 S. 4 EStG § 95 S. 1 EStG (neu) § 52 Abs. 51a EStG (neu); Keine Rückzahlung der steuerlichen Förderung (Altersvorsorgezulage und Sonderausgabenabzug nach § 10a EStG) in der Ansparphase bei Wegzug in ein Land außerhalb der EU / des EWR	-1 000	-1	0	0	1 000	-10	-1			
4.1.4	§ 19 GrStG; Einschränkung der Anzeigepflicht in § 19 GrStG	-307	-3,6	0	0	200	-92	-18			
4.1.5	§ 153 BewG, § 265 BewG; Elektronische Erklärungsabgabepflicht	-450	-60	0	0	30 000	-1	-2			
4.1.6	§ 48a Abs. 1 EStG; Digitalisierung des Bausteuerabzugsverfahrens – elektronische Steueranmeldung	0,0	0,0	0	0	0	-1	-2			
4.1.7	Änderung § 18 Abs. 5a UStG; Anpassung § 18 Abs. 5a UStG an die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG); Einführung einer	0,000	0,063	0	0	63	0	1			

Vorgabe	Paragraph; Bezeichnung der Vorgabe	Veränderung des jährlichen Aufwands		Einmaliger Aufwand		Angaben für jährlichen Aufwand			Angaben für einmaligen Aufwand		
		Jährlicher Zeitaufwand (in Stunden)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)	Einmaliger Zeitaufwand (in Stunden)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
	elektronischen Meldung zur Fahrzeugeinzelbesteuerung;										
	Summe (in Stunden bzw. Tsd. Euro)	-757	-194,537	0	0						

4.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Vorgabe	Paragraph; Bezeichnung der Vorgabe; Art der Vorgabe	Jährlicher Aufwand		Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Einmaliger Aufwand		Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwands	Angaben für jährlichen Aufwand				Angaben für einmaligen Aufwand			
		Jährlicher Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)		Einmaliger Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)			Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)
4.2.1	§ 7 Abs. 4 S. 2 EStG; Abschaffung der Möglichkeit zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude; weitere Vorgabe	-305	-12 500	-12 802	0	0	0		36,30	25 000	-20	-500				
4.2.2	§ 139b Abs. 3a, 4c, 5, 10-13 AO; Auszahlungsweg über die steuerliche Identifikationsnummer; weitere Vorgabe	0	0	0	2 717	0	2 717	Einführung oder Anpassung digitaler Prozessabläufe					80,90	1 679	1 200	0
4.2.3	§ 7 Abs. 4 S. 1 EStG; Erhöhung der linearen AfA für neue Wohngebäude; weitere Vorgabe	0	0	0	79	0	79	Sonstiges					36,30	130 000	1	0

Vorgabe	Paragraph; Bezeichnung der Vorgabe; Art der Vorgabe	Jährlicher Aufwand		Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Einmaliger Aufwand		Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwands	Angaben für jährlichen Aufwand				Angaben für einmaligen Aufwand			
		Jährlicher Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)		Einmaliger Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)			Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)
4.2.4	§ 95 Absatz 2 und 3 EStG; Wegfall Stundungsverfah- ren bei Verzug ins Ausland; weitere Vorgabe	-5	-1	-6	0	0	0		51,30	1 000	-6	-1				
4.2.5	§ 90 Absatz 4 EStG; Festsat- zung der Alters- vorsorgezulage; weitere Vorgabe	-464	-150	-614					30,90	150 000	-6	-1				
4.2.6	§ 19 GrStG; § 19 GrStG; Einschrän- kung der Anzeige- pflicht in; Informa- tionspflicht	-21	-7	-28	0	0	0		34,10	-400	92	18				
4.2.7	§ 153 BewG, § 265 BewG; Elektronische Er- klärungsabgabe- pflicht; Informati- onspflicht	-70	-210	-280	0	0	0		44,400	105 025	-0,90	-2				
4.2.8	§ 48a Abs. 1 EStG; Digitalisie- rung des Bausteue- erabzugsverfah- rens – elektroni- sche Steueran- meldung; Informa- tionspflicht	-268	-1 050	-1 318	0	0	0		34,00	525 000	-0,90	-2				
4.2.9	§ 4a UStG, § 24 UStDV; Elektroni- sche Abgabe des Antrags auf Steu- ervergütung; Infor- mationspflicht	-11	-4	-15	0	0	0		29,30	4 493	-5	-1				

Vorgabe	Paragrah; Bezeichnung der Vorgabe; Art der Vorgabe	Jährlicher Aufwand		Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Einmaliger Aufwand		Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwands	Angaben für jährlichen Aufwand				Angaben für einmaligen Aufwand				
		Jährlicher Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)		Einmaliger Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)			Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	
4.2.10	§ 22g UStG; Aufzeichnungspflicht für Zahlungsdienstleister bei mehr als 25 grenzüberschreitende Zahlungen an denselben Zahlungsempfänger; Informationspflicht	0	0	0	0	1 226	1 226	Einführung oder Anpassung digitaler Prozessabläufe						0,00	75	0	16 350
4.2.11	§ 18 Abs. 5a UStG; Einführung einer elektronischen Meldung zur Fahrzeugsteuerung; Informationspflicht	0,000	0,122	0,122	0	0	0		0	122	0	1					
4.2.12	§ 27 Abs. 3 Nr. 3 UmwStG; Antrag auf Stundung der Wegzugssteuer bei einbringungsgeborenen Anteilen; Informationspflicht	0,062	0,000	0,062	0	0	0		36,30	1	102						
4.2.13	§ 3 Nr. 72 EStG; Ertragssteuerbefreiung bestimmter Photovoltaikanlagen; Erstellen der Einnahmeverrechnung (EÜR, § 4 Abs. 3 S. 1 EStG); Informationspflicht	-1 669		-1 669					36,30	394 000	-7						

Vorgabe	Paragrah; Bezeichnung der Vorgabe; Art der Vorgabe	Jährlicher Aufwand		Jährlicher Erfüllungs- aufwand (in Tsd. Euro)	Einmaliger Aufwand		Einmaliger Erfüllungs- aufwand (in Tsd. Euro)	Kategorie des einmaligen Erfüllungs- aufwands	Angaben für jährlichen Aufwand				Angaben für einmaligen Aufwand			
		Jährlicher Personal- aufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)		Einmaliger Personalauf- wand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)			Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeit- aufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Lohn- satz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeit- aufwand pro Fall in Minuten	Sach- kosten pro Fall (in Euro)
4.2.14	§ 3 Nr. 72 EStG; Ertragsteuerbe- freiung bestimm- ter Photovoltaik- anlagen; Nachs- weis der Gewinn- erzielungsabsicht (§ 15 Abs. 2 S. 1 EStG); Informati- onspflicht	-250	-20	-270					36,30	19 700	-21	-1				
4.2.15	§ 12 Abs. 3 USiG; Steuersatzen- kung für Photovol- taikanlagen; An- passung der inter- nen Prozesse an die Absenkung der USt-Sätze auf 0 %; weitere Vor- gabe				3 213	3 213	3 213							59,50	3 000	1 088
4.2.16	§ 12 Abs. 3 USiG; Steuersatzen- kung für Photovol- taikanlagen; Er- mittlung der Nut- zungsart von Ge- bäuden; Informati- onspflicht	-373		-373					59,50	188 000						
4.2.17	§ 12 Abs. 3 i. V. m. § 19 Abs. 2 S. 1 USiG; Steuersatzen- kung für Photovol- taikanlagen; Klein- unternehmerrege- lung; Informati- onspflicht	426	160	586					31,92	160 000	5	1,00				

Vorgabe	Paragrah; Bezeichnung der Vorgabe	Jährlicher Aufwand		Jährlicher Erfüllungs- aufwand (in Tsd. Euro)	Einmaliger Aufwand		Einmaliger Erfüllungs- aufwand (in Tsd. Euro)	Kategorie des einmaligen Erfüllungs- aufwands	Angaben für jährlichen Aufwand				Angaben für einmaligen Aufwand			
		Jährlicher Personal- aufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)		Einmaliger Personalauf- wand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)			Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeit- aufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Lohn- satz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeit- aufwand pro Fall in Minuten	Sach- kosten pro Fall (in Euro)
4.2.18	§ 12 Abs. 3 i. V. m. § 18 Abs. 1 S. 1 1. Hs und Abs. 2 UStG; Steuersatzsen- kung für Photovol- taikanlagen; Um- satzsteuervoran- meldung; Informa- tionspflicht	-5 034		-5 034					36,30	160 000	-52					
	Summe (in Tsd. Euro)	-8 044	-13 782	-21 823	6 009	1 226	7 235									
	davon aus In- formations- pflichten (in Tsd. Euro)	-7 270	-1 131	-8 401	0	1 226	1 226									
	Summe, 1:1 Umsetzung von EU Recht (in Tsd. Euro)	0	0	0	0	0	0									

4.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Vorgabe	Paragrah; Bezeichnung der Vorgabe; Verwaltungsebene	Jährlicher Personal- aufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)	Jährlicher Erfüllungs- aufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Einmaliger Personalauf- wand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)	Einmaliger Erfüllungs- aufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeit- aufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall in Euro
4.3.1	§ 7 Abs. 4 Satz 2 EStG; Ab- schaffung der Möglichkeit zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Ge- bäude; Land	-4 493 -1 939		-4 493 -1 939	33,70 43,90	50 000 10 000	-160 -265			122	1221F1F ²⁾				
4.3.2	§ 249 Abs. 3 AO; Schutz der Vollziehungsbeamten der Fi- nanzverwaltung; Land	-24,5	-14,5	-39	33,7	14 500	-3	-1							

²⁾ Anpassung der Eingabemöglichkeit bei den festsetzungsnahen Daten (FnD); Schätzung des BZSt.

Vorgabe	Paragrah; Bezeichnung der Vorgabe; Verwaltungsebene	Jährlicher Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Einmaliger Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall in Euro
4.3.3	§ 27 Abs. 3 Nr. 3 UmwStG; Bearbeitung des Antrags auf Stundung der Wegzugssteuer bei einbringungsgebotenen Anteilen; Bund	0,0914	0	0,0914	42,50	1	129	382F2F ³⁾	-	-	-	-	-	-	-
4.3.4	Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 27 Abs. 8 KStG auf EWR- und Drittstaatsgesellschaften; Bund								-	-	-	-	-	-	-
4.3.5	§ 3 Nr. 14a, § 52 Abs. 4 Satz 5 bis 8 EStG; Steuerfreistellung des Grundrentenzuschlags; Bund (DRV-Bund)								247,125		247,125	659,00 pro PT	1	375 PT3F3F ⁴⁾	
4.3.6	§ 10a Absatz 1a und Absatz 6 Satz 4 EStG; § 52 Absatz 51a EStG; § 90 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 5 EStG; § 91 Absatz 1 EStG und § 95 EStG; Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung; Bund (ZfA)														
4.3.7	§ 177 Abs. 2, 3 und 4, § 181 Abs. 9, § 183 Abs. 2 Satz 3, § 184 Abs. 3 und 4, § 185 Abs. 3 Satz 4 bis 7, § 187 Abs. 2 und 3, § 188 Abs. 1 und 2, § 189 Abs. 1 und 4, §§ 191, 193, 194 und 195 BewG sowie die Anlagen 22, 23 und 25 zum BewG; Anpassung der Vorschriften der Grundbesitzbewertung an die ImmoWertV; Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4.3.8	§ 19 GrStG; § 19 GrStG; Einschränkung der Anzeigepflicht; Land	-	-	-	-	-	-	-	0	0	0	0	0	0	0

³⁾ Anpassung im KONSENS-Verfahren ELFE; Schätzung des BZSt.

⁴⁾ PT: Personentage.

⁵⁾ Anpassungen in den Verfahren der Länder (KONSENS); Schätzung des BZSt.

Vorgabe	Paragraph; Bezeichnung der Vorgabe; Verwaltungsebene	Jährlicher Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Einmaliger Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall in Euro
4.3.9	§ 153 BewG, § 265 BewG; Elektronische Erklärungsabgabepflicht; Land	-1 500		-1 500	33,70	240 000	-11				2 0005F5F ⁶⁾				
4.3.10	§ 188 Abs. 1 S. 1 und 2 AO, Art. 97 § 35 EGAO; Bereitstellung von Zerlegungsbescheiden zum Datenabruf; Bund und Länder	16		16	136,25	1	7 200		545		545	136,25	1	240 000	
4.3.11	§ 48a Abs. 1 EStG; Digitalisierung des Bausteuerabzugsverfahrens – elektronische Steueranmeldung; Bund und Länder	-	-	-					3 5006F6F ⁷⁾		3 500				
4.3.12	§§ 39e, 69 EStG; Ausweitung Datenübermittlungsverfahren zu Kindergelddaten (Ifd. Nr. 54); Bund	9 242	0	9 242	42,20 für BZSt bzw. 43,90 für Familienkasse	2 118 933	1 für BZSt und 5 für Familienkasse	0	0	0	0	0	0	0	0
4.3.13	§ 4a UStG, § 24 UStDV; Aufbau des elektronischen Antragsverfahrens für Anträge auf Steuervergütung; Land	0	0	0					07F7F ⁸⁾	0	0	0	0	0	0
4.3.14	§ 191 Abs. 1 Satz 3 AO; Elektronische Erteilung von Haftungs- und Duldungsbescheiden; Land		-1	-1		1 000		-1							
4.3.16	§ 251 Abs. 3 AO; Insolvenzforderung elektronisch feststellen; Land		-90	-90		90 000		-1							
4.3.18	§ 31a Abs. 1 Satz 2 AO; Mitteilungen der Finanzbehörden bei rechtswidrig erlangten Leistungen aus öffentlichen Mitteln zur Durchführung von Strafverfahren; Bund	27		27	33,80	8 000	6	0							

⁶⁾ Schätzung für die Entwicklung eines IT-Verfahrens in KONSENS: rd. 2 Mio. Euro, davon entfallen 200 Tsd. Euro auf das Verfahren ELSTER, 1,4 Mio. Euro auf das Verfahren ELFE und 340 Tsd. Euro auf das Verfahren GeCo. Während der Umsetzung ist zudem mit weiteren Aufwänden zu rechnen.

⁷⁾ Schätzung für die Entwicklung eines IT-Verfahrens in KONSENS: 3,5 Mio. Euro. Darüber hinaus entsteht laufender Aufwand für Wartung und Pflege.

⁸⁾ Die elektronische Antragstellung für den Vergütungsantrag ist bereits über OZG-Mittel abgerechnet und im Verfahren ELSTER technisch entwickelt. Sie befindet sich derzeit in der Testphase, die Freischaltung zum 1.1.2023 ist sichergestellt. Daher ist der Erfüllungsaufwand mit „Null“ anzusetzen.

Vorgabe	Paragrah; Bezeichnung der Vorgabe; Verwaltungsebene	Jährlicher Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Jährliche Sachkosten (in Tsd. Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Falzzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Einmaliger Personalaufwand (in Tsd. Euro)	Einmalige Sachkosten (in Tsd. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Falzzahl	Zeitaufwand pro Fall in Minuten	Sachkosten pro Fall in Euro
4.3.19	§ 139b Abs. 3a, 4c, 5, 10-13 AO; Anpassung Schnittstelle zur Übermittlung der IBAN; Familienkassen								3	0	3	70,50	2	1 200	0
4.3.20	§ 139b Abs. 7 AO; Automatisierte Abgleich zwischen dem BZSt und den Meldebehörden; Land	0	0	0					0	0	0				
4.3.21	§ 3 Nr. 72 EStG; Ertragssteuerbefreiung bestimmter Photovoltaikanlagen; Prüfung der Anlagenbetreiber auf Einhaltung der 100-kWp-Grenze; Land			-936	38,80	180 000	-8				-8 528	38,80	1 640 000	-8	
4.3.22	§ 3 Nr. 72 EStG i. V. m. § 15 Abs. 2 EStG; Ertragssteuerbefreiung bestimmter Photovoltaikanlagen; Prüfung der Gewinnerzielungsabsicht; Land			-723	38,80	19 700	-56								
4.3.23	§ 3 Nr. 72 EStG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 EStG; Ertragssteuerbefreiung bestimmter Photovoltaikanlagen; Prüfung der Einnahmüber-schussrechnung; Land			-7 678	38,80	394 000	-30								
	Summe in Tsd. Euro	1 329	-106	-8 114					4 321	122	-2 086				
	davon Bund	9 269	0	9 269					276	0	276				
	davon Länder	-7 957	-106	-17 399					0	122	-6 406				
	davon Bund und Länder	16	0	16					4 045	0	4 045				

1. Durch die im Rahmen des automatisierten Besteuerungsverfahrens vorgesehene Übermittlung der Umsatzsteuerdaten von den Finanzverwaltungen der Länder für Zwecke der jährlichen Geschäftsstatistiken (§ 2b Absatz 1 Satz 1 StStatG) entsteht bei den Finanzverwaltungen und den Statistischen Ämtern der Länder ein einmaliger sowie laufender IT-Erfüllungsaufwand. Auswirkungen auf den personellen Erfüllungsaufwand in den Finanzämtern ergeben sich durch die Regelung nicht. Durch die Änderung des § 2b StStatG entsteht in den Ländern ein einmaliger geringfügiger automationstechnischer Umstellungsaufwand. Die Höhe des Aufwands ist von hier aus nicht quantifizierbar.
2. Die Speicherung der IBAN und gegebenenfalls der BIC einer Kontoverbindung zu den Daten zur steuerlichen Identifikationsnummer nach § 139b AO in der IdNr-Datenbank führt zu Erfüllungsaufwand auf Seiten des BZSt und des ITZBund. Außerdem müssen die Familienkassen eine IT-Struktur aufbauen, um die bei ihnen für den Berechtigten genutzte IBAN an das BZSt zu übermitteln. Für Datenübermittlungen an das BZSt existiert bereits ein Kommunikationsweg, es muss lediglich eine Anpassung der Schnittstelle vorgenommen werden. Hierbei wird der gleiche Zeitaufwand i. H. v. 20 Std. pro Fall wie bei der Wirtschaft angesetzt. Unterschiedlich sind allerdings die Lohnkosten. Aufgrund der Komplexität wird hier ein Lohnsatz des höheren Dienstes angesetzt. Für den Bund sind das 70,50 Euro. Im Laufe des nächsten Jahres wird es nur noch die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit geben. Es ist damit zu rechnen, dass nur diese eine Familienkasse die Übermittlung zu machen hat und somit die technischen Änderungen vornehmen muss (vgl. Tabelle Ziffer 4.3.19).
3. Die Einführung eines maschinellen Anfrageverfahrens der Meldebehörden beim BZSt (§ 139b Absatz 7 Satz 3 bis 6 – neu – AO) führt zu Anpassungsaufwand in den Verfahren des BZSt. Die Übermittlung der Daten erfolgt in allen genannten Fällen im Standard OSCI-XMeld als automatisierte Datenübermittlung, so dass hierdurch kein laufender Aufwand für die Meldebehörden entsteht. Erforderliche Anpassungen des Standards sind über die Vereinbarung mit der Koordinierungsstelle für IT Standards (KoSIT) abgedeckt und verursachen keine zusätzliche Entwicklungs- und Pflegekosten (vgl. auch Tabelle Ziffer 4.3.20).
4. Die Klarstellung der Reichweite der Deklarationsfiktion in § 150 Absatz 7 Satz 2 AO führt zu einer nicht quantifizierbaren Aufwandsminderung, da erhöhter personeller Prüfaufwand in den Finanzämtern sowie sonst ggf. erforderliche vermehrte Nachfragen bei den Steuerpflichtigen und ihren Beratern vermieden werden.
5. Die Klarstellung zur Zahlungsverjährungsfrist des gesamten Anspruchs aus dem Steuerschuldverhältnis im Fall der Aufhebung, Änderung oder Berichtigung der Festsetzung oder Anmeldung des Anspruchs (§§ 229 und 230 Absatz 2 – neu – AO) führt zu einer nicht quantifizierbaren Aufwandsminderung, da die Finanzbehörden auf verjährungsunterbrechende Maßnahmen nach § 231 AO verzichten können.
6. Durch den Wegfall der Unterrichtungspflicht von Vollzugsbehörden nach § 757a Absatz 5 ZPO durch die Einfügung des § 249 Absatz 3 Satz 2 – neu – AO tritt eine geringfügige Verminderung des laufenden Erfüllungsaufwands der Verwaltung von Bund und Ländern ein, die auf etwa 39 Tsd. Euro pro Jahr geschätzt wird (vgl. Tabelle Ziffer 4.3.2).
7. Die Einführung der Steuerfreiheit eines nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch ermittelten und geleisteten Zuschlages an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung (§ 3 Nummer 14a – neu – EStG) rückwirkend zum 1. Januar 2021 führt für die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung zu einmaligem Erfüllungsaufwand. Für diejenigen Rentnerinnen und Rentner, denen ab dem Jahr 2021 ein Grundrentenzuschlag gezahlt wird, sind die bis zu einem aktualisierten Programmeinsatz übermittelten Rentenbezugsmitteilungen, die diesen Teilbetrag beinhalten, zu korrigieren. Durch die Steuerfreistellung entsteht bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung zudem einmaliger Personalaufwand durch die nötige programmtechnische Anpassung für zukünftige Rentenbezugsmitteilungen, in die dieser Teilbetrag nicht mehr einzubeziehen ist. Darüber hinaus ist mit geringem Vollzugsmehraufwand für die Steuerverwaltungen der Länder zu rechnen (vgl. Tabelle Ziffer 4.3.5).
8. Durch den Wegfall der Möglichkeit zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude muss die Finanzverwaltung keine Anträge dieser Art mehr bearbeiten. Laut Zeitwertabelle Verwaltung wurden dafür schätzungsweise 160 Minuten (mittlere Komplexität) für die formelle und inhaltliche Prüfung, die Informationsaufbereitung und das Archivieren der Unterlagen verwendet. Bei einem mittleren Lohnsatz für die Verwaltung (Land) führt dieses bei 50.000 Anträgen pro Jahr (Fallzahlherleitung unter Vorgabe 4.1.1) zu einer

Entlastung von 4.493 Tsd. Euro. Die durch den BFH vorgenommene weite Anwendungsauslegung der bisherigen Ausnahmeregelung zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude im Rahmen der AfA hätte voraussichtlich vermehrt Rechtsbehelfsverfahren zur Folge. Dieser zukünftig erwartbaren Aufwands-erhöhung wird durch die Streichung der Regelung zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude-abschreibung (§ 7 Absatz 4 Satz 2 – aufgehoben – EStG) entgegengewirkt. Laut Zeitwerttabelle Verwaltung wurden dafür schätzungsweise 265 Minuten (mittlere Komplexität) für das Einarbeiten in die Vorgabe, die formelle und inhaltliche Prüfung, das Einholen fehlender Daten, das Überprüfen/Korrigieren von Ergebnis-sen/Berechnungen, die Informationsaufbereitung und das Archivieren der Unterlagen verwendet. Bei einem gehobenen Lohnsatz für die Verwaltung (Land) führt dieses bei 10.000 Rechtsbehelfsverfahren pro Jahr (prognostizierte Hochrechnung aus Angaben einzelner Länder) zu einer Entlastung von 1.939 Tsd. Euro. Damit ergibt sich eine Entlastung von rund 6.500 Tsd. Euro für den Normadressaten Verwaltung (vgl. Ta-belle Ziffer 4.3.1).

9. Das Vorziehen des vollständigen Sonderausgabenabzugs für Altersvorsorgeaufwendungen auf 2023 führt infolge der ohnehin notwendigen Programmanpassungen nicht zu zusätzlichem Erfüllungsaufwand bei den Finanzverwaltungen der Länder. Bereits bei der Einführung der Norm durch das Alterseinkünftegesetz wurde eine jährliche Steigerung des zu berücksichtigenden prozentualen Anteils bis 2025 vorgesehen, der zu jährlichem einmaligem geringfügigen automationstechnischen Umstellungsaufwand führt. Mit der nun vorgesehenen Änderung der Norm entsteht dieser Aufwand letztmalig im Jahr 2023 anstatt – bei Beibehaltung der bisherigen Rechtslage – letztmalig im Jahr 2025. Die Höhe des erforderlichen Aufwands verändert sich durch die Anpassung des Prozentsatzes nicht.
10. Durch den Verzicht auf eine Rückzahlung der steuerlichen Förderung (Altersvorsorgezulage und Sonderausgabenabzug nach § 10a EStG) in der Ansparphase bei Wegzug in ein Land außerhalb der EU / des EWR (§ 10a Absatz 6 Satz 4, § 95 Satz 1 EStG) verringert sich in den Finanzämtern der Aufwand für die Sachverhaltsermittlung in geringem, nicht bezifferbarem Umfang. Die größte Aufwandsminderung ergibt sich in ersparten Rechtsbehelfsverfahren, da durch die Transparenz weniger Rechtsbehelfe eingelegt werden. Diese Aufwandsminderungen können jedoch mangels Fallzahlen nicht quantifiziert werden. Die Gesetzesänderung erfordert nach Schätzung des BZSt eine Anpassung der automatisierten Verfahren der Länder in einer Größenordnung von 90 Tsd. Euro.
11. Durch die rein betragsmäßige Anhebung des Ausbildungsfreibetrags (§ 33a Absatz 2 EStG) entsteht in den Ländern ein geringfügiger einmaliger automationstechnischer Umstellungsaufwand im Rahmen der ohnehin erforderlichen fortlaufenden Anpassung der IT-Verfahren der Finanzverwaltung durch hauseigenes IT-Fachpersonal.
12. Für die Ausweitung des Datenübermittlungsverfahren zu Kindergelddaten nach § 69 Satz 1 EStG entsteht geringer einmaliger Umstellungsaufwand. Für das Datenübermittlungsverfahren nach § 69 Satz 2 EStG können bereits bestehende Verfahren mit geringem einmaligen Umstellungsaufwand erweitert werden. Für die Finanzämter mindert sich der laufende Erfüllungsaufwand insoweit, dass automatisierte Anfragen an die IdNr-Datenbank bei dem Bundeszentralamt für Steuern wesentlich weniger Zeit in Anspruch nehmen als Rückfragen bei den Steuerpflichtigen. Für das Datenübermittlungsverfahren nach § 69 Satz 3 EStG entsteht bei dem Bundeszentralamt für Steuern einmaliger Erfüllungsaufwand für die Einrichtung des Verfahrens und laufender Erfüllungsaufwand für die Wartung und Pflege des Verfahrens. Auf Seiten der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit entsteht laufender Erfüllungsaufwand durch die Datenannahme und -aufbereitung so wie die perspektivisch damit verbundenen Servicefunktionen, die den Bürgerinnen und Bürgern angeboten werden sollen (vgl. auch Tabelle Ziffer 4.3.12).
13. Durch die Einführung der elektronischen Steueranmeldung im Bausteuerabzugsverfahren (§ 48a Absatz Satz 1 und Satz 2 – neu – EStG) entsteht in den Ländern nach einer ersten groben Schätzung ein einmaliger automationstechnischer Umstellungsaufwand in einer Größenordnung von 3,5 Mio. Euro. Darüber hinaus entsteht laufender Aufwand für Wartung und Pflege. (vgl. Tabelle Ziffer 4.3.11).
14. Durch die Regelung zur Vermeidung von doppelten Prüfungen und divergierenden Entscheidungen innerhalb der Finanzverwaltung (Finanzamt und ZfA) sowie Verbesserung des Rechtsschutzes für den Zulageberechtigten in Folge des BFH-Urteils vom 8. September 2020 – X R 2/19, BStBl 2022 II S. 157, (§ 90 Absatz 2 Satz 1 und 2 und Absatz 4, § 91 Absatz 1 Satz 3 – aufgehoben – und Satz 4 – neu – EStG) verringert sich in den Finanzämtern der Aufwand für die Sachverhaltsermittlung in geringem, nicht bezifferbarem Umfang.

Die größte Aufwandsminderung ergibt sich in ersparten Rechtsbehelfsverfahren, da durch die Transparenz weniger Rechtsbehelfe eingelegt werden. Diese Aufwandsminderungen können jedoch mangels Fallzahlen nicht quantifiziert werden.

15. Durch die Umstellung des Verfahrens der Nachforderung der nicht einbehaltenen Kapitalertragsteuer (§ 44 Absatz 1 Satz 10 und 11 EStG) auf z. B. die Vorabpauschale nunmehr durch die Veranlagungsfinanzämter im Rahmen des Einkommensteuerveranlagungsverfahrens nach § 32d Absatz 3 EStG und durch die gleichzeitige Umstellung des Verfahrens von Papierform auf eine elektronische Datenübermittlung nach Maßgabe des § 93c AO tritt ein dauerhafter Entlastungseffekt ein und es entsteht einmaliger IT-Umstellungsaufwand zur Programmierung der entsprechenden Schnittstellen. Die hierfür entstehenden Programmierungskosten auf Ebene der Kreditinstitute sind nicht einschätzbar. Ihnen steht jedoch der zukünftige Entlastungseffekt durch Wegfall des Papierverfahrens gegenüber.
16. Die Neuregelung zur Erstattung von Kapitalertragsteuer bei Zufluss über eine vermögensverwaltende Personengesellschaft (§ 44b Absatz 7 Satz 3 – neu – EStG) war bereits in der Vergangenheit im Rahmen von Billigkeitsregelungen möglich. Durch die gesetzliche Neuregelung soll für derartige Erstattungsanträge eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Nennenswerter Umstellungsaufwand ist daher nicht zu erwarten.
17. Durch die Rückführung der Registerfallbesteuerung auf Anwendungsfälle des Steueroasen-Abwehrgesetzes (§ 49 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe f Satz 1 und Nummer 6 EStG sowie die §§ 10 und 13 StAbwG) wird der mit dem Freistellungs- und Entlastungsverfahren in den überwiegenden Fällen verbundene Verwaltungsaufwand im Bundeszentralamt für Steuern und im Rahmen der Außenprüfung durch die zuständigen Stellen der Länder vermindert. Konkrete Fallzahlen zur Abschätzung des Erfüllungsaufwands liegen nicht vor. Bis zum 19. Mai 2022 lagen dem BZSt 3 294 Quartals-Steueranmeldungen und 4 094 Anträge auf Freistellung oder Erstattung zu Registerfällen für das Jahr 2013 bis zum 30. Juni 2022 vor. Diese Zahlen sind aber nicht vollständig, da eine Abgabe der Steueranmeldungen noch bis zum 30. Juni 2023 möglich ist. Auf Grund des stetigen Anstiegs der beim BZSt eingehenden Anträge auf Freistellung und Erstattung ist von einer weit höheren Zahl von Anträgen auszugehen, als bis Ende Mai 2022 vorlagen. Daher kann der Erfüllungsaufwand nicht abschließend bestimmt werden. Jedoch können die für den Vollzug der Regelung gegenwärtig tätigen Bedienstete andere Aufgaben wahrnehmen, sobald die Bearbeitung der Altfälle abgeschlossen ist (zu Einzelheiten des gegenwärtigen Personaleinsatzes vgl. S. 14 des Bericht des Bundesministeriums der Finanzen zur Evaluation der geltenden Rechtslage der Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger, die inländische Einkünfte aus der Überlassung von Rechten erzielen, die in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragen sind – sogenannte Registerfälle –, abrufbar im Internet unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Internationales_Steuerrecht/Allgemeine_Informationen/2022-06-28-bericht-evaluation-registerfaelle-deutsch.pdf?__blob=publication-File&v=2).
18. Die Verpflichtung zur Bereitstellung der elektronischen Abgabemöglichkeit des Antrags auf Steuervergütung für Leistungsbezüge zur Verwendung zu humanitären, karikativen oder erzieherischen Zwecken im Drittlandsgebiet (§ 4a Absatz 1 Satz 2 UStG, § 24 Absatz 1 Satz 1 UStDV) löst in den Ländern keinen Umstellungsaufwand mehr aus, da die technische Entwicklung bereits erfolgt ist und derzeit die Testphase durchgeführt wird. Damit ist gewährleistet, dass die Möglichkeit zur elektronischen Antragstellung zum 1. Januar 2023 bereitgestellt werden kann.
19. Durch die Aufnahme des § 24 Absatz 1 Satz 1 UStG in die Liste der Betragsgrenzen, die nach § 18 Absatz 4f Satz 6 UStG bei Anwendung der dezentralen Besteuerung von Organisationseinheiten der Gebietskörperschaften Bund bzw. Länder stets als überschritten gelten, ergibt sich eine geringfügige, nicht quantifizierbare Entlastung für die Finanzverwaltung, weil die Überschreitung der Betragsgrenze nicht mehr geprüft zu werden braucht.
20. Die Verpflichtung zur Bereitstellung der elektronischen Abgabemöglichkeit der Steuererklärung zur Fahrzeugeinzelbesteuerung (§ 16 Absatz 5a) zusätzlich zur Abgabe nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 18 Absatz 5a Satz 1 bis 3 UStG) löst beim BZSt keinen gesonderten Erfüllungsaufwand mehr aus, da für die im Zuge der Umsetzung des OZG erforderlichen Umstellungen gesonderte Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

21. Durch die Neuentwicklung, laufende Pflege und Wartung sowie den Betrieb des IT-Verfahrens zur Entgegennahme von Aufzeichnungen durch Zahlungsdienstleister (§ 22g – neu –, § 26a Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10 – neu – UStG), durch die Speicherung der Daten, deren Prüfung und Weiterleitung an das CESOP sowie der Entgegennahme von CESOP-Daten und deren Auswertung beim BZSt, als auch die Prüfung, ob die Zahlungsdienstleister ihren Verpflichtungen in Deutschland ordnungsgemäß nachkommen, entsteht auf Seiten des Bundes ein einmaliger sowie laufender Erfüllungsaufwand. Zudem ergeben sich dauerhafte Sach- und Personalaufwände. Die Höhe des Aufwands für die Länder ist nicht quantifizierbar. Zudem ergeben sich dauerhafte Sach- und Personalaufwände beim Bundeszentralamt für Steuern, beim Informationstechnikzentrum Bund und dem Bundesministerium der Finanzen sowie bei den Landesfinanzbehörden. Beim BZSt wird von einem jährlichen Personalaufwand von rund 1,3 Mio. Euro und einem Sachaufwand von rund 425 000 Euro ab 2024 für die Erledigung der neuen Aufgaben ausgegangen. Für die Konzeptionierung und Entwicklung des notwendigen IT-Fachverfahrens entstehen beim BZSt in 2023 und 2024 einmalige Erfüllungsaufwände in Höhe von insgesamt 11,7 Mio. Euro. Ab Inbetriebnahme des IT-Fachverfahrens in 2024 entstehen jährlich laufende Erfüllungsaufwände für die Pflege und Wartung dieses IT-Fachverfahrens (2024: 1,9 Mio. Euro, 2025: 5,6 Mio. Euro und 2026: 3,8 Mio. Euro). Beim ITZ Bund wird von einem jährlichen Personalaufwand von rund 875 000 Euro und einem Sachaufwand von rund 260 000 Euro ab 2024 ausgegangen. Für die Konzeption, Implementierung und den Wirkbetrieb des neuen IT-Verfahrens CESOP entsteht in 2023 und 2024 ein einmaliger Aufwand von insgesamt rund 7,2 Mio. Euro und ab 2024 laufende Aufwände von jährlich rund 2,7 Mio. Euro. Für die Finanzämter sind keine quantifizierbaren Auswirkungen auf den personellen Erfüllungsaufwand zu erwarten. Sofern die von CESOP an das BZSt übermittelten Daten Abweichungen zu den hier in Deutschland gespeicherten Daten aufweisen oder die Verdachtsfälle überprüft werden müssen, wird eine Klärung wahrscheinlich nur im Rahmen einer Betriebsprüfung/USt-Sonderprüfung möglich sein. Da die Prüfungsstellen den Arbeitsanfall durch Schwerpunktsetzung steuern, werden in diesem Bereich keine Mehr- oder Minderaufwände ausgewiesen.
22. Durch Wegfall der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 23 UStG, der §§ 69 und 70 UStDV und der Anlage zu den §§ 69 und 70 UStDV unterliegen die Unternehmer den allgemeinen Regelungen der Umsatzbesteuerung. Die personellen Mehr- und Minderaufwände in den Finanzämtern dürften sich saldieren.
23. Die Beschränkung der Anzeigepflicht auf Fälle, in denen die Änderung Auswirkungen auf die Steuerbefreiung hat (§ 19 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 – neu – GrStG), führt zu einer im Vorhinein nicht bezifferbaren Minderung des Erfüllungsaufwands.
24. Durch die Einführung der Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung auch für Feststellungserklärungen nach § 153 des Bewertungsgesetzes (§ 153 Absatz 2 Satz 4 und Absatz 4 BewG) entsteht für die Umstellung auf eine elektronische Erklärungsannahme und Weiterbearbeitung einmaliger IT-Umstellungsaufwand in einer Größenordnung von mind. 2 Mio. Euro. Während der Umsetzung ist mit weiteren Aufwänden zu rechnen. Durch die elektronische Übermittlung entfällt der Aufwand der händischen Erfassung. Somit mindert sich der personelle Erfüllungsaufwand in den Finanzämtern um ca. 1,5 Mio. Euro. (vgl. Tabelle Ziffer 4.3.9).

5. Weitere Kosten

Der Wirtschaft, einschließlich mittelständischer Unternehmen, entstehen keine direkten sonstigen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern sind keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zuwiderlaufen.

VII. Befristung; Evaluierung

Die Ausweitung des Datenübermittlungsverfahren zu Kindergelddaten soll einer Evaluation unterzogen werden. Das bestehende Verfahren hat sich bereits bewährt, so dass nur dessen Ausweitung zu evaluieren ist. Der Umstellungsprozess wird im Austausch mit dem Bundeszentralamt für Steuern und der Bundesagentur für Arbeit vorbereitet und begleitet werden. Dafür finden regelmäßig anberaumte Besprechungen statt. Diese Besprechungen und kontinuierliche Prüfungen bieten hinreichend Gelegenheit zum Austausch über den Fortschritt des Prozesses und eventuellen Nachsteuerungsbedarf. Das Statistische Bundesamt wird voraussichtlich zwei Jahre nach Durchführung der ersten Datenübermittlung – also frühestens 2026 – zusätzlich eine Ex-post-Folgekostenvalidierung durchführen. Dabei werden die Datenübermittlungen von dem Bundeszentralamt für Steuern an die Familienkasse gesondert nach jeweiligem Datenübermittlungsanlass (Geburt eines Kindes oder Änderung des Wohnsitzes) betrachtet. Es soll evaluiert werden, in welcher Höhe die unberechtigte Inanspruchnahme von Kindergeld verhindert wurde bzw. inwieweit die aufbauend auf diesem Datenübermittlungsverfahren eingerichteten Verfahrensvereinfachungen zu einer Minderung des Erfüllungsaufwands führten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Einkommensteuergesetzes)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

§ 3 Nummer 65 Satz 1 Buchstabe a und d sowie Satz 5

Durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 12. Juni 2020 (BGBl. I S. 1248) wurde § 8 des Betriebsrentengesetzes geändert. Diese Änderungen werden in § 3 Nummer 65 EStG redaktionell nachvollzogen.

Zu Buchstabe b

§ 3 Nummer 71 Buchstabe a Satzteil vor Satz 2

Nach § 3 Nummer 71 EStG ist der INVEST-Zuschuss steuerbefreit. Zum 1. März 2022 wurden die INVEST-Förderkonditionen wie folgt verändert:

1. Abschaffung der 2017 eingeführten INVEST-Förderung von Anschluss-Investments,
2. Reduzierung des 2017 eingeführten Erwerbzzuschusses bei Wandeldarlehen auf 10 Prozent,
3. Erhöhung der Mindestinvestitionssumme von derzeit 10 000 Euro auf 25 000 Euro

(vgl. Förderrichtlinie vom 21. Februar 2022 – BAnz AT 01.03.2022 B2 S. 1 bis 14).

Auf Grund der Reduzierung der Förderung von Wandeldarlehen ist die Steuerbefreiung in § 3 Nummer 71 EStG redaktionell anzupassen, um sicherzustellen, dass auch die geringere Förderung von Wandeldarlehen weiterhin steuerbefreit ist (redaktionelle Folgeänderung auf Grund Änderungen bei den Förderbedingungen des INVEST-Zuschusses).

Die Änderung des § 3 Nummer 71 EStG ist auf Grund der Änderungen bei der INVEST-Förderrichtlinie im Jahr 2022 erstmals im Veranlagungszeitraum 2022 anzuwenden (vgl. § 52 Absatz 1 EStG).

Zu Nummer 2

§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b und 6c – neu –

§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b – neu –

Aufwendungen für die Wohnung der Steuerpflichtigen sind grundsätzlich nicht als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abziehbar, weil sie die Lebensführung der Steuerpflichtigen auch dann betreffen, wenn sie den Beruf oder die Tätigkeit der Steuerpflichtigen fördern (§ 12 Nummer 1 EStG).

§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b EStG sieht bisher von diesem grundsätzlich bestehenden Abzugsverbot eine Ausnahme für die Fälle vor, in denen Steuerpflichtige ein dem Typusbegriff entsprechendes Arbeitszimmer nutzen, so dass eine eindeutige Trennung von privat und betrieblich oder beruflich veranlasstem Aufwand möglich ist. In diesem Fall können die Steuerpflichtigen die Aufwendungen dann abziehen, wenn der Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung im häuslichen Arbeitszimmer liegt (Abzug in voller Höhe) oder wenn den Steuerpflichtigen kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht (Abzug bis zu 1 250 Euro im Wirtschafts- oder Kalenderjahr). Dies gilt über § 9 Absatz 5 Satz 1 EStG auch für den Werbungskostenabzug (z. B. bei Arbeitnehmern).

Die Corona-Pandemie hat vielfach eine Verlagerung der betrieblichen oder beruflichen Betätigung in die häusliche Wohnung erforderlich gemacht, unabhängig davon, ob die Steuerpflichtigen die Möglichkeit hatten, ihre betriebliche/berufliche Sphäre von der privaten Sphäre durch die Einrichtung eines dem Typusbegriff des häuslichen Arbeitszimmers entsprechenden Raumes zu trennen. Zur Abmilderung der Auswirkungen aus dieser Tätigkeitsverlagerung und der Berücksichtigung der damit verbundenen (Mehr)Aufwendungen wurde für die Jahre 2020 bis 2021 die sog. Homeoffice-Pauschale in § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b Satz 4 EStG eingeführt, die mit dem Vierten Corona-Steuerhilfegesetz bis zum 31. Dezember 2022 verlängert wurde.

Die coronabedingte Lösung der betrieblichen und beruflichen Betätigung von einem festen Arbeitsplatz hat zu einer allgemeinen Flexibilisierung der Arbeitswelt und mehr Mobilität geführt. Zudem ist es aus ökologischen Gründen das Ziel, unnötige Fahrten zur Arbeit und zusätzlichen Arbeitsraum in der häuslichen Wohnung zu vermeiden. Auf der anderen Seite soll die steuerliche Berücksichtigung eines häuslichen Arbeitsplatzes auch nicht mehr an die Einrichtung eines Arbeitszimmers in einem abgegrenzten Raum gekoppelt sein, so dass wertvoller Wohnraum effektiv und bedarfsgerecht genutzt werden kann. Eine Vielzahl der Steuerpflichtigen kann sich die Einrichtung eines dem Typusbegriff entsprechenden häuslichen Arbeitszimmers finanziell nicht leisten; auch dieser Personenkreis soll künftig einen Teil der Aufwendungen für die betriebliche oder berufliche Nutzung der Wohnung abziehen können. Um all diesen Anforderungen gerecht werden zu können, wird die steuerliche Abziehbarkeit der Aufwendungen für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit in der häuslichen Wohnung als Betriebsausgaben oder Werbungskosten insgesamt neu geregelt.

Aufwendungen für die betriebliche oder berufliche Betätigung in der häuslichen Wohnung umfassen alle Aufwendungen für die häusliche Wohnung, wie z. B. Mietaufwendungen, die Absetzung für Abnutzung, Schuldzinsen, Energiekosten und deren Ausstattung (z. B. Tapeten, Teppiche, Vorhänge, Lampen). Nicht umfasst sind Aufwendungen für Arbeitsmittel, wie z. B. Büromöbel oder PC-Ausstattung und weitere Wirtschaftsgüter, die der Ausübung der betrieblichen und beruflichen Betätigung in der häuslichen Wohnung dienen, wie z. B. Fachliteratur. Der Abzug dieser Aufwendungen richtet sich nach den allgemeinen Grundsätzen der Berücksichtigung von Betriebsausgaben oder Werbungskosten.

Satz 1

Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sind wie bisher grundsätzlich nicht als Betriebsausgaben abziehbar.

Satz 2

Steuerpflichtige, die ein dem Typusbegriff entsprechendes häusliches Arbeitszimmer nutzen und denen dauerhaft kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, können ihre Aufwendungen weiterhin als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abziehen. Der bisher bestehende Höchstbetrag von 1 250 Euro wird in einen Pauschbetrag in gleicher Höhe umgewandelt (Jahrespauschale). Damit kann das Besteuerungsverfahren wesentlich vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden, weil die individuellen Aufwendungen nicht mehr ermittelt und überprüft werden müssen. Üben Steuerpflichtige verschiedene betriebliche oder berufliche Tätigkeiten aus und sind die Voraussetzungen für den Abzug der Jahrespauschale jeweils erfüllt, ist die Jahrespauschale von 1 250 Euro auf die verschiedenen Tätigkeiten aufzuteilen. Der Betrag wird nicht tätigkeitsbezogen vervielfacht, sondern insgesamt nur einmal gewährt. Auch ein Abzug der Tagespauschale nach Nummer 6c ist neben dem Abzug der Jahrespauschale für eine andere Tätigkeit nicht zulässig. Der Abzug der Jahrespauschale, die für die gesamte betriebliche und berufliche Betätigung gewährt wird, gilt insoweit auch die Aufwendungen für weitere betriebliche oder berufliche Tätigkeiten ab.

Die Jahrespauschale ist raumbezogen anzuwenden. Üben mehrere Steuerpflichtige ihre betriebliche oder berufliche Tätigkeit in demselben häuslichen Arbeitszimmer aus, ist der Betrag von 1 250 Euro auf die nutzenden Steuerpflichtigen aufzuteilen. Der Betrag wird nicht personenbezogen vervielfacht, sondern insgesamt nur einmal gewährt.

Bildet das häusliche Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung und muss dieses auch vorgehalten werden, weil für die darin ausgeübten Tätigkeiten kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, können diese Steuerpflichtigen – wie bisher – die Aufwendungen in voller Höhe als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abziehen. Durch das Vorliegen eines häuslichen Arbeitszimmers, das ausschließlich oder fast ausschließlich für betriebliche oder berufliche Zwecke genutzt wird, liegen grundsätzlich in vollem Umfang betrieblich oder beruflich veranlasste Aufwendungen vor, die nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip bei der Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage abzuziehen sind. Wegen des engen Bezuges zur privaten Lebenssphäre besteht hier aber ein weiter gesetzgeberischer Gestaltungsspielraum, solche Aufwendungen vom Abzug auszuschließen. Dieser wird genutzt, indem der Vollabzug der Aufwendungen nun weiter eingeschränkt wird, soweit den Steuerpflichtigen ein anderer Arbeitsplatz für die im häuslichen Arbeitszimmer ausgeübten Betätigungen dauerhaft zur Verfügung steht und die Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers zur Ausübung der Betätigung nicht erforderlich ist. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung ist unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten für den Vollabzug der Aufwendungen nun auch in Mittelpunktfällen Voraussetzung, dass den Steuerpflichtigen für diese Betätigung dauerhaft kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Ein anderer Arbeitsplatz darf für die jeweilige Tätigkeit dauerhaft nicht zur Verfügung stehen. Nur in diesen Fällen bestimmen objektive Merkmale die Erforderlichkeit, für diese Tätigkeit auch dauerhaft ein häusliches Arbeitszimmer einzurichten und vorzuhalten. Muss die Tätigkeit nur tageweise in der häuslichen Wohnung ausgeübt werden, weil den Steuerpflichtigen an den übrigen Arbeitstagen ein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, kommt ein Abzug der Aufwendungen nur über die Tagespauschale nach Nummer 6c in Betracht.

Eine vollständige steuerliche Berücksichtigung zusätzlicher Arbeitsplätze soll zukünftig grundsätzlich ausgeschlossen werden. Mit dieser Zielrichtung soll steuerlich eine Entwicklung hin zu sparsamer Raumnutzung begleitet und unterstützt werden.

Bildet das häusliche Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung und steht den Steuerpflichtigen kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung, können die Steuerpflichtigen aus Vereinfachungsgründen zwischen dem Abzug der tatsächlichen Kosten und der Jahrespauschale in Höhe von 1 250 Euro wählen.

§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6c – neu –

Die aus Anlass der Corona-Pandemie eingeführte sog. Homeoffice-Pauschale hat sich als vereinfachende Regelung für Sachverhalte bewährt, in denen den Steuerpflichtigen kein dem Typusbegriff entsprechendes häusliches Arbeitszimmer, sondern z. B. nur eine „Arbeitsecke“ zur Verfügung steht. Aus Vereinfachungsgründen wird künftig für alle Fälle der betrieblichen und beruflichen Betätigung in der häuslichen Wohnung ein pauschaler Abzug in Form einer Tagespauschale vorgesehen. Steuerpflichtige, die die Voraussetzungen für den Abzug tatsächlicher Kosten oder für den Abzug der Jahrespauschale für ein häusliches Arbeitszimmer (§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b EStG) erfüllen, können aus Vereinfachungsgründen zwischen diesen Abzügen und dem Abzug der Tagespauschale wählen. Ein Abzug von tatsächlichen Kosten, Jahres- oder Tagespauschale nebeneinander ist nicht zulässig. Das gilt auch dann, wenn die Steuerpflichtigen im Wirtschafts- oder Kalenderjahr mehrere Tätigkeiten ausüben. Der Abzug bezieht sich immer auf die gesamte betriebliche und berufliche Betätigung der Steuerpflichtigen.

Steuerpflichtige können einen pauschalen Betrag von 5 Euro für jeden Kalendertag abziehen, an dem die betriebliche oder berufliche Tätigkeit überwiegend in der häuslichen Wohnung ausgeübt wird und die erste Tätigkeitsstätte nicht aufgesucht wird.

Der Abzug der Tagespauschale ist ausgeschlossen für die Kalendertage, an denen die Voraussetzungen für den Abzug der Entfernungspauschale gemäß § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4 EStG erfüllt sind, d. h. neben der Ausübung der Tätigkeit in der häuslichen Wohnung die erste Tätigkeitsstätte aufgesucht wurde. Ein Abzug beider Pauschalen nebeneinander für einen Kalendertag ist nicht zulässig. Der Ausschluss gilt jedoch nicht in den Fällen,

in denen dem Steuerpflichtigen für die betriebliche oder berufliche Betätigung kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, d. h. in diesen Fällen kann sowohl die Entfernungspauschale als auch die Tagespauschale abgezogen werden.

Dagegen schließt der Abzug von Reisekosten als Betriebsausgaben oder gemäß § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4a EStG als Werbungskosten – anders als bei der bisherigen sog. Homeoffice-Pauschale – den Abzug der Tagespauschale nicht grundsätzlich aus.

Beispiel: Ein angestellter Bauingenieur fährt an einem Tag erst auf die Baustelle und anschließend erledigt er die Büroarbeiten nicht am Arbeitsplatz seines Arbeitgebers (erste Tätigkeitsstätte), sondern an seinem Arbeitsplatz in der häuslichen Wohnung. Der Steuerpflichtige kann für diesen Tag sowohl Reisekosten für die Fahrt zur Baustelle als auch die Tagespauschale abziehen, wenn die Arbeit überwiegend in der häuslichen Wohnung ausgeübt wurde, d. h. mehr als die Hälfte der Gesamtarbeitszeit des Tages beträgt.

Können Steuerpflichtige Unterkunftskosten für eine betrieblich oder beruflich veranlasste doppelte Haushaltsführung nach § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6a oder § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 5 Satz 1 bis 4 EStG abziehen, ist ein zusätzlicher Abzug der Tagespauschale nicht zulässig, soweit die Steuerpflichtigen ihre betriebliche oder berufliche Betätigung in der Wohnung ausüben, für die die Mehraufwendungen nach § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6a oder § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 5 Satz 1 bis 4 EStG abgezogen werden können.

Insgesamt ist der Abzug der Tagespauschale für einen häuslichen Arbeitsplatz auf einen Höchstbetrag von 1 000 Euro im Wirtschafts- oder Kalenderjahr für die gesamte betriebliche und berufliche Betätigung der Steuerpflichtigen begrenzt. Der Höchstbetrag wird erreicht, wenn die Steuerpflichtigen die betriebliche oder berufliche Tätigkeit an 200 Tagen im Jahr am häuslichen Arbeitsplatz ausüben. Üben Steuerpflichtige verschiedene betriebliche oder berufliche Tätigkeiten aus, sind sowohl die Tagespauschale von 5 Euro als auch der Höchstbetrag von 1 000 Euro auf die verschiedenen Betätigungen aufzuteilen; die Beträge sind nicht tätigkeitsbezogen zu vervielfachen.

Ein Abzug der Tagespauschale ist auch dann zulässig, wenn den Steuerpflichtigen ein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b und 6c – neu – EStG gelten über den Verweis in § 9 Absatz 5 Satz 1 EStG auch für den Werbungskostenabzug.

Zu Nummer 3

§ 20 Absatz 6 Satz 3

§ 20 Absatz 6 Satz 3 EStG ermöglicht derzeit keinen ehedatenübergreifenden Ausgleich nicht ausgeglichener Verluste des einen Ehegatten mit positiven Kapitalerträgen des anderen Ehegatten im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung. Der BFH hat mit Urteil VIII R 22/18 vom 23. November 2021 entschieden, dass nicht ausgeglichene Verluste eines Ehegatten aus Kapitalvermögen im Rahmen einer Veranlagung der Kapitalerträge zum gesonderten Tarif im Sinne des § 32d Absatz 1 EStG nicht ehedatenübergreifend mit positiven Kapitalerträgen des anderen Ehegatten verrechnet werden können. Nach Ansicht des BFH mangelt es für eine ehedatenübergreifende Verlustverrechnung an einer Rechtsgrundlage.

Bisher ermöglicht § 43a Absatz 3 Satz 2 zweiter Halbsatz EStG nach Ansicht des BFH den auszahlenden Stellen lediglich im Rahmen des Kapitalertragsteuerabzugs zum Ende eines Veranlagungszeitraums nach den Vorgaben des § 20 Absatz 6 EStG einen ehedatenübergreifenden Verlustausgleich durchzuführen, wenn die Ehegatten der auszahlenden Stelle einen gemeinsamen Freistellungsauftrag (§ 44a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 20 Absatz 9 Satz 2 EStG) erteilt haben. Eine entsprechende Rechtsgrundlage fehle allerdings für die Veranlagung. Bei Veranlagung der Kapitalerträge gemäß § 32d Absatz 4 in Verbindung mit § 32d Absatz 3 Satz 2 EStG könne danach jeder Ehegatte nach den Vorgaben des § 20 Absatz 6 Satz 3 EStG nicht ausgeglichene eigene Verluste nur mit seinen eigenen positiven Kapitalerträgen verrechnen.

Ein verbleibender nicht ausgeglichener Verlust sei gemäß § 20 Absatz 6 Satz 3 in Verbindung mit § 10d Absatz 4 EStG für den jeweiligen Ehegatten auf den 31. Dezember gesondert festzustellen.

Durch die Ergänzung des § 20 Absatz 6 Satz 3 EStG wird die ehedatenübergreifende Verlustverrechnung in der Veranlagung gesetzlich geregelt.

Die Änderung des § 20 Absatz 6 EStG ist nach der allgemeinen Anwendungsregelung in § 52 Absatz 1 EStG erstmals für den Veranlagungszeitraum 2022 anzuwenden.

Zu Nummer 4

§ 32 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe d

Es handelt sich um eine rein technische bzw. redaktionelle Anpassung.

Nach derzeitiger Rechtslage wird gemäß § 32 Absatz 4 Nummer 2 Buchstabe d EStG ein volljähriges Kind im steuerlichen Familienleistungsausgleich u. a. dann berücksichtigt, wenn es eine Freiwilligenaktivität im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2018/1475 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 absolviert oder einen Internationalen Freiwilligendienst im Sinne der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 25. Mai 2018 (GMBI S. 545) leistet.

Die Freiwilligendienste sind im Zuge der Verordnung (EU) Nr. 2018/1475 in das eigenständige EU-Programm Europäisches Solidaritätskorps übergegangen (u. a. auch „Erasmus+“). An den Antragsmodalitäten und -voraussetzungen hatte sich durch das neue Programm gegenüber dem Europäischen Freiwilligendienst in „Erasmus+“ keine Änderung ergeben.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2021 wurde die Verordnung (EU) 2018/1475 aufgehoben. Die ab dem 1. Januar 2021 geltende Verordnung (EU) 2021/888 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 muss korrekt im Gesetz abgebildet werden. Außerdem erfolgt eine sprachliche Anpassung in Bezug auf den in der Verordnung (EU) 2021/888 verwendeten Begriff „Freiwilligentätigkeit“ (vorher „Freiwilligenaktivität“).

Zudem muss auf Grund einer Aktualisierung der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 25. Mai 2018 (GMBI S. 545) zum Internationalen Freiwilligendienst die Fundstelle im Gesetz entsprechend angepasst werden (siehe auch Artikel 27 des vorliegenden Änderungsgesetzes).

Die Vorschrift wird im Übrigen übersichtlicher gegliedert.

Zu Nummer 5

§ 41a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1

Mit der Änderung des § 41a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG durch Artikel 2 des Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2451) wurde das Wort „Lohnsteueranmeldungszeitraum“ auf Grund eines Versehens zusammengeschrieben. Im gesamten anderen Text des § 41a EStG steht entweder „Lohnsteuer-Anmeldung“ oder „Lohnsteuer-Anmeldungszeitraum“. Dieser Schreibfehler wird nun berichtigt und die Schreibweise wird vereinheitlicht.

Zu Nummer 6

§ 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe b Satz 2 und Absatz 2 Satz 2

Die Änderungen stehen in Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten. Durch das Gesetz selber wurden bereits Anpassungen der einkommensteuerlichen Vorschriften vorgenommen, die jedoch nicht alle vorzunehmenden Anpassungen abbildeten. Durch die Anpassungen erfolgen keine Änderungen des materiellen Inhalts. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten wird der neue Begriff des Wertpapierinstitut eingeführt. Die Begriffe „Wertpapierhandelsunternehmen“ und „Wertpapierhandelsbank“ werden durch den Begriff „Wertpapierinstitut“ ersetzt.

Zu Nummer 7

§ 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1, 2, 2a Buchstabe b, Nummer 3 Buchstabe a, Nummer 4 und 5, Absatz 5 Satz 2 Nummer 3

Die Änderungen stehen in Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten. Durch dieses Gesetz wurden bereits Anpassungen der einkommensteuerlichen Vorschriften vorgenommen, die jedoch nicht alle vorzunehmenden Anpassungen ab-

bildeten. Durch die Anpassungen erfolgen keine Änderungen des materiellen Inhalts. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten wird der neue Begriff des Wertpapierinstituts eingeführt. Die Begriffe „Wertpapierhandelsunternehmen“ und „Wertpapierhandelsbank“ werden durch den Begriff „Wertpapierinstitut“ ersetzt. Zudem wurde in § 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 3 Buchstabe b EStG eine sprachliche Vereinheitlichung vorgenommen.

Zu Nummer 8

§ 44a Absatz 4 Satz 3

Die Änderungen stehen in Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten. Durch dieses Gesetz wurden bereits Anpassungen der einkommensteuerlichen Vorschriften vorgenommen, die jedoch nicht alle vorzunehmenden Anpassungen abbildeten. Durch die Anpassungen erfolgen keine Änderungen des materiellen Inhalts. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten wird der neue Begriff des Wertpapierinstituts eingeführt. Die Begriffe „Wertpapierhandelsunternehmen“ und „Wertpapierhandelsbank“ werden durch den Begriff „Wertpapierinstitut“ ersetzt.

Zu Nummer 9

Zu Buchstabe a

§ 44b Absatz 6 Satz 1 und 4

Die Änderungen stehen in Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten. Durch dieses Gesetz wurden bereits Anpassungen der einkommensteuerlichen Vorschriften vorgenommen, die jedoch nicht alle vorzunehmenden Anpassungen abbildeten. Durch die Anpassungen erfolgen keine Änderungen des materiellen Inhalts. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten wird der neue Begriff des Wertpapierinstituts eingeführt. Die Begriffe „Wertpapierhandelsunternehmen“ und „Wertpapierhandelsbank“ werden durch den Begriff „Wertpapierinstitut“ ersetzt.

Zu Buchstabe b

§ 44b Absatz 7 Satz 3 – neu –

Gemäß § 44b Absatz 7 EStG kann eine Erstattung von Kapitalertragsteuerbeträgen erreicht werden, wenn eine steuerbegünstigte Körperschaft im Sinne des § 44a Absatz 7 oder Absatz 8 EStG die Kapitalerträge mittelbar über eine Gesamthand bezieht. Der Umfang der zu gewährenden Erstattungen bemisst sich nach § 44b Absatz 7 Satz 2 EStG und umfasst nach den geltenden Regelungen lediglich die Voraussetzungen des § 44a Absatz 4, 7 oder Absatz 8 EStG. Die Abstandnahmevorschrift des § 44a Absatz 10 EStG für Erträge aus im Inland sammelverwahrter Aktien (§ 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a EStG) ist im Wortlaut des § 44b Absatz 7 Satz 2 EStG nicht aufgeführt, wobei sich aus der Gesetzesbegründung zum AmtshilfeRLUmG die Gründe für eine Aussparung nicht herleiten lassen (vgl. BT-Drucksache 17/10000, S. 58). Die Vorschrift des § 44b Absatz 2 EStG zeigt auf, dass eine endgültige Belastung von steuerbefreiten Körperschaften mit Kapitalertragsteuer auf Kapitalerträge im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a EStG – bei Einhaltung der Voraussetzungen des § 36a Absatz 1 bis 3 EStG – vom Gesetzgeber nicht gewollt ist, so dass die Voraussetzungen auch für den Bezug der Kapitalerträge über eine Gesamthand zu schaffen sind.

Die Änderung des § 44b Absatz 7 EStG ist nach der allgemeinen Anwendungsregelung in § 52 Absatz 1 EStG in der am 1. Januar 2022 geltenden Fassung erstmals für den Veranlagungszeitraum 2022 anzuwenden.

Zu Nummer 10

§ 45a Absatz 7 Satz 2

Die Änderungen stehen in Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten. Durch dieses Gesetz wurden bereits Anpassungen der einkommensteuerlichen Vorschriften vorgenommen, die jedoch nicht alle vorzunehmenden Anpassungen abbildeten. Durch die Anpassungen erfolgen keine Änderungen des materiellen Inhalts. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten wird der neue Begriff des

Wertpapierinstituts eingeführt. Die Begriffe „Wertpapierhandelsunternehmen“ und „Wertpapierhandelsbank“ werden durch den Begriff „Wertpapierinstitut“ ersetzt.

Zu Nummer 11

§ 45b Absatz 3 Satz 3 und Absatz 7 Satz 2

Die Änderungen stehen in Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten. Durch dieses Gesetz wurden bereits Anpassungen der einkommensteuerlichen Vorschriften vorgenommen, die jedoch nicht alle vorzunehmenden Anpassungen abbildeten. Durch die Anpassungen erfolgen keine Änderungen des materiellen Inhalts. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten wird der neue Begriff des Wertpapierinstituts eingeführt. Die Begriffe „Wertpapierhandelsunternehmen“ und „Wertpapierhandelsbank“ werden durch den Begriff „Wertpapierinstitut“ ersetzt.

Zu Nummer 12

Zu Buchstabe a

§ 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f

Die bisher geltenden Regeln zur Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger, die nur auf Grund der Vermietung und Verpachtung oder der Veräußerung eines in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragenen Rechts (sog. Registerfälle) der Besteuerung in Deutschland unterliegen, sind den Erkenntnissen einer Evaluation der geltenden Rechtslage durch das Bundesministerium der Finanzen (vgl. Bericht des Bundesministeriums der Finanzen zur Evaluation der geltenden Rechtslage der Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger, die inländische Einkünfte aus der Überlassung von Rechten erzielen, die in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragen sind – sogenannte Registerfälle -, abrufbar im Internet unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Internationales_Ssteuerrecht/Allgemeine_Informationen/2022-06-28-bericht-evaluation-registerfaelle-deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=2) folgend zurückzuführen und damit für die Zukunft weitgehend abzuschaffen. Der Besteuerungsanspruch ist bei Registerfällen ab dem 1. Januar 2023 auf Beziehungen zu nichtkooperativen Steuerhoheitsgebieten im Sinne des § 2 des Steueroasen-Abwehrgesetzes (StAbwG) zu beschränken.

Hierfür sind nach den Ergebnissen der Evaluation folgende Gründe maßgeblich:

- Das sich bisher für die Vergangenheit abzeichnende Steueraufkommen lässt sich nicht in die Zukunft fortschreiben. Ein Steueraufkommen entsteht bei Registerfällen in der Regel nur in Fällen, in denen die Einkünfte aus der Überlassung der im Inland registrierten Rechte von einer Person erzielt werden, die in einem Staat ansässig ist, mit dem kein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA) besteht. In DBA-Fällen steht Deutschland dagegen in der Regel kein Quellenbesteuerungsrecht zu, sodass der Steuerpflichtige eine Freistellung vom Steuerabzug nach § 50c Absatz 2 Satz 1 EStG beantragen kann. Ist zunächst eine Steuer einbehalten und abgeführt worden, kann deren Erstattung nach § 50c Absatz 3 EStG verlangt werden. Die Evaluierung hat gezeigt, dass international agierende Unternehmen dazu übergegangen sind in Deutschland registrierte Rechte auf Konzerngesellschaften zu übertragen, die in Staaten ansässig sind, mit denen Deutschland DBA abgeschlossen hat, die ein Besteuerungsrecht des Quellenstaats in diesen Fällen nicht vorsehen. Dies führt dazu, dass in Deutschland in Zukunft final kein Steueraufkommen entsteht. (hierzu ausführlich: S. 20 ff. des o. a. Berichts des Bundesministeriums der Finanzen).
- Es besteht ein sehr hoher Verwaltungs- und Befolgungsaufwand, dem insbesondere in solchen Fällen, bei denen final, auf Grund der durchzuführenden abkommensrechtlichen Entlastung vom Steuerabzug, kein Steueraufkommen gegenübersteht (vgl. S. 6 ff. des o. a. Berichts des Bundesministeriums der Finanzen). Der Verwaltungs- und Befolgungsaufwand ist für Registerfälle auf Grund der zur Bestimmung der Zahlungsströme und der gegebenenfalls durchzuführenden Schätzung der Besteuerungsgrundlagen insbesondere bei Lizenzbündeln gegenüber den Regelfällen des § 50a EStG signifikant erhöht. Ein zu erwartendes geringes Steueraufkommen rechtfertigt diese hohe administrative Belastung in Zukunft nicht.

- International hat man sich auf Ebene der OECD im Rahmen des sog. Zwei-Säulen-Projekts auf die Einführung einer globalen effektiven Mindestbesteuerung unter Säule 2 sowie die teilweisen Neuverteilung von Besteuerungsrechten unter Säule 1 mit dem Ziel geeinigt, aggressiver Gewinnverlagerung und schädlichem Steuerwettbewerb ein Ende zu setzen und eine fairere Allokation von Besteuerungsrechten zu erreichen. Bei erfolgreicher Einführung dieser Maßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass der Anreiz einer Rückverlagerung von in Deutschland registrierten Rechten auf Gesellschaften, die in Staaten ansässig sind, mit denen Deutschland kein DBA abgeschlossen hat, zukünftig nicht im gleichen Maße besteht (vgl. S. 21 und 23 des o. a. Berichts des Bundesministeriums der Finanzen). Gleichzeitig kann dadurch auch das Petikum der Staatengemeinschaft unterstützt werden, durch die Rückführung unilateraler Besteuerungsmaßnahmen einer Fragmentierung der internationalen Steuerrechtslandschaft entgegenzuwirken (vgl. zur internationalen Kritik und den weiteren Implikationen der Einführung des Zwei-Säulen-Projekts der OECD, siehe S. 22 ff. des o. a. Berichts des Bundesministeriums der Finanzen).
- Für Zahlungen von Vergütungen an Gläubiger, die in Steuerhoheitsgebieten im Sinne des § 2 StAbwG ansässig sind, sind die Regelungen hingegen weiterhin aufrechtzuerhalten. Das gilt insbesondere in Bezug auf Steuerhoheitsgebiete, welche die internationalen Vereinbarungen zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und weitere internationale Standards im Steuerbereich nicht einhalten.

Konkret wird die Registeranknüpfung in § 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f für Rechte Zuflüsse von Vergütungen für die Überlassung von Rechten, die in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragen sind, nach dem 31. Dezember 2022 aufgehoben. Die Registeranknüpfung wird aber in den von § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG erfassten Rechten über den 31. Dezember 2022 hinaus aufrechterhalten. Damit wird sichergestellt, dass insbesondere Einkünfte, die aus in ein inländisches Schiffsregister eingetragenen Schiffsregisterrechten erzielt werden, weiter von der Steuerpflicht umfasst sind. Gleiches gilt für Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen (insbesondere Erbbaurechte und Mineralgewinnungsrechte). In diesen Fällen greifen die für die Abschaffung der Registeranknüpfung bei den übrigen Rechten aufgezeigten Gründe nicht.

Daneben hat die Evaluation der geltenden Rechtslage durch das Bundesministerium der Finanzen auch gezeigt, dass die Behandlung in Fällen der Drittlizenzierung – also einer Lizenzierung außerhalb von Konzernstrukturen und nicht zwischen nahestehenden Personen – auch für die Vergangenheit reformbedürftig ist und aus den folgenden Gründen abgeschafft werden sollte:

Die Evaluation des Bundesministeriums der Finanzen zeigt, dass die aus der materiellrechtlichen Steuerpflicht folgenden verfahrensrechtlichen Verpflichtungen durch die Betroffenen in der Praxis in vielen Fällen nicht umgesetzt werden können, da die notwendigen Informationen nicht in der Sphäre der Steuerpflichtigen liegen und für die Vergangenheit nicht oder nur mit unzumutbarem Aufwand zu beschaffen sind. Dies kann dazu führen, dass nur auf Grund der praktisch nicht beizubringenden Unterlagen negative Konsequenzen zulasten der Steuerpflichtigen gezogen würden.

Es kommt erschwerend hinzu, dass die deutsche Registerfallbesteuerung nicht den internationalen Regelfall darstellt und die angeforderten Informationen daher nicht im international üblichen Rahmen zwischen Unternehmen weitergegeben werden. Die Lizenznehmer der Drittlizenzierung erkennen vor allem bei Lizenzbündeln regelmäßig nicht den Bezug zur deutschen Besteuerung, da ihnen je nach Fallgestaltung gar nicht bewusst ist, dass in Deutschland eingetragene Rechte betroffen sein können oder keine Aktivität auf dem deutschen Markt stattfindet. Es besteht daher oftmals kein Verständnis dafür, unternehmensinterne Daten zwischen Vergütungsgläubiger und -schuldner wechselseitig zur Verfügung zu stellen. Dies kann insbesondere die Beantragung einer Freistellung praktisch nahezu unmöglich machen. Die Vertragspartner sind nicht zur Übermittlung der Informationen, die in der Sphäre des jeweils anderen Vertragspartners liegen, verpflichtet.

Gleichzeitig zeigt der Bericht auch, dass auf Grund der bei Drittlizenzen bisher bekannten divergierenden Fallgestaltungen das Steueraufkommen voraussichtlich im erheblichen Maße geringer sein wird, als bei konzerninternen Gestaltungen. Die Evaluation des Bundesministeriums der Finanzen zeigt auf, dass Drittlizenzen in untersuchten Fallkonstellationen über abweichende Strukturen abgewickelt (zu Einzelheiten siehe S. 10 ff.) werden, als bei unternehmens(gruppen)internen Überlassungsvorgängen. Diese abweichenden Strukturen führen in diesen Fällen dazu, dass in Deutschland auf Grund eines gegebenen abkommensrechtlichen Erstattungs- oder Freistellungsanspruchs final kein Steueraufkommen verbleibt. Damit entstehen in weit geringeren Umfang Sachverhalte, die im Ergebnis in Deutschland tatsächlich besteuert werden können.

Gleichzeitig ist der Befolgungsaufwand bei Unternehmen noch deutlich höher, als bei Fällen innerhalb eines Konzerns oder einer Konzerngruppe und zum Teil in der Praxis nur eingeschränkt umfassend erfüllbar. Dieses sachliche Unterscheidungsmerkmal der auf Grund der Fallkonstellation abweichenden Befolgungslasten bei den Betroffenen und das nur zu erwartende geringe Steueraufkommen aus diesen Fällen rechtfertigt es, den Besteuerungsanspruch in diesen Fällen zurückzunehmen.

Dies wird auch dadurch gestützt, dass auf Grund der Einbeziehung von Dritten, also von Personen, die nicht nahestehend im Sinne des § 1 Absatz 2 des Außensteuergesetzes sind, ein natürlicher Interessengegensatz zwischen den Vertragsparteien besteht, der eine Gestaltung über Staaten, mit denen Deutschland kein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat aus diesen strukturellen Gründen unwahrscheinlich macht. Der Dritte hat ein Interesse daran, dass der Überlassungsvorgang an ihn Abkommenschutz genießt. Dies spiegelt sich gerade in den in der Praxis zu beobachtenden abweichenden Fallgestaltungen bei Drittlizenzierungen im Vergleich zu unternehmens(gruppen)internen Vorgängen.

Insgesamt wird dazu regelungstechnisch der in Buchstabe f Satz 1 verwandte Begriff „Rechte“ durch „Rechte im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG oder sonstige Rechte“ ersetzt und durch den Satz 2 – neu – ergänzt. Durch Satz 2 wird sichergestellt, dass in Zukunft nicht bereits die alleinige Eintragung eines sonstigen Rechts in ein inländisches öffentliches Buch oder Register zu einer Steuerpflicht der Überlassung dieses sonstigen Rechts führt.

Sonstige Rechte sind alle Rechte, die vom bisherigen Rechtsbegriff der Norm umfasst waren (unter anderem Patent-, Marken- und Sortenrechte), mit Ausnahme der Rechte im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG. Damit wird der grundsätzliche Besteuerungsanspruch für alle Rechte nicht aufgegeben, sondern nur im Rahmen der Ausnahme beschränkt.

Für die sonstigen Rechte wird durch den Satz 2 – neu – die Beschränkungen der Besteuerung zunächst für Fälle vollzogen, in denen die Rechteüberlassung zwischen nahestehenden Personen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Außensteuergesetzes stattfindet. Der Verweis auf § 1 Absatz 2 des Außensteuergesetzes stellt dabei sicher, dass alle Fälle zwischen unabhängigen Dritten, bei denen auf Grund eines bestehenden Interessengegensatzes die Wahrscheinlichkeit für Gestaltungen über Staaten, mit denen Deutschland kein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, geringer und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Informationen für die Vertragspartner stark eingeschränkt ist, von der beschränkten Steuerpflicht ausgenommen werden.

Auch werden nach Satz 2 solche Veräußerungen und Vergütungen von der Steuerpflicht nach Satz 1 ausgenommen, bei denen die Veräußerung nach dem 31. Dezember 2022 erfolgte oder die Vergütungen nach dem 31. Dezember 2022 zufließen. Damit wird der Wegfall des Besteuerungsanspruchs bei der Veräußerung und der Vermietung und Verpachtung von sonstigen Rechten, die in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragen sind und nur aus diesem Grund ein deutscher Besteuerungsanspruch entsteht, im Einkommensteuergesetz für die Zukunft sichergestellt.

Die weiteren Regelungen des § 49 Absatz 1 Nummer 2 EStG stellen einen hinreichenden Inlandsbezug und damit einen angemessenen Besteuerungsanspruch bei gewerblichen Einkünften bei beschränkt Steuerpflichtigen im Anwendungsbereich des Einkommensteuergesetzes sicher.

Zu Buchstabe b

§ 49 Absatz 1 Nummer 6

Entsprechend der Änderung in § 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f EStG wird die Registeranknüpfung in § 49 Absatz 1 Nummer 6 EStG für Rechte ebenfalls für die Zukunft aufgegeben und auf Rechte im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG beschränkt. Damit wird sichergestellt, dass insbesondere Einkünfte, die aus in ein inländisches Schiffsregister eingetragenen Schiffsregisterrechten erzielt werden, weiter von der Steuerpflicht umfasst sind. Gleiches gilt für Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen (insbesondere Erbbaurechte und Mineralgewinnungsrechte). Weiterhin wird – wie bei Nummer 2 Buchstabe f – die Besteuerung von Drittlizenzen, als von Rechteüberlassungen an nicht nahestehende Personen – rückwirkend abgeschafft.

Damit wird sichergestellt, dass auch in Fällen, in denen keine gewerblichen Einkünfte vorliegen, die Besteuerung entsprechend des mit der Änderung verfolgten Zwecks (siehe zu Buchstabe a) zurückgeführt wird. Insbesondere

bleiben damit vom Besteuerungsanspruch auch in Zukunft die Fälle der Überlassung von Rechten im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG erfasst. Weiter bleiben solche Fälle in denen der Vergütungsgläubiger als nahestehende Person bei sonstigen Rechten keine gewerblichen Einkünfte, sondern vermögensverwaltende Einkünfte erzielt (etwa Fälle einer vermögensverwaltenden Private-Equity-Struktur) vom Besteuerungsanspruch des § 49 EStG erfasst. Im Übrigen wird auch hier der Besteuerungsanspruch zurückgenommen.

Zu Nummer 13

Zu Buchstabe a

§ 51 Absatz 4 Nummer 1

§ 51 Absatz 4 Nummer 1 EStG ermächtigt das Bundesministerium der Finanzen im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder die Vordrucke für die Steuerbescheinigung nach § 50a Absatz 5 Satz 6 EStG (nach Gesetz zur Modernisierung der Entlastung von Abzugsteuer und der Bescheinigung der Kapitalertragsteuer (BGBl. I 2021 S. 1259) § 50a Absatz 5 Satz 7 EStG) zu bestimmen. Da das Bundeszentralamt für Steuern nach § 5 Nummer 12 des Finanzverwaltungsgesetzes für die Durchführung des Steuerabzugs nach § 50a Absatz 1 EStG ausschließlich zuständig ist, soll die Zuständigkeit in den § 51 Absatz 4 Nummer 1d EStG übernommen und aus dem § 51 Absatz 4 Nummer 1 EStG gestrichen werden.

Zu Buchstabe b

§ 51 Absatz 4 Nummer 1d

§ 51 Absatz 4 Nummer 1d EStG weist bisher die Zuständigkeit für die Bestimmung der Vordrucke beim Steuerabzugsverfahren nach § 50a Absatz 1 EStG dem Bundesministerium der Finanzen zu. Die Zuständigkeit für die Bestimmung der amtlichen Muster nach § 50a Absatz 5 Satz 7 EStG ist bisher nicht explizit dem Bundesministerium der Finanzen zugewiesen. Da das Bundeszentralamt für Steuern nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 12 FVG für die Durchführung des Steuerabzugs nach § 50a Absatz 1 EStG ausschließlich zuständig ist, soll die Zuständigkeit für die Bestimmung der amtlichen Muster, die der Vergütungsschuldner an den Vergütungsgläubiger nach § 50a Absatz 5 Satz 7 EStG im Rahmen dieses Steuerabzugsverfahrens ausstellen muss, dem Bundesministerium der Finanzen alleine obliegen.

Zu Nummer 14

Zu Buchstabe a

§ 52 Absatz 4 Satz 5 – neu – bis 8 – neu –

Satz 5 regelt die erstmalige Anwendung für den Veranlagungszeitraum 2021, da das Gesetz zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Alterseinkommen vom 12. August 2020 (BGBl. I S. 1879) in seinem hier wesentlichen Teil am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist.

Für berechnete Empfängerinnen und Empfänger, die bereits im Jahr 2021 einen Zuschlag für langjährige Versicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (Grundrentenzuschlag) erhalten haben, wurde dieser Teilbetrag in den Rentenbezugsmitteilungen für den Veranlagungszeitraum 2021, die in Anwendung von § 22a Absatz 1 Satz 1 EStG i. V. m. § 93c Absatz 1 Nummer 1 AO bis zum 28. Februar 2022 zu übermitteln waren, an die Finanzverwaltung gemeldet. Nach Auskunft der Deutschen Rentenversicherung Bund und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch in den Rentenbezugsmitteilungen für den Veranlagungszeitraum 2022, die bis zum 28. Februar 2023 zu übermitteln sind, dieser Teilbetrag noch enthalten sein wird. Um der rückwirkenden Steuerfreistellung zum 1. Januar 2021 durch Artikel 3 dieses Gesetzes Rechnung zu tragen, sieht Satz 6 bis zum letzten Tag des Monats Februar 2024 eine Verpflichtung für die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung als mitteilungspflichtige Stellen im Rentenbezugsmitteilungsverfahren vor, für die Leistungsempfängerinnen und -empfänger entsprechend korrigierte Rentenbezugsmitteilungen an die Finanzverwaltung zu übermitteln, wenn in der für das jeweilige Leistungsjahr zuletzt an die Finanzverwaltung übermittelten Rentenbezugsmitteilung der Grundrentenzuschlag in den auf der Grundlage von § 22a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EStG übermittelten Daten enthalten ist. Diese Verpflichtung zur Übermittlung korrigierter Rentenbezugsmitteilungen für Träger der gesetzlichen Rentenversicherung ist erforderlich, da anhand der vorliegenden Mitteilungen die Höhe der auf den Grundrentenzuschlag entfallenden Rentenleistung für die Finanzverwaltung nicht erkennbar ist. Eine durch die grundrentenzuschlagsberechtigte Person zu erbringende Nachweisführung soll

vermieden werden, um für diese keinen zusätzlichen Aufwand entstehen zu lassen. Zudem wird nicht jeder Grundrentenzuschlagsberechtigte bereits einkommensteuerlich veranlagt, so dass eine zusätzliche Aufforderung zur Nachweisführung auch zusätzlichen Aufwand für die Finanzverwaltung nach sich ziehen würde. Für die betroffenen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung dürfte der einmalige Aufwand zur Übermittlung von korrigierten Rentenbezugsmitteilungen nur für die Personen, an die ein Grundrentenzuschlag geleistet wurde, vertretbar sein.

In Satz 7 wird eine eigene Änderungsvorschrift für betroffene Einkommensteuerbescheide vorgesehen. Infolge der Übermittlung eines korrigierten Datensatzes nach Satz 6 wird durch die Sätze 7 und 8 sichergestellt, dass – auch bestandskräftige – Einkommensteuerbescheide zu ändern sind, allerdings nur in dem Umfang, der sich aus der korrigierten Rentenbezugsmitteilung nach Satz 6 ergibt. Andere Änderungsvorschriften bleiben unberührt.

Zu Buchstabe b

§ 52 Absatz 6 Satz 12 – neu –

Die geänderte Fassung von § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b und 6c EStG ist für nach dem 31. Dezember 2022 in der häuslichen Wohnung ausgeübte Tätigkeiten anzuwenden.

Zu Buchstabe c

§ 52 Absatz 45a Satz 3 – neu –

§ 49 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe f Satz 1 und 2 und Nummer 6 EStG in der Fassung des vorliegenden Änderungsgesetzes ist auf alle offenen Fälle anzuwenden.

Zu Nummer 15

Zu Buchstabe a

§ 65 Absatz 1

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Der bisherige § 65 Absatz 1 EStG enthält eine abschließende Aufzählung von Leistungen, die den Kindergeldanspruch ausschließen. Da gegenwärtig weder die genannten Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung noch Kinderzuschüsse aus der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden, ist § 65 EStG dementsprechend anzupassen.

Zu Doppelbuchstabe aa

§ 65

Es handelt sich um eine Folgeänderung aus der nachfolgenden Aufhebung des Absatzes 2. Der einzig verbleibende bisherige Absatz 1 wird zum Wortlaut des § 65 EStG.

Zu Doppelbuchstabe bb

§ 65 Satz 1

§ 65 Satz 1 EStG wird neu gefasst und die bisherige Nummer 1 entfällt. Nach der bisherigen Regelung in § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG wird Kindergeld nicht für ein Kind gezahlt, für das Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (§ 217 Absatz 3 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch) oder Kinderzuschüsse aus den gesetzlichen Rentenversicherungen (§ 270 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch) zu zahlen sind oder bei entsprechender Antragstellung zu zahlen wären.

Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden bei der Neubewilligung von Verletztenrenten nicht mehr gewährt. Eine hierfür geltende Übergangsregelung in § 217 Absatz 3 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch wurde durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 12. Juni 2020 (BGBl. I S. 1248) zum 1. Juli 2020 aufgehoben.

Zudem wurde durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 11. November 2016 (BGBl. I S. 2500) § 270 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch aufgehoben, da die Regelung wegen Zeitablaufs keine Bedeutung mehr hat. Ein Kinderzuschuss wurde letztmalig im Oktober 2011 gezahlt (BT-Drucksache 18/8487 S. 56).

Die bisherige Nummer 1 ist daher zu streichen und die abschließende Aufzählung in § 65 EStG anzupassen.

§ 65 Satz 1 Nummer 1 EStG

Die neue Nummer 1 entspricht der bisherigen Nummer 2 und ist lediglich redaktionell anzupassen.

Ausländische Leistungen schließen nach der bisherigen Regelung in § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EStG eine Kindergeldzahlung aus, wenn sie entweder dem deutschen Kindergeld oder der Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder dem Kinderzuschuss aus der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbar sind.

Bisher enthielt § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EStG einen Verweis auf die unter Nummer 1 genannten Leistungen. Wegen der Aufhebung der bisherigen Nummer 1 ist eine redaktionelle Folgeänderung vorzunehmen und die zu vergleichenden Leistungen sind direkt zu benennen. Denn auch wenn die Leistungen in Deutschland nicht mehr gewährt werden, können im Ausland vergleichbare Leistungen weiterhin geleistet werden. Eine ausführliche Übersicht über vergleichbare Leistungen ist im Bundessteuerblatt veröffentlicht (BStBl 2017 I S. 151).

§ 65 Satz 1 Nummer 2

Die neue Nummer 2 entspricht der bisherigen Nummer 3 und ist inhaltlich unverändert.

Zu Doppelbuchstabe cc

§ 65 Satz 3

Es handelt sich um eine Folgeänderung aus dem Wegfall der bisherigen Nummer 1 und der Umnummerierung der bisherigen Nummer 3 zu Nummer 2.

Zu Buchstabe b

§ 65 Absatz 2 – aufgehoben –

Die bisherige Regelung in § 65 Absatz 2 EStG sah vor, dass Kindergeld in Höhe des Unterschiedsbetrags geleistet wird, wenn der Bruttobetrag der Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder des Kinderzuschusses aus der gesetzlichen Rentenversicherung niedriger als das Kindergeld nach § 66 EStG ist und der Unterschiedsbetrag mindestens 5 Euro beträgt.

Durch den Wegfall der Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung und des Kinderzuschusses aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist diese Regelung nicht mehr erforderlich und wird ersatzlos aufgehoben.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes)

Inhaltsübersicht, § 2 Absatz 6 Satz 1, § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3, § 32c und § 52 Absatz 43a und 44

Allgemeines

Mit Beschluss des Zweiten Senats vom 8. Dezember 2021 (Az. 2 BvL 1/13) hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, dass die Tarifbegrenzung bei Gewinneinkünften gemäß § 32c EStG sowie § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3 EStG in Verbindung mit § 32a Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 EStG in der jeweils für das Jahr 2007 geltenden Fassung nicht mit dem allgemeinen Gleichheitssatz vereinbar ist. Das BVerfG hat den Gesetzgeber mit seinem Beschluss verpflichtet, spätestens bis zum 31. Dezember 2022 rückwirkend für den Veranlagungszeitraum 2007 eine Neuregelung zu treffen. Der Beschluss des BVerfG betrifft eine Sonderregelung des Einkommensteuergesetzes, die nur für den Veranlagungszeitraum 2007 anwendbar war. Er hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf das geltende Recht.

Ab 2007 wurde für Einkünfte über 250 000 Euro (bei der Einzelveranlagung) beziehungsweise 500 000 Euro (bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten) der Spitzensteuersatz von 42 Prozent auf 45 Prozent erhöht. Hiervon wurden nur für den Veranlagungszeitraum 2007 Gewinneinkünfte durch eine Tarifbegrenzung gemäß § 32c EStG ausgenommen. Zugleich wurde sichergestellt, dass auch beim Progressionsvorbehalt gemäß § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3 EStG der Steuersatz für Gewinneinkünfte auf 42 Prozent beschränkt blieb.

Zur Herstellung eines verfassungsmäßigen Zustands für den Veranlagungszeitraum 2007 hat das BVerfG in Rz. 91 seines Beschlusses ausgeführt, dass der Gleichheitsverstoß durch die Rückkehr zu einem einheitlichen Spitzensteuersatz von 42 Prozent für sämtliche Einkunftsarten oder durch die Streichung der begünstigenden Norm behoben werden kann. Nicht mehr anfechtbare Entscheidungen, die auf einer für mit der Verfassung unvereinbar

erklärten Norm beruhen, bleiben dabei grundsätzlich unberührt (vgl. BVerfGE 81, 363 <384>; 87, 153 <178>; 94, 241 <266 f.>).

Zur Umsetzung des Beschlusses des BVerfG werden insbesondere aus haushalterischen Gründen sowie im Hinblick auf die Umsetzung im Verwaltungsvollzug die Regelungen des § 32c EStG sowie des § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3 EStG rückwirkend für 2007 außer Kraft gesetzt. Aus der rückwirkenden Aufhebung der begünstigenden Norm resultieren insoweit keine Steuernachzahlungen bzw. Nachzahlungszinsen für Steuerpflichtige, die im Veranlagungszeitraum 2007 tarifbegünstigte Gewinneinkünfte erzielt hatten. Eine Anwendung zuungunsten der Steuerpflichtigen ist hier grundsätzlich wegen des gesetzlichen Vertrauensschutzes ausgeschlossen (§ 176 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 AO).

Aufhebung der Regelungen im Steueränderungsgesetz 2007

Die Tarifbegrenzung bei Gewinneinkünften gemäß § 32c EStG in Verbindung mit § 32a Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 EStG in der für das Jahr 2007 geltenden Fassung wurde durch das Steueränderungsgesetz 2007 vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) eingeführt. Die in den Nummern 1 bis 4 enthaltenen Änderungsbefehle der Regelungen des Steueränderungsgesetzes 2007 sollen zu einer rückwirkenden Aufhebung der materiell-rechtlichen Regelungen (inkl. der Anwendungsregelung in § 52 EStG) für den Veranlagungszeitraum 2007 führen.

Das Einkommensteuergesetz in der ab dem Veranlagungszeitraum 2008 geltenden Fassung wurde hingegen durch Artikel 1 des Bürgerentlastungsgesetzes Krankenversicherung vom 26. Juli 2009 (BGBl. I S. 1959) und durch Artikel 2 des Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 25. Juli 2014 (BGBl. I S. 1266) redaktionell bereinigt und die Regelungen zur Tarifbegrenzung für Gewinneinkünfte aufgehoben. Dies vor dem Hintergrund, dass die Tarifermäßigung nach § 32c EStG inkl. der Folgeänderungen nur für den Veranlagungszeitraum 2007 anwendbar war.

Aufhebung der Regelungen im Jahressteuergesetz 2007

Es handelt sich um Folgeänderungen zur Umsetzung des Beschlusses des BVerfG vom 8. Dezember 2021 (Az. 2 BvL 1/13). Das Jahressteuergesetz 2007 vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) enthielt bezogen auf das Steueränderungsgesetz 2007 vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) Folgeänderungen, um auch beim Progressionsvorbehalt gemäß § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3 EStG den Steuersatz für Gewinneinkünfte auf 42 Prozent zu beschränken. Zu diesem Zweck wurde mit dem v. g. Gesetz die Regelung des § 32c EStG um einen Absatz 4 und die Regelung des § 32b Absatz 2 EStG um die Sätze 2 und 3 ergänzt. Zur Umsetzung des Beschlusses des BVerfG soll die entsprechende Änderung der Regelungen des Jahressteuergesetzes 2007 zu einer rückwirkenden Aufhebung der materiell-rechtlichen Regelungen (inkl. der Anwendungsregelungen in § 52 EStG) für den Veranlagungszeitraum 2007 führen.

Die rückwirkende Aufhebung der Tarifbegrenzung bei Gewinneinkünften gemäß § 32c EStG sowie § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3 EStG in Verbindung mit § 32a Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 EStG findet für alle für den Veranlagungszeitraum 2007 noch offenen Veranlagungsfälle Anwendung. Offene Fälle sind alle bei Inkrafttreten des vorliegenden Änderungsgesetzes bereits beschiedenen, aber noch nicht abgeschlossenen Verwaltungsverfahren, wenn insbesondere auf Grund eines noch anhängigen außergerichtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs noch keine Unanfechtbarkeit der Einkommensteuerfestsetzung 2007 eingetreten ist.

Zu Artikel 3 (Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes)

§ 3 Nummer 14a – neu –

Mit dem Gesetz zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Alterseinkommen vom 12. August 2020 (BGBl. I S. 1879) wurde u. a. ein einkommensabhängiger Zuschlag zur Rente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt. Die Ermittlung des individuellen Grundrentenzuschlags erfolgt nach einer gesetzlich festgelegten Berechnungsmethode. Zur Feststellung des Grundrentenbedarfes findet eine Einkommensprüfung statt; übersteigt das Einkommen gesetzlich festgelegte Einkommensfreibeträge, findet eine Kürzung des Grundrentenzuschlags statt. Ein dem Grunde nach bestehender Anspruch auf einen Grundrentenzuschlag kann auf Grund der Einkommensprüfung daher der Höhe nach in den einzelnen Jahren variieren.

Mit der Einführung des Grundrentenzuschlags wurde das Ziel verfolgt, das Vertrauen in das Grundversprechen des Sozialstaates auf Absicherung und in die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken. Vor diesem Hintergrund sollte auch aus steuerlicher Sicht sichergestellt werden, dass der die Lebensleistung der berechtigten Person anerkennende Grundrentenzuschlag nicht geschmälert wird. Dem trägt der vorliegende Gesetzentwurf dadurch Rechnung, dass der Betrag der Rente, der auf Grund des Grundrentenzuschlags geleistet wird, steuerfrei gestellt wird. Dadurch kann der Grundrentenzuschlag steuerlich unbelastet in voller Höhe zur Verfügung stehen und so ungeschmälert zur Sicherung des Lebensunterhaltes beitragen.

Zu Artikel 4 (Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

§ 3 Nummer 71 Satz 2

Redaktionelle Folgeänderung wegen der Anfügung der neuen Nummer 72.

Zu Buchstabe b

§ 3 Nummer 72 – neu –

Die Installation von Photovoltaikanlagen insbesondere auf Wohngebäuden kann zur Beschleunigung der Energiewende und des Ausbaus der erneuerbaren Energien einen erheblichen Beitrag leisten. In der Praxis wird die Installation von Photovoltaikanlagen jedoch häufig durch bürokratische Hürden erschwert, insbesondere durch die mit dem Betrieb einer Photovoltaikanlage verbundenen steuerlichen Pflichten. Aufgrund der geringen Einspeisevergütungen kann zudem mit kleinen Photovoltaikanlagen auf, an und in Gebäuden, wie sie in einigen Bundesländern aufgrund baurechtlicher Vorgaben bei Neubauvorhaben bereits verpflichtend zu installieren sind, regelmäßig kein Totalüberschuss mehr erzielt werden. Steuerpflichtige sehen sich daher in vielen Fällen einige Jahre nach der Installation der Anlage mit Fragen der Finanzverwaltung zum Nachweis der Gewinnerzielungsabsicht konfrontiert.

Zur Erreichung dieses Ziels wird eine Steuerbefreiung eingeführt. Die Steuerbefreiung gilt dabei für den Betrieb einer einzelnen Anlage oder mehrerer Anlagen bis max. 100 kW (peak). Die 100-kW (peak)-Grenze ist dabei pro Steuerpflichtigem (natürliche Person oder Kapitalgesellschaft) oder pro Mitunternehmerschaft zu prüfen.

Buchstabe a

Mit dem Ziel des Abbaus bürokratischer Hürden und der Setzung eines steuerlichen Anreizes zum Ausbau der erneuerbaren Energien, werden Einnahmen aus dem Betrieb von Photovoltaikanlagen mit einer installierten Gesamtbruttoleistung lt. Marktstammdatenregister auf, an oder in Einfamilienhäusern (einschließlich Dächern von Garagen und Carports und anderweitiger Nebengebäude) oder nicht Wohnzwecken dienenden Gebäuden (z.B. Gewerbeimmobilie, Garagenhof) von bis zu 30 kW (peak) ab 1. Januar 2023 steuerfrei gestellt. Insbesondere für private Immobilienbesitzer wird es künftig einfacher, sich für die Installation einer Photovoltaikanlage auf ihrer eigengenutzten Immobilie zu entscheiden. Die Steuerbefreiung gilt unabhängig von der Verwendung des erzeugten Stroms.

Buchstabe b

Für private Immobilienbesitzer wird es künftig einfacher, sich für die Installation einer Photovoltaikanlage auf ihrer eigengenutzten oder vermieteten Immobilie zu entscheiden. Dies auch dann, wenn sie die Wohnung nicht selbst zu Wohnzwecken benutzen. Die Steuerbefreiung gilt unabhängig von der Verwendung des erzeugten Stroms. Damit sind auch Einnahmen aus Photovoltaikanlagen, bei denen der erzeugte Strom vollständig in das öffentliche Stromnetz eingespeist, zum Aufladen eines privaten oder betrieblich genutzten E-Autos verbraucht oder von Mietern genutzt wird, steuerfrei.

Die Steuerbefreiung gilt darüber hinaus auch für Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern und gemischt genutzten Gebäuden mit Wohn- und Gewerbeeinheiten, mit überwiegender Nutzung zu Wohnzwecken bis zu einer Größe von 15 kW (peak) (anteiliger Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister) pro Wohn- und Gewerbeeinheit. Damit wird auch der Betrieb von Photovoltaikanlagen durch Privatvermieter, Wohnungseigentümergeinschaften, Genossenschaften und Vermietungsunternehmen begünstigt.

Werden in einem Betrieb nur steuerfreie Einnahmen aus dem Betrieb von begünstigten Photovoltaikanlagen erzielt, braucht hierfür kein Gewinn mehr ermittelt und damit z. B. auch keine Anlage EÜR abgegeben zu werden.

Bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften (z. B. Vermietungs-GbR) führt der Betrieb von Photovoltaikanlagen, die die begünstigten Anlagengrößen nicht überschreiten, nicht zu einer gewerblichen Infektion der Vermietungseinkünfte. Damit können auch vermögensverwaltende Personengesellschaften künftig auf ihren Mietobjekten Photovoltaikanlagen von bis zu 15 kW (peak) je Wohn- und Gewerbeeinheit (max. 100 kW (peak)) installieren und ihre Mieter mit selbst produziertem Strom versorgen, ohne steuerliche Nachteile befürchten zu müssen.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

§ 7 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2

Bisher werden Gebäude, die Wohnzwecken dienen und nach dem 31. Dezember 1924 fertiggestellt worden sind, linear mit 2 Prozent abgeschrieben; bei Fertigstellung vor dem 1. Januar 1925 mit 2,5 Prozent. Für nach dem 30. Juni 2023 fertig gestellte Gebäude, die Wohnzwecken dienen, soll die Abschreibung auf 3 Prozent angehoben werden.

Die Anhebung des linearen AfA-Satzes für neue Wohngebäude auf 3 Prozent wurde im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Anhebung der linearen AfA für neue Wohngebäude ist eine politisch motivierte Förderung zur Unterstützung einer klimagerechten Neubauoffensive. Die aus dem Ansatz des höheren pauschalen AfA-Satzes resultierende kürzere Abschreibungsdauer von 33 Jahren hat keinen Einfluss auf die Beurteilung der tatsächlichen Nutzungsdauer von Wohngebäuden. Diese wird regelmäßig auch mehr als 50 Jahre betragen.

Zu Doppelbuchstabe bb

§ 7 Absatz 4 Satz 2 – aufgehoben –

Die Absetzung für Abnutzung (AfA) für Gebäude richtet sich grundsätzlich nach § 7 Absatz 4 EStG. Danach erfolgt grundsätzlich eine lineare Abschreibung des Gebäudes nach einem typisierten fest vorgegebenen AfA-Satz (2 oder 2,5 oder 3 Prozent). Die AfA erfolgt damit regelmäßig unabhängig von der Nutzungsdauer eines Gebäudes, die im Regelfall länger als 33, 40 oder 50 Jahre sein dürfte.

Gemäß § 7 Absatz 4 Satz 2 EStG kann die AfA in begründeten Ausnahmefällen – abweichend zu dem typisierten AfA-Satz – nach einer begründeten tatsächlich kürzeren Nutzungsdauer bemessen werden. Der Nachweis einer kürzeren Nutzungsdauer ist durch den Steuerpflichtigen zu erbringen.

Nach Auffassung des BFH (BFH-Urteil vom 28. Juli 2021, IX R 25/19 – NV) können sich Steuerpflichtige, die sich auf eine kürzere tatsächliche Nutzungsdauer im Sinne des § 7 Absatz 4 Satz 2 EStG berufen, jeder geeigneten Darlegungsmethode bedienen. Entgegen der Auffassung der Finanzverwaltung hat der BFH insbesondere die zur Verkehrswertermittlung von Grundstücken modellhaft ermittelte Restnutzungsdauer als einen nicht zu beanstandenden Ausgangspunkt für den Nachweis einer kürzeren Nutzungsdauer angesehen. Die vom BFH erkannte Zulässigkeit von diversen Nachweismethoden zur Schätzung von Nutzungsdauern kehrt nach Auffassung der Finanzverwaltung die Ausnahme-Betrachtung im § 7 Absatz 4 Satz 1 und 2 EStG in eine Regel-Betrachtung um. Die aktuelle Rechtsprechung des BFH führt in der Praxis bereits jetzt zu einer deutlichen Zunahme von Anträgen auf Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer und damit einer höheren Abschreibung für Gebäude. Die Prüfung der Anträge – die auf Grund der Entscheidung des BFH im Einzelfall sehr verschieden ausfallen werden – würde zu einer erheblichen Zunahme des Bürokratieaufwands für Verwaltung, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger führen. Die Beurteilung der für einen Nachweis einer kürzeren Nutzungsdauer maßgeblichen Determinanten, wie der technische Verschleiß, die wirtschaftliche Entwertung und die rechtlichen Nutzungsbeschränkungen, ist häufig streitbefangen. Im Ergebnis handelt es sich immer um Einzelfallentscheidungen, die mit erheblichem Bearbeitungs- und Auseinandersetzungsaufwand verbunden sind.

Die Aufhebung der Ausnahmeregelung zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer bei der AfA für Gebäude führt zu einer deutlichen Verbesserung in der Rechtsanwendung, zu einer deutlichen Minderung des Bürokratieaufwands für Verwaltung, Bürger und Unternehmen und zu einer Vermeidung unkontrollierter Steuermindereinnahmen.

Die Aufhebung der Ausnahmeregelung führt auch nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung. Die Abschreibung von Gebäuden erfolgt bereits jetzt nach pauschalierten festen AfA-Sätzen, die weitgehend nicht mit der tatsächlichen Nutzungsdauer des Gebäudes korrelieren. Bei einem Kauf eines bestehenden Gebäudes erfolgt die AfA ebenfalls nach dem feststehenden AfA-Satz, so dass die AfA unabhängig vom tatsächlichen Alter des Gebäudes immer nach demselben AfA-Satz erfolgt. Der pauschalierte Ansatz ist besonders einfach und klar in der Rechtsanwendung. Die Abschaffung von Ausnahmen im Steuerrecht trägt zudem zur Rechtsklarheit und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes bei.

Mit Artikel 4 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa dieses Gesetzes soll der typisierte AfA-Satz für Wohngebäude von 2 auf 3 Prozent angehoben werden. Damit werden zukünftig alle Gebäude grundsätzlich über einen Zeitraum von 33 Jahren abgeschrieben. Das bedeutet, dass bereits durch die allgemeinen Vorschriften über die lineare Abschreibung von Gebäuden diese nach einer kürzeren als der tatsächlichen Nutzungsdauer erfolgt.

Zudem bleiben die Regelungen zur Teilwertabschreibung (§ 6 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 EStG i. V. m. § 7 Absatz 4 Satz 4 EStG) und zur Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA; § 7 Absatz 1 Satz 7 EStG i. V. m. § 7 Absatz 4 Satz 3 und 4 EStG) von dieser Anpassung unberührt. In Fällen von anzuerkennenden dauerhaften Wertminderungen oder in Fällen außergewöhnlicher technischer oder wirtschaftlicher Abnutzung von Gebäuden, soweit sie zu einem Betriebsvermögen gehören und nicht Wohnzwecken dienen und der Gewinn durch Betriebsvermögensvergleich ermittelt wird, stehen bereits steuerliche Instrumente zur Verfügung, die Wertminderungen auch im Rahmen der Abschreibung widerspiegeln.

Zu Buchstabe b

§ 7 Absatz 5a Satz 2 – neu –

Mietereinbauten und -umbauten, die keine Scheinbestandteile oder Betriebsvorrichtungen sind, Ladeneinbauten und ähnliche Einbauten gehören zu den selbständigen unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Sinne des § 7 Absatz 5a EStG, für die § 7 Absatz 4 und 5 EStG entsprechend Anwendung finden. Sonstige Mieterein-/umbauten, die dem Mieter als wirtschaftlichen Eigentümer zuzurechnen sind oder besonderen betrieblichen oder beruflichen Zwecken des Mieters dienen, werden als unbewegliche Wirtschaftsgüter jedoch grundsätzlich über die jeweilige Mietdauer bzw. über die voraussichtlich kürzere betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibung erfolgt bisher nach § 7 Absatz 5a in Verbindung mit Absatz 4 Satz 2 EStG über die tatsächliche Nutzungsdauer.

Diese Möglichkeit würde mit Aufhebung von § 7 Absatz 4 Satz 2 EStG zukünftig entfallen. Für Mieterein-/umbauten, die keine Scheinbestandteile oder Betriebsvorrichtungen sind, Ladeneinbauten und ähnliche Einbauten soll daher durch Ergänzung des § 7 Absatz 5a EStG die Möglichkeit der Abschreibung nach der tatsächlichen Nutzungsdauer beibehalten bleiben.

Zu Nummer 3

§ 10 Absatz 3 Satz 6

Mit der Neuregelung wird eine im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokratischen Partei (FDP) vereinbarte Maßnahme umgesetzt, die den vollständigen Abzug von Altersvorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 2 EStG als Sonderausgaben bereits ab dem Jahr 2023 vorsieht.

Die mit dem Alterseinkünftegesetz im Jahr 2005 begonnene Umstellung der Besteuerung von Renten aus der Basisversorgung auf die nachgelagerte Besteuerung sieht u. a. eine kontinuierlich ansteigende Steuerfreistellung von Altersvorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 2 EStG vor. Bisher ist gesetzlich vorgesehen, dass diese Altersvorsorgeaufwendungen bis zu dem Höchstbeitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung (§ 10 Absatz 3 EStG) erstmals im Jahr 2025 zu 100 Prozent als Sonderausgaben berücksichtigt werden können.

Mit der Änderung wird der bisher ab dem Jahr 2025 vorgesehene vollständige Sonderausgabenabzug auf das Jahr 2023 vorgezogen. Damit erhöhen sich die als Sonderausgaben abzugsfähigen Altersvorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 2 EStG im Jahr 2023 um 4 Prozentpunkte und im Jahr 2024 um 2 Prozentpunkte. Das führt für alle Bürgerinnen und Bürger mit entsprechenden Altersvorsorgeaufwendungen in den Jahren 2023 und 2024 zu einer spürbaren Entlastung.

Die Änderung ist zudem vor dem Hintergrund der Urteile des Bundesfinanzhofs vom 19. Mai 2021 (Az. X R 20/19 und X R 33/19) erforderlich, da mit dieser Maßnahme in einem ersten Schritt dazu beigetragen werden kann, auf langfristige Sicht eine „doppelte Besteuerung“ von Renten aus der Basisversorgung zu vermeiden.

Die Änderung des § 10 Absatz 3 Satz 6 EStG ist nach der allgemeinen Anwendungsregelung in § 52 Absatz 1 EStG in der am 1. Januar 2023 geltenden Fassung erstmals für den Veranlagungszeitraum 2023 anzuwenden.

Zur Umsetzung im Lohnsteuerabzugsverfahren siehe Aufhebung von § 39b Absatz 4 EStG durch dieses Änderungsgesetz.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

§ 10a Absatz 1a – neu –

Die Neuregelung in § 10a Absatz 1a – neu – EStG vereinfacht das Riester-Verfahren bei Personen, die wegen der Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei inländischen gesetzlichen Rentenversicherungsträgern dem förderberechtigten Personenkreis angehören.

Zum begünstigten Personenkreis nach § 10a Absatz 1 Satz 1 EStG gehören u. a. pflichtversicherte Personen in der inländischen gesetzlichen Rentenversicherung. Gesetzlicher Anknüpfungspunkt für die Riester-Förderung von Kindererziehenden ist somit das Bestehen einer solchen Versicherungspflicht. Personen gelten in der Zeit, für die ihnen Kindererziehungszeiten anzurechnen sind (§ 3 Satz 1 Nummer 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – SGB VI), als pflichtversichert in der gesetzlichen Rentenversicherung. Kindererziehungszeiten sind grundsätzlich Zeiten der Erziehung eines Kindes in den ersten drei Lebensjahren (§ 56 Absatz 1 Satz 1 SGB VI).

Da das Verfahren zur Feststellung von Kindererziehungszeiten (durch die gesetzlichen Rentenversicherungsträger) und das Förderverfahren nach § 10a EStG/Abschnitt XI EStG auf Grund der Feststellung von Kindererziehungszeiten (durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen – ZfA) unterschiedliche Ausrichtungen haben, kommt es zu erheblichen zeitlichen Diskrepanzen. Während Kindererziehungszeiten auch noch während des Rentenantragsverfahrens beim Rentenversicherungsträger geltend gemacht werden können, müssen im Zulageverfahren die Voraussetzungen – insbesondere das Vorliegen der persönlichen Anspruchsvoraussetzungen für die Förderberechtigung – bereits im jeweiligen Beitragsjahr (§ 88 EStG) vorliegen. Für den Nachweis der Rentenversicherungspflicht sind die Angaben des zuständigen Sozialversicherungsträgers maßgebend (§ 14 Absatz 1 Satz 1 der Altersvorsorge-Durchführungsverordnung – AltvDV). Folge dieser Regelung ist, dass derjenige, dem Kindererziehungszeiten nach den §§ 3 und 56 SGB VI anzurechnen sind, beim zuständigen gesetzlichen Rentenversicherungsträger jährlich einen Antrag auf Feststellung von Kindererziehungszeiten stellen müsste, der in vielen Fällen aus Unkenntnis unterbleibt.

Es wird daher in dem neuen Absatz 1a bestimmt, dass Steuerpflichtige, die Kindererziehungszeiten nach § 56 SGB VI in der inländischen gesetzlichen Rentenversicherung nur auf Grund eines fehlenden oder eines noch nicht beschiedenen Antrags bislang nicht angerechnet bekommen haben, einem Pflichtversicherten zunächst gleichstehen. Voraussetzung dabei ist in einem ersten Schritt, dass der Zulageberechtigte die Kinderzulage für ein Kind, für das gegenüber dem Steuerpflichtigen oder seinem Ehegatten/Lebenspartner Kindergeld festgesetzt worden ist, bei seinem Anbieter beantragt; das Kind darf im Beitragsjahr sein viertes Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die zeitliche Begrenzung – die Vollendung des vierten Lebensjahres des Kindes – knüpft an § 56 SGB VI an, da Kindererziehungszeiten in der Regel für die ersten 36 Kalendermonate nach dem Geburtsmonat des Kindes gewährt werden. Da die ZfA keine abschließende Prüfung der Voraussetzungen des § 56 SGB VI vornehmen kann, ist der Steuerpflichtige in einem zweiten Schritt – ebenfalls spätestens am Tag nach der Vollendung des vierten Lebensjahres des maßgebenden Kindes – verpflichtet, die Kindererziehungszeiten bei der gesetzlichen Renten-

versicherung zu beantragen. Werden die Kindererziehungszeiten – beispielsweise auf Grund eines Ausschlussgrundes – vom Träger der gesetzlichen Rentenversicherung nicht anerkannt, entfällt rückwirkend die Förderberechtigung.

Bei Kindern, die am 1. Januar eines Jahres geboren sind, muss von § 10a Absatz 1a Satz 1 EStG abweichend auf die Vollendung des fünften Lebensjahres abgestellt werden, da ein Lebensjahr am vorangehenden Kalendertag, also am 31. Dezember, vollendet wird. Damit wird auch Eltern mit entsprechend geborenen Kindern ausreichend Zeit für die Beantragung der Kindererziehungszeiten eingeräumt.

Korrespondierend zu den vereinfachten Antragsmodalitäten für Kindererziehende wird in § 90 Absatz 3 Satz 6 und 7 EStG bestimmt, dass ein entsprechend längerer Zeitraum für die Überprüfung dieser Förderberechtigung gilt.

Die Neuregelung zielt auf eine bestmögliche Vermeidung der Rückforderung von Zulagen ab. Dies ist nicht nur unter verwaltungsökonomischen Gesichtspunkten erstrebenswert, sondern gerade auch aus Sicht der Empfänger, bei denen eine sicher geglaubte steuerliche Förderung auf Grund der nachträglichen Feststellung des Nichtvorliegens der Fördervoraussetzungen wieder rückgängig gemacht werden muss. Ebenso soll der Aufwand auf Seiten der Kindererziehenden sowie auf Seiten der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen der Beantragung der Kindererziehungszeiten so gering wie möglich gehalten werden.

Zu Buchstabe b

§ 10a Absatz 1b

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Einfügung des neuen § 10a Absatz 1a EStG. Durch die Einfügung des neuen Absatzes 1a wird der ursprüngliche Absatz 1a zum neuen Absatz 1b.

Zu Buchstabe c

§ 10a Absatz 6 Satz 4

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 95 EStG im vorliegenden Änderungsgesetz.

Nach bisher geltendem Recht treten die Folgen einer schädlichen Verwendung (§§ 93 und 94 EStG) ein, wenn die unbeschränkte Steuerpflicht eines Zulageberechtigten im Sinne des § 10a Absatz 6 Satz 1 oder 2 EStG durch Aufgabe des inländischen Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts endet und die Person nicht nach § 1 Absatz 3 EStG als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig behandelt wird. Bisher konnten in diesem Fall die Stundung und ggf. ein späterer Erlass bei Rückkehr aus dem Ausland beantragt werden. § 95 Absatz 2 und 3 EStG, in denen diese Möglichkeiten bisher geregelt waren, entfallen künftig. Der Verweis an dieser Stelle muss daher auch gestrichen werden. Der Rückzahlungsbetrag ist wie bisher im (bekannten) Verfahren nach den §§ 93 und 94 EStG festzusetzen und zu erheben.

Zu Nummer 5

§ 20 Absatz 9

Der Sparer-Pauschbetrag ist ein pauschaler Ausgleich dafür, dass ein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen nach § 20 Absatz 9 Satz 1 Halbsatz 2 EStG ausgeschlossen ist.

Der Sparer-Pauschbetrag wurde mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912) eingeführt. Dabei wurde der Sparer-Freibetrag und der für Kapitaleinkünfte geltende Werbungskostenpauschbetrag zu einem einheitlichen Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 801 Euro (1 602 Euro für Verheiratete/Lebenspartner) zusammengefasst. Der Sparer-Pauschbetrag wurde seit seiner Einführung betragsmäßig nicht verändert. Mit der Änderung wird der Sparer-Pauschbetrag von 801 Euro auf 1 000 Euro und von 1 602 Euro (Ehegatten/Lebenspartner) auf 2 000 Euro erhöht. Um die technische Umsetzung einfach zu gestalten, werden bereits erteilte Freistellungsaufträge prozentual erhöht.

Zu Nummer 6§ 33a Absatz 2 Satz 1

Zur Abgeltung eines Sonderbedarfs eines sich in Berufsausbildung befindenden, auswärtig untergebrachten, volljährigen Kindes, für das Anspruch auf einen Freibetrag nach § 32 Absatz 6 EStG oder Kindergeld besteht, können die Eltern einen Freibetrag vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen.

Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, wird der Freibetrag von 924 Euro auf 1 200 Euro je Kalenderjahr angehoben. Die Anhebung ist nach § 52 Absatz 1 EStG in der am 1. Januar 2023 geltenden Fassung erstmals für den Veranlagungszeitraum 2023 anzuwenden.

Zu Nummer 7**Zu Buchstabe a**§ 39 Absatz 4 Nummer 4 Buchstabe b

Ab dem 1. Januar 2024 (im Rahmen eines Pilotprojekts mit Echtdateien ab dem 1. Januar 2023) sind Lohnsteuerabzugsmerkmale nach § 39 Absatz 4 Nummer 4 EStG auch die Höhe der monatlichen Beiträge

1. für eine private Krankenversicherung und für eine private Pflege-Pflichtversicherung, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung eines nach § 3 Nummer 62 EStG steuerfreien Zuschusses für diese Beiträge vorliegen,
2. für eine private Krankenversicherung und für eine private Pflege-Pflichtversicherung im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 3 EStG.

Diesbezüglich wird mit der Änderung von § 39 Absatz 4 Nummer 4 Buchstabe b EStG klargestellt, dass Lohnsteuerabzugsmerkmal nur die eigenen Beiträge des Arbeitnehmers im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 EStG sind. Im Lohnsteuerabzugsverfahren nicht zu berücksichtigen sind hingegen die Beiträge eines Kindes, welches selbst Versicherungsnehmer ist, die vom anderen Elternteil für ein Kind, welches nicht selbst Versicherungsnehmer ist, getragenen Beiträge und die Beiträge für einen geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten (§ 10 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 bis 4 EStG). Dies entspricht der langjährigen Praxis (s. Tz. 6.1 des BMF-Schreibens zur Vorsorgepauschale im Lohnsteuerabzugsverfahren vom 26. November 2013, BStBl I S. 1532) und beseitigt eine unklare Rechtslage.

Für die Arbeitnehmer ergeben sich keine steuerlichen Nachteile, denn die Regelungen zum Sonderausgabenabzug bleiben durch diese Gesetzesänderung unberührt.

Zu Buchstabe b§ 39 Absatz 4a Satz 1

Zum 1. Januar 2024 wird ein umfassender Datenaustausch zwischen den Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern eingeführt. Die Vorbereitungsarbeiten laufen seit längerem. Es hat sich dabei gezeigt, dass die mit dem Jahressteuergesetz 2020 verabschiedeten gesetzlichen Regelungen zum Datenaustausch derzeit noch nicht vorsehen, dass das Bundeszentralamt für Steuern nicht nur Empfänger der Daten ist, sondern auch aus den übermittelten Daten die entsprechenden Lohnsteuerabzugsmerkmale bildet. Diese Lücke wird mit einer Ergänzung von § 39 Absatz 4a Satz 1 EStG in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2020 geschlossen.

Gleichzeitig wird die bisher bestehende und bewährte Systematik beibehalten, wonach das Bundeszentralamt für Steuern für alle automatisiert zu bildenden Lohnsteuerabzugsmerkmale verantwortlich ist. Für die Bildung der von den automatisiert gebildeten Lohnsteuerabzugsmerkmalen abweichenden individuellen Lohnsteuerabzugsmerkmale und auch für eine Korrektur der automatisiert gebildeten Lohnsteuerabzugsmerkmale im Einzelfall ist weiterhin das Wohnsitzfinanzamt zuständig.

Zu Nummer 8§ 39b Absatz 4 – aufgehoben –

Mit der in § 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 EStG geregelten Vorsorgepauschale werden im Lohnsteuerabzugsverfahren in pauschalierter Form die Vorsorgeaufwendungen eines Arbeitnehmers berücksichtigt. § 39b Absatz 4 EStG enthält hier bisher eine Übergangsregelung zum Ansatz der Rentenversicherungsbeiträge in den Kalenderjahren bis 2024. Diese orientiert sich am anteiligen Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 2 EStG.

Mit dem vollständigen Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 2 EStG bereits ab dem Jahr 2023 (s. Änderung von § 10 Absatz 3 Satz 6 EStG durch dieses Änderungsgesetz) kann auch die Übergangsregelung im Rahmen der Vorsorgepauschale entfallen. § 39b Absatz 4 EStG wird dementsprechend ersatzlos aufgehoben. Der Wegfall der Übergangsregelung wird bei der Aufstellung der Programmablaufpläne für den Lohnsteuerabzug 2023 berücksichtigt (s. § 39b Absatz 6 und § 51 Absatz 4 Nummer 1a EStG).

Wegen verschiedener Verweise innerhalb des Einkommensteuergesetzes behalten die Absätze 5 und 6 ihre bisherige Bezeichnung.

Zu Nummer 9§ 39e Absatz 10

Die Prüfung eines Kindergeldanspruchs wird als Datenverarbeitungsgrund ergänzt. Es handelt sich um eine Folgeänderung zu der Änderung des § 69 EStG (vgl. Artikel 4 Nummer 14).

Zu Nummer 10**Zu Buchstabe a**§ 40a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1

Nach geltendem Einkommensteuerrecht (§ 40a Absatz 1 Satz 1 EStG) kann der Arbeitgeber bei Arbeitnehmern, die nur kurzfristig beschäftigt werden, die Lohnsteuer mit einem Pauschalsteuersatz von 25 Prozent des Arbeitslohns erheben (Pauschalversteuerungsoption). Voraussetzung für das Vorliegen einer kurzfristigen Beschäftigung ist unter anderem, dass der Arbeitslohn während der Beschäftigungsdauer 120 Euro durchschnittlich je Arbeitstag nicht übersteigt (Arbeitslohngrenze des § 40a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 EStG). Die Arbeitslohngrenze orientierte sich bisher an der Höhe des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, lag aber stets über diesem. Dadurch wird ermöglicht, auch über dem Mindestlohn liegende Stundenlöhne für qualifizierte Tätigkeiten in die Lohnsteuerpauschalierung einzubeziehen. Zuletzt wurde die Arbeitslohngrenze durch das Dritte Bürokratieentlastungsgesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2020 in einem größeren Schritt von 72 auf 120 Euro angehoben.

Durch das Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn wird der Mindestlohn mit Wirkung zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro je Stunde angehoben. Bei einem Achtstundentag beläuft sich der Mindestlohn danach auf $8 \cdot 12$ Euro = 96 Euro täglich. Als Folgeänderung hierzu wird mit Wirkung zum 1. Januar 2023 die Arbeitslohngrenze bei kurzfristiger Beschäftigung von 120 auf 150 Euro je Arbeitstag angehoben, damit die Pauschalversteuerungsoption ihre bisherige praktische Bedeutung auch in Zukunft behält.

Zu Buchstabe b§ 40a Absatz 4 Nummer 1

Die Erhöhung des pauschalierungsfähigen durchschnittlichen Stundenlohns von 15 Euro auf 19 Euro folgt der Anhebung der Tageslohngrenze in § 40a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 EStG durch dieses Änderungsgesetz (siehe vorstehend Buchstabe a). Dadurch können auch anspruchsvollere kurzfristige Tätigkeiten in die Lohnsteuerpauschalierung einbezogen werden. Für eine Fortschreibung dieses Stundenlohns spricht auch die allgemeine Lohnentwicklung. Zuletzt wurde die Stundenlohngrenze durch das Dritte Bürokratieentlastungsgesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2020 auf 15 Euro angehoben.

Anstelle einer Erhöhung um 25 Prozent wie bei Buchstabe a auf dann 18,75 Euro wird die Stundenlohngrenze auf glatt 19 Euro erhöht.

Zu Nummer 11**Zu Buchstabe a**§ 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3

Es handelt sich hierbei um eine redaktionelle Folgeänderung, die sich aus der Einführung von § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a – neu – EStG ergibt.

Zu Buchstabe b**Zu Doppelbuchstabe aa**§ 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Satzteil vor Buchstabe a

Es handelt sich hierbei um eine redaktionelle Folgeänderung, die sich aus der Einführung von § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a – neu – EStG ergibt.

Zu Doppelbuchstabe bb§ 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe a

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, die durch das Gesetz zur Einführung elektronischer Wertpapiere notwendig geworden ist. Dieses Gesetz ermöglicht, dass bestimmte Schuldverschreibungen zukünftig nicht mehr zwingend in einer Urkunde verbrieft werden müssen, sondern auch elektronisch begeben werden können. Die Verbriefung von Wertpapieren in einer Urkunde oder deren Eintragung in ein physisch vorhandenes Schuldbuch oder Register dürfte mit dem Gesetz zur Einführung elektronischer Wertpapiere zunehmend an Bedeutung verlieren. Durch den expliziten Verweis auf elektronische Wertpapiere wird diesem Umstand Rechnung getragen und sichergestellt, dass sich insoweit bei den bisherigen Abläufen zum Kapitalertragsteuerabzug keine Änderungen ergeben.

Zu Doppelbuchstabe cc§ 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe c – aufgehoben –

Auf Grund der Einfügung des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a – neu – EStG kann Nummer 7 Buchstabe c aufgehoben werden (vgl. auch die nachstehende Begründung).

Zu Buchstabe c§ 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a – neu –

Der bisherige § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe c EStG unterstellt, dass Forderungen, die über Internet-Dienstleistungsplattformen vermittelt werden, stets Kapitalforderungen im Sinne des § 20 Absatz 1 Nummer 7 EStG sind. In der Praxis werden solche Darlehen aber häufig so ausgestaltet, dass es sich auch um Darlehen im Sinne des § 20 Absatz 1 Nummer 4 EStG handeln kann. Eine exakte Unterscheidung, ob das vermittelte Darlehen zu Einkünften nach § 20 Absatz 1 Nummer 4 oder Nummer 7 EStG führt, ist zudem in der Praxis oft schwierig. Um den Kapitalertragsteuereinbehalt für Darlehen, die über Internet-Dienstleistungsplattformen vermittelt werden, einheitlich zu regeln, werden die verschiedenen in der Praxis vorkommenden Varianten zukünftig gemeinsam unter der neuen Nummer 8a des § 43 Absatz 1 Satz 1 EStG erfasst.

Zu Nummer 12**Zu Buchstabe a**§ 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, die durch das Gesetz zur Einführung elektronischer Wertpapiere notwendig geworden ist. Dieses Gesetz ermöglicht, dass bestimmte Schuldverschreibungen zukünftig nicht mehr zwingend in einer Urkunde verbrieft werden müssen, sondern auch elektronisch begeben werden können. Die Verbriefung von Wertpapieren in einer Urkunde oder deren Eintragung in ein physisch vorhandenes Schuldbuch oder Register dürfte mit dem Gesetz zur Einführung elektronischer Wertpapiere zunehmend an Bedeutung verlieren. Durch den expliziten Verweis auf elektronische Wertpapiere wird diesem Umstand Rechnung getragen

und sichergestellt, dass sich insoweit bei den bisherigen Abläufen zum Kapitalertragsteuerabzug keine Änderungen ergeben.

Zu Buchstabe b

§ 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 2a

Nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a – neu – EStG unterliegen Zinsen, die aus Forderungen stammen, die über eine Internet-Dienstleistungsplattform erworben wurden, dem Kapitalertragsteuerabzug. Der Kapitalertragsteuerabzugsverpflichtete ergibt sich nach § 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 2a EStG.

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung, die sich aus der Einführung von § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8a – neu – EStG ergibt.

Zu Buchstabe b

Nehmen die Betreiber von Internet-Dienstleistungsplattformen die Auszahlung oder Gutschrift der Kapitalerträge an den Gläubiger nicht vor, sondern bedienen sich eines Instituts, das den Zahlungsverkehr abwickelt, sind die Betreiber der Internet-Dienstleistungsplattformen nicht der Kapitalertragsteuerabzugsverpflichtete. Sofern es sich bei dem Institut, das den Zahlungsverkehr abwickelt, nicht um ein Kreditinstitut oder um ein Finanzdienstleistungsinstitut handelt, ist dieses nach derzeitiger Rechtslage ebenfalls nicht der Kapitalertragsteuerabzugsverpflichtete. Die Ergänzung des § 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 2a Buchstabe b EStG führt dazu, dass künftig auch inländische Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute, die Zahlungsdienste erbringen, zum Kapitalertragsteuerabzug verpflichtet sind.

Die Ergänzung führt ferner dazu, dass ein Kapitalertragsteuerabzugsverpflichteter auch dann identifiziert werden kann, wenn der Auftrag zur Auszahlung der Zinsen direkt von dem Schuldner der Kapitalerträge an das jeweilige Institut erteilt worden ist und der Betreiber der Internet-Dienstleistungsplattform nach der Vermittlungstätigkeit nicht mehr in den Prozess der Zinszahlungen involviert ist.

Zu Buchstabe c

In der Praxis sind die Zahlungsdienstleister, die den Zahlungsverkehr abwickeln, häufig im Ausland ansässig. In diesem Fall können sie nicht durch inländische Gesetze zum Kapitalertragsteuereinbehalt verpflichtet werden. Darüber hinaus gibt es Inlandsfälle, in denen die Forderungen über eine Internet-Dienstleistungsplattform erworben wurden und der Schuldner selbst die Abwicklung der Zahlungsströme der Darlehen übernimmt. Damit es auch in solchen Fällen einen Abzugsverpflichteten gibt, soll in diesen Fällen der Schuldner zum Kapitalertragsteuereinbehalt verpflichtet werden. Da die Schuldner der Kapitalerträge in vielen Fällen Unternehmen oder Privatpersonen sind, die keine Erfahrung beim Einbehalt und der Abführung von Kapitalertragsteuer haben und sich der damit verbundenen Pflichten nicht bewusst sind, soll eine entsprechende Aufklärung durch die Plattformbetreiber erfolgen. Da die Plattformbetreiber die Darlehen gewerbsmäßig vermitteln, ist davon auszugehen, dass sie über alle notwendigen Informationen in Bezug auf den Kapitalertragsteuereinbehalt verfügen. Die Aufklärungspflicht der Plattformbetreiber soll durch eine entsprechende Haftungsnorm durchgesetzt werden.

Zu Buchstabe c

§ 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 5 und Nummer 6 – neu –

Nummer 5

Die Änderung der Nummer 5 ist eine redaktionelle Folgeänderung zur Anfügung der neuen Nummer 6.

Nummer 6 – neu –

Schuldverschreibungen können nach dem Gesetz zur Einführung elektronischer Wertpapiere auch als sogenannte Kryptowertpapiere begeben werden. Sofern das Kryptowertpapier von einem depotführenden Kreditinstitut des Endkunden bzw. des Eigentümers des Kryptowertpapiers (in § 3 Absatz 2 eWpG als Berechtigter definiert) verwahrt und verwaltet wird, sollen die bisherigen Steuerabzugsregelungen auch für diese Wertpapiere gelten. Die Einführung des Kryptowertpapierregisters ermöglicht jedoch auch eine Verwahrung eigener Vermögenswerte ohne das Erfordernis eines Intermediärs, wie einer Depotbank oder eines Zentralverwahrers. Für diese Fälle einer Eigenverwahrung oder einer in sonstiger Weise ausgestalteten Verwahrung bedarf es der Übernahme der Aufgabe

des Steuerabzugs, die bisher durch die Depotbank sichergestellt war. Die registerführende Stelle vereint die hierfür erforderlichen Daten, so dass der registerführenden Stelle eines Kryptowertpapiers die Verpflichtung zum Steuerabzug auferlegt wird, wenn es auf Grund des Wegfalls von Intermediären, sonst keinen Abzugsverpflichteten gibt. Kann sie die Aufgabe nicht selbst ausführen, hat sie sich einer auszahlenden Stelle zu bedienen.

Zu Nummer 13

Zu Buchstabe a

§ 52 Absatz 1 Satz 1, 2 und 3

Die mit Artikel 4 vorgenommenen Änderungen und Aufhebungen sind nach der allgemeinen Anwendungsregelung in § 52 Absatz 1 EStG in der am 1. Januar 2023 geltenden Fassung erstmals für den Veranlagungszeitraum 2023 und den Lohnsteuerabzug 2023 anzuwenden. § 52 Absatz 1 EStG wird entsprechend fortgeschrieben. Die nachfolgenden besonderen Anwendungsregelungen in § 52 EStG sind davon unberührt.

Zu Buchstabe b

§ 52 Absatz 4 Satz 27 – neu –

Die Steuerbefreiung für Einnahmen und Entnahmen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Photovoltaikanlagen gilt – unabhängig von Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage – die nach dem 31. Dezember 2022 erzielt oder getätigt werden.

Zu Buchstabe c

§ 52 Absatz 15 Satz 4 – neu –

Die Absetzung für Abnutzung nach einer kürzeren tatsächlichen Nutzungsdauer eines Gebäudes ist ab dem Veranlagungszeitraum 2023 oder für nach dem 31. Dezember 2022 endende Wirtschaftsjahre nur noch in den Fällen möglich, in denen die Absetzung für Abnutzung für dieses Gebäude bereits im Rahmen einer Veranlagung für vor dem 1. Januar 2023 endende Kalenderjahre oder bei der Gewinnermittlung für ein vor dem 1. Januar 2023 endendes Wirtschaftsjahr nach § 7 Absatz 4 Satz 2 EStG vorgenommen wurde.

Zu Buchstabe d

§ 52 Absatz 36 Satz 3

§ 52 Absatz 36 Satz 3 EStG in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2020 wird redaktionell angepasst und nimmt damit Bezug auf § 39 EStG in der Fassung dieses Änderungsgesetzes.

Zu Buchstabe e

§ 52 Absatz 43

Die Änderung regelt den Umgang mit bereits erteilten Freistellungsaufträgen nach der Erhöhung des Sparer-Pauschbetrages.

Die Aufnahme einer verpflichtenden Regelung zur Erhöhung aller vor dem 1. Januar 2023 erteilten Freistellungsaufträge durch die zum Steuerabzug Verpflichteten erfolgt auf Anregung der Verbände der Kreditwirtschaft. Der durch die Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags entstehende Verwaltungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger und Kreditinstitute soll hierdurch möglichst gering gehalten werden. Eine Anpassung bestehender Freistellungsaufträge ist nach der Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags nur erforderlich, wenn seitens der Steuerpflichtigen eine andere Verteilung des Freistellungsvolumens als bisher gewünscht wird.

Aufgrund der unterschiedlichen Situationen der Steuerpflichtigen wird durch die vorgesehene prozentuale Erhöhung nicht in jedem Fall eine Verringerung des Verwaltungsaufwands eintreten. So haben die Verbände der Bausparkassen und der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. signalisiert, dass in deren Geschäftsfeldern durch eine prozentuale Erhöhung bestehender Freistellungsaufträge ein erhöhter Verwaltungsaufwand entstehen könnte. Eine Lösung, die allen unterschiedlichen Interessen individuell gerecht wird, ist nicht ersichtlich. Da die Anzahl der Freistellungsaufträge für das Einlage- und Depotgeschäft der Kreditinstitute bei weitem höher ist als die gegenüber Bausparkassen und Versicherungsunternehmen erteilten Freistellungsaufträge, wird eine verpflichtende prozentuale Erhöhung als die administrativ sinnvollste Lösung erachtet.

Zu Buchstabe f§ 52 Absatz 47a Satz 2 und Satz 3 – neu –

Durch das Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz (AbzStEntModG) vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1259) wird die Anwendung des sogenannte Datenträgerverfahren (DTV) zum 31. Dezember 2022 beendet. § 50d Absatz 1 Satz 7 und 8 EStG des Gesetzes in der Fassung, die vor dem Inkrafttreten des AbzStEntModG galt, regelte ein Erstattungsverfahren für Kapitalertragsteuer beschränkt Steuerpflichtiger über maschinell verwertbare Datenträger. Dieses war mit dem Steueränderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001 eingeführt worden, da „insbesondere die Erstattung von Kapitalertragsteuer an ausländische Anleger ein Massenverfahren ist, das nur noch unter Nutzung elektronischer Datenübermittlung bewältigt werden kann.“

Vom Bundeszentralamt für Steuern zugelassene Finanzinstitute und sonstige Institutionen können für eine Vielzahl ihrer Kunden in standardisierten Fallkonstellationen dieses unbürokratische Verfahren nutzen. Das stellen von Einzelanträgen ist insoweit nicht erforderlich.

Ab 1. Januar 2023 sind die Anträge auf Quellensteuerentlastung und ab 1. Januar 2025 die Bescheinigungsdaten nach § 45a Absatz 2a EStG elektronisch zu übermitteln.

Die IT-Software zur Entgegennahme und Weiterverarbeitung von Massenanträgen wird zum 1. Januar 2023 noch nicht bereitgestellt. Zudem erfolgt die Übermittlung von Bescheinigungsdaten nach § 45a Absatz 2a EStG erst ab 1. Januar 2025. Die Fortführung des DTV bis zu diesem Zeitpunkt ist erforderlich, um weiterhin die unbürokratische, schnellere Bearbeitung einer hohen Anzahl (Massenverfahren) von standardisierten Fällen zu gewährleisten. Hiervon profitieren sowohl die Steuerpflichtigen als auch die Verwaltung.

Zu Buchstabe g§ 52 Absatz 49a Satz 15 – neu – und 16 – neu –

Die Änderung des § 69 EStG tritt frühzeitig in Kraft, damit mit den technischen Anpassungen und Errichtung der technischen Systeme frühzeitig begonnen werden kann. Die erste Datenübermittlung nach § 69 Satz 1 EStG soll ab dem 1. Januar 2024 erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgen die Übermittlungen noch nach der alten Rechtslage. Die ersten Anfragen der Finanzämter sollen ab dem Veranlagungszeitraum 2024 beantwortet werden können. Die ersten Datenübermittlungen nach § 69 Satz 3 EStG sollen für Kinder erfolgen, die nach dem 31. Dezember 2023 geboren sind.

Zu Buchstabe h§ 52 Absatz 51a – neu –

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 95 EStG im vorliegenden Änderungsgesetz.

Das Stundungsverfahren, ein eventueller späterer Erlass bei Rückkehr aus dem Ausland in der Ansparphase und die Stundungsverlängerung bei Zahlung einer Abschlagszahlung in Höhe von mindestens 15 Prozent der Leistungen aus dem Vertrag sind mit der Neufassung des § 95 EStG ersatzlos entfallen.

Steuerpflichtige, bei denen der Rückzahlungsbetrag nach § 95 Absatz 2 Satz 1 EStG in der bis zum 31. Dezember 2022 geltenden Fassung gestundet wurde und bei denen sich der Vertrag bis zum 31. Dezember 2022 bereits in der Auszahlungsphase befindet, können den Rückzahlungsbetrag aus Gründen des Vertrauensschutzes weiterhin sukzessive durch Abschlagszahlungen zurückzahlen.

Bei Steuerpflichtigen, bei denen zwar der Rückzahlungsbetrag gestundet wurde, die Auszahlungsphase aber erst nach dem 31. Dezember 2022 beginnt, gilt das neue Recht, d. h. Abschlagszahlungen auf den Rückzahlungsbetrag sind nicht mehr möglich, sondern entsprechend der Neuregelung des § 95 EStG muss der Rückzahlungsbetrag zu Beginn der Auszahlungsphase in einer Summe zurückgezahlt werden. Damit diese Steuerpflichtigen nicht schlechter gestellt werden als Steuerpflichtige, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt erst nach dem 31. Dezember 2022 in einen Drittstaat verlegen, werden die bereits entstandenen Stundungszinsen von der ZfA erlassen.

Zu Nummer 14**Zu Buchstabe a**§ 69

§ 69 EStG wurde durch das Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1682) eingefügt. Auf dieser Rechtsgrundlage wurde ein Datenübermittlungsverfahren eingerichtet, welches die zuständige Familienkasse proaktiv benachrichtigt, wenn ein Kind, für das Kindergeld gezahlt wird, ins Ausland verzogen ist oder von Amts wegen von der Meldebehörde abgemeldet wurde. Diese Benachrichtigungen führen zu einer Prüfung der Rechtmäßigkeit des Bezugs von Kindergeld durch die Familienkasse. Der unberechtigten Inanspruchnahme von Kindergeld kann damit zielgenau und schnell entgegengewirkt werden.

Das bestehende Verfahren hat sich bewährt und soll nun erweitert werden. Durch den Wegfall des Auslandsbezugs werden zukünftig alle Änderungen des Wohnsitzes des Kindes, von denen das Bundeszentralamt für Steuern erfährt, an die Familienkasse übermittelt. Die Familienkasse nimmt diese Informationen nicht nur zum Anlass der Überprüfung der örtlichen Zuständigkeit. Es sind darüber hinaus auch weitere Folgen zu ziehen, wenn sich aus dem Umzug des Kindes in einen anderen Haushalt eine Auswirkung auf die Kindergeldberechtigung nach § 64 EStG ergibt.

Die Mitwirkungspflichten des Kindergeldberechtigten nach § 68 Absatz 1 EStG bleiben unberührt.

Zu Buchstabe b§ 69 Satz 2 – neu – und 3 – neu –*Satz 2*

Das Bundeszentralamt für Steuern speichert gemäß § 139b Absatz 3 Nummer 11 der Abgabenordnung zu jeder natürlichen Person die zuständige Finanzbehörde. Für Kinder, für die Kindergeld gezahlt wird, wird auf dieser Rechtsgrundlage die zuständige Familienkasse aufgezeichnet. Die Familienkassen nutzen diese Datenbank und das darauf aufgebaute sogenannte „IdNr-Kontrollverfahren“, um zu verhindern, dass für ein Kind mehrere Familienkassen Kindergeld auszahlen.

Auf diese Daten des Kindes sollen nun auch die Finanzämter zugreifen können. Durch die Möglichkeit des Datenabrufs werden die Finanzämter in die Lage versetzt zu erkennen, ob und für welchen Zeitraum für ein Kind Kindergeld von einer Familienkasse festgesetzt wurde. Diese Information ist für die Finanzämter hilfreich bei der Gewährung der Freibeträge nach § 32 Absatz 6 EStG. Die Finanzämter entscheiden in jedem Einzelfall, ob ein Datenabruf unter Verwendung der Identifikationsnummer des Kindes erforderlich ist. Nicht erforderlich ist ein Datenabruf insbesondere, wenn bei der Günstigerprüfung nach § 31 EStG das Kindergeld günstiger als die Kinderfreibeträge sind und sich durch die Berücksichtigung der Anlage Kind der Einkommensteuererklärung auch keine anderweitigen steuerlichen Auswirkungen (z. B. beim Solidaritätszuschlag oder beim Entlastungsbetrag für Alleinerziehende) ergeben. Bei Rückfragen kann das Finanzamt sich an die zuständige Familienkasse wenden. Rückfragen bei dem Steuerpflichtigen können somit vermieden werden.

Satz 3

Bei der Geburt eines Kindes vergibt das Bundeszentralamt für Steuern eine neue Identifikationsnummer.

Zukünftig soll die Familienkasse über die die Vergabe einer neuen Identifikationsnummer bei der Geburt eines Kindes unterrichtet werden. Die Mitteilung an die Familienkasse soll nicht nur die Daten des neugeborenen Kindes enthalten. Auch die Daten der Personen, für die ein Kinderfreibetrag für dieses Kind eingetragen wurde (regelmäßig die beiden Elternteile), sollen an die Familienkasse übermittelt werden, weil diese Personen bei Vorliegen der anderen Voraussetzungen üblicherweise auch kindergeldberechtigt sind. Wenn die Familienkasse auf Grund der damit vorliegenden Daten erkennen kann, welche Person kindergeldberechtigt ist, können diese Daten für den Service eines vorausgefüllten Kindergeldantrages verwendet werden. In jedem Fall können die vom Bundeszentralamt für Steuern übermittelten Daten zu Antragsvereinfachungen führen.

Zu Nummer 15§ 72

Mit der vorliegenden Änderung wird die Sonderzuständigkeit für die verbliebenen Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes zum 31. Dezember 2022 beendet. Dementsprechend sind in § 72 EStG Änderungen vorzunehmen.

Nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 FVG obliegt die Durchführung des Familienleistungsausgleichs nach Maßgabe der §§ 31, 62 bis 78 EStG grundsätzlich dem Bundeszentralamt für Steuern. Die Bundesagentur für Arbeit stellt dem Bundeszentralamt für Steuern zur Durchführung dieser Aufgaben ihre Dienststellen als Familienkassen zur Verfügung. Die Kindergeldbearbeitung erfolgt somit grundsätzlich durch die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit.

Für die Bearbeitung des steuerlichen Kindergeldes gab es bis zum Jahr 2016 neben den 14 Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit weit über 8 000 Familienkassen des öffentlichen Dienstes von Bund, Ländern und Kommunen für deren Beschäftigte.

Mit dem Gesetz zur Beendigung der Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes vom 8. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2835) wurde eine grundlegende strukturelle Reform der Zuständigkeiten der Familienkassen des öffentlichen Dienstes eingeleitet. Die Strukturreform begann zum 1. Januar 2017 und sah vor, dass die in § 72 EStG geregelte Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes zum 1. Januar 2022 entfällt. Lediglich die Familienkassen für die Angehörigen der Nachrichtendienste des Bundes und die Bundesfamilienkasse beim Bundesverwaltungsamt sowie derjenigen Behörden, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die die Festsetzung und Auszahlung des Kindergeldes auf das Bundesverwaltungsamt übertragen haben, sollten auch über den 1. Januar 2022 hinaus bestehen bleiben.

Seit 1. Januar 2022 erfolgt die Bearbeitung von Kindergeldfällen im Bereich des Bundes entweder durch die Bundesagentur für Arbeit, die Bundesfamilienkasse beim Bundesverwaltungsamt oder die Familienkassen für die Angehörigen der Nachrichtendienste des Bundes. Die Sonderzuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes endet nun zum 31. Dezember 2022, da ein weiterer Parallelbetrieb neben der Bundesagentur für Arbeit weder wirtschaftlich noch zweckmäßig ist.

Zu Buchstabe a§ 72 Absatz 1 Satz 6 und 7

Da zum 1. Januar 2023 keine Bundesfamilienkasse im Sinne des § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 Satz 6 und 7 FVG mehr besteht, wird die entsprechende Regelung im FVG aufgehoben (siehe Artikel 22 des vorliegenden Änderungsgesetzes). Die vorliegenden Änderungen in § 72 Absatz 1 EStG sind Folgeänderungen.

Zu Buchstabe b§ 72 Absatz 3 Nummer 3

§ 72 Absatz 3 Nummer 3 EStG regelt die bestehende Sonderzuständigkeit für die Bundesfamilienkasse beim Bundesverwaltungsamt sowie die Familienkassen der Angehörigen der Nachrichtendienste des Bundes. Durch die Beendigung der Sonderzuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes zum 31. Dezember 2022 war die Regelung des § 72 Absatz 3 Nummer 3 EStG anzupassen. Ab 1. Januar 2023 erfolgt die Bearbeitung von Kindergeldfällen im Bereich des Bundes allein durch die Bundesagentur für Arbeit.

Zu Buchstabe c§ 72 Absatz 8 Satz 3 – aufgehoben –

Nach § 72 Absatz 8 EStG erfolgt die Bearbeitung von Kindergeldansprüchen, bei denen zwischen- und überstaatliche Rechtsvorschriften anzuwenden sind, grundsätzlich durch die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit. Die Verwaltung des Kindergeldes der Beschäftigten der Nachrichtendienste verblieb hingegen beim Dienstherrn, auch wenn über- und zwischenstaatliche Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Da die Sonderzuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes zum 31. Dezember 2022 beendet wird, ist eine Ausnahmeregelung für die Angehörigen der Nachrichtendienste des Bundes nicht mehr erforderlich.

Zu Nummer 16**Zu Buchstabe a**§ 90 Absatz 1 Satz 3

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu § 10a Absatz 1b EStG. Durch die Einfügung von § 10a Absatz 1a – neu – EStG ist der Antrag auf Vergabe einer Zulagenummer bei einem Beamten statt im bisherigen § 10a Absatz 1a EStG nunmehr in § 10a Absatz 1b EStG geregelt. Der Verweis wird entsprechend angepasst.

Zu Buchstabe b§ 90 Absatz 3 Satz 6 – neu – bis 8 – neu –

Korrespondierend zu der Neuregelung in § 10a Absatz 1a EStG ist zu Gunsten der ZfA die Ausschlussfrist hinsichtlich der Rückforderung bei Kindererziehenden zu verlängern. Die ZfA hat die Zulage bis zur Vollendung des fünften Lebensjahres des Kindes zurückzufordern, wenn die Kindererziehungszeiten, beispielsweise auf Grund eines Ausschlussgrundes, vom Träger der gesetzlichen Rentenversicherung nicht anerkannt werden. Es wird hierbei bestimmt, dass das Lebensalter des Kindes maßgebend ist, das wiederum für die Anerkennung der Förderberechtigung nach § 10a Absatz 1a EStG maßgebend ist. Anderenfalls könnte bei Vorhandensein mehrerer Kinder uneindeutig sein, welches Kind gemeint ist.

Hat ein Zulageberechtigter Kindererziehungszeiten innerhalb der in § 10a Absatz 1a EStG genannten Frist beantragt, der zuständige Träger der gesetzlichen Rentenversicherung aber nicht innerhalb der Ausschlussfrist darüber abschließend beschieden und diese Entscheidung ist nach § 14 Absatz 1 der Altersvorsorge-Durchführungsverordnung (AltVDV) maßgebend, verlängert sich die Ausschlussfrist um drei Monate nach Kenntniserlangung der ZfA vom Erlass des Bescheides. Die rechtskräftige Entscheidung des zuständigen Sozialversicherungsträgers ist abzuwarten, bevor eine endgültige Entscheidung über die Förderberechtigung getroffen wird.

Zu Nummer 17**Zu Buchstabe a****Zu Doppelbuchstabe aa****§ 95 Absatz 1**

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeanpassung auf Grund der Aufhebung der Absätze 2 und 3. Der bisherige Absatz 1 wird zum Wortlaut des § 95 EStG.

Zu Doppelbuchstabe bb**§ 95 Satz 1**

Der Wortlaut des § 95 Satz 1 EStG wird neu gefasst.

Ein die Rückzahlung aller steuerlichen Vorteile begründender Sonderfall der schädlichen Verwendung lag vor Beginn der Auszahlungsphase bisher dann vor, wenn keine Zulageberechtigung bestand und sich der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt eines Zulageberechtigten außerhalb der EU-/EWR-Staaten oder sich der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt zwar in einem EU-/EWR-Staat befand, der Zulageberechtigte aber nach einem Doppelbesteuerungsabkommen als außerhalb eines EU-/EWR-Staates ansässig galt. Auf Antrag des Zulageberechtigten konnte der Rückzahlungsbetrag (Zulagen und Steuerermäßigungen) bis zum Beginn der Auszahlungsphase gestundet werden, wenn keine vorzeitige Auszahlung von gefördertem Altersvorsorgevermögen erfolgte. Zu Beginn der Auszahlungsphase war die Stundung auf Antrag des Zulageberechtigten zu verlängern bzw. erstmalig zu gewähren, wenn der Rückzahlungsbetrag mit mindestens 15 Prozent der Leistungen aus dem Altersvorsorgevertrag getilgt wurde. Für die Dauer der gewährten Stundung waren Stundungszinsen nach § 234 AO zu erheben. Die Stundung konnte innerhalb eines Jahres nach Erteilung der Bescheinigung nach § 94 Absatz 1 Satz 4/ § 95 Absatz 1 EStG beim Anbieter beantragt werden. Beantragte der Zulageberechtigte eine Stundung innerhalb der Jahresfrist, aber erst nach Zahlung des Rückzahlungsbetrags, war ein Bescheid über die Stundung eines Rückzahlungsbetrages zu erlassen und der maschinell einbehaltene und abgeführte Rückzahlungsbetrag rückabzuwickeln. Wurde der Rückzahlungsbetrag gestundet und verlegte der ehemals Zulageberechtigte seinen ausschließlichen

Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einen EU-/EWR-Staat oder wurde der ehemals Zulageberechtigte erneut zulageberechtigt, waren der Rückzahlungsbetrag und die bereits entstandenen Stundungszinsen von der ZfA zu erlassen.

Dieses Verfahren ist sehr verwaltungsaufwändig. Zulageberechtigte, die im Laufe ihres Berufslebens mehrmals außerhalb eines EU-/EWR-Staates tätig wurden, müssen jeweils neue Anträge stellen, die jeweils zu bescheiden sind.

Um den Folgen einer auch im Berufsleben zunehmenden Globalisierung positiv Rechnung zu tragen und Verwaltungsaufwand weiter zu reduzieren, ist künftig der Sonderfall der Rückzahlung bei Aufenthalt im Ausland nur noch ab Beginn der Auszahlungsphase zu prüfen. Die Neuregelung ermöglicht dem Zulageberechtigten damit in der Ansparphase die Wohnsitznahme auch außerhalb eines EU-/EWR-Staates ohne bürokratische Hürden. Es sind keine besonderen Mitteilungspflichten und Fristen mehr zu beachten.

Zu Buchstabe b

§ 95 Absatz 2 – aufgehoben – und 3 – aufgehoben –

Das Stundungsverfahren sowie ein eventueller späterer Erlass bei Rückkehr aus dem Ausland in der Ansparphase können infolge der in § 95 EStG vorgenommenen Umstellung des Verwaltungsverfahrens hin zu einer erstmaligen Prüfung einer etwaigen Rückzahlung gewährter Steuervorteile bei Aufenthalt außerhalb eines EU-/EWR-Staates ab Beginn der Auszahlungsphase ersatzlos entfallen.

Auch das Stundungsverfahren bzw. die Stundungsverlängerung bei Zahlung einer Abschlagszahlung in Höhe von 15 Prozent der Leistungen aus dem Vertrag sowie ein eventueller späterer Erlass bei Rückkehr aus dem Ausland in der Auszahlungsphase entfallen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Befindet sich der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt des ehemaligen Zulageberechtigten zu Beginn der Auszahlungsphase oder während der Auszahlungsphase außerhalb eines EU-/EWR-Staates, sind die Rückzahlungsbeträge im (bekannten) Verfahren nach § 94 EStG festzusetzen und zu erheben. Es gelten künftig nur noch die allgemeinen Stundungsregelungen der Abgabenordnung.

Zu Artikel 5 (Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes)

Zu Nummer 1

Die Inhaltsübersicht wird redaktionell an die Aufhebung des § 72 EStG angepasst.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

§ 39a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a und Absatz 4 Satz 1 Nummer 1a

In Ausnahmefällen (Kranken- und ggf. Pflegeversicherung bei einem ausländischen Versicherungsunternehmen oder einem ausländischen Sozialversicherungsträger) kann ab 2024 für entsprechende Beitragsleistungen ein Freibetrag ermittelt werden. Hintergrund ist, dass ausländische Versicherungsunternehmen und ausländische Sozialversicherungsträger nicht in den umfassenden Datenaustausch zwischen den Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern eingebunden werden können.

Aus Gleichbehandlungsgründen werden auch hier – wie beim Datenaustausch – nur eigene Beiträge des Arbeitnehmers im Sinne des § 10 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 EStG als Lohnsteuerabzugsmerkmal berücksichtigt. Zu den weiteren Einzelheiten siehe die Änderung von § 39 Absatz 4 Nummer 4 Buchstabe b EStG durch Artikel 4 Nummer 7 Buchstabe a des vorliegenden Änderungsgesetzes sowie die entsprechende Einzelbegründung.

Zu Buchstabe b

§ 39a Absatz 2 Satz 4 und Absatz 3 Satz 2

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung von § 39a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a EStG in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2020 durch das vorliegende Änderungsgesetz.

Zu Nummer 3§ 44 Absatz 1 Satz 10 und 11

Nach den bisherigen Ausführungen in § 44 Absatz 1 Satz 10 und 11 EStG hat der zum Steuerabzug Verpflichtete das Betriebsstättenfinanzamt in Papierform über die zu wenig erhobene Kapitalertragsteuer vom Gläubiger der Kapitalerträge zu informieren und das Betriebsstättenfinanzamt die nicht erhobene Kapitalertragsteuer nachzufordern.

Mit Einführung der Vorabpauschale hat das Verfahren enorm an Bedeutung gewonnen, da es in einer Vielzahl von Fällen zu einer Nacherhebung durch die Betriebsstättenfinanzämter gekommen ist. Diesen hohen administrativen Aufwand hat der Gesetzgeber in grundsätzlicher Weise gesehen und bereits berücksichtigt, da er die Regelungen des § 44 Absatz 1 Satz 7 ff. EStG im Zuge der Investmentsteuerreform angepasst hat. So ist es möglich, ohne Einwilligung des Gläubigers auf eines seiner Konten zuzugreifen, um die Kapitalertragsteuer auf die Vorabpauschale einzuziehen (vgl. BT-Drs. 18/8739, S. 116).

Dennoch kommt es weiterhin in vielen Fällen zu einer Nacherhebung durch das Betriebsstättenfinanzamt, was sowohl auf Seiten der Finanzverwaltung als auch auf Seiten des Steuerpflichtigen und der Wirtschaft mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Praktikabler und sachgerechter ist es, die Nachforderung der nicht einbehaltenen Kapitalertragsteuer auf z. B. die Vorabpauschale nicht durch die Betriebsstättenfinanzämter, sondern durch die Veranlagungsfinanzämter im Rahmen des Einkommensteuerveranlagungsverfahrens nach § 32d Absatz 3 EStG durchführen zu lassen. Technisch gesehen werden die Daten vom zum Steuerabzug Verpflichteten direkt an die zentrale Annahmestelle der Finanzverwaltung übermittelt.

Durch die gleichzeitige Umstellung des Verfahrens von Papierform auf eine elektronische Datenübermittlung nach Maßgabe des § 93c der Abgabenordnung tritt ein weiterer Entlastungseffekt ein. Die Form der elektronischen Datenübermittlung hat sich bereits bei anderen Kapitalertragsteuer-Verfahren bewährt und entlastet zusätzlich die Wirtschaft. Auf Grund der IT-technischen Umstellung soll die Anwendung erst für Kapitalerträge gelten, die dem Gläubiger nach dem 31. Dezember 2024 zufließen oder als zugeflossen gelten.

Zu Nummer 4§ 52 Absatz 44 Satz 5 – neu –

Die Anwendung der Vorschrift erst für Kapitalerträge, die dem Gläubiger nach dem 31. Dezember 2024 zufließen oder als zugeflossen gelten, dient der IT-technischen Umsetzung beim Kapitalertragsteuerabzug sowie der Annahme der Daten durch die Finanzverwaltung.

Zu Nummer 5§ 72 – aufgehoben –

Im Zuge der Strukturreform wird die Sonderzuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen zum 31. Dezember 2023 beendet.

Zum 1. Januar 2017 wurde mit dem Gesetz zur Beendigung der Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes vom 8. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2835) eine grundlegende Strukturreform der Familienkassenlandschaft eingeleitet.

Ziel der Reform ist eine erhebliche Reduzierung der Familienkassen des öffentlichen Dienstes von Bund und Ländern und Übertragung der entsprechenden Kindergeldfälle an die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit.

Seit Beginn der Strukturreform können die Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen ihre Zuständigkeit für Kindergeldangelegenheiten beibehalten oder auf freiwilliger Basis an die Bundesagentur für Arbeit übertragen.

Vor der Reform gab es für die Bearbeitung des steuerlichen Kindergeldes neben den 14 Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit weit über 8 000 Familienkassen des öffentlichen Dienstes von Bund, Ländern und Kommunen für deren Beschäftigte. Die erste Reformstufe konnte am 31. Dezember 2021 erfolgreich abgeschlossen werden. Seit Reformbeginn haben mehr als 90 Prozent der Familienkassen von der Möglichkeit der freiwilligen Aufgabenübertragung an die Bundesagentur für Arbeit Gebrauch gemacht. In Anbetracht dessen sollen nun auch die

Insellösungen der verbliebenen Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen beendet werden.

Die Sonderzuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen endet nunmehr zum 31. Dezember 2023. Für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes wurde die Sonderzuständigkeit bereits zum 31. Dezember 2022 beendet. Ab 1. Januar 2024 erfolgt die Bearbeitung von Kindergeldangelegenheiten in Deutschland allein durch die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit.

Die Konzentration der Kindergeldangelegenheiten bei der Bundesagentur für Arbeit hat den Vorteil, dass eine unabhängige und gleichmäßige Rechtsanwendung bei der Kindergeldbearbeitung sichergestellt werden kann. Zudem kann ein moderner Verwaltungsvollzug erreicht werden, da in einer zentral zuständigen Behörde einheitliche Verfahrensabläufe und künftige Digitalisierungsvorhaben besser umgesetzt werden können. Auch wird von der Bundesagentur für Arbeit eine moderne und zeitgemäße Behandlung der Kinder und Kindergeldberechtigten auf hohem Niveau angeboten.

Die betroffenen Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen sind angehalten, sich mit dem Bundeszentralamt für Steuern in Verbindung zu setzen, damit das Übergabeverfahren ausgelöst und zwischen abgebender und übernehmender Stelle ein Übergabetermin vereinbart werden kann. Die Verfahrensabläufe sind im Detail in einer Verwaltungsanweisung des Bundeszentralamtes für Steuern gegenüber den Familienkassen festgelegt, um über eine Standardisierung und Vereinheitlichung von Prozessen Verfahrenssicherheit für den Übergangsmechanismus zu gewährleisten (Bundeszentralamt für Steuern, 14.12.2016, St II 2-S 2479-PB/16/00002, BStBl I 2016, S. 1429). Über die Art und Weise der Aufgabenübertragung auf die Bundesagentur für Arbeit wird den abgebenden Familienkassen eine weitgehende Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt. Alle Übergänge werden vom Bundeszentralamt für Steuern koordiniert und überwacht. Ein Steuerungsinstrument erhält das Bundeszentralamt für Steuern dadurch, dass das Ende der Sonderzuständigkeit erst mit der Bestätigung durch das Bundeszentralamt wirksam wird. Vorgesehen ist, dass das Bundeszentralamt für Steuern die Übergabe der Kindergeldfälle einer Familienkasse an die Bundesagentur für Arbeit erst dann freigeben wird, wenn organisatorisch und operativ gewährleistet werden kann, dass die Auszahlung des Kindergeldes und die verwaltungsseitige Betreuung der Bediensteten sichergestellt ist. Voraussetzung hierfür ist, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um den Verwaltungsaufwand der Bundesagentur für Arbeit zu vergüten.

Zum Abschluss des Verfahrens stellt das Bundeszentralamt für Steuern das Datum der Beendigung der Sonderzuständigkeit für die Festsetzung und Zahlung des Kindergeldes fest, so dass anschließend wegen der bestehenden allgemeinen Zuständigkeit nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 FVG die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit die Kindergeldbearbeitung der betroffenen Bediensteten fortführen. Die Bediensteten werden von dem Beginn und dem Abschluss des Übergabeverfahrens rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. Zur Schaffung von Transparenz und Rechtssicherheit werden vom Bundeszentralamt für Steuern zeitnah im Bundessteuerblatt die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Namen und Anschrift, deren besondere Zuständigkeit für die Festsetzung und Auszahlung des Kindergeldes endet, sowie das Datum der Beendigung der Zuständigkeit veröffentlicht.

Zu Nummer 6

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

§ 90 Absatz 2 Satz 1

Das Riester-Verfahren ist ein vollmaschinelles elektronisches Verfahren. Hat ein Anleger einen Antrag auf Gewährung einer Altersvorsorgezulage bei seinem Anbieter gestellt, wird dieser Antrag per Datenfernübertragung an die ZfA übermittelt.

Konnte der Antragsdatensatz vollmaschinell verarbeitet werden, wurde bisher die Altersvorsorgezulage unmittelbar ermittelt und an den Anbieter ausgezahlt. Bei der erstmaligen Berechnung wurde dabei die Richtigkeit der im Zulageantrag übermittelten Daten unterstellt. Erst zu einem späteren Zeitpunkt – regelmäßig im darauffolgenden Sommer – wurde von der ZfA ein weitgehend vollmaschinelles Überprüfungsverfahren durchgeführt, um die inhaltliche Richtigkeit für das vorhergehende Beitragsjahr zu überprüfen. Bei der Einführung dieses nachgelagert ausgestalteten Prüfverfahrens stand – neben der Notwendigkeit, die automatisierten Verfahren zunächst aufzubauen – auch der Gedanke im Fokus, die Zulagen möglichst schnell den Riester-Konten zuzuführen, damit die

Anbieter mit ihnen frühzeitig Ertrag bringend arbeiten können. Zwar erfolgte in rund 94 Prozent der Fälle die Auszahlung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu Recht und ohne spätere Rückforderung, aber in den übrigen Fällen kam es nach der Überprüfung zu Rückforderungen der bereits überwiesenen und verbuchten Zulagen.

Mit der neuen Regelung erfolgt nun eine Auszahlung erst nach Überprüfung, so dass Rückforderungen von Zulagen in den meisten Fällen vermieden werden können. Zugleich werden durch Zahlung erst nach Überprüfung Kernprozesse der ZfA weiter verschlankt. Auch der Bürokratieaufwand bei den Anbietern reduziert sich. Allerdings verschiebt sich damit die Zulagenzahlung auf die Riester-Verträge in zeitlicher Hinsicht nach hinten, da dann erst das Überprüfungsverfahren insbesondere mit den Sozialversicherungsträgern und den Familienkassen möglich ist.

Zu Doppelbuchstabe bb

§ 90 Absatz 2 Satz 2

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Der neu verwendete Begriff „Bescheid“ ist neutraler gefasst, da der nach Absatz 4 erlassene Bescheid vielfach auch als „Festsetzungsbescheid“ und nicht als „Zulagenbescheid“ bezeichnet wird.

Zu Buchstabe b

§ 90 Absatz 3 Satz 1

Die bisherigen Regelungen zur Rückforderung der Zulagen nach dem Überprüfungsverfahren werden auf Grund der Neuregelung in Absatz 2 angepasst. Eine Rückforderung ist danach nur noch dann zulässig, wenn der Zulageanspruch nach der Auszahlung auf Grund neuer, berichtigter oder stornierter Daten ganz oder teilweise nicht besteht oder wegfällt.

Werden zu Unrecht gutgeschriebene oder ausgezahlte Zulagen zurückgefordert, wird der Zulageberechtigte künftig zeitnah davon in Kenntnis gesetzt und nicht mehr erst – entsprechend der bisherigen Regelung – nach Ablauf des Kalenderjahres durch die Anbieterbescheinigung nach § 92 EStG. Die ZfA erstellt fortan unmittelbar einen Bescheid (vgl. auch entsprechende Anpassung in Absatz 4). Wenn der Zulageberechtigte mit der Entscheidung der ZfA nicht einverstanden ist, kann er innerhalb der üblichen Fristen gegen diese Entscheidung Rechtsbehelf einlegen. Die Transparenz wird dadurch wesentlich erhöht, das Handeln der ZfA für Dritte noch nachvollziehbarer. Die Bürgerfreundlichkeit wird zudem durch die Kontaktaufnahme von Seiten der ZfA selbst – anstelle über den Anbieter – in diesem kritischen Verfahrensstadium der Rückforderung erhöht. Die Anbieter werden zudem von Aufgaben erheblich entlastet.

Zu Buchstabe c

§ 90 Absatz 4

In Satz 1 wird korrespondierend zu der Neuregelung in Absatz 2 bestimmt, in welchen Fällen die ZfA künftig von Amts wegen dem Zulageberechtigten die Festsetzung der Zulage durch Bescheid mitteilt. Nach bisher geltendem Recht erfolgte eine Festsetzung der Zulage nur auf gesonderten Antrag des Zulageberechtigten. Künftig hat die ZfA auch einen Bescheid zu erlassen, wenn die berechnete Zulage von der beantragten Zulage abweicht. Die Fälle der bei Erstberechnung gekürzten Zulagen wegen nichterreichten Mindesteigenbeitrages sind davon nicht betroffen. Ist der Zulageberechtigte mit der Entscheidung der ZfA nicht einverstanden, kann er innerhalb der üblichen Fristen gegen diese Entscheidung Rechtsbehelf einlegen. Korrespondierend zu der Änderung in Absatz 3 hat die ZfA auch einen Bescheid von Amts wegen zu erlassen, wenn sich die Zulage ganz oder teilweise auf Grund von neuen, berichtigten oder stornierten Daten ändert und in Folge dessen eine Rückforderung erfolgt. Es wird dem Zulageberechtigten auch weiterhin ermöglicht, die Festsetzung der Zulage selbst zu beantragen, um beispielsweise eine noch nicht beantragte Kinderzulage geltend zu machen, sofern nicht bereits eine Festsetzung von Amts wegen erfolgt ist.

Nach dem BFH-Urteil vom 8. September 2020 (BFH X R 2/19, BStBl II 2022 S. 157) führt die Mitteilung der ZfA – entgegen der bisherigen Verwaltungsauffassung – bei Abweichungen in Bezug auf den Sonderausgabenabzug nach § 10a Absatz 1 Satz 1 EStG nicht dazu, dass das Finanzamt ungeprüft den Inhalt dieser Mitteilung umzusetzen hat; die Mitteilung nach § 91 Absatz 1 Satz 4 EStG ist im Verhältnis zum Einkommensteuerbescheid weder ein Grundlagenbescheid noch kommt ihr grundlagenbescheidsähnliche Wirkung zu. Diese Entscheidung kann zu doppelten Prüfungen und zu divergierenden Entscheidungen innerhalb der Finanzverwaltung (Finanzamt

und ZfA) führen. Um dies zu vermeiden, wird zum einen die Transparenz des Verwaltungshandelns im Zulageverfahren sowie der Rechtsschutz des Zulageberechtigten erhöht. Zum anderen kann das Finanzamt künftig die ZfA bei nicht erklärbaren, abweichenden Daten auffordern, eine Festsetzung von Amts wegen vorzunehmen. In diesem Verfahren wird eine Klärung mit dem Steuerpflichtigen herbeigeführt, wie es zu den abweichenden Daten im Zulageantrag und dem steuerlichen Erklärungsvordruck (Anlage AV) kommt und welche Daten zutreffend sind. Die in § 10a Absatz 5 Satz 5 EStG bereits bestimmte, primäre Zuständigkeit für die Prüfung der Voraussetzungen für den Sonderausgabenabzug bei der ZfA bleibt so bestehen, da diese die Daten im Wege der Datenerhebung und des automatisierten Datenabgleichs nach § 91 EStG effektiv überprüfen kann. Nach Abschluss des Verfahrens erhält der Zulageberechtigte einen Bescheid und das Finanzamt eine Mitteilung über den Ausgang des Verfahrens (vgl. Satz 5). Eine gesonderte Festsetzung nach § 90 Absatz 4 Satz 1 Nummer 4 EStG unterbleibt, wenn eine Festsetzung nach § 90 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 bis 3 EStG bereits erfolgt ist. In diesem Fall hat auch das Finanzamt die bereits festgesetzten Daten seiner Berechnung zugrunde zu legen (vgl. insoweit auch korrespondierend die Änderung in § 91 Absatz 1 Satz 4 – neu – EStG). Eine gesonderte Festsetzung unterbleibt auch, wenn die Zulage nicht beantragt worden ist und der ZfA insoweit keine Daten vorliegen oder wenn die Frist nach § 90 Absatz 3 Satz 1 EStG bereits abgelaufen ist und die ZfA ihre Daten nicht mehr ändern kann. In diesem Fall hat das Finanzamt – wie vom BFH festgestellt wurde – eine eigene Prüfkompetenz. Über die nicht erfolgte Festsetzung wird das Finanzamt entsprechend informiert (vgl. Satz 5).

Die Transparenz wird durch die Verfahrensänderung und die Bescheiderteilung für den Zulageberechtigten wesentlich erhöht, so dass das Handeln der ZfA für Dritte noch nachvollziehbarer wird. Die Bürgerfreundlichkeit wird zudem durch die Kontaktaufnahme von Seiten der ZfA selbst – anstelle über den Anbieter – in diesem kritischen Verfahrensstadium der Ablehnung oder Kürzung der Zulage erhöht. Die Verfahren werden zudem gestrafft, indem der Bürger nunmehr unmittelbar auf das Einspruchsverfahren verwiesen wird. Ferner werden die Anbieter von Aufgaben erheblich entlastet.

Die Neuregelung in Satz 2 vereinfacht das Festsetzungsverfahren auf Antrag. Nach bisher geltendem Recht musste der Antrag schriftlich erfolgen und an den Anbieter gerichtet werden. Der Anbieter musste sodann den Antrag mit ergänzenden Informationen und Unterlagen an die ZfA weiterleiten. Nach der Neuregelung ist zum einen der Antrag künftig unmittelbar bei der ZfA zu stellen, der Behörde, die den Antrag auch abschließend bearbeitet. Eine Entgegennahme des Antrages durch den Anbieter und die Weiterleitung des Antrags von Seiten des Anbieters an die ZfA entfallen dadurch. Dies führt zu einem geringeren Aufwand beim Anbieter. Auch für den Zulageberechtigten vereinfacht sich so das Verfahren, so dass weniger Rückfragen vom Zulageberechtigten beim Anbieter zu erwarten sind. Mit der Neuregelung soll zum anderen die Möglichkeit geschaffen werden, die Vorteile der elektronischen Datenübermittlung zwischen Steuerpflichtigem und der ZfA zu nutzen. Der Zulageberechtigte kann künftig den Antrag auf Festsetzung schriftlich oder elektronisch stellen. Im Rahmen der Digitalisierung dient dies dem Bürokratieabbau. Die bisher für den Zulageberechtigten geltende Frist zur Beantragung der Festsetzung bleibt hierbei unverändert; der Zulageberechtigte hat den Antrag weiterhin innerhalb eines Jahres nach Erteilung der Anbieterbescheinigung nach § 92 EStG zu stellen.

Die Neuregelung in Satz 3 dient ebenfalls dem Bürokratieabbau, indem die Vorteile der elektronischen Datenübermittlung genutzt werden. Nach bisher geltendem Recht hatte der Anbieter den Antrag des Zulageberechtigten auf Festsetzung der Zulage entgegenzunehmen und das Datum der Bescheinigung im Rahmen seiner Stellungnahme der ZfA schriftlich mitzuteilen. Es wird künftig ein maschineller Datenabgleich zwischen der ZfA und dem Anbieter bestimmt, da die ZfA den Zeitpunkt der Erteilung der Anbieterbescheinigung nach § 92 EStG kennen muss, um die Frist nach Satz 2 zu prüfen.

Nach Satz 4 hat der Anbieter ihm vorliegende weitere Unterlagen, die für die Festsetzung benötigt werden, auf Anforderung an die ZfA weiterzuleiten. Er kann eine ergänzende Stellungnahme beifügen. Dies kann auch elektronisch erfolgen, wenn beide Kommunikationspartner dies wünschen.

In Satz 5 wird der Verweis an die Änderung zu Satz 1 angepasst. Der Anbieter ist bei der vom Zulageberechtigten beantragten Festsetzung ebenfalls über das Ergebnis zu informieren. In den übrigen Festsetzungsfällen erhält der Anbieter bereits auf Grund anderer Vorschriften die Informationen von der ZfA, deshalb müssen diese Informationen in dieser Regelung nicht nochmals angeführt werden. Das Finanzamt ist über den Ausgang des Verfahrens nach Satz 1 Nummer 4 zu informieren. Entweder wird das Festsetzungsergebnis übermittelt oder die ZfA teilt dem Finanzamt mit, dass eine Festsetzung nicht erfolgen konnte.

In dem neuen Satz 7 wird eine Regelung aufgenommen, wenn der Datensatz nach § 89 Absatz 2 EStG im maschinellen Verfahren auf Grund von unzureichenden oder fehlerhaften Angaben des Zulageberechtigten abgewiesen sowie um eine Fehlermeldung ergänzt worden ist und die Angaben nicht innerhalb der Antragsfrist des § 89 Absatz 1 Satz 1 EStG von dem Zulageberechtigten an den Anbieter nachgereicht werden. In diesen Fällen ist es der ZfA nicht möglich, eine abschließende Prüfung vorzunehmen und dem Zulageberechtigten einen Bescheid zu erteilen, so dass die Abweisung des Datensatzes als Übermittlung des Ermittlungsergebnisses nach § 90 Absatz 1 EStG gilt. Der Antragsteller erhält diese Information über die Bescheinigung nach § 92 EStG und kann bei Bedarf nun die Festsetzung beantragen und die fehlenden Angaben nachreichen.

Zu Buchstabe d

§ 90 Absatz 5

Die Regelung stellt sicher, dass der Zulageberechtigte, der die Einwilligung nach § 10a Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz EStG nachholen möchte, dies nicht mehr nur im Rahmen des Festsetzungsverfahrens tun kann, sondern auch noch im Rahmen des Einspruchsverfahrens. Dies ist auf Grund der Neuregelung in § 90 Absatz 4 EStG erforderlich, da ein (Festsetzungs-)Bescheid nun auch von Amts wegen erfolgen kann. In diesem Falle hätte der Zulageberechtigte keine Möglichkeit mehr, die Abgabe der Einwilligung nachzuholen.

Zu Nummer 7

Zu Buchstabe a

§ 91 Absatz 1 Satz 3 – aufgehoben –

Die Mitteilungspflicht an den Anbieter nach Satz 3 entfällt auf Grund der Neuregelungen in § 90 Absatz 2 und 3 EStG; der Anbieter erhält bereits auf Grund dieser neugefassten Regelungen die erforderlichen Daten.

Zu Buchstabe b

§ 91 Absatz 1 Satz 4 – neu –

Nach dem BFH-Urteil vom 8. September 2020 (BFH X R 2/19, BStBl II 2022 S. 157) führt die Mitteilung der ZfA – entgegen der bisherigen Verwaltungsauffassung – bei Abweichungen in Bezug auf den Sonderausgabenabzug nach § 10a Absatz 1 Satz 1 EStG nicht dazu, dass das Finanzamt ungeprüft den Inhalt dieser Mitteilung umzusetzen hat; die Mitteilung nach § 91 Absatz 1 Satz 4 EStG ist im Verhältnis zum Einkommensteuerbescheid weder ein Grundlagenbescheid noch kommt ihr grundlagenbescheidsähnliche Wirkung zu.

Mit den Änderungen in § 90 EStG wird die Transparenz des Verwaltungshandelns im Zulageverfahren sowie der Rechtsschutz des Zulageberechtigten erhöht. Zudem kann das Finanzamt künftig die ZfA bei nicht erklärbaren, abweichenden Daten auffordern, eine Festsetzung von Amts wegen vorzunehmen (vgl. § 90 Absatz 4 Nummer 4 EStG).

Korrespondierend dazu wird bestimmt, dass künftig die von der ZfA festgesetzten Daten für das Finanzamt bindend und der gesonderten Feststellung nach § 10a Absatz 4 EStG zu Grunde zu legen sind. Da die gesonderte Festsetzung dem Zulageberechtigten von der ZfA mit Bescheid bekannt gegeben wird, liegt künftig ein Verwaltungsakt mit einer Außenwirkung im Verhältnis zum Zulageberechtigten vor. Der Festsetzungsbescheid hat künftig eine grundlagenbescheidähnliche Wirkung für das zuständige Finanzamt. Die Daten sind vom Finanzamt ungeprüft der gesonderten Feststellung nach § 10a Absatz 4 EStG zu Grunde zu legen. Dies vermeidet doppelte Prüftätigkeiten und divergierende Prüfergebnisse innerhalb der Finanzverwaltung.

Liegt dagegen kein bestandskräftiger Verwaltungsakt vor, hat das Finanzamt – wie vom BFH festgestellt wurde – eine eigene Prüfkompetenz.

Zu Artikel 6 (Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes)

§ 48a Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 – neu –

Nach geltendem Recht hat der Leistungsempfänger einer Bauleistung bis zum zehnten Tag nach Ablauf des Monats, in dem die Gegenleistung im Sinne des § 48 EStG erbracht wird, die Anmeldung für den Bausteuerabzug nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck abzugeben, sofern der Leistende dem Leistungsempfänger keine im Zeitpunkt der Gegenleistung gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48b Absatz 1 Satz 1 EStG vorlegt. Eine

elektronische Steueranmeldung der Bauabzugsteuer über das Portal „Mein Elster“ ist bisher nicht möglich. Mit der Gesetzesänderung soll der Leistungsempfänger einer Bauleistung verpflichtet werden, die Steueranmeldung elektronisch abzugeben. Mithilfe der elektronischen Anmeldung soll der Verwaltungsaufwand auf Seiten der Leistungsempfänger von Bauleistungen und auf Seiten der Verwaltung deutlich reduziert werden. Eine elektronische Steueranmeldung/Abgabe der Steuererklärung ist bereits bei anderen betrieblichen Steuerarten (Lohnsteuer, Umsatzsteuer) üblich. Die elektronische Abgabe der Steueranmeldung führt auch zu einer Vereinfachung auf Seiten der Unternehmer. Das elektronische Anmeldeverfahren folgt der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung und den Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Darüber hinaus hat auch der Bundesrechnungshof die Möglichkeit der elektronischen Anmeldung des Bausteuerabzugs gefordert.

Zu Artikel 7 (Änderung des Umwandlungssteuergesetzes)

§ 27 Absatz 3 Nummer 3

Auf Grund der Einführung der sogenannten One-Fits-All-Lösung in § 6 AStG durch das ATADUmsG vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2035) ab 1. Januar 2022 sind die für die sogenannten einbringungsgeborenen Anteile in § 27 Absatz 3 Nummer 3 UmwStG enthaltenen Regelungen zur Stundung der Einkommensteuer anzupassen.

§ 27 Absatz 3 Nummer 3 Satz 2 Buchstabe a UmwStG enthält den bisherigen Regelungsinhalt. Dieser ist auf Sachverhalte beschränkt, bei denen der Ausschluss des Besteuerungsrechts nach § 21 Absatz 2 Nummer 2 UmwStG in der am 21. Mai 2003 geltenden Fassung (UmwStG a. F.) vor dem 1. Januar 2022 erfolgt. Dies korrespondiert mit der letztmaligen Anwendung des § 6 Absatz 1 AStG in der am 30. Juni 2021 geltenden Fassung (AStG a. F.) bis zum 31. Dezember 2021 und den diesbezüglich fortgeltenden Stundungsbestimmungen; vgl. § 21 Absatz 3 AStG.

§ 27 Absatz 3 Nummer 3 Satz 2 Buchstabe b UmwStG ermöglicht in Fällen des Ausschlusses des Besteuerungsrechts nach § 21 Absatz 2 Nummer 2 UmwStG a. F. nach dem 31. Dezember 2021 auf Antrag des Steuerpflichtigen die Anwendung der One-Fits-All-Lösung betreffend die Stundung und den Entfall der Steuer nach § 6 Absatz 3 und 4 AStG in der ab 1. Juli 2021 geltenden Fassung bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen. Mit der Anwendung der One-Fits-All-Lösung geht insbesondere die Ausweitung der Rückkehrregelung für einbringungsgeborene Anteile auf Drittstaaten-Sachverhalte einher. Dies stellt eine wesentliche Verbesserung der Mobilität der betroffenen Steuerpflichtigen gegenüber dem Status quo dar. Wie auch die bisher geltende Regelung gilt dies aber nur für die von § 6 AStG erfassten Anteile im Privatvermögen.

Zu Artikel 8 (Änderung des Umsatzsteuergesetzes)

Zu Nummer 1

§ 17 Absatz 3 Satz 2

§ 17 Absatz 3 Satz 2 UStG verweist derzeit unzutreffend auf § 17 Absatz 1 Satz 7 UStG. Durch das Jahressteuergesetz 2020 vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) wurde nach § 17 Absatz 1 Satz 5 UStG ein Satz 6 eingefügt. Durch die Aufnahme eines neuen Satzes 6 ist der Verweis in § 17 Absatz 3 Satz 2 UStG daher entsprechend anzupassen, so dass sich der Verweis fortan auf § 17 Absatz 1 Satz 8 UStG bezieht.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

§ 18 Absatz 4f Satz 6

Die Änderung dient zum einen der Bereinigung eines Redaktionsversehens beim Verweis auf die Betragsgrenze in § 20 Satz 1 Nummer 1 UStG.

Zum anderen handelt es sich um eine Folgeänderung zur Einführung einer Umsatzgrenze für die Anwendung der Durchschnittssatzbesteuerung für Landwirte in § 24 Absatz 1 Satz 1 UStG durch Artikel 11 Nummer 6 Buchstabe a des Jahressteuergesetzes 2020 vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096). Diese Betragsgrenze sollte – wie die anderen in § 18 Absatz 4f Satz 6 UStG bereits genannten Betragsgrenzen – bei Anwendung der dezentralen Besteuerung von Organisationseinheiten der Gebietskörperschaften Bund bzw. Länder ebenfalls stets als überschritten gelten.

Zu Buchstabe b**Zu Doppelbuchstabe aa**§ 18 Absatz 9 Satz 3 – neu –

Die Vergütung der abziehbaren Vorsteuerbeträge (§ 15 UStG) an im Ausland ansässige Unternehmer erfolgt in einem besonderen Verfahren, dem sog. Vorsteuer-Vergütungsverfahren. Nach dem Unionsrecht werden in Rechnung gestellte Mehrwertsteuerbeträge für Ausfuhrlieferungen, bei denen die Gegenstände vom Abnehmer oder einem von ihm beauftragten Dritten befördert oder versendet wurden, oder innergemeinschaftliche Lieferungen, die gemäß Artikel 138 oder Artikel 146 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem von der Steuer befreit sind oder befreit werden können, nicht im Vorsteuer-Vergütungsverfahren erstattet.

Die Regelung setzt diese unionsrechtliche Vorgabe um. Dadurch soll insbesondere sichergestellt werden, dass in Rechnungen über innergemeinschaftliche Lieferungen gesondert in Rechnung gestellte Steuerbeträge nicht vergütet werden, wenn der Abnehmer die ihm von einem anderen Mitgliedstaat erteilte gültige Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.) nach § 6a Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 UStG nicht angegeben hat, die übrigen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung aber objektiv vorliegen. Da in diesen Fällen entsprechende Lieferungen steuerfrei behandelt werden könnten, wenn der Abnehmer nachträglich seine USt-IdNr. angibt, ist eine Erstattung im Vorsteuer-Vergütungsverfahren nicht angezeigt und wird somit durch die Regelung verhindert.

Die Regelung beruht auf Artikel 171 Absatz 1 der Richtlinie 2006/112/EG in Verbindung mit Artikel 4 Buchstabe b der Richtlinie 2008/9/EG des Rates vom 12. Februar 2008 zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer gemäß der Richtlinie 2006/112/EG an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige und Artikel 171 Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 2006/112/EG in Verbindung mit der Dreizehnten Richtlinie des Rates vom 17. November 1986 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern – Verfahren der Erstattung der Mehrwertsteuer an nicht im Gebiet der Gemeinschaft ansässige Steuerpflichtige.

Zu Doppelbuchstabe bb§ 18 Absatz 9 Satz 8 – neu – und 9 – neu –

Wegen der Einfügung des neuen Satzes 3 werden die Verweise redaktionell angepasst.

Zu Artikel 9 (Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes)**Zu Nummer 1**Inhaltsübersicht

Die Inhaltsübersicht wird redaktionell an die Aufhebung des § 23 UStG angepasst.

Zu Nummer 2**Zu Buchstabe a****Zu Doppelbuchstabe aa**§ 4 Nummer 1 Buchstabe b Satz 1

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aus der Aufhebung des Satzes 2.

Zu Doppelbuchstabe bb§ 4 Nummer 1 Buchstabe b Satz 2 – aufgehoben –

Mit dem Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2451) wurden die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für das Vorliegen einer innergemeinschaftlichen Lieferung in § 6a Absatz 1 Satz 1 UStG sowie für deren Steuerfreiheit in § 4 Nummer 1 Buchstabe b UStG geändert.

Durch die Streichung von § 4 Nummer 1 Buchstabe b Satz 2 UStG wird klargestellt, dass die Voraussetzungen für das Vorliegen einer steuerfreien innergemeinschaftlichen Lieferung unabhängig von der in § 18a Absatz 10

UStG enthaltenen Frist gelten. Diese ist allein für Zwecke der Durchführung eines ordnungsgemäßen innergemeinschaftlichen Kontrollverfahrens sowie eines etwaigen Bußgeldverfahrens (§ 26a Absatz 1 Nummer 5 UStG) maßgebend. Die Verpflichtung zur Abgabe einer richtigen und vollständigen Zusammenfassenden Meldung (ZM) als Voraussetzung für die Gewährung der Steuerbefreiung für die ausgeführten innergemeinschaftlichen Lieferungen besteht hingegen auch über die in § 18a Absatz 10 UStG genannte Frist hinaus.

Gibt der Unternehmer innerhalb der Festsetzungsfrist eine korrigierte ZM oder eine erstmalige ZM für den betreffenden Meldezeitraum vollständig und richtig ab, lebt die Steuerbefreiung bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen wieder auf bzw. die Voraussetzungen liegen bei einer erstmaligen Abgabe der ZM für die Steuerbefreiung in diesem Zeitpunkt erstmals vor.

Durch die Abgabe einer zutreffenden ZM für den betreffenden Meldezeitraum gelten die vorangegangenen Versäumnisse des Unternehmers als hinreichend entschuldigt. Dies steht im Einklang mit Artikel 138 Absatz 1a der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem.

Zu Buchstabe b

§ 4 Nummer 20 Buchstabe a Satz 1

§ 4 Nummer 20 Buchstabe a Satz 1 UStG befreit zurzeit Umsätze von Theatern, Orchestern, Kammermusikensembles, Chören, Museen, botanischen und zoologischen Gärten, Tierparks, Archiven, Büchereien und Denkmälern der Bau- und Gartenbaukunst, wenn es sich um Einrichtungen des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder der Gemeindeverbände handelt.

Durch die ab dem 1. Januar 2023 zwingend anzuwendende Vorschrift des § 2b UStG werden bislang nicht umsatzsteuerbare Umsätze vergleichbarer Einrichtungen anderer öffentlich-rechtlicher Träger wie beispielsweise der Kirchen umsatzsteuerbar. Um diesen Einrichtungen wie z. B. Kirchenchören das sonst nach § 4 Nummer 20 Satz 2 UStG erforderliche Bescheinigungsverfahren zu ersparen, wird künftig allgemein auf Einrichtungen der öffentlichen Hand verwiesen.

Zu Nummer 3

§ 4a Absatz 1 Satz 2

Der Antrag auf Steuervergütung nach § 4a UStG ist bisher ausschließlich in Papierform abzugeben.

Nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138) sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Mit der Gesetzesänderung wird diese Verpflichtung umgesetzt.

Die Gesetzesänderung setzt zudem eine Empfehlung des Bundesrechnungshofes zur Umsetzung eines elektronischen Antragsverfahrens um. Damit soll eine Verbesserung des Verwaltungsvollzugs erreicht werden.

Zu Nummer 4

§ 12 Absatz 3 – neu –

Die Regelung sieht vor, dass auf die Lieferung, die Einfuhr und den innergemeinschaftlichen Erwerb sowie die Installation von Photovoltaikanlagen einschließlich der Stromspeicher ein Nullsteuersatz anzuwenden ist. Die Regelung entlastet die Betreiber von Photovoltaikanlagen von Bürokratie. Denn aufgrund des Nullsteuersatzes können diese die Kleinunternehmerregelung ohne finanzielle Nachteile anwenden. Der Vorsteuerabzug als Grund für einen Verzicht auf die Kleinunternehmerregelung entfällt, weil die Lieferung von Photovoltaikanlagen ohnehin nicht mehr mit Umsatzsteuer belastet ist.

Nach Nummer 1 gilt der Nullsteuersatz für die Lieferung von Solarmodulen an den Betreiber einer Photovoltaikanlage, einschließlich der für den Betrieb einer Photovoltaikanlage wesentlichen Komponenten und der Speicher, die dazu dienen, den mit Solarmodulen erzeugten Strom zu speichern. Die Steuerermäßigung umfasst auch Stromspeicher, mit denen der von der Photovoltaikanlage erzeugte Strom gespeichert werden soll. Zwar ist ein Stromspeicher nicht zwingend erforderlich, um eine Photovoltaikanlage zu betreiben, dennoch entscheiden sich viele Anlagenbetreiber, einen Stromspeicher zu erwerben. Der Kauf eines Stromspeichers ist mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden. Das Ziel der Bürokratieentlastung würde daher verfehlt, wenn die Lieferung von

Stromspeichern mit Umsatzsteuer belastet wäre. Denn in diesem Fall bestände weiterhin ein hoher Anreiz für Betreiber von Photovoltaikanlagen, auf die Anwendung der Kleinunternehmerregelung zu verzichten.

Voraussetzung für die Anwendung des Nullsteuersatzes nach Nummer 1 ist, dass die Photovoltaikanlage auf und in der Nähe von Privatwohnungen, Wohnungen sowie öffentlichen oder anderen Gebäuden, die für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten genutzt werden, installiert wird. Dieser Tatbestand greift die Regelung in Artikel 98 Abs. 2 in Verbindung mit Anhang III Nr. 10c der Richtlinie 2006/112/EG auf und setzt sie in nationales Recht um. Durch die Übernahme der Richtlinienregelung ist sichergestellt, dass das nationale Recht den maximalen Spielraum ausnützt, den die Richtlinie bei der Anwendung eines Nullsteuersatzes für Photovoltaikanlagen den Mitgliedstaaten zugesteht. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung gelten nach Satz 2 die Voraussetzungen des Satzes 1 als erfüllt, wenn die installierte Bruttoleistung der Photovoltaikanlage laut Marktstammdatenregister nicht mehr als 30 kW (peak) beträgt. Die Regelung verhindert in einem Großteil der Fälle, dass sich der leistende Unternehmer beim Erwerber über die Nutzungsart des Gebäudes zu informieren hat. Die Leistung der gelieferten Photovoltaikanlage wird dem leistenden Unternehmer hingegen in der Regel bekannt sein.

Nach den Nummer 2 und 3 ist auch die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb von Solarmodulen und Stromspeichern begünstigt, wenn Lieferung dieser Gegenstände die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllt.

Nach Nummer 4 ist auch die Installation von Photovoltaikanlagen und Speichern begünstigt, wenn die Lieferung der Komponenten nach Nummer 1 dem Nullsteuersatz unterliegt. Die Regelung vermeidet Bürokratieaufwand. Denn beim Erwerb einer Photovoltaikanlage einschließlich deren Installation ist einheitlich der Nullsteuersatz anzuwenden. Eine Abgrenzung zwischen Lieferungs- und Dienstleistungselementen ist damit entbehrlich.

Zu Nummer 5

§ 15a Absatz 7

Redaktionelle Folgeänderung aus der Aufhebung von § 23 UStG.

Zu Nummer 6

§ 18 Absatz 5a Satz 1 bis 3

Nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138) sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Mit der Gesetzesänderung wird diese Verpflichtung umgesetzt.

Seit dem 1. Januar 2022 ist das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) für die Durchführung des Besteuerungsverfahrens nach § 18 Absatz 5a UStG einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten für ausländische Missionen, berufskonsularische Vertretungen und deren Mitglieder zuständig. Der Begriff „Finanzamt“ in Satz 3 ist daher unzutreffend geworden.

Satz 1

Durch die Änderung wird dem Erwerber die Möglichkeit eröffnet, die Steuererklärung zur Fahrzeugeinzelbesteuerung (§ 16 Absatz 5a UStG) zusätzlich zur Abgabe nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln.

Satz 2

Redaktionelle Anpassung an die Möglichkeit, die Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln.

Satz 3

Ersetzung des Begriffs „Finanzamt“ durch den Begriff „Finanzbehörde“ auf Grund der Zuständigkeit des Bundeszentralamts für Steuern für die Durchführung des Besteuerungsverfahrens nach § 18 Absatz 5a UStG (Fahrzeugeinzelbesteuerung) für ausländische Missionen, berufskonsularische Vertretungen und deren Mitglieder.

Zu Nummer 7§ 18g Satz 4 – neu – und 5 – neu –

Bislang ist die Möglichkeit, die Ablehnung der Weiterleitung des Antrags auf Vergütung von Vorsteuerbeträgen inländischer Antragsteller an andere EU-Mitgliedstaaten auf elektronischem Wege bekannt zu geben, nach dem Wortlaut des § 18g UStG nicht ausdrücklich vorgesehen. Nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138) sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Diese Verpflichtung wird durch die Änderung umgesetzt.

Die Änderung beruht zudem auf Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 2008/9/EG des Rates vom 12. Februar 2008 zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer gemäß der Richtlinie 2006/112/EG an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige.

Zu Nummer 8§ 23 – aufgehoben –

Basierend auf der Ermächtigungsgrundlage in § 23 UStG wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1968 in §§ 69 und 70 UStDV für bestimmte Berufs- und Gewerbebranchen zur Berechnung der abziehbaren Vorsteuerbeträge zur Vereinfachung der Besteuerung bestimmter Unternehmer allgemeine Durchschnittssätze für die abziehbaren Vorsteuerbeträge gebildet, die die zu entrichtende Steuer oder die Grundlagen ihrer Berechnung festlegen. Danach können kleinere nicht buchführungspflichtige Unternehmen – abweichend von den allgemeinen Anforderungen an den Vorsteuerabzug – einen festgesetzten Prozentsatz ihres Umsatzes als Vorsteuerbetrag abziehen.

Mit Blick auf die eingeschränkte Anwendung der Durchschnittssätze in der Praxis durch sehr wenige Unternehmer (rd. 11,1 Tsd. Unternehmer laut Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) 2017), die geringe steuerliche Bedeutung der Vorschrift und die sehr geringen steuerlichen Auswirkungen wird die Regelung zur pauschalen Vorsteuerermittlung nach Durchschnittssätzen abgeschafft.

Zu Nummer 9§ 23a Absatz 2

Es handelt sich um eine Folgeänderung auf Grund der Anhebung der Besteuerungsgrenze nach § 64 Absatz 3 und § 67a AO durch das Jahressteuergesetz 2020 von 35 000 Euro auf 45 000 Euro, um weiterhin einheitliche Betragsgrenzen zur Steuererleichterung von steuerbegünstigten Körperschaften zu erreichen.

Zu Nummer 10§ 26 Absatz 1 Satz 1

Redaktionelle Folgeänderung aus der Aufhebung von § 23 UStG.

Zu Nummer 11§ 27 Absatz 36 – neu – und 37 – neu –§ 27 Absatz 36

Die Änderung des § 18 Absatz 5a UStG ist erstmals auf die Besteuerungszeiträume anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2022 enden.

§ 27 Absatz 37

Nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138) sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Mit der Anwendungsregelung zu § 18g Satz 4 und 5 – neu – UStG wird die rechtzeitige Umsetzung der Verpflichtung sichergestellt.

Zu Artikel 10 (Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes)**Zu Nummer 1**Inhaltsübersicht

Die Änderung der Inhaltsübersicht ist eine Folgeänderung aus der Einfügung des neuen § 22g UStG.

Zu Nummer 2§ 22g – neu –

Die Richtlinie (EU) 2020/284 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister (ABl. L 62 vom 2.3.2020, S. 7) sieht vor, dass von diesen ab dem 1. Januar 2024 hinreichend detaillierte Aufzeichnungen über bestimmte grenzüberschreitende Zahlungen zu führen und an die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu übermitteln sind. Die Verordnung (EU) 2020/283 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 im Hinblick auf die Stärkung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Betrugsbekämpfung (ABl. L 62 vom 2.3.2020, S. 1) verpflichtet die Mitgliedstaaten der Europäischen Union diese Informationen zu erheben und an ein zentrales elektronisches Zahlungsinformationssystem („CESOP“) zu übermitteln, das von der Europäischen Kommission entwickelt und technisch verwaltet wird. Dort können die Informationen gespeichert, aggregiert und zusammen mit anderen nach der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer (ABl. L 268 vom 12.10.2010, S. 1) übermittelten oder erhobenen relevanten gezielten Informationen analysiert werden. Über die Eurofisc-Verbindungsbeamten haben alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union Zugang zum CESOP.

Mithilfe der Zahlungsinformationen sollen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Umsatzsteuerbetrug, insbesondere im Bereich des grenzüberschreitenden elektronischen Geschäftsverkehrs, besser bekämpfen können. Die Finanzverwaltung soll durch den Zugang zu den Zahlungsdaten der Zahlungsdienstleister Informationen erhalten, die bislang nicht oder nicht unmittelbar zur Verfügung standen. Dadurch soll die Finanzverwaltung in die Lage versetzt werden, schneller betrügerische Unternehmen zu ermitteln und festzustellen, in welchem Mitgliedstaat Lieferungen von Gegenständen und die Erbringung von Dienstleistungen insbesondere gemäß den Bestimmungen des Titels V der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1) als erfolgt bzw. erbracht gelten.

Zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/284 bedarf es einer nationalen Regelung im UStG. Durch die Vorschrift § 22g UStG werden Zahlungsdienstleister, die im Inland Zahlungsdienste erbringen, verpflichtet, bei grenzüberschreitenden Zahlungen bestimmte Aufzeichnungen bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen vorzunehmen und diese Daten an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln. Dort werden die Aufzeichnungen vorübergehend gespeichert und an das CESOP zur weiteren Auswertung übermittelt.

Absatz 1

§ 22g Absatz 1 Satz 1 UStG bestimmt die Informationen über grenzüberschreitende Zahlungen, die die Zahlungsdienstleister aufzuzeichnen haben. Es werden die in Artikel 243d der Richtlinie (EU) 2020/284 vorgesehenen Aufzeichnungspflichten umgesetzt. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit sollen Zahlungsdienstleister nur verpflichtet sein, Aufzeichnungen über jene grenzüberschreitenden Zahlungen zu führen, die auf eine wirtschaftliche Tätigkeit hindeuten. Aus diesem Grund regelt Satz 2 einen Schwellenwert auf der Grundlage der an einen Zahlungsempfänger in einem Kalenderquartal geleisteten Zahlungen, ab dem die Aufzeichnungspflicht greift. Damit wird Artikel 243b Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2020/284 umgesetzt. Liegen dem Zahlungsdienstleister mehrere, unterschiedliche Namen oder Bezeichnungen zum Unternehmen des Zahlungsempfängers oder seiner Adresse vor, können auch mehrere Angaben gemacht werden. Eine unter Satz 1 Nummer 1 Buchstabe d genannte Adresse des Zahlungsempfängers kann neben der privaten Anschrift oder der Anschrift des Unternehmens z. B. auch die Anschrift eines Warenlagers des Zahlungsempfängers oder eine E-Mail-Adresse sein. Zahlungsdienstleister sind nicht verpflichtet, Nachforschungen zu den in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 geforderten Informationen zu tätigen.

Absatz 2

Satz 1 bestimmt den Begriff der „grenzüberschreitenden Zahlung“. Satz 2 enthält eine Regelung zur Ortsbestimmung des Zahlers bzw. Zahlungsempfängers. Die Regelungen setzen Artikel 243b Absatz 1 Unterabsatz 2 und Artikel 243c der Richtlinie (EU) 2020/284 um.

Absatz 3

Es ist möglich, dass mehrere Zahlungsdienstleister an einer einzelnen Zahlung eines Zahlers an einen Zahlungsempfänger beteiligt sind. Grundsätzlich unterliegen sowohl die Zahlungsdienstleister des Zahlers als auch des Zahlungsempfängers der Aufzeichnungspflicht nach Absatz 1 Satz 1. Eine Ausnahme wird jedoch in Artikel 243b Absatz 3 Richtlinie (EU) 2020/284 geregelt, welche in Absatz 3 in nationales Recht umgesetzt wird. Danach besteht für die Zahlungsdienstleister des Zahlers in Bezug auf die Zahlung keine Verpflichtung zur Aufzeichnung, bei der mindestens einer der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässig ist.

Absatz 4

In Absatz 4 ist geregelt, dass die Aufzeichnungen dem Bundeszentralamt für Steuern nach amtlich vorgeschriebenen Datensatz und Datenformat über eine amtlich bestimmte Schnittstelle zu übermitteln sind. Die aufgezeichneten Informationen und die weiteren Angaben im Sinne des Absatzes 4 sind vollständig und richtig zu übermitteln. Nachforschungen zur Überprüfung der Richtigkeit der zu übermittelnden Informationen, z. B. der Adressdaten, sind nicht erforderlich. Der Zahlungsdienstleister hat diese Aufzeichnungen jeweils für das Kalendervierteljahr bis Ende des auf den Ablauf des Kalendervierteljahrs folgenden Kalendermonats zu übersenden. Diese Anforderungen ergeben sich aus Artikel 24b Absatz 1 Buchstabe a und b der Verordnung (EU) 2020/283. Bei der Übersendung sind vom Zahlungsdienstleister die eigene BIC oder ein sonstiges Geschäftskennzeichen zur eindeutigen Identifizierung des Zahlungsdienstleisters anzugeben.

Absatz 5

Erkennt der Zahlungsdienstleister nachträglich, dass die übermittelten Zahlungsinformationen unrichtig oder unvollständig sind, so ist er verpflichtet, die fehlerhaften Angaben innerhalb eines Monats nach Erkenntnis zu berichtigen oder zu vervollständigen.

Absatz 6

Die Aufzeichnungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 sind in elektronischer Form für einen Zeitraum von drei Kalenderjahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Zahlung ausgeführt wurde, durch den Zahlungsdienstleister aufzubewahren. Diese Regelung setzt Artikel 243b Absatz 4 Buchstabe a der Richtlinie (EU) 2020/284 um.

Absatz 7

Absatz 7 enthält Definitionen bankenrechtlicher Begriffe. Die Begriffe der Nummern 1 bis 6 werden unter Verweis auf das Zahlungsdienstaufsichtsgesetz, das Bürgerliche Gesetzbuch und die Richtlinie (EU) 2020/284 bestimmt. Die Begriffe der Nummern 7 und 8 verweisen auf die Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22), geändert durch Verordnung (EU) vom 26.2.2014 (ABl. L 84, S. 1).

Absatz 8

Nach Absatz 8 nimmt das Bundeszentralamt für Steuern die nach Absatz 4 übermittelten Zahlungsinformationen entgegen und führt eine ausschließlich automatisierte Prüfung der ihr übermittelten Daten daraufhin durch, ob diese vollständig und schlüssig sind und ob der amtlich vorgeschriebene Datensatz und das amtlich vorgeschriebene Datenformat verwendet worden ist. Dadurch wird die erforderliche Datenqualität sichergestellt. Das Bundeszentralamt für Steuern speichert diese Daten vorübergehend in einem elektronischen System nur für Zwecke dieser Prüfung bis zur Übermittlung an das CESOP. Artikel 24b Absatz 2 der Verordnung (EU) 2020/283 ermöglicht die Speicherung der Daten in einem nationalen elektronischen System. Über das Bundeszentralamt für Steuern erfolgt auch der Zugriff auf die von CESOP bereitgestellten Informationen. Eurofisc-Verbindungsbeamten wird gemäß Artikel 24d in Verbindung mit Artikel 24c der Verordnung (EU) 2020/283 Zugang zu diesen Daten

gewährt, wenn dieser Zugang im Zusammenhang mit der Untersuchung mutmaßlicher Fälle von Umsatzsteuerbetrug oder zur Aufdeckung von Umsatzsteuerbetrug steht. Das Bundeszentralamt für Steuern speichert die bereitgestellten Daten, analysiert diese und stellt sie den zuständigen Landesfinanzbehörden zur Verfügung.

Für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten, die sich für Zahlungsdienstleister aus § 22g UStG ergeben, ist das Bundeszentralamt für Steuern zuständig.

Absatz 9

Durch Absatz 9 wird klargestellt, dass es sich bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Grund der übermittelten Zahlungsinformationen der Zahlungsdienstleister um ein Verwaltungsverfahren in Steuersachen im Sinne der Abgabenordnung handelt.

Absatz 10

Absatz 10 enthält die Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung zur Verarbeitung und Weiterverarbeitung der nach Absatz 8 Satz 3 erhobenen Daten.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa und zu Doppelbuchstabe bb

§ 26a Absatz 2 Nummer 6 und 7

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aus der Anfügung der neuen Nummern 8 bis 10.

Zu Doppelbuchstabe cc

§ 26a Absatz 2 Nummer 8 – neu – bis 10 – neu –

Nach den neuen Nummern 8 und 9 des § 26a Absatz 2 UStG kann mit einem Bußgeld von bis zu 5 000 Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen § 22g Absatz 4 Satz 1 UStG eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt oder entgegen § 22g Absatz 5 UStG eine Angabe nicht oder nicht rechtzeitig berichtigt und nicht oder nicht rechtzeitig vervollständigt. Nach der neuen Nummer 10 des § 26a Absatz 2 UStG kann mit einem Bußgeld von bis zu 5 000 Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen § 22g Absatz 6 UStG eine Aufzeichnung im Sinne des § 22g Absatz 1 Satz 1 UStG nicht oder nicht mindestens für einen Zeitraum von drei Kalenderjahren aufbewahrt. Für die Ahndung von Verstößen gilt das Opportunitätsprinzip.

Zu Buchstabe b

§ 26a Absatz 4

§ 26a Absatz 4 UStG wird ergänzt um die Fälle nach Absatz 2 Nummer 8, 9 und 10.

Zu Artikel 11 (Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung)

Zu Nummer 1

Inhaltsübersicht

Die Inhaltsübersicht wird redaktionell an die Aufhebung der §§ 69 und 70 sowie der (zu den §§ 69 und 70 UStDV) angepasst.

Zu Nummer 2

§ 24 Absatz 1 Satz 1

Der Antrag auf Steuervergütung nach § 4a UStG ist bisher ausschließlich in Papierform abzugeben.

Nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138) sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Mit der Gesetzesänderung wird diese Verpflichtung umgesetzt.

Die Änderung zur Antragsfrist für die Steuervergütung und Nachweis der Voraussetzungen in § 24 Absatz 1 Satz 1 UStDV setzt zudem eine Empfehlung des Bundesrechnungshofes zur Umsetzung eines elektronischen Antragsverfahrens um. Damit soll eine Verbesserung des Verwaltungsvollzugs erreicht werden.

Zu Nummer 3

§§ 69 und 70 und Anlage (zu den §§ 69 und 70 UStDV) – aufgehoben –

Basierend auf der Ermächtigungsgrundlage in § 23 UStG wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1968 in §§ 69 und 70 UStDV für bestimmte Berufs- und Gewerbebranchen zur Berechnung der abziehbaren Vorsteuerbeträge zur Vereinfachung der Besteuerung bestimmter Unternehmer allgemeine Durchschnittssätze für die abziehbaren Vorsteuerbeträge gebildet, die die zu entrichtende Steuer oder die Grundlagen ihrer Berechnung festlegen. Danach können kleinere nicht buchführungspflichtige Unternehmen – abweichend von den allgemeinen Anforderungen an den Vorsteuerabzug – einen festgesetzten Prozentsatz ihres Umsatzes als Vorsteuerbetrag abziehen.

Mit Blick auf die eingeschränkte Anwendung der Durchschnittssätze in der Praxis durch sehr wenige Unternehmer (rd. 11,1 Tsd. Unternehmer laut Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) 2017), die geringe steuerliche Bedeutung der Vorschrift und die sehr geringen steuerlichen Auswirkungen wird die Regelung zur pauschalen Vorsteuerermittlung nach Durchschnittssätzen abgeschafft.

Zu Artikel 12 (Änderung des Bewertungsgesetzes)

Zur Änderung des Bewertungsgesetzes (allgemein)

Durch das Erbschaftsteuerreformgesetz 2008 wurde die Grundbesitzbewertung für Zwecke der Erbschaftsteuer unter Berücksichtigung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 7. November 2006 (Az. 1 BvL 10/02, BStBl 2007 II S. 195) in enger Anlehnung an die anerkannten Vorschriften der Verkehrswertermittlung auf der Grundlage des Baugesetzbuchs (BauGB) grundlegend reformiert.

Mit der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2805) wurden die Regelungen zur Verkehrswertermittlung an die Entwicklungen in diesem Gebiet angepasst. Mit der neuen ImmoWertV soll insbesondere im Interesse der Verwertbarkeit der von den Gutachterausschüssen ermittelten und den Finanzämtern nach § 193 Absatz 5 Satz 3 BauGB mitzuteilenden Daten bei der steuerlichen Bewertung die Anwendung einheitlicher Grundsätze bei Ermittlung der für die Wertermittlung erforderlichen Daten sichergestellt werden (Verordnung der Bundesregierung, Bundesrats-Drucksache 407/21 vom 12. Mai 2021, A. Problem und Ziel sowie B. Lösung; Nutzen, S. 1 und 2).

Mit den nunmehr vorgenommenen Änderungen des Bewertungsgesetzes werden insbesondere das Ertrags- und Sachwertverfahren zur Bewertung bebauter Grundstücke sowie die Verfahren zur Bewertung in Erbbaurechtsfällen und Fällen mit Gebäuden auf fremdem Grund und Boden an die geänderte ImmoWertV angepasst. Insbesondere wird sichergestellt, dass die von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte auf der Grundlage der ImmoWertV ermittelten sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Modellkonformität weiterhin bei der Grundbesitzbewertung für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Grunderwerbsteuer sachgerecht angewendet werden können. Darüber hinaus erfolgen Anpassungen an die Rechtsprechung des BFH sowie an die bisherige Auffassung der Finanzverwaltung.

Zu Nummer 1

Inhaltsübersicht

Zu Buchstabe a

Die Änderung der Inhaltsübersicht ist eine Folgeänderung aus der Änderung der Überschrift des § 235 BewG.

Zu Buchstabe b

Die Änderung der Inhaltsübersicht ist eine Folgeänderung aus der Änderung der Überschriften in den Anlagen 21 bis 25 zum BewG.

Zu Nummer 2**Zu Buchstabe a**§ 153 Absatz 2 Satz 4

Bei der Änderung des Absatzes 2 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung des Absatzes 4.

Zu Buchstabe b§ 153 Absatz 4

Bei verschiedenen Steuerarten bestehen bereits Verpflichtungen zur elektronischen Abgabe der Erklärungen, z. B. bei Umsatzsteuererklärungen, Körperschaftsteuererklärungen und Einkommensteuererklärungen. Nunmehr wird die Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung auch für Feststellungserklärungen nach § 153 BewG übernommen. Zur Vermeidung unbilliger Härten kann die Finanzbehörde gestatten, die Feststellungserklärung weiterhin auf Vordrucken in Papierform beim Finanzamt einzureichen. Eine unbillige Härte kann insbesondere dann vorliegen, wenn dem Erklärungspflichtigen nicht zuzumuten ist, die technischen Voraussetzungen für eine elektronische Übermittlung zu schaffen.

Für die elektronische Übermittlung der Feststellungserklärung ist die Fertigstellung der hierfür benötigten komplexen Datenverarbeitungsprogramme erforderlich. Der Beginn ist abhängig von der Schaffung der Voraussetzungen für die Entgegennahme der elektronisch abzugebenden Erklärungen. Für Feststellungen von Grundbesitzwerten nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BewG und für Feststellungen von Betriebsvermögen, Anteilen an Betriebsvermögen, Anteilen an Kapitalgesellschaften, Anteilen an sonstigen Vermögensgegenständen und Schulden (§ 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 4 BewG) können sich unterschiedliche Zeitpunkte für die Übermittlungspflicht ergeben. Der Zeitpunkt für die jeweilige Verpflichtung zur Übermittlung soll daher jeweils durch ein Schreiben festgelegt werden, das im Bundessteuerblatt zu veröffentlichen ist. Der neue Satz 5 entspricht dem bisherigen Satz 2.

Zu Nummer 3**Zu Buchstabe a**§ 177 Absatz 2

In § 177 Absatz 2 und 3 BewG werden die Voraussetzungen für die Anwendung der von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 bis 199 BauGB ermittelten sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten bei den Bewertungen nach den §§ 182 bis 196 BewG bestimmt. Unter der Prämisse des Grundsatzes der Modellkonformität im Sinne des neuen Absatz 3 (nachstehend Buchstabe b) wird durch die Änderung in Absatz 2 berücksichtigt, dass die sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten durch die Gutachterausschüsse gem. § 12 Absatz 1 Satz 3 ImmoWertV auf einen Stichtag zu beziehen sind. Bei einem Zeitraum von mehr als drei Jahren zwischen Bezugsstichtag der Daten und Bewertungsstichtag kann die Geeignetheit der Daten nicht mehr unterstellt werden.

Zu Buchstabe b§ 177 Absatz 3 – neu – und 4 – neu –*Absatz 3*

Im Sinne des Grundsatzes der Modellkonformität gem. § 10 Absatz 1 Satz 1 ImmoWertV sind bei Anwendung der von den Gutachterausschüssen ermittelten sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten dieselben Modelle und Modellansätze zu verwenden, die der Ermittlung dieser Daten zugrunde lagen. Durch die enge Anlehnung der Vorschriften für die Grundbesitzbewertung im Bewertungsgesetz an die ImmoWertV wird hinreichend sichergestellt, dass die von den Gutachterausschüssen auf der Grundlage der ImmoWertV, insbesondere den Modellansätzen nach Anlage 1 bis 4 der ImmoWertV, abgeleiteten sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten, für die Bewertungen nach den §§ 182 bis 196 BewG als geeignet angesehen werden können. Eine Ableitung der sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten durch die Gutachterausschüsse auf der Grundlage der Vorschriften des Bewertungsgesetzes ist nicht erforderlich.

Absatz 4

Soweit in den §§ 179 und 182 bis 196 BewG nichts anderes bestimmt ist, werden besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale im Sinne des § 8 Absatz 3 ImmoWertV nicht berücksichtigt. Da diese Einschränkung für alle Bewertungen nach den §§ 179 und 182 bis 196 BewG gilt, wird die bisher in § 183 Absatz 3 BewG enthaltene Regelung klarstellend in § 177 Absatz 4 – neu – BewG überführt. Bei Vorliegen derartiger Besonderheiten besteht die Möglichkeit den Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts nach § 198 BewG zu erbringen.

Zu Nummer 4§ 181 Absatz 9

Die Definition einer Wohnung wird an die typologische Umschreibung des bewertungsrechtlichen Begriffs der Wohnung nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (vgl. BFH-Urteil vom 4. Dezember 2014 II R 20/14, BStBl II 2015 S. 610) angepasst. Die Mindest-Wohnfläche wird in Anlehnung an den Wohnungsbegriff für Zwecke der Grundsteuer in § 249 Absatz 10 BewG auf 20 m² abgesenkt.

Zu Nummer 5§ 183 Absatz 2 Satz 3

Mit dem Verweis in § 183 Absatz 2 Satz 3 BewG auf § 177 Absatz 2 und 3 BewG werden die Voraussetzungen für die Anwendung der von den Gutachterausschüssen ermittelten Vergleichsfaktoren präzisiert.

Zu Nummer 6**Zu Buchstabe a**§ 184 Absatz 3 Satz 3 – aufgehoben –

Die Aussage zur Erfassung der Werteeinflüsse der baulichen Außenanlagen und sonstigen Anlagen im Ertragswertverfahren wird von Absatz 3 in einen neuen Absatz 4 überführt.

Zu Buchstabe b§ 184 Absatz 4 – neu –

Mit dem Rohertrag nach § 186 BewG sind regelmäßig auch die Werteeinflüsse der baulichen Außenanlagen und sonstigen Anlagen erfasst. Der Wert derartiger Anlagen ist somit mit dem nach § 184 Absatz 1 bis 3 BewG ermittelten Ertragswert abgegolten.

Zu Nummer 7**Zu Buchstabe a**§ 185 Absatz 3 Satz 4 – neu –

In § 185 Absatz 3 Satz 4 – neu – BewG wird klarstellend eine Vereinfachungsregelung zur Ermittlung des Gebäudealters aufgenommen, die der bisherigen Verwaltungsauffassung entspricht.

Zu Buchstabe b§ 185 Absatz 3 Satz 5 und 6

Der bisherige Satz 4 wird nach der Einfügung des neuen Satzes 4 (Buchstabe a) Satz 5. Die Restnutzungsdauer des Gebäudes kann insbesondere durch Modernisierungen, die im Sinne des Modells zur Ermittlung der Restnutzungsdauer von Wohngebäuden bei Modernisierungen nach der Anlage 2 der ImmoWertV zu einem überwiegenden oder umfassenden Modernisierungsgrad führen, wesentlich verlängert sein. In diesen Fällen ist von einer entsprechenden Verlängerung der Restnutzungsdauer auszugehen. Eine Verkürzung der Restnutzungsdauer des Gebäudes kommt bei den Bewertungen nach §§ 182 bis 196 BewG nur bei bestehender Abbruchverpflichtung nach § 185 Absatz 3 Satz 7 – neu – BewG in Betracht. In dem neu gefassten § 185 Absatz 3 Satz 5 wurde infolgedessen ein weitergehender Verweis auf Veränderungen, die die Restnutzungsdauer verkürzt haben, nicht mehr aufgenommen. Hiermit erfolgt eine Angleichung an die bisherige Rechtslage zur Alterswertminderung im Sachwertverfahren nach § 190 Absatz 4 Satz 3 und 4 BewG, die in § 190 Absatz 6 Satz 4 und 6 – neu – BewG übernommen wird.

Der bisherige Satz 5 wird nach der Einfügung des neuen Satzes 4 (Buchstabe a) Satz 6. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass die Regelung zur Mindest-Restnutzungsdauer eines noch nutzbaren Gebäudes vorbehaltlich einer Abbruchverpflichtung nach § 185 Absatz 3 Satz 7 BewG gilt. Bei einer bestehenden Abbruchverpflichtung kann die Mindest-Restnutzungsdauer unterschritten werden.

Zu Buchstabe c

§ 185 Absatz 3 Satz 7 – neu –

In § 185 Absatz 3 Satz 7 – neu – BewG wird eine Regelung zur Verkürzung der Restnutzungsdauer bei bestehender Abbruchverpflichtung aufgenommen. Auf die Begründungen zu Buchstabe b wird ergänzend hingewiesen.

Zu Nummer 8

Zu Buchstabe a

§ 187 Absatz 2

Bei der Ermittlung der Liegenschaftszinssätze sind gem. § 12 Absatz 5 Satz 2 ImmoWertV als Bewirtschaftungskosten die Modellansätze nach der Anlage 3 zur ImmoWertV zugrunde zu legen. Die Bewirtschaftungskosten sind infolgedessen nicht mehr nach von den Gutachterausschüssen ermittelten Erfahrungssätzen, sondern generell nach den Bewirtschaftungskosten aus der Anlage 23 anzusetzen, die unter der Prämisse des Grundsatzes der Modellkonformität in Anlehnung an die Anlage 3 zur ImmoWertV bestimmt wurden.

Zu Buchstabe b

§ 187 Absatz 3 – neu –

Nach der Anlage 3 zur ImmoWertV sind die Verwaltungskosten und die Instandhaltungskosten für Wohnnutzung jährlich auf der Grundlage der in der Anlage genannten Basiswerte mit dem Prozentsatz, um den sich der vom Statistischen Bundesamt festgestellte Verbraucherpreisindex für Deutschland für den Monat Oktober 2001 gegenüber demjenigen für den Monat Oktober des Jahres, das dem Stichtag der Ermittlung des Liegenschaftszinssatzes vorausgeht, erhöht oder verringert hat, anzupassen. Diese jährliche Anpassung ist auch für die entsprechenden Angaben in der Anlage 23 zum BewG vorzunehmen. In § 187 Absatz 3 – neu – BewG wird das Bundesministerium der Finanzen daher beauftragt, den jeweils hierfür erforderlichen maßgebenden Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes im Bundessteuerblatt zu veröffentlichen. Das Verfahren entspricht demjenigen zu den Baupreisindizes nach § 190 Absatz 2 BewG.

Zu Nummer 9

§ 188 Absatz 1 und 2

In § 188 Absatz 1 BewG wird die Definition zu den Liegenschaftszinssätzen in § 21 Absatz 2 Satz 1 ImmoWertV übernommen.

Mit dem Verweis in § 188 Absatz 2 Satz 1 BewG auf § 177 Absatz 2 und 3 BewG werden die Voraussetzungen für die Anwendung der von den Gutachterausschüssen ermittelten Liegenschaftszinssätze präzisiert. Liegen die vorgenannten Voraussetzungen nicht vor, sind ersatzweise die in § 188 Absatz 2 Satz 2 BewG bestimmten Zinssätze anzuwenden. Die Höhe der Zinssätze wurde an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Zu Nummer 10

Zu Buchstabe a

§ 189 Absatz 1 Satz 2 – aufgehoben –

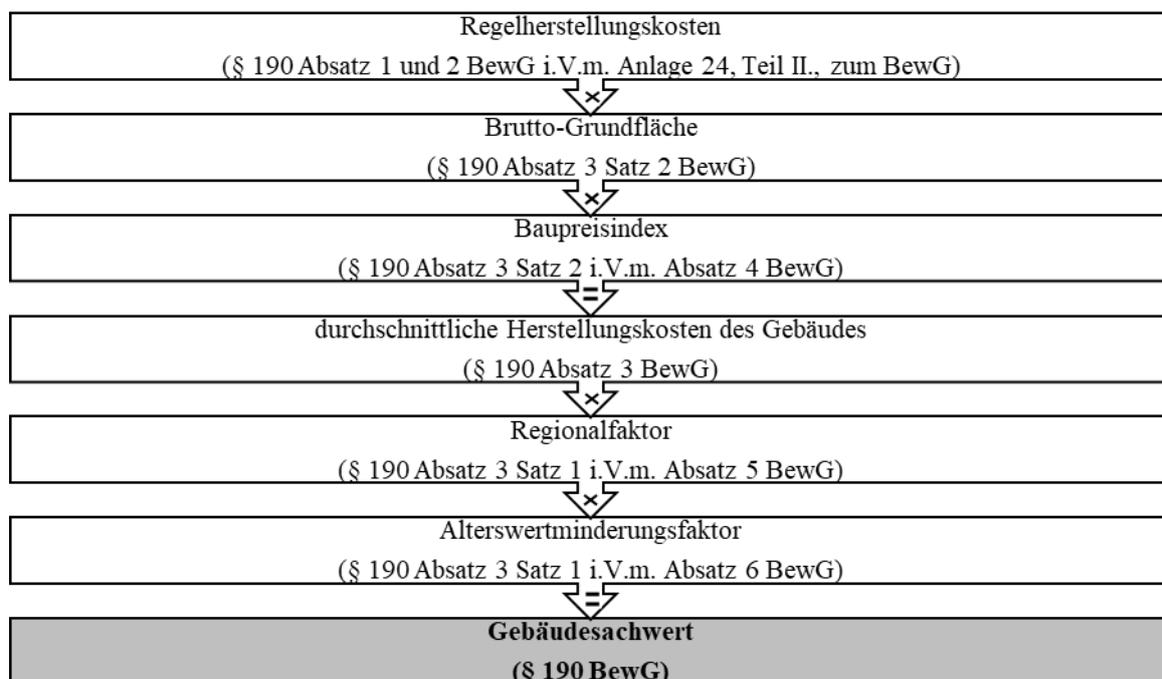
Die Aussage zur Erfassung der Werteeinflüsse der baulichen Außenanlagen und sonstigen Anlagen im Sachwertverfahren wird von § 189 Absatz 1 Satz 2 Absatz 3 BewG in einen neuen Absatz 4 überführt.

Zu Buchstabe b§ 189 Absatz 4 – neu –

In § 189 Absatz 4 – neu – BewG wird die Erfassung der Werteinflüsse der baulichen Außenanlagen und sonstigen Anlagen im Sachwertverfahren geregelt. Neben dem nach § 189 Absatz 1 bis 3 BewG ermittelten Sachwert sind einzelfallbezogen nur besonders werthaltige Außenanlagen gesondert zu erfassen und zu bewerten.

Zu Nummer 11§ 190*Allgemein*

Die Ermittlung des Gebäudesachwerts nach § 190 BewG wird strukturell in Anlehnung an die Ermittlung des Sachwerts der baulichen Anlagen nach § 36 ImmoWertV durch Einführung eines Regionalfaktors sowie Alterswertminderungsfaktors ausgestaltet. Der Gebäudesachwert nach § 190 BewG ermittelt sich danach in folgenden Schritten:

**Zu Buchstabe a****Zu Doppelbuchstabe aa**§ 190 Absatz 1 Satz 2

Die Regelherstellungskosten in der Anlage 24 zum BewG basieren auf den Normalherstellungskosten in der Anlage 4 der ImmoWertV. Entsprechend der Vorgabe in der ImmoWertV handelt es sich hierbei gem. § 12 Absatz 5 Satz 3 i. V. m. § 36 Absatz 2 ImmoWertV um die durchschnittlichen Herstellungskosten der baulichen Anlagen. Diese Präzisierung wird in § 190 Absatz 1 Satz 2 BewG für die Regelherstellungskosten entsprechend übernommen.

Zu Doppelbuchstabe bb§ 190 Absatz 1 Satz 3 – aufgehoben –

Der Regelungsinhalt des bisherigen § 190 Absatz 1 Satz 3 BewG wird in § 190 Absatz 3 BewG in Verbindung mit § 190 Absatz 4 BewG überführt. Satz 3 ist infolgedessen zu streichen.

Zu Buchstabe b§ 190 Absatz 4

Der bisherige § 190 Absatz 2 BewG zur Anpassung der Regelherstellungskosten anhand der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baupreisindizes wird entsprechend dem geänderten strukturellen Ablauf zur Ermittlung des Gebäudesachwerts zu § 190 Absatz 4 BewG. Der bisherige § 190 Absatz 4 BewG zur Alterswertminderung wird dadurch überschrieben. Anstelle der Alterswertminderung regelt § 190 Absatz 6 – neu – BewG den Alterswertminderungsfaktor.

Zu Buchstabe c§ 190 Absatz 2

Der bisherige § 190 Absatz 3 BewG wird redaktionell zu § 190 Absatz 2 BewG.

Zu Buchstabe d

Der bisherige § 190 Absatz 4 BewG zur Alterswertminderung wird durch den bisherigen § 190 Absatz 2 BewG inhaltlich überschrieben und wird daher aufgehoben.

Zu Buchstabe e§ 190 Absatz 2

Die Regelherstellungskosten in der Anlage 24 zum BewG basieren auf den Normalherstellungskosten in der Anlage 4 der ImmoWertV. Entsprechend der Vorgabe in der ImmoWertV handelt es sich hierbei gem. § 12 Absatz 5 Satz 3 i. V. m. § 36 Absatz 2 ImmoWertV um die durchschnittlichen Herstellungskosten der baulichen Anlagen. Diese Präzisierung wird in § 190 Absatz 2 BewG für die Regelherstellungskosten entsprechend übernommen.

Zu Buchstabe f§ 190 Absatz 3 – neu –

§ 190 Absatz 3 BewG bestimmt den Ablauf zur Ermittlung des Gebäudesachwerts.

Zu Buchstabe g§ 190 Absatz 4 Satz 1

In § 190 Absatz 4 Satz 1 BewG wird infolge der Streichung des § 190 Absatz 1 Satz 3 BewG (Buchstabe a Doppelbuchstabe bb) die Klarstellung eingefügt, dass die Regelherstellungskosten an den Bewertungsstichtag anzupassen sind.

Zu Buchstabe h§ 190 Absatz 5 – neu – und 6 – neu –

Nach § 190 Absatz 5 – neu – BewG sind die Regelherstellungskosten im Sinne des § 36 Absatz 1 und 3 ImmoWertV unter der Prämisse des Grundsatzes der Modellkonformität mit den von den Gutachterausschüssen bei der Ableitung der Sachwertfaktoren nach § 191 Satz 1 BewG zugrunde gelegten Regionalfaktoren zu multiplizieren.

In § 190 Absatz 6 – neu – BewG wird die Ermittlung des Alterswertminderungsfaktors im Sinne des § 36 Absatz 1 i. V. m. § 38 ImmoWertV geregelt. Die Ablösung der bisherigen Alterswertminderung nach § 190 Absatz 4 BewG durch den Alterswertminderungsfaktor gem. § 190 Absatz 6 – neu – BewG erfolgt im Ergebnis wertneutral.

Zu Nummer 12§ 191

Der bisherige Regelungsinhalt aus § 191 Absatz 1 und 2 BewG wird durch die Vorschrift zusammengeführt. Mit dem Verweis in § 191 Satz 1 BewG auf § 177 Absatz 2 und 3 BewG werden die Voraussetzungen für die Anwendung der von den Gutachterausschüssen ermittelten Sachwertfaktoren präzisiert. Liegen die vorgenannten Voraussetzungen nicht vor, sind ersatzweise die in § 191 Satz 2 BewG i. V. m. Anlage 25 zum BewG bestimmten Wertzahlen anzuwenden. Die Wertzahlen wurden an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Zu Nummer 13§ 193Allgemein

Die Bewertung in Erbbaurechtsfällen wird in Anlehnung an die Regelungen nach den §§ 48 ff. ImmoWertV ausgestaltet. Die Verfahrensvariante zur Ermittlung des Werts des Erbbaurechts aus Vergleichspreisen für veräußerte Erbbaurechte im Sinne des § 49 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 ImmoWertV wird aus Praktikabilitätsgründen nicht übernommen.

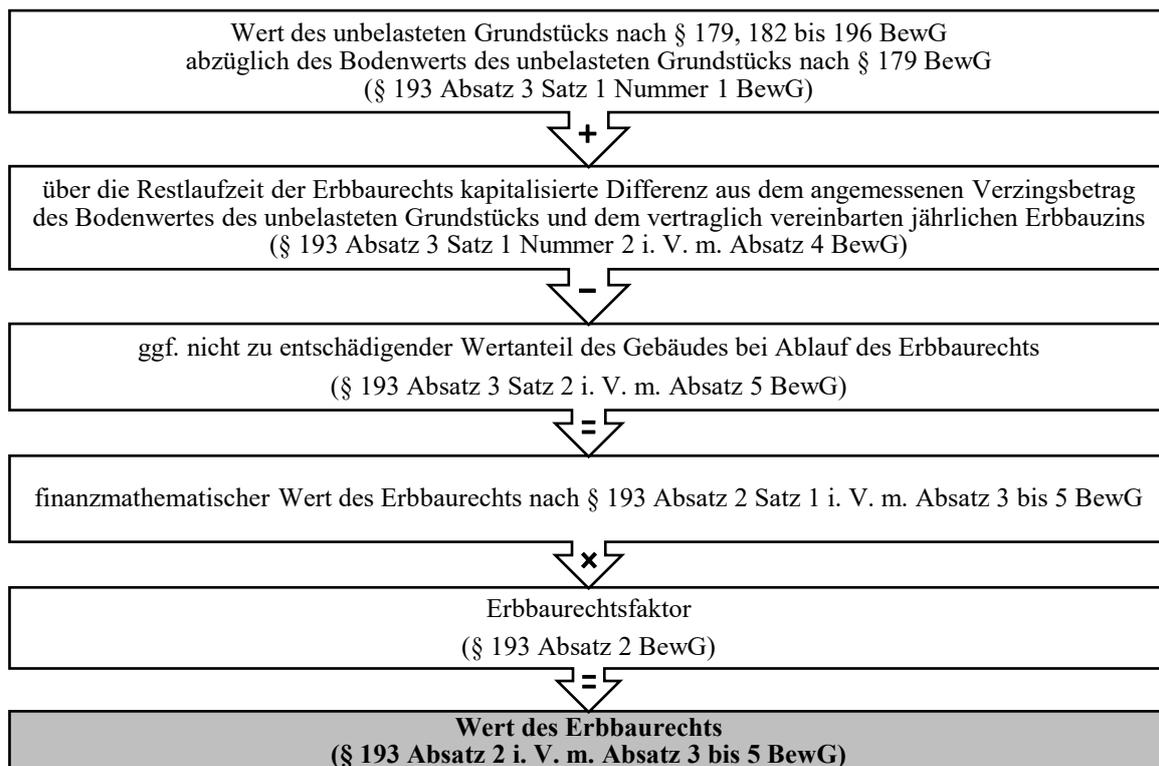
Absatz 1

In § 193 Absatz 1 BewG wird in Anlehnung an § 49 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 ImmoWertV die Ermittlung des Werts des Erbbaurechts durch Multiplikation des Werts des unbelasteten Grundstücks mit einem von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. BauGB abgeleiteten Erbbaurechtskoeffizienten nach § 23 ImmoWertV geregelt. Der Hinweis auf § 177 Absatz 2 und 3 BewG präzisiert die Anwendungsvoraussetzungen für die Erbbaurechtskoeffizienten.

Absatz 2

§ 193 Absatz 2 i. V. m. Absatz 3 bis 5 BewG regelt in Anlehnung an § 49 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. § 50 ImmoWertV die Ermittlung des Werts des Erbbaurechts durch Multiplikation des finanzmathematischen Werts des Erbbaurechts mit einem von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. BauGB abgeleiteten Erbbaurechtsfaktor nach § 22 ImmoWertV. Soweit von den Gutachterausschüssen nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3 BewG keine geeigneten Erbbaurechtsfaktoren zur Verfügung stehen, gilt der Erbbaurechtsfaktor 1,0. Damit wird die Anwendung dieser Verfahrensvariante zur Bewertung von Erbbaurechten sachgerecht gewährleistet.

Der Wert des Erbbaurechts ermittelt sich hiernach schematisch in folgenden Schritten:



Absatz 3

In § 193 Absatz 3 i. V. m. Absatz 4 und 5 BewG wird der Ausgangswert (finanzmathematischer Wert des Erbbaurechts im Sinne des § 50 ImmoWertV) bestimmt, der zur Ermittlung des Werts des Erbbaurechts gem. § 193 Absatz 2 BewG grundsätzlich mit einem von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. BauGB abgeleiteten Erbbaurechtsfaktor nach § 22 ImmoWertV zu multiplizieren ist.

Absatz 4

Mit der nach § 193 Absatz 4 über die Restlaufzeit der Erbbaurechts kapitalisierte Differenz aus dem angemessenen Verzinsungsbetrags des Bodenwertes des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Erbbauzins wird der wirtschaftliche Vorteil oder Nachteil des Erbbauberechtigten erfasst, den er dadurch erlangt, dass er für die Nutzung des Grundstücks weniger oder mehr als den vollen Bodenwertverzinsungsbetrag (angemessene Bodenwertverzinsung) leisten muss. Soweit für die Kapitalisierung von den Gutachterausschüssen nach §§ 192 ff. BauGB keine geeigneten Zinssätze vorliegen, sind ersatzweise die in § 193 Absatz 4 Satz 3 BewG bestimmten Zinssätze anzuwenden. Die Höhe der Zinssätze wurde an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Absatz 5

§ 193 Absatz 5 BewG regelt die Ermittlung des auf den Bewertungsstichtag bezogenen Werts des bei Ablauf des Erbbaurechts nicht zu entschädigenden Wertanteils des Gebäudes, der sich gem. § 193 Absatz 3 Satz 2 BewG auf den Wert des Erbbaurechts mindernd auswirkt.

Zu Nummer 14

§ 194

Allgemein

Die Bewertung in Erbbaurechtsfällen wird in Anlehnung an die Regelungen nach §§ 48 ff. ImmoWertV ausgestaltet. Die Verfahrensvariante zur Ermittlung des Werts des Erbbaugrundstücks aus Vergleichspreisen für veräußerte Erbbaugrundstücke im Sinne des § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 ImmoWertV wird aus Praktikabilitätsgründen nicht übernommen.

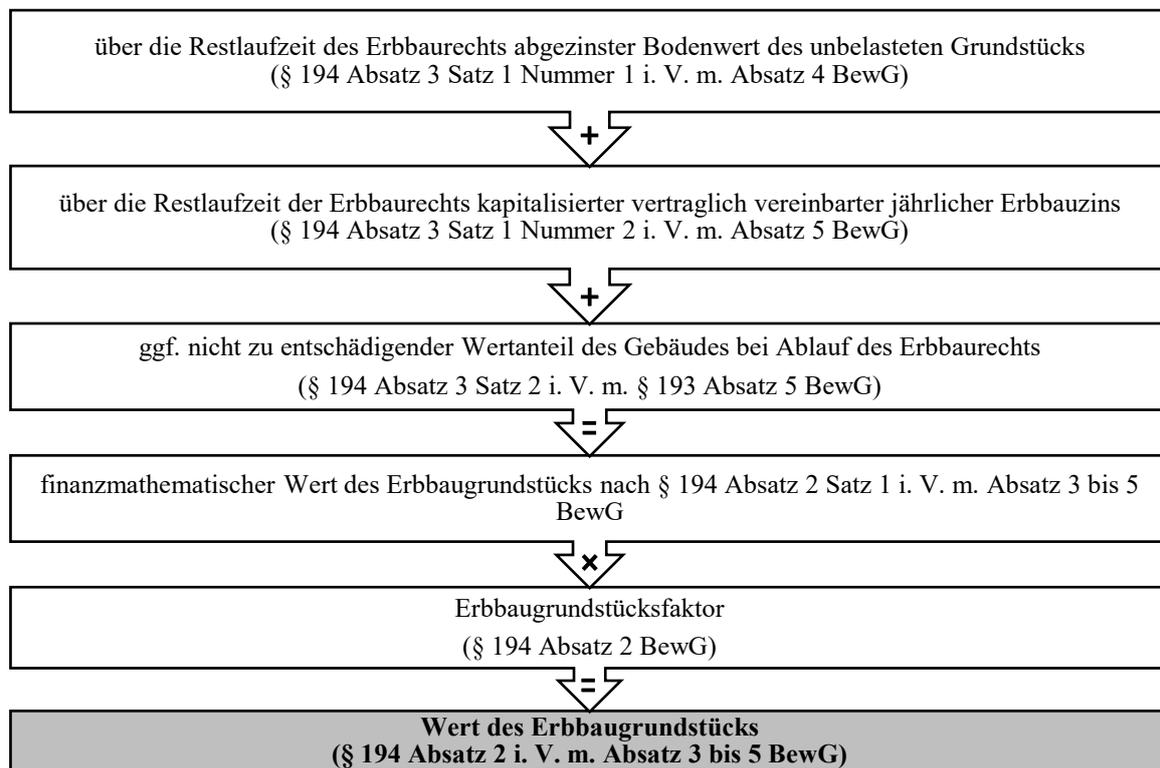
Absatz 1

In § 194 Absatz 1 BewG wird in Anlehnung an § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 ImmoWertV die Ermittlung des Werts des Erbbaugrundstücks durch Multiplikation des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks mit einem von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. BauGB abgeleiteten Erbbaugrundstückskoeffizienten nach § 23 ImmoWertV geregelt. Der Hinweis auf § 177 Absatz 2 und 3 BewG präzisiert die Anwendungsvoraussetzungen für die Erbbaurechtskoeffizienten.

Absatz 2

§ 194 Absatz 2 i. V. m. Absatz 3 bis 5 BewG regelt in Anlehnung an § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. § 52 ImmoWertV die Ermittlung des Werts des Erbbaugrundstücks durch Multiplikation des finanzmathematischen Werts des Erbbaugrundstücks mit einem von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. BauGB abgeleiteten Erbbaugrundstücksfaktor nach § 22 ImmoWertV. Soweit von den Gutachterausschüssen nach Maßgabe des § 177 Absatz 2 und 3 BewG keine geeigneten Erbbaugrundstücksfaktoren zur Verfügung stehen, gilt der Erbbaugrundstücksfaktor 1,0. Damit wird die Anwendung dieser Verfahrensvariante zur Bewertung von Erbbaugrundstücken sachgerecht gewährleistet.

Der Wert des Erbbaugrundstücks ermittelt sich hiernach schematisch in folgenden Schritten:



In § 193 Absatz 5 BewG wird die Ermittlung des auf den Bewertungsstichtag bezogenen Werts des bei Ablauf des Erbbaurechts nicht zu entschädigenden Wertanteils des Gebäudes ermittelt, der sich gem. § 194 Absatz 3 Satz 2 BewG auf den Wert des Erbbaugrundstücks erhöhend auswirkt.

Absatz 3

In § 194 Absatz 3 i. V. m. Absatz 4 und 5 BewG wird der Ausgangswert (finanzmathematischer Wert des Erbbaugrundstücks im Sinne des § 52 ImmoWertV) bestimmt, der zur Ermittlung des Werts des Erbbaugrundstücks gem. § 194 Absatz 2 Satz 1 BewG grundsätzlich mit einem von den Gutachterausschüssen im Sinne der §§ 192 ff. BauGB abgeleiteten Erbbaugrundstücksfaktor nach § 22 ImmoWertV zu multiplizieren ist.

Absatz 4

Nach § 194 Absatz 4 BewG ist der Bodenwert des unbelasteten Grundstücks über die Restlaufzeit des Erbbaurechts auf den Bewertungsstichtag abzuzinsen. Hiermit wird berücksichtigt, dass das Grundstück dem Erbbaupflichtigen erst nach Ablauf des Erbbaurechts wieder zur Verfügung steht. Soweit für die Abzinsung von den Gutachterausschüssen nach §§ 192 ff. BauGB keine geeigneten Zinssätze vorliegen, sind ersatzweise die in § 194 Absatz 4 Satz 3 i. V. m. § 193 Absatz 4 Satz 3 BewG bestimmten Zinssätze anzuwenden. Die Höhe der Zinssätze wurde an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Absatz 5

§ 194 Absatz 5 BewG regelt die Ermittlung des auf den Bewertungsstichtag bezogenen Barwerts der über die Restlaufzeit des Erbbaurechts erhaltenen Erbbauzinsen. Soweit für die Kapitalisierung von den Gutachterausschüssen nach §§ 192 ff. BauGB keine geeigneten Zinssätze vorliegen, sind ersatzweise die in § 194 Absatz 5 Satz 3 i. V. m. § 193 Absatz 4 Satz 3 BewG bestimmten Zinssätze anzuwenden. Die Höhe der Zinssätze wurde an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Zu Nummer 15§ 195*Allgemein*

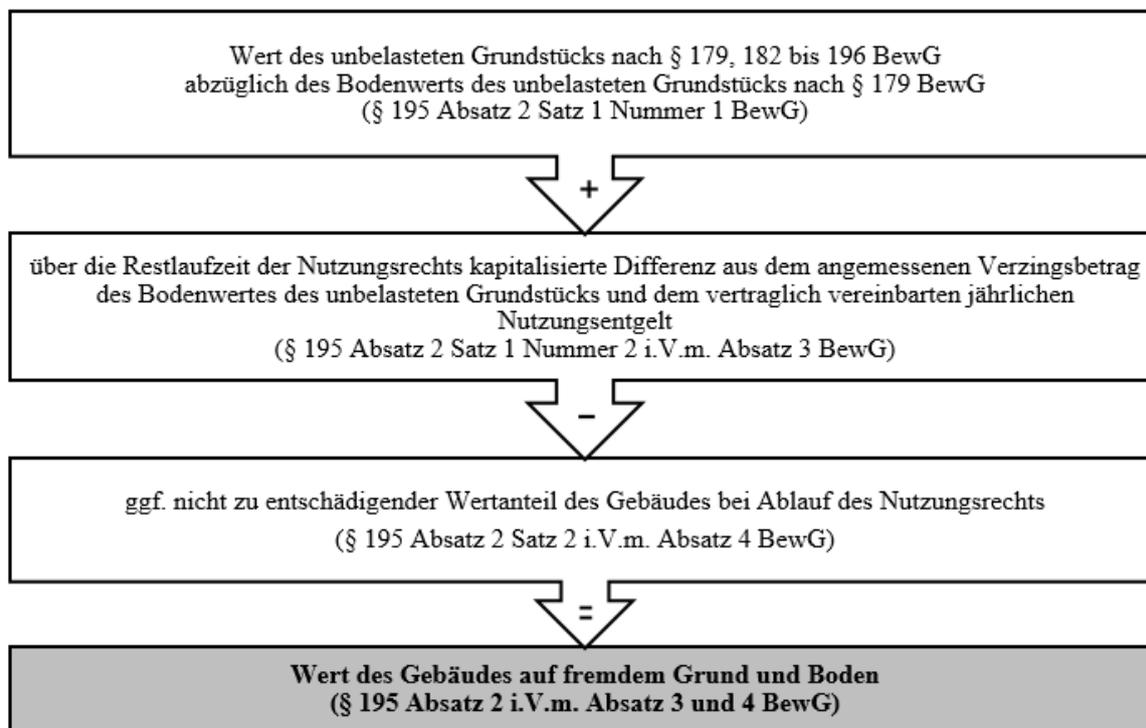
Die Bewertung in Fällen mit Gebäuden auf fremdem Grund und Boden wird analog zu den Erbbaurechtsfällen in Anlehnung an die Regelungen nach §§ 48 ff. ImmoWertV ausgestaltet.

Zu Buchstabe a§ 195 Absatz 1 Satz 1 und 2 – neu –

Die Verweise auf die Regelungen zur Bewertung der wirtschaftlichen Einheit des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden (Doppelbuchstabe aa) und der wirtschaftlichen Einheit des belasteten Grundstücks (Doppelbuchstabe bb) werden an die neue Struktur der Vorschrift angepasst. Analog zu den Erbbaurechtsfällen in § 192 Satz 2 BewG bestimmt § 195 Absatz 1 Satz 2 – neu – BewG (Doppelbuchstabe cc), dass die ermittelten Grundbesitzwerte nicht weniger als 0 Euro betragen dürfen.

Zu Buchstabe b§ 195 Absatz 2 und 3*Absatz 2*

§ 195 Absatz 2 i. V. m. Absatz 3 und 4 BewG bestimmt die Vorgehensweise zur Ermittlung des Werts des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden. Schematisch erfolgt diese Wertermittlung in folgenden Schritten:



Mit der Differenz aus dem Wert des unbelasteten Grundstücks nach den §§ 179, 182 bis 196 BewG und dem Bodenwert des unbelasteten Grundstücks nach § 179 BewG wird der Wertanteil des Gebäudes erfasst.

Mit der über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts kapitalisierten Differenz aus dem angemessenen Verzinsungsbetrag des Bodenwertes des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Nutzungsentgelt wird der wirtschaftliche Vorteil oder Nachteil des Eigentümers des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden

erfasst, den er dadurch erlangt, dass er für die Nutzung des Grundstücks weniger oder mehr als den vollen Bodenwertverzinsungsbetrag (angemessene Bodenwertverzinsung) leisten muss.

Abschließend wird der auf den Bewertungsstichtag bezogene Wert des bei Ablauf des Nutzungsrechts nicht zu entschädigenden Wertanteils des Gebäudes, der sich gemäß § 195 Absatz 2 Satz 2 BewG auf den Wert des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden mindernd auswirkt, erfasst. Ist der Nutzer verpflichtet, das Gebäude bei Ablauf des Nutzungsrechts zu beseitigen, ergibt sich bei Ablauf des Nutzungsrechts kein Gebäudewertanteil mehr.

Absatz 3

Nach § 195 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. Absatz 3 BewG ist der auf den Bewertungsstichtag bezogene Barwert der Differenz aus dem angemessenen Verzinsungsbetrag des Bodenwertes des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Nutzungsentgelt zu ermitteln. Soweit für die Kapitalisierung von den Gutachterausschüssen nach §§ 192 ff. BauGB keine geeigneten Liegenschaftszinssätze vorliegen, sind ersatzweise die in § 193 Absatz 4 Satz 3 BewG bestimmten Zinssätze entsprechend anzuwenden. Die Höhe der Zinssätze wurde an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Zu Buchstabe c

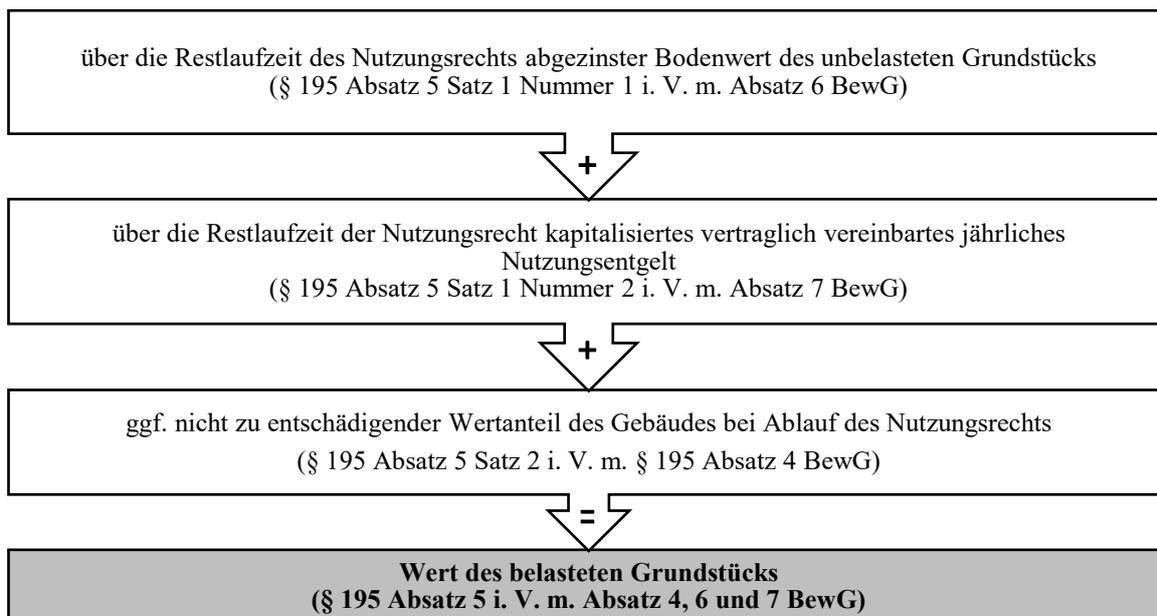
§ 195 Absatz 4 bis 7 – neu –

Absatz 4

§ 195 Absatz 4 BewG regelt die Ermittlung des auf den Bewertungsstichtag bezogenen Werts des bei Ablauf des Nutzungsrechts nicht zu entschädigenden Wertanteils des Gebäudes, der sich gem. § 195 Absatz 2 Satz 2 BewG auf den Wert des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden mindernd und gem. § 195 Absatz 5 Satz 2 BewG auf den Wert des belasteten Grundstücks erhöhend auswirkt. Ist der Nutzer verpflichtet, das Gebäude bei Ablauf des Nutzungsrechts zu beseitigen, ergibt sich bei Ablauf des Nutzungsrechts kein Wertanteil des Gebäudes.

Absatz 5

§ 195 Absatz 5 i. V. m. Absatz 6 und 7 BewG bestimmt die Vorgehensweise zur Ermittlung des Werts des mit dem Nutzungsrecht belasteten Grundstücks. Schematisch erfolgt diese Wertermittlung in folgenden Schritten:



Absatz 6

Nach § 195 Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 i. V. m. Absatz 6 BewG ist der Bodenwert des unbelasteten Grundstücks über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts auf den Bewertungsstichtag abzuzinsen. Hiermit wird berücksichtigt, dass das Grundstück dem Eigentümer des belasteten Grundstücks erst nach Ablauf des Nutzungsrechts wieder

zur Verfügung steht. Soweit für die Abzinsung von den Gutachterausschüssen nach §§ 192 ff. BauGB keine geeigneten Liegenschaftszinssätze vorliegen, sind nach § 195 Absatz 6 Satz 2 i. V. m. Absatz 3 Satz 3 BewG ersatzweise die in § 193 Absatz 4 Satz 3 BewG bestimmten Zinssätze anzuwenden. Die Höhe der Zinssätze wurde an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Absatz 7

§ 195 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. Absatz 7 BewG regelt die Ermittlung des auf den Bewertungsstichtag bezogenen Barwerts der über die Restlaufzeit des Nutzungsrechts erhaltenen Nutzungsentgelte. Soweit für die Kapitalisierung von den Gutachterausschüssen nach §§ 192 ff. BauGB keine geeigneten Liegenschaftszinssätze vorliegen, sind nach § 195 Absatz 7 Satz 2 i. V. m. Absatz 3 Satz 3 BewG ersatzweise die in § 193 Absatz 4 Satz 3 BewG bestimmten Zinssätze anzuwenden. Die Höhe der Zinssätze wurde an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Zu Nummer 16

§ 235 – Überschrift

Der § 235 BewG regelt den Zeitpunkt, zu dem die Verhältnisse eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft maßgebend sind. Im alten Recht wurde der Zeitpunkt als Bewertungsstichtag betitelt. Mit dem Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts wurde der Zeitpunkt als Feststellungszeitpunkt definiert. In § 235 Absatz 1 und 2 wird der Feststellungszeitpunkt definiert. Eine Anpassung der Überschrift ist daher erforderlich.

Zu Nummer 17

§ 265 Absatz 13 – neu – und 14 – neu –

Absatz 13

Bis zur Umsetzung der elektronischen Übermittlung der Feststellungserklärung nach § 153 BewG hat der Erklärungsspflichtige die jeweilige Erklärung wie bisher in Papierform einzureichen und eigenhändig zu unterschreiben.

Absatz 14

Die an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2805) angepassten Vorschriften der Grundbesitzbewertung für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Grunderwerbsteuer sollen für Bewertungsstichtage nach dem 31. Dezember 2022 angewendet werden. Die für die Wertermittlung erforderlichen Daten werden von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte regelmäßig auf den Beginn eines Kalenderjahres ermittelt.

Zu Nummer 18

§ 266 Absatz 4 Satz 1 und 2

Nach § 266 Absatz 4 BewG werden Einheitswertbescheide, Grundsteuermessbescheide und Grundsteuerbescheide nach altem Recht kraft Gesetzes zum 31. Dezember 2024 mit Wirkung für die Zukunft aufgehoben. Nach dem Wortlaut der Vorschrift gilt dies nicht für Bescheide über die Zerlegung des Grundsteuermessbetrags.

In § 266 Absatz 4 BewG wird daher gesetzlich klargestellt, dass auch Bescheide über die Zerlegung des Grundsteuermessbetrags nach bisherigem, zum 31. Dezember 2024 auslaufendem Recht, kraft Gesetzes zum 31. Dezember 2024 mit Wirkung für die Zukunft aufgehoben werden.

Zu Nummer 19

Anlage 15 zum BewG

Die Anlage 15 BewG regelt den Reingewinn, den Pachtpreis und den Wert für das Besatzkapital jeweils in EUR/ha für unterschiedliche Nutzungsarten (Baumartengruppen) und Ertragsklassen. Für die Nutzungsart „übrige Fläche der forstwirtschaftlichen Nutzung“ gibt es kein Besatzkapital, da es sich um Hof- und Wirtschaftsgebäudefläche sowie um Nichtholzbodenfläche handelt. Der Verweis „Anlage 15a“ auf ein Besatzkapital in Spalte 6 ist daher zu streichen.

Zu Nummer 20Anlage 21 zum BewG

Der Klammerzusatz in der Anlage 21 zum BewG wird redaktionell an die Änderungen der Vorschriften der Grundbesitzbewertung infolge der Anpassung an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021 angepasst (siehe Begründung zu Artikel 12: Änderung des Bewertungsgesetzes – allgemein).

Zu Nummer 21Anlage 22 zum BewG**Zu Buchstabe a**

Die Überschrift wird in Anlehnung an die Überschrift zu Anlage 1 der ImmoWertV angepasst. Der Klammerzusatz in der Anlage 22 zum BewG wird redaktionell an die Änderungen der Vorschriften der Grundbesitzbewertung infolge der Anpassung an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021 angepasst (siehe Begründung zu Artikel 12: Änderung des Bewertungsgesetzes – allgemein).

Zu Buchstabe b

Die Gesamtnutzungsdauer für die Gebäudearten „Ein- und Zweifamilienhäuser“, „Mietwohngrundstücke“, „Wohnungseigentum“ sowie „Gemischt genutzte Grundstücke (Wohnhäuser mit Mischnutzung)“ wird entsprechend der Anlage 1 zur ImmoWertV von 70 Jahre auf 80 Jahre erhöht.

Zu Buchstabe c

Analog zur Gebäudeart 10.1 in der Anlage 24 zum BewG werden Kliniken aufgenommen.

Zu Buchstabe d

Der Schrägstrich wird redaktionell durch ein Komma ersetzt.

Zu Buchstabe e

Analog zur Gebäudeart 18.2 in der Anlage 24 zum BewG werden Scheunen aufgenommen.

Zu Nummer 22Anlage 23 zum BewG

Die Anlage 23 zum BewG zu den Bewirtschaftungskosten im Sinne des § 187 Absatz 2 und 3 BewG wird an die Anlage 3 der ImmoWertV angepasst.

Zu Nummer 23Anlage 24 zum BewG

Die Überschrift in der Anlage 24 zum BewG wird an die geänderte Systematik zur Ermittlung des Gebäudesachwerts angepasst. Der Klammerzusatz in der Anlage 24 zum BewG wird redaktionell an die Änderungen der Vorschriften der Grundbesitzbewertung infolge der Anpassung an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021 angepasst (siehe Begründung zu Artikel 12: Änderung des Bewertungsgesetzes – allgemein).

Zu Nummer 24Anlage 25 zum BewG

Die Wertzahlen in der Anlage 25 wurden an das aktuelle Marktniveau angepasst.

Zu Nummer 25**Zu Buchstabe a**Anlage 39 zum BewG – Ziffer I

Anlage 39 (zu § 254 BewG) wird redaktionell geändert. Eine mit dem Grundsteuerreform-Umsetzungsgesetz (BGBl. I 2021 S. 2931) erfolgte, nicht beabsichtigte Änderung der Spaltenüberschrift wird rückgängig gemacht und ein fehlender Bezug zur Fußnote wiederhergestellt.

Zu Buchstabe bAnlage 39 zum BewG – Ziffer II

Mit der Änderung wird für in der Mietniveau-Einstufungsverordnung nicht aufgeführte Gemeinden eine Auffangklausel normiert.

Zu Nummer 26Anlage 43 zum BewG – Zeile 1 Spalte 2

Anlage 43 (zu § 260 BewG) enthält keine gesetzliche Regelung, welche Wertzahl bei einer Ermittlung des Grundsteuerwerts im Sachwertverfahren zugrunde zu legen ist, wenn der Bodenwert mangels vorliegendem Bodenrichtwert nach § 247 Absatz 3 BewG aus den Werten vergleichbarer Flächen abgeleitet wird.

In Anlage 43 (zu § 260 BewG) wird daher klarstellend ergänzt, dass die in der Tabelle angegebenen Wertzahlen zur Ermittlung des Grundsteuerwerts im Sachwertverfahren ebenfalls für einen Bodenwert nach § 247 Absatz 3 BewG (umgerechnet in Euro/m²) zugrunde zu legen sind.

Zu Artikel 13 (Weitere Änderung des Bewertungsgesetzes)§ 256 Absatz 3 Satz 1

§ 256 Absatz 3 Satz 1 BewG verweist zur Verringerung des Liegenschaftszinssatzes bei der Bewertung von Wohnungseigentum unzutreffend auf den in § 256 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BewG geregelten Liegenschaftszinssatz für Ein- und Zweifamilienhäuser. Mit der Änderung wird der Verweis in § 256 Absatz 3 Satz 1 BewG auf den in § 256 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 BewG geregelten Liegenschaftszinssatz für Wohnungseigentum korrigiert.

Zu Artikel 14 (Änderung des Grundsteuergesetzes)**Zu Nummer 1**§ 4 Nummer 6 Satz 1

§ 4 Nummer 6 Satz 1 GrStG verweist zur Definition des Veranlagungszeitpunkts in der derzeitigen Fassung auf § 13 Absatz 1 GrStG. Die Definition des Veranlagungszeitpunkts ergibt sich jedoch aus § 16 Absatz 1 GrStG, § 17 Absatz 3 GrStG und § 18 Absatz 3 GrStG (vgl. § 13 Satz 2 GrStG). Mit der Änderung wird der Verweis korrigiert.

Zu Nummer 2**Zu Buchstabe a**§ 15 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2

Die derzeitige Formulierung in § 15 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 GrStG könnte dahingehend missverstanden werden, dass die Ermäßigung der Steuermesszahl nur dann gewährt wird, wenn während des gesamten Hauptveranlagungszeitraums die Voraussetzungen des § 15 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 GrStG vorliegen. Die Ermäßigung soll allerdings auch dann für einzelne Erhebungszeiträume gewährt werden, wenn hierfür die Voraussetzungen zu Beginn des jeweiligen Erhebungszeitraums innerhalb des Hauptveranlagungszeitraums vorliegen. Die Gewährung der Ermäßigung für einzelne Erhebungszeiträume wird im neuen Absatz 6 geregelt.

Zu Buchstabe b**Zu Doppelbuchstabe aa**§ 15 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3

Mit der Änderung wird erreicht, dass die Ermäßigung der Steuermesszahl auch solchen Genossenschaften oder Vereinen gewährt wird, deren Tätigkeit sich nicht ausschließlich auf die in § 5 Absatz 1 Nummer 10 Buchstabe a und b KStG beschriebenen Tätigkeiten beschränkt, etwa, weil sie einen partiell steuerpflichtigen Bereich im Rahmen der steuerunschädlichen 10 Prozent- oder 20 Prozent-Einnahmengrenze haben (§ 5 Absatz 1 Nummer 10 Satz 2 und 3 KStG) oder ihre Wohnungen an Nicht-Mitglieder vermieten. Es wird ebenfalls klargestellt, dass nur für Grundbesitz die ermäßigte Steuermesszahl gewährt wird, soweit dieser der begünstigten Tätigkeit zuzuordnen ist. Zur Klarstellung, dass sowohl Genossenschaften als auch Vereine nach § 5 Absatz 1 Nummer 10 KStG von

der Körperschaftsteuer befreit sein müssen, um die ermäßigte Steuermesszahl zu erhalten, wird die Formulierung redaktionell angepasst.

Zu Doppelbuchstabe bb

§ 15 Absatz 4 Satz 2 – aufgehoben – und 3 – aufgehoben –

Die Regelungen des § 15 Absatz 4 Satz 2 und 3 GrStG werden allgemein gültig für die Absätze 2 bis 5 im neuen Absatz 6 geregelt und sind daher in Absatz 4 entbehrlich.

Zu Buchstabe c

§ 15 Absatz 6 – neu –

Der neue § 15 Absatz 6 GrStG regelt für die Ermäßigung der Steuermesszahl allgemein gültig, dass diese zunächst für jeden Erhebungszeitraum innerhalb des Hauptveranlagungszeitraums gewährt werden, wenn die jeweiligen Voraussetzungen am Hauptveranlagungszeitpunkt vorliegen. Treten die Voraussetzungen erst im Laufe des Hauptveranlagungszeitraums ein, erfolgt auf Antrag des Steuerpflichtigen eine entsprechende Ermäßigung der Steuermesszahl für die Erhebungszeiträume, zu deren Beginn die Voraussetzungen erfüllt sind. Der Steuermessbetrag wird zu Beginn desjenigen Kalenderjahres neu veranlagt, auf dessen Beginn die Voraussetzungen erstmalig vorliegen (vgl. § 17 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 GrStG). Entfallen die Voraussetzungen, hat dies der Steuerpflichtige nach § 19 Absatz 2 GrStG anzuzeigen. Es erfolgt eine Neuveranlagung des Steuermessbetrags ohne entsprechende Ermäßigung nach § 17 Absatz 2 Nummer 1 GrStG ab dem Beginn des auf den Wegfall der Voraussetzungen folgenden Kalenderjahres (vgl. § 17 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 GrStG) oder in den Fällen des § 21 GrStG eine Änderung des Steuermessbetrags zum Hauptveranlagungszeitpunkt. In Absatz 6 Satz 4 wird klargestellt, dass der Antrag auf Ermäßigung der Steuermesszahl nach den Absätzen 2 bis 5 durch eine entsprechende Angabe in der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts nach § 228 Absatz 1 BewG erfolgen kann.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

§ 19 Absatz 1 Satz 1

§ 19 GrStG enthält eine umfassende Anzeigepflicht auch für Fälle, in denen eine Änderung der Nutzung oder der Eigentumsverhältnisse keine Auswirkung auf eine bestehende Steuerfreiheit hat. Mit der Änderung wird die Anzeigepflicht dergestalt eingeschränkt, dass Änderungen (nur) anzeigepflichtig sind, wenn diese zu einer Änderung oder einem Wegfall der Steuerbefreiung führen kann.

Zu Buchstabe b

§ 19 Absatz 3 – neu –

Mit der Änderung wird eine zu § 228 Absatz 5 BewG analoge Regelung in das Grundsteuergesetz aufgenommen, wonach es sich bei Anzeigen nach § 19 Absatz 1 und 2 GrStG um Steuererklärungen im Sinne der Abgabenordnung handelt.

Zu Nummer 4

§ 33 Absatz 1 Satz 3

§ 33 Absatz 1 Satz 3 verweist auf § 236 Absatz 3 Satz 1 und 2 BewG für die Grundsätze zur Ermittlung des tatsächlichen Reinertrags eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft. Diese Grundsätze ergeben sich jedoch aus § 236 Absatz 2 Satz 1 und 2 BewG. Mit der Änderung wird der Verweis korrigiert.

Zu Artikel 15 (Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

§ 6 Absatz 3 Satz 4

Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur. Mit der Ergänzung wird klargestellt, dass es um den Übergang „des Grundstücks“ von einer Gesamthand, die nicht nach § 1a KStG optiert hat, auf eine Gesamthand, die nach

§ 1a KStG optiert hat, geht. In der bisherigen Formulierung sind die Wörter „das Grundstück“ nicht enthalten. Der Satz ist bisher grammatikalisch ungenau und nur unter Bezugnahme auf § 6 Absatz 1 GrEStG verständlich.

Zu Buchstabe b

§ 6 Absatz 3 Satz 5 – neu –

§ 6 Absatz 3 GrEStG enthält – anders als § 5 Absatz 3 Satz 3 GrEStG – keine Regelung über eine nachträgliche Ausübung der Option nach § 1a KStG durch die erwerbende Gesamthand. Somit liegt in einer nachträglichen Optionsausübung nach derzeitiger Rechtslage keine Verletzung der Nachbehaltensfrist. Dieser Fall ist allerdings nicht anders zu behandeln als eine Übertragung auf eine Gesamthand, die bereits optiert hat. Die Ergänzung in § 6 Absatz 3 Satz 5 – neu – GrEStG ist daher notwendig.

Zu Nummer 2

§ 19 Absatz 7 – neu –

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 986) wurde die Nachbehaltensfrist in den §§ 5 und 6 GrEStG von fünf auf zehn Jahre verlängert.

Die Verletzung der Nachbehaltensfrist der §§ 5 und 6 GrEStG ist nach § 19 Absatz 2 Nummer 4 GrEStG dem Finanzamt anzuzeigen. Auf Grund der Verlängerung der Nachbehaltensfrist auf zehn Jahre ist eine Verlängerung der Festsetzungsfrist erforderlich.

Die Festsetzungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem das in § 19 Absatz 4 Satz 1 GrEStG genannte Finanzamt von der anzeigepflichtigen Änderung im Gesellschafterbestand einer Gesamthand Kenntnis erlangt. Sie beginnt spätestens zehn Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die anzeigepflichtige Änderung eingetreten ist. Hierdurch soll in Anlehnung an die in § 170 Absatz 6 und 7 AO enthaltenen Anlaufhemmungen in den Fällen, in denen eine Anzeige nach § 19 Absatz 2 Nummer 4 GrEStG nicht erfolgt, sowohl der Steuergerechtigkeit, als auch der Rechtssicherheit Rechnung getragen werden.

Zu Artikel 16 (Weitere Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes)

Zu Nummer 1

§ 5 Absatz 3 Satz 1

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 986) wurden die Fristen im Grunderwerbsteuergesetz generell von fünf auf zehn Jahre verlängert. Auf Grund eines fehlerhaften Änderungsbefehls ist die Verlängerung in § 5 Absatz 3 Satz 1 GrEStG nicht umgesetzt worden. Der Fehler wird mit der Änderung berichtigt.

Zu Nummer 2

§ 23 Absatz 18 und 24

Die Änderungen in § 23 Absatz 18 und 24 GrEStG sind Folgeänderungen. § 23 Absatz 18 und 24 GrEStG regelt das Inkrafttreten der mit dem Gesetz zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 986) enthaltenen Änderungen zum 1. Juli 2021. Der Verweis in § 23 Absatz 18 und 24 GrEStG auf § 5 Absatz 3 GrEStG wird geändert in § 5 Absatz 3 Satz 1 GrEStG.

Zu Artikel 17 (Änderung des Steueroasen-Abwehrgesetzes)

Zu Nummer 1

§ 10 – Allgemein

§ 10 wird neu gefasst und neu gegliedert, um die Übersichtlichkeit der Norm zu erhöhen und die Anwendbarkeit in der Praxis zu erleichtern. Der neue Absatz 1 enthält nun die Regelungen zur Begründung einer beschränkten Steuerpflicht. Der neue Absatz 2 enthält die Verweise auf die im Falle des Bestehens einer beschränkten Steuerpflicht entsprechend anzuwendenden Vorschriften.

§ 10 Absatz 1 Satz 1

Durch § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 StAbwG wird eine beschränkte Steuerpflicht bei Vermietung und Verpachtung oder der Veräußerung eines in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragenen Rechts neu eingeführt, soweit der Gläubiger der Vergütung in einem nichtkooperativen Steuerhoheitsgebiet im Sinne des § 2 StAbwG ansässig ist. In § 10 Satz 1 Nummer 1 bis 4 StAbwG werden Klarstellungen vorgenommen.

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Satz 2 – neu – StAbwG stellt nunmehr sicher, dass globalverwahrte Inhaberschuldverschreibungen und ähnliche Schuldtitel dann nicht Gegenstand des Steuerabzugs auf Grund des § 10 StAbwG sind, wenn diese an einer anerkannten Börse im Sinne des § 138 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe b Satz 2 der Abgabenordnung handelbar sind.

Schon nach der bisher geltenden Fassung des neuen Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 ist ein Steuerabzug in diesen Fällen in der Regel nicht vorzunehmen, da es dem Vergütungsschuldner – dem Emittenten der Inhaberschuldverschreibung – regelmäßig unmöglich ist, festzustellen, ob der Empfänger der Vergütung in einem nichtkooperativen Steuerhoheitsgebiet ansässig ist. Bei globalverwahrten Inhaberschuldverschreibungen hat der Emittent der Schuldverschreibung keine Kenntnis darüber, an wen die Leistung aus der Inhaberschuldverschreibung erfolgt.

Denn die Emittenten begeben die Inhaberschuldverschreibung regelmäßig als Globalurkunde, die bei einer zentralen Verwahrstelle – etwa Clearstream – hinterlegt wird. Der Emittent kennt dabei nur die ursprünglichen Erwerber der Inhaberschuldverschreibung, die bereits im Moment der Zuteilung die Inhaberschuldverschreibung weiter veräußern können. Der Emittent kann somit schon bei Valutierung der Inhaberschuldverschreibung nicht mehr feststellen, wer Inhaber der Anleihe ist. Auch weitere Veräußerungsvorgänge der Inhaberschuldverschreibung werden dem Emittenten nicht bekannt. Auch die Verwahrstelle, die das Clearing vornimmt, erlangt nur Kenntnis davon, bei welchem Teilnehmer am Clearing-System die Inhaberschuldverschreibungen gehalten werden, nicht aber wer Eigentümer der Inhaberschuldverschreibung ist. Teilnehmer an dem Clearing-System sind die depotführenden Stellen.

Zahlungen aus dem in der Inhaberschuldverschreibung verbrieften Schuldversprechen werden von der Hauptzahlstelle bei dem Emittenten abgerufen und dem Clearing-System zur Verfügung gestellt. Das Clearing-System stellt die Mittel den teilnehmenden depotführenden Stellen zur Verfügung, erlangt dabei aber keine Kenntnis von den jeweiligen Inhabern der Schuldverschreibungen. Die depotführenden Stellen schütten die Beträge an direkte Kunden – sofern diese Inhaber der Schuldverschreibungen sind – aus oder geben diese in eine weitere Verwahrkette, bei der jede Ebene nur Informationen über die unmittelbar angrenzende Ebene und ebenfalls nicht über die Person erhält, die Inhaber der Schuldverschreibung ist.

Für den Emittenten besteht auf Grund dieser Unkenntnis regelmäßig kein Grund, Zweifel über das Bestehen der Voraussetzungen einer Steuerabzugsverpflichtung zu haben, die Voraussetzung für eine Abführung der Steuer nach § 10 StAbwG sind, wenn keine positive Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die eine Steuerabzugsverpflichtung begründen, vorliegen. Bei Vorliegen von Zweifeln wäre der Emittent zum Steuerabzug nach § 10 StAbwG in Verbindung mit § 50a EStG verpflichtet.

Gleichzeitig würde die Annahme einer Steuerabzugsverpflichtung aus § 10 StAbwG in allen Fällen, in denen der Emittent den Empfänger der Zahlung aus dem in der Schuldverschreibung verbrieften Schuldversprechen nicht kennt, zu einer paradoxen Situation führen. Der Emittent müsste sogar bei unbeschränkt steuerpflichtigen Empfängern der Leistung – in Unkenntnis der tatsächlichen Umstände – die Steuer nach § 10 StAbwG einbehalten. Zugleich müsste in der Regel die depotführende Stelle auf Grund der Verpflichtung aus § 20 Absatz 1 Nummer 7, in Verbindung mit § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe a und § 44 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa EStG die Kapitalertragsteuer einbehalten. Dieser doppelte Steuerabzug auf zwei Ebenen der Zahlungskette auf Grund der Unkenntnis vom Empfänger der Zahlung beim Emittenten war durch die Einführung des § 10 StAbwG nicht beabsichtigt.

Um sicherzustellen, dass im Fall der Inhaberschuldverschreibungen, die durch eine Globalurkunde verbrieft und im Rahmen der Girosammelverwahrung bei einem Zentralverwahrer verwahrt werden und vergleichbaren Schuldtiteln keine Abzugsverpflichtung besteht, wurde die Regelung ausdrücklich in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Satz 2 – neu – aufgenommen. Die Vergleichbarkeit bezieht sich dabei sowohl auf die Vergleichbarkeit des

Schuldtitels selbst als auch auf die Vergleichbarkeit der Verwahrung. Insbesondere sind auch elektronische Inhaberschuldverschreibungen in Sammeleintragung im Sinne des § 8 Absatz 1 Nummer 1 eWpG erfasst. Durch die Beschränkung auf an anerkannten Börsen im Sinne des § 138 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe b Satz 2 der Abgabenordnung handelbare Inhaberschuldverschreibungen wird sichergestellt, dass nur tatsächlich im Sinne der vorgenannten Erläuterungen fungible Schuldtitel von der Regelung umfasst werden.

Daneben wird mit dem neu eingefügten Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Satz 2 implizit klargestellt, dass § 10 auf Staatsanleihen keine Anwendung findet.

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 StAbwG stellt klar, dass von der Norm „Versicherungs- und Rückversicherungsprämien“ erfasst sind. Die bisherige Gesetzesformulierung „der Versicherungs- oder Rückversicherungsleistung“ bezieht sich nach einer dem Gesetzeszweck folgenden Auslegung schon nur auf Versicherungs- oder Rückversicherungsprämien, da nur in diesen Fällen die Gefahr besteht, dass Steuersubstrat aus Deutschland in nichtkooperative Steuerhoheitsgebiete verlagert wird. Denn nur die von den Versicherungsnehmern zu zahlenden Prämien führen zu einem potentiellen Gewinn bei den Versicherungsunternehmen, nicht aber die Zahlungen einer Versicherung im Schadensfall. Zahlungen im Schadensfall gleichen beim Empfänger dieser Zahlung einen entstandenen Schaden aus und führen in aller Regel nicht zu einer Verlagerung von Steuersubstrat, was durch das Steueroasen-Abwehrgesetz unattraktiv gemacht werden soll. Die Gefahr einer Verlagerung besteht demnach nur bei Versicherungs- und Rückversicherungsprämien.

Die bisherige offene und streitanfällige Formulierung in der alten Fassung des Satzes 1 Nummer 2 „Versicherungs- oder Rückversicherungsleistung“ wird klargestellt und damit Rechtssicherheit geschaffen.

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Satz 2 StAbwG stellt klar, dass Nutzungsüberlassungen keine Dienstleistungen im Sinne dieser Norm sind. Nutzungsüberlassungen sind dabei die Vermietung und Verpachtung im privaten und gewerblichen Bereich. Hierunter fallen insbesondere die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden, Gebäudeteilen (wie einzelne Räume), aber auch Gegenstände, die nicht den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen.

Der Begriff der Dienstleistung ist weder im Steueroasen-Abwehrgesetz, noch im übrigen Ertragsteuerrecht gesetzlich definiert und im jeweiligen Kontext der Einzelnorm auszulegen. Der Dienstleistungsbegriff ist entwicklungs offen und daher gesetzlich schwerlich abschließend zu fassen. Ein wesentliches Element einer Dienstleistung ist aber, dass sie keine Warenproduktion darstellt. Ein typisches Merkmal von Dienstleistungen ist dabei die Gleichzeitigkeit von Produktion und Verbrauch. Weiter stellt eine Tätigkeit des Leistungserbringers regelmäßig den wesentlichen Inhalt der Erbringung einer Dienstleistung dar. Bei einem reinen Überlassungsvorgang – wie den gegenständlichen Nutzungsüberlassungen – fehlt es regelmäßig an dem Element der Erbringung einer Tätigkeit des Leistungserbringers, vielmehr steht das bloße Zurverfügungstellen im Vordergrund. Mithin handelt es sich bei Nutzungsüberlassungen nicht um die Erbringung einer Dienstleistung. In Fällen, in denen die Nutzungsüberlassung in einem einheitlichen gemischten Vertrag zusammen mit Dienstleistungen erfolgt, unterliegt grundsätzlich der gesamte Vorgang dem Steuerabzug. Bei der Bestimmung der Höhe des Steuerabzugs sind die Vergütungsanteile den einzelnen Bestandteilen zuzuordnen. Wenn die Vergütung bei einem gemischten Vertrag nicht zugeordnet werden kann oder die vorgenommene Zuordnung unangemessen ist, ist die Vergütung anhand eines angemessenen Maßstabs aufzuteilen. Die Vergütung unterliegt der beschränkten Steuerpflicht nach § 10 StAbwG nur in dem Umfang, in dem sie für die Erbringung einer Dienstleistung gezahlt wird.

Der Ausschluss der Nutzungsüberlassung aus dem Dienstleistungsbegriff wird ins Gesetz aufgenommen und damit Rechtsklarheit geschaffen.

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4

Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 verweist nunmehr auf den Dienstleistungsbegriff des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 und nimmt damit auch den klarstellend aufgenommenen Ausschluss der Nutzungsüberlassungen mit auf.

§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5

Der bisher in § 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f und Nummer 6 EStG geregelte Besteuerungsanspruch bei der Vermietung und Verpachtung oder der Veräußerung eines in ein inländisches öffentliches Buch oder Register

eingetragenen Rechts (beispielsweise Patentrechte, Markenrechte, Sortenrechte) wird in § 10 StAbwG überführt und damit auf Fallkonstellationen beschränkt, in denen der Vergütungsgläubiger in einem nichtkooperativen Steuerhoheitsgebiet im Sinne des § 2 StAbwG ansässig ist.

Nichtkooperative Steuerhoheitsgebiete im Sinne des § 2 StAbwG halten die international anerkannten Standards im Steuerbereich nicht ein und erleichtern damit Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und unfairen Steuerwettbewerb. Dadurch werden das deutsche Steueraufkommen und die Steuergerechtigkeit gefährdet. Gerade bei hochmobilen Wirtschaftsgütern besteht eine besondere Gefahr, dass diese in Steuerhoheitsgebieten im Sinne des § 2 StAbwG verlagert werden und durch die Verlagerung ein ungerechtfertigter Steuervorteil erzielt werden soll. Rechte sind auf Grund ihrer Immaterialität und der geringen praktischen Voraussetzungen ohne besonderen Aufwand in nichtkooperative Steuerhoheitsgebiete verlagerbar. Dem Zweck des Steueroasen-Abwehrgesetzes folgend, dass Personen und Unternehmen durch gezielt materiell-steuerrechtliche Maßnahmen davon abgehalten werden sollen, Geschäftsvorgänge zu natürlichen und juristischen Personen in diesen Steuerhoheitsgebieten aufrechtzuerhalten oder aufzunehmen, ist es angezeigt, die Registeranknüpfung bei Sitz des Empfängers von Zahlungen aus der Überlassung eines in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragenen Rechts für die Zukunft aufrechtzuerhalten. Dadurch wird die Verlagerung von Rechten, die einen Inlandsbezug in Form einer Registereintragung aufweisen, in diese Steuerhoheitsgebiete unattraktiv gemacht und ein Anreiz dafür gesetzt, die Rechte in kooperative Steuerhoheitsgebiete (zurück) zu verlagern. Damit wird auch der Druck auf die nichtkooperativen Steuerhoheitsgebiete erhöht, international anerkannte Standards im Steuerbereich zu befolgen.

Mit der Aufnahme der Registeranknüpfung bei Rechten in den Katalog des § 10 Absatz 1 Satz 1 StAbwG werden auch die Bemühungen der Europäischen Union zur Bekämpfung von unfairem Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung gestärkt. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union zur EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke (sog. „Schwarze Liste“) sowie den seitdem in diesem Zusammenhang durch die Gruppe Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung) verhandelten und vom Rat gebilligten Maßnahmen wird die Quellensteuermaßnahme in Form der Registerfallbesteuerung gegenüber nichtkooperativen Steuerhoheitsgebieten aufrechterhalten. Damit wird der europäische Binnenmarkt gestärkt und der unfaire Steuerwettbewerb bekämpft.

§ 10 Absatz 1 Satz 2

Absatz 1 Satz 2 fasst den letzten Halbsatz des vormaligen Satzes 1 auf Grund der Änderungen im Katalog der Einkünfte dieses Satzes neu. Durch die Aufnahme der beschränkten Steuerpflicht für die Vermietung und Verpachtung oder die Veräußerung von in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragenen Rechten ist die Einschränkung, dass Einkünfte nur vorliegen, soweit die diesen Einkünften entsprechenden Aufwendungen oder Werbungskosten bei einem anderen, unbeschränkt Steuerpflichtigen ungeachtet des § 8 Satz 1 StAbwG im Rahmen einer inländischen Veranlagung berücksichtigt werden können, auf den Katalog der Einkünfte nach Satz 1 Nummer 1 bis 4 zu beschränken. Bei Einkünften im Sinne des Satzes 1 Nummer 5 liegen regelmäßig keine Betriebsausgaben oder Werbungskosten bei einem im Inland unbeschränkt Steuerpflichtigen vor, da die Norm neben der Registereintragung keinen weiteren Inlandsbezug voraussetzt. Um die Besteuerung in diesen Fällen sicherzustellen, ist Satz 2 nicht auf Satz 1 Nummer 5 anzuwenden. Damit wird abgesichert, dass der vormalig in § 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f und Nummer 6 EStG geregelte Besteuerungsanspruch umfänglich gegenüber nichtkooperativen Steuerhoheitsgebieten aufrechterhalten wird.

Weiterhin wird der Satzteil „eines anderen unbeschränkt Steuerpflichtigen ungeachtet des § 8 Satz 1 StAbwG bei dessen Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer berücksichtigt ungeachtet der Wahl der Gewinnermittlungsart werden können.“ neu gefasst. Inhaltlich ergeben sich durch die sprachliche Überarbeitung keine Änderungen. Die Hinzufügung „ungeachtet der Wahl der Gewinnermittlungsart“ stellt nunmehr klar, dass die Anwendung der Norm nicht von der vom Unternehmen im konkreten Fall gewählten Gewinnermittlungsart abhängig ist. Damit wird insbesondere gesetzlich klargestellt, dass die Wahl einer Gewinnermittlung nach § 5a EStG und die damit verbundene pauschale Besteuerung nach der Tonnage nicht dazu führt, dass die Voraussetzungen des Satzes 2 nicht erfüllt sind. Dies galt schon vorher im Wege der Auslegung und wird nun gesetzlich klargestellt.

§ 10 Absatz 2 Satz 1

§ 10 Absatz 2 Satz 1 StAbwG – neu – stellt den vormalig in § 10 Satz 3 StAbwG enthaltenen Verweis auf § 50a EStG klar und ordnet nunmehr die Anwendung des Absatzes 1, des Absatzes 2 Satz 1 und 2, sowie der Absätze 3 bis 5 explizit an. Die nicht von diesem Verweis erfassten Regelungen des § 50a EStG sind nicht anzuwenden.

Der bisherige Gesetzeswortlaut schloss explizit nur die Anwendung der Absätze 6 und 7 des § 50a EStG aus. Im Übrigen wurde § 50a EStG für entsprechend anwendbar erklärt.

Der Globalverweis einer entsprechenden Anwendung des § 50a Absatz 1 bis 5 EStG diene dazu, das Steuerabzugsverfahren des § 50a EStG auf den § 10 StAbwG zu übertragen. Eine entsprechende Anwendung setzt jedoch voraus, dass die anzuwendende Norm dem Sinn und Zweck nach auch auf die gegenständliche Situation des § 10 StAbwG anwendbar ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn einzelne Regelungen des § 50a EStG selbst auf andere Teilregelungen innerhalb des Regelungskomplexes des § 50a EStG verweisen. In diesen Fällen ist zu prüfen, ob nach dem Sinn und Zweck der Norm eine Anwendung im Rahmen des § 10 StAbwG in Betracht kommt.

Hiernach ist § 50a Absatz 2 Satz 3 EStG schon gegenwärtig nicht in Fällen des § 10 StAbwG anzuwenden. Denn § 50a Absatz 2 Satz 3 EStG bezieht sich nur auf solche Vergütungen, die für Tätigkeiten im Sinne des § 50a Absatz 1 Nummer 1 EStG ausgeübt werden. Dies sind Einkünfte, die durch im Inland ausgeübte künstlerische, sportliche, artistische, unterhaltende oder ähnliche Darbietungen erzielt werden, einschließlich der Einkünfte aus anderen mit diesen Leistungen zusammenhängenden Leistungen, unabhängig davon, wem die Einkünfte zufließen (§ 49 Absatz 1 Nummer 2 bis 4 und 9 EStG), es sei denn, es handelt sich um Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die bereits dem Steuerabzug vom Arbeitslohn nach § 38 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EStG unterliegen. Diese Einkünfte sind nicht mit den in § 10 Absatz 1 Satz 1 – neu – StAbwG (§ 10 Satz 1 StAbwG a.F.) aufgezählten Einkünften vergleichbar, sodass eine entsprechende Anwendung des § 50a Absatz 2 Satz 3 EStG dem Gesetzeszweck nach ausscheidet.

Für die übrigen im Wege der Klarstellung nun explizit für anwendbar erklärten Normen ist zu beachten, dass diese nur soweit anwendbar sind, wie sich dies aus dem Sinn und Zweck des Steueroasen-Abweggesetzes ergibt. § 10 Absatz 2 Satz 1 StAbwG ist nicht als Rechtsfolgenverweisung zu verstehen, sondern ist nur insoweit anzuwenden, als die Normen unter Berücksichtigung des Sinn und Zwecks des Steueroasen-Abweggesetzes und unter hinzutreten der im jeweiligen Kontext anzuwendenden weiteren Voraussetzungen der Norm auf die verwiesen wird, anwendbar sind.

Zu Nummer 2

§ 13 Absatz 1a – neu –

§ 10 StAbwG in der geänderten Fassung ist erstmals ab dem 1. Januar 2022 anzuwenden. Mit der Anwendung zu diesem Datum ist sichergestellt, dass die klarstellenden Änderungen des § 10 StAbwG ab dem ersten Tag der Anwendbarkeit dieser Regelung anzuwenden sind und Rechtsunsicherheit während des gesamten Anwendungszeitraums vermieden wird. Weiter ist sichergestellt, dass Vergütungen für Drittlizenzen bei Geschäftsbeziehungen zu Steuerhoheitsgebieten im Sinne des § 2 StAbwG während dem gesamten Anwendungszeitraum des § 10 StAbwG weiterhin steuerpflichtig sind und die Steuerpflicht für bei Registerfällen für Zuflüsse von Vergütungen nach dem 31. Dezember 2022 bestehen bleibt.

Zu Artikel 18 (Änderung der Abgabenordnung)

Zu Nummer 1

§ 30 Absatz 4 Nummer 2d – neu –

Mit der neuen Nummer 2d des § 30 Absatz 4 AO wird klargestellt, unter welchen Voraussetzungen Landesfinanzbehörden (und gemäß § 1 Absatz 2 AO auch Gemeinden) Steuerakten an Landes- und Kommunalarchive abgeben dürfen.

Zu Nummer 2

§ 31a Absatz 1 Satz 2 – neu –

§ 31a Absatz 1 AO gestattet die Offenbarung dem Steuergeheimnis (§ 30 AO) unterliegender Daten, soweit dies zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung, der rechtswidrigen Arbeitnehmerüberlassung oder des Leistungsmissbrauchs erforderlich ist. Im Zusammenhang mit auf Grund der Covid19-Pandemie zu Unrecht erlangten Leistungen aus öffentlichen Mitteln ist umstritten, ob die Finanzbehörden nach § 30 AO geschützte Daten nur den Bewilligungsstellen als Verwaltungsbehörden zwecks Rückforderung mitteilen dürfen oder auch den für die Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens zuständigen Stellen zwecks straf- oder bußgeldrechtlicher Verfolgung und Ahndung wegen einer zu Unrecht erlangten Leistung aus öffentlichen Mitteln.

Die für die Bewilligung der Leistung aus öffentlichen Mitteln zuständige Stelle (Bewilligungsstelle) darf die ihr von einer Finanzbehörde nach § 31a Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb oder Nummer 2 AO mitgeteilten Daten nach § 30 Absatz 11 Satz 1 AO nur zu dem Zweck speichern, verändern, nutzen oder übermitteln, zu dem sie ihr offenbart wurden. Außerdem gilt für bei der Bewilligungsstelle tätige Amtsträger das verlängerte Steuergeheimnis (§ 30 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe c AO).

Im neuen Satz 2 des § 31a Absatz 1 AO wird im Interesse der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit ausdrücklich geregelt, dass die Finanzbehörden in den Fällen von Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb oder Nummer 2 nach § 30 AO geschützte Daten auch für die Durchführung eines Strafverfahrens wegen einer zu Unrecht erlangten Leistung aus öffentlichen Mitteln offenbaren dürfen. Eine Offenbarung zur Durchführung eines Bußgeldverfahrens wird mit der Regelung hingegen nicht zugelassen.

Diese unmittelbare Offenbarung ermöglicht es, dass den für die Durchführung eines Strafverfahrens zuständigen Stellen auch solche, für das Strafverfahren relevante Daten offenbart werden dürfen, die – aus welchem Grund auch immer – nur bei den Finanzbehörden, nicht aber bei den Bewilligungsstellen vorliegen. Daher ist die Neuregelung in Satz 2 gegenüber einer bloßen Ermächtigung der Bewilligungsstellen, die ihnen von den Finanzbehörden nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb oder Nummer 2 mitgeteilten Daten an die für die Durchführung eines Strafverfahrens zuständigen Stellen übermitteln zu dürfen, vorzugswürdig.

Die Offenbarung nach dem neuen Satz 2 erfolgt allerdings nicht von Amts wegen, sondern nur nach einem entsprechenden Ersuchen der für das jeweilige Strafverfahren zuständigen Stelle.

Zu Nummer 3

§ 32i Absatz 5 Satz 2

Für Klageverfahren nach § 32i Absatz 2 AO ist nach § 32i Absatz 5 Satz 2 AO das Finanzgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die beklagte Finanzbehörde ihren Sitz oder der beklagte Auftragsverarbeiter seinen Sitz hat. Das zum Land Niedersachsen gehörende Finanzamt Wesermünde hat seinen Sitz allerdings im Land Bremen, sodass für solche Klagen bislang das Finanzgericht Bremen zuständig ist.

Befindet sich der Sitz einer Finanzbehörde außerhalb ihres Bezirks, so richtet sich die örtliche Zuständigkeit des Finanzgerichts nach § 38 Absatz 3 FGO abweichend von § 38 Absatz 1 FGO nach der Lage des Bezirks, nicht nach dem Sitz der Finanzbehörde. Diese Regelung soll künftig nicht nur Klageverfahren nach der FGO, sondern auch für Klageverfahren nach § 32i Absatz 2 AO gelten. Dies liegt im Interesse der Kläger, der Finanzverwaltung und der Finanzgerichtsbarkeit.

Zu Nummer 4

§ 89a Absatz 7 Satz 9

Auf Grund eines Redaktionsversehens verweist § 89a Absatz 7 Satz 9 AO bisher auf Absatz 1 Satz 4 und 6. Die Gebührenregelung in Absatz 7 Satz 9 zielt darauf, in Fällen, in denen gegebenenfalls mehrere Personen zusammen ein Vorabverständigungsverfahren betreiben (müssen), nur eine Gebühr entstehen zu lassen. Entsprechend geht der Verweis auf Absatz 1 Satz 6, nach dem ein Empfangsbevollmächtigter bestellt werden kann, ins Leere. Richtigerweise muss auf Absatz 1 Satz 7 verwiesen werden, nach dem im Rahmen von Steuerabzugsverfahren auch zum Steuerabzug verpflichtete Personen Anträge auf die Einleitung eines Vorabverständigungsverfahrens stellen können.

Zu Nummer 5

§ 122 Absatz 5 Satz 2 und Satz 4 – neu –

Nach § 122 Absatz 5 AO können Steuerverwaltungsakte nach Maßgabe des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) zugestellt werden. Die öffentliche Zustellung erfolgt gemäß § 122 Absatz 5 Satz 2 AO i. V. m. § 10 Absatz 2 VwZG durch Bekanntmachung einer Benachrichtigung an der Stelle, die von der Behörde hierfür allgemein bestimmt ist, oder durch Veröffentlichung einer Benachrichtigung im Bundesanzeiger.

Durch die Änderung des § 122 Absatz 5 AO wird klargestellt, dass die Finanzbehörden Steuerverwaltungsakte auch durch Bekanntmachung einer Benachrichtigung auf einer Internetseite der Finanzverwaltung oder in ihrem elektronischen Portal öffentlich zustellen können. In diesem Fall kann die Anordnung und der Vermerk über die

Dokumentation nach § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 5 VwZG zur Vermeidung eines Medienbruchs elektronisch erfolgen. Diese Daten müssen revisionssicher gespeichert werden und den handelnden Amtsträger eindeutig bezeichnen; eine qualifizierte elektronische Signatur ist dabei aber nicht erforderlich.

Zu Nummer 6

Zu Buchstabe a

§ 139b Absatz 3a – neu – (Speicherung der IBAN für die Auszahlung öffentlicher Leistungen)

Um einen künftigen Anstieg des CO₂-Preises zu kompensieren und die Akzeptanz des Marktsystems zu gewährleisten, sieht auch der Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode die Entwicklung eines sozialen Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus (Klimageld) vor.

Bislang sind Strukturen für eine unbürokratische und zugleich missbrauchssichere Auskehrung öffentlicher Mittel an alle Bürgerinnen und Bürger bzw. an große Teilgruppen nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Ein solcher Auszahlungsweg wäre insbesondere bei verschiedenen Gelegenheiten sinnvoll gewesen, etwa bei der Auszahlung der Energiepreispauschale oder auch im Kontext der Hochwasserkatastrophe 2021. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund beschlossen, die Voraussetzungen für eine missbrauchssicheren Auskehrung öffentlicher Mittel über die steuerliche Identifikationsnummer (IdNr) nach § 139b AO zu entwickeln, um in Zukunft einen einfachen und unbürokratischen missbrauchssicheren Zahlungsweg zu ermöglichen. Anknüpfungspunkt ist die IdNr-Datenbank, in der alle in Deutschland mit erstem Wohnsitz gemeldeten Personen enthalten sind.

In einem ersten Schritt werden hierfür die bislang nicht in der IdNr-Datenbank enthaltenen Kontonummern (IBAN und gegebenenfalls BIC) über die gesetzlichen Änderungen erhoben, gespeichert, verarbeitet, übermittelt und genutzt werden dürfen.

Andere Lösungsmöglichkeiten (wie etwa die Auskehrung z. B. über die Ausgabe von Verrechnungsschecks) würden zu erheblichen bürokratischen Belastungen führen und wären ungleich missbrauchsanfälliger.

Die Speicherung der jeweils zuletzt übermittelten IBAN und gegebenenfalls des BIC einer Kontoverbindung zu den Daten zur Identifikationsnummer nach § 139b AO ist Grundvoraussetzung für die Auszahlung der in Absatz 4c genannten Ansprüche durch Überweisung. Dies ermöglicht eine unbürokratische und wenig missbrauchsanfällige Leistung.

Vergleiche im Weiteren auch die Einzelbegründungen der nachfolgenden Buchstaben b, c und e.

Zu Buchstabe b

§ 139b Absatz 4c – neu – (Speicherung der IBAN für die Auszahlung öffentlicher Leistungen)

Der neue Absatz 4c definiert trennscharf und abschließend die Zwecke der Speicherung der IBAN und gegebenenfalls des BIC in der IdNr-Datenbank und wird damit dem Grundsatz der Zweckbindung gerecht. Zu den hier genannten Leistungen aus öffentlichen Mitteln gehört insbesondere das Klimageld.

Zu Buchstabe c

§ 139b Absatz 5 Satz 1 und 2 neu – neu – (Speicherung der IBAN für die Auszahlung öffentlicher Leistungen)

Der geänderte Satz 1 sowie der neue Satz 2 verfolgen das Ziel, die Verarbeitung der Daten (insbesondere der IBAN) nur für die unbare Auszahlung öffentlicher Leistungen zu ermöglichen. Eine darüber hinausgehende Verarbeitung ist gesetzlich nicht zulässig. Dies gilt auch für eine Beschlagnahme der Daten. Vor diesem Hintergrund ist beispielsweise auch eine Nutzung der Daten zur Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen unzulässig.

Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden die Sätze 3 und 4.

Zu Buchstabe d

§ 139b Absatz 7 Satz 3 – neu – bis 6 – neu – (Anfrageverfahren der Meldebehörden beim BZSt)

Die Meldebehörde kann bei der Anmeldung einer Person, der nach eigenen Angaben noch keine Identifikationsnummer (IdNr) nach § 139b AO zugeteilt wurde (z. B. bei erstmaligem Zuzug aus dem Ausland), derzeit nicht prüfen, ob dieser Person aus anderem Anlass doch bereits eine Identifikationsnummer vom Bundeszentralamt für Steuern zugeteilt worden ist. Es meldet die Daten dieser Person daher dem Bundeszentralamt für Steuern zur

erstmaligen Vergabe einer IdNr. Im Bundeszentralamt für Steuern erfolgt dann zur Qualitätssicherung eine maschinelle Ähnlichkeitssuche, um zu gewährleisten, dass jeder Person nur eine Identifikationsnummer zugeordnet wird.

Bislang stellt das Bundeszentralamt für Steuern bei Anwendung dieser Ähnlichkeitssuche in einer Vielzahl von Fällen fest, dass zu den übermittelten Daten der Person bereits eine IdNr gespeichert ist, und teilt dies der zuständigen Meldebehörde mit. Die Meldebehörde muss dann prüfen, ob es sich statt des vermeintlichen erstmaligen Zuzugs aus dem Ausland um einen Wiederzuzug handelt und der betroffenen Person bereits eine IdNr zugeteilt wurde.

Nach der Neuregelung sollen die Meldebehörden künftig schon vor der ersten Datenlieferung an das Bundeszentralamt für Steuern durch ein Maschinelles Abrufverfahren (MAV) prüfen können, ob der fraglichen Person – anders als angegeben – doch bereits früher eine IdNr zugeteilt worden ist. Dies optimiert das IdNr-Verfahren, so dass ein und derselben Person dann nur einmalig eine IdNr zugeteilt wird.

Zu Buchstabe e

§ 139b Absatz 10 bis 13 – neu – (Speicherung der IBAN für die Auszahlung öffentlicher Leistungen)

Absatz 10 – neu –

Mit dem neu eingefügten Absatz 10 werden sowohl Verwaltungskontakte der Bürgerinnen und Bürger auf das Notwendige reduziert als auch Verwaltungsressourcen gespart, indem für Kinder unter 18 Jahren, für die Kindergeld festgesetzt und nicht nach § 74 Absatz 1 Satz 4 oder Absatz 2 EStG an eine abweigungsberechtigte Stelle oder andere Dritte ausgezahlt wird, die IBAN und gegebenenfalls der BIC der verwendeten Kontoverbindungen (einschließlich späterer Änderungen) an die IdNr-Datenbank beim Bundeszentralamt für Steuern geliefert werden. Die Datenlieferung nach Absatz 10 Satz 1 ist möglich, weil die hierfür mitteilungspflichtige Stelle (Familienkasse) über aktuelle und zutreffende IBAN und gegebenenfalls den BIC verfügt und es bei dem Berechtigtenkreis keine Kollisionen geben dürfte, die verwaltungsseitig aufzulösen wären.

Außerdem können volljährige natürliche Personen nach Absatz 10 Satz 2 über bestehende Kommunikationskanäle zwischen den Kreditinstituten und dem Bundeszentralamt für Steuern die für Auszahlungen benötigte IBAN und gegebenenfalls den BIC mitteilen. Die Kreditinstitute haben zu diesem Zweck ein geeignetes Verfahren bereitzustellen.

Wurde dem Bundeszentralamt für Steuern für eine natürliche Person mehrfach eine Kontoverbindung mitgeteilt, ist die zuletzt übermittelte Kontoverbindung zu speichern.

Änderungen bereits mitgeteilter Kontoverbindungen sind dem Bundeszentralamt für Steuern nach Satz 3 unter Angabe der in § 139b Absatz 3 Nummer 1 und 8 AO genannten Daten umgehend mitzuteilen. Für Familienkassen gilt dies allerdings nur, wenn ihr die Änderung der Kontoverbindung vor Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes bekannt geworden ist. Den Umstand, dass das 18. Lebensjahr vollendet wird, teilt die Familienkasse dem Bundeszentralamt für Steuern nicht mit. Eine Aufhebung der Kindergeldfestsetzung vor Vollendung des 18. Lebensjahres teilt die Familienkasse dem Bundeszentralamt für Steuern mit. In diesen Fällen gilt Satz 2.

Weitergehende Rechte der betroffenen Person nach der Datenschutz-Grundverordnung gelten darüber hinaus unmittelbar (vgl. § 2a Absatz 3 AO).

Den Zeitpunkt der Initialdatenlieferung soll nach Absatz 13 das Bundesministerium der Finanzen bestimmen.

Absatz 11 – neu –

Nach Absatz 11 sind die in Absatz 10 genannten Daten dem Bundeszentralamt für Steuern elektronisch nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz (§ 87b Absatz 1 AO) über die amtlich bestimmte Schnittstelle (§ 87b Absatz 2 AO) zu übermitteln. Daher gelten hierbei auch die datenschutzrechtlichen Anforderungen des § 87a Absatz 6 und des § 93c AO.

Absatz 12 – neu –

Nach Absatz 12 übermittelt das Bundeszentralamt für Steuern den für die Auszahlung der in Absatz 4c genannten Ansprüche zuständigen Stellen die erforderlichen Daten durch automationsgestützten Abgleich oder stellt sie zum

Abruf durch Datenfernübertragung bereit und ermöglicht so die Auskehrung von Zahlungen in einem bürokratiearmen Verfahren.

Absatz 13 – neu –

Absatz 13 enthält Anwendungsbestimmungen für Datenübermittlungen nach Absatz 10.

Nach Satz 1 hat die nach Absatz 10 Satz 1 und 2 mitteilungspflichtigen Stelle (Familienkasse) die maßgebliche IBAN und gegebenenfalls den BIC erstmals zu einem vom Bundesministerium der Finanzen noch zu bestimmen und im Bundesgesetzblatt bekanntzumachenden Zeitpunkt an das Bundeszentralamt zu übermitteln (Initialdatenlieferung).

Wird Kindergeld erstmals nach dem vom Bundesministerium der Finanzen bestimmten Zeitpunkt ausgezahlt, gilt nach Satz 2 die Regelung in Satz 1 entsprechend.

Datenübermittlungen über das kontoführende Kreditinstitut (Absatz 10 Satz 2) können nach Satz 3 ebenfalls erstmals ab dem vom Bundesministerium der Finanzen nach Satz 1 bestimmten Zeitpunkt erfolgen.

Zu Nummer 7

§ 150 Absatz 7 Satz 2

Der Schaffung der Deklarationsfiktion in § 150 Absatz 7 Satz 2 AO im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1679) lag die Annahme zugrunde, dass alle Daten eines Steuerpflichtigen, die von einem Dritten nach Maßgabe des § 93c AO elektronisch an die Finanzbehörden übermittelt werden (sogenannte „eDaten“), auch „kennziffergenau“ mit der Steuererklärung abgeglichen und bei unterlassener Deklaration im Rahmen der Steuerfestsetzung von Amts wegen vollständig automationsgestützt berücksichtigt werden können (z. B. Daten aus der Lohnsteuerbescheinigung oder der Rentenbezugsmitteilung). Solche Daten werden dem Steuerpflichtigen auch im Verfahren Elster vor Erklärungsabgabe zum Abruf bereitgestellt und können dann in die elektronische Steuererklärung übertragen werden. Nur derartige Eintragungen sollten durch die gesetzliche Deklarationsfiktion entbehrlich werden.

Mittlerweile werden zunehmend aber auch solche Daten von Dritten elektronisch nach Maßgabe des § 93c AO an die Finanzverwaltung übermittelt, die im Erklärungsformular nicht „verkennziffert“ abgefragt werden. In Betracht kommen zum Beispiel Daten, die zur Vermeidung von Steuerausfällen nach §§ 13 bis 15 der Mitteilungsverordnung – MV – an die Finanzverwaltung übermittelt werden müssen. Ab 2025 gilt die elektronische Mitteilungspflicht nach Maßgabe des § 93c AO für alle nach der MV den Finanzbehörden mitzuteilenden Daten. Solche Daten werden nicht „kennziffergenau“ und eigenständig in der Steuererklärung abgefragt, sondern werden bei Ermittlung des Gewinns, der Überschusseinkünfte oder anderer Besteuerungsgrundlagen untergeordnet berücksichtigt. Sie können daher weder automationsgestützt abgeglichen noch bei unterlassener Deklaration automationsgestützt beigestellt werden. Dies hat nicht nur zusätzlichen Verwaltungsaufwand zur Folge, sondern kann auch zu Steuerausfällen führen. Außerdem stellt sich die Frage, inwieweit eine Steuerverkürzung vorliegt, wenn der Steuerpflichtige die Deklaration solcher Daten unterlassen hat.

Der Anwendungsbereich des § 150 Absatz 7 Satz 2 AO soll daher auf solche elektronisch den Finanzbehörden von Dritten übermittelten Daten beschränkt werden, die im amtlichen Steuererklärungsformular ausdrücklich als „e-Daten“ im Sinne des § 150 Absatz 7 Satz 2 AO gekennzeichnet sind oder bei nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung übermittelten Steuererklärungen (elektronische Steuererklärungen) für den Belegabruf (Vorausgefüllte Steuererklärung) bereitgestellt werden. Die amtlichen Einkommensteuererklärungsformulare enthalten seit dem Veranlagungszeitraum 2019 derartige Kennzeichnungen (vgl. das Infoblatt eDaten unter www.formulare-bfinv.de/ffw/resources/A317BE2A4CE23EDC85DE/form/Infoblatt_E_Daten.pdf). Die deutlich erkennbare Kennzeichnung vermittelt den Steuerpflichtigen Rechtssicherheit und dient zugleich der Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Zeilen oder Bereiche der Erklärung, die als eDaten gekennzeichnet sind, sind nur auszufüllen, wenn dem Steuerpflichtigen bekannt ist, dass diese Daten bislang nicht an die Finanzverwaltung übermittelt wurden, oder wenn der Steuerpflichtige die an die Finanzverwaltung übermittelten Daten für unzutreffend hält. Zeilen oder Bereiche der Erklärung, die nicht als eDaten gekennzeichnet sind, sind hingegen wie bisher auszufüllen, soweit diese Angaben jeweils von Bedeutung sind. Da bei der elektronischen Steuererklärung durch den angebotenen Belegabruf (Vorausgefüllte Steuererklärung) keine Kennzeichnung von eDaten erfolgt, kann der Steuerpflichtige durch den Umfang der zum Datenabruf bereitgestellten eDaten erkennen, welche Datenfelder er weiterhin auszufüllen hat.

Zu Nummer 8§ 162 Absatz 4a Satz 1

Der Verweis auf die Gesetzesbezeichnung des StAbwG ist im derzeit geltenden § 162 Absatz 4a Satz 1 AO nicht korrekt. Die korrekte Gesetzesbezeichnung lautet „Gesetz zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairem Steuerwettbewerb“. Die Änderung korrigiert die unrichtige Bezeichnung.

Zu Nummer 9**Zu Buchstabe a**§ 188 Absatz 1 Satz 1

Die Ergänzung in Satz 1 ermöglicht im Sinne des Onlinezugangsgesetzes eine elektronische Bekanntgabe des Zerlegungsbescheides nach Maßgabe des § 122a AO. Die Neuregelung soll ab dem Tag nach Verkündung des Gesetzes gelten.

Zu Buchstabe b§ 188 Absatz 1 Satz 2 – neu –

Im Gleichklang zu § 184 Absatz 3 Satz 2 AO wird gesetzlich geregelt, dass nicht nur die Inhalte des Steuermessbescheids, sondern auch die Bescheide über die Zerlegung des Steuermessbetrags den Gemeinden ausschließlich elektronisch zum Datenabruf bereitgestellt werden. Der neugefasste Artikel 97 § 35 EGAO enthält hierzu besondere Anwendungsregelungen.

Zu Nummer 10§ 191 Absatz 1 Satz 3

Das „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“ (OZG) verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Im Hinblick auf die angestrebte weitere Digitalisierung der Verwaltungsverfahren sollen darüber hinaus die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen für die Änderung des schriftlichen Verwaltungsverfahrens auf ein elektronisches Verwaltungsverfahren vorgenommen werden.

Zu Nummer 11§ 224 Absatz 2 Nummer 3

Mit SEPA, dem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum, wurden auch in Deutschland neue, europaweit einheitliche Verfahren für den bargeldlosen Zahlungsverkehr (Überweisungen, Lastschriften, Kartenzahlungen) eingeführt. Sie sind seit 2014 für Euro-Zahlungen in den EU-Staaten, Island, Liechtenstein, Norwegen sowie Monaco, der Schweiz, San Marino, Andorra, dem Staat Vatikanstadt und dem Vereinigten Königreich nutzbar.

§ 224 Absatz 2 Nummer 3 AO wurde bereits bisher auf SEPA-Lastschriftmandate angewandt. Mit der Änderung der Vorschrift wird der Einführung von SEPA im Interesse der Rechtsklarheit durch Ersetzung des Wortes „Einzugsermächtigung“ durch das Wort „SEPA-Lastschriftmandat“ Rechnung getragen.

Zu Nummer 12**Zu Buchstabe a**§ 229 Absatz 1 Satz 3 – neu –

Die Zahlungsverjährungsfrist beginnt nach § 229 Absatz 1 Satz 1 AO mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Anspruch erstmals fällig geworden ist. Nach § 229 Absatz 1 Satz 2 AO in der bislang geltenden Fassung beginnt sie jedoch nicht vor Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Festsetzung eines Anspruchs aus dem Steuerschuldverhältnis, ihre Aufhebung, Änderung oder Berichtigung nach § 129 AO wirksam geworden ist, aus der sich der Anspruch ergibt; eine Steueranmeldung steht einer Steuerfestsetzung gleich.

Bislang wird weitgehend die Auffassung vertreten, dass § 229 Absatz 1 Satz 2 AO ungeachtet seines Wortlautes nur für so genannte Fälligkeitssteuern gilt. Das sind solche Steuern, bei denen der Anspruch nach dem Gesetz

schon fällig wird, bevor die Steuer angemeldet oder festgesetzt worden ist, die Steueranmeldung oder Steuerfestsetzung aber erst die Voraussetzung für die Durchsetzung des Zahlungsanspruchs (vgl. § 218 Absatz 1 AO) schafft. Mit dem neuen Satz 3 wird nunmehr in Abgrenzung zum im Übrigen weitgehend unveränderten Satz 2 eindeutig bestimmt, dass die Zahlungsverjährungsfrist des gesamten Anspruchs aus dem Steuerschuldverhältnis im Fall der Aufhebung, Änderung oder Berichtigung der Festsetzung oder Anmeldung des Anspruchs erst mit Ablauf des Kalenderjahrs beginnt, in dem die Aufhebung, Änderung oder Berichtigung wirksam geworden ist. Dies dient der Sicherung des Steueraufkommens und der Steuergerechtigkeit.

Zu Buchstabe b

§ 229 Absatz 2

Ein Haftungsbescheid kann auch ohne gleichzeitiges Leistungsgebot ergehen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn für den der Haftung zugrundeliegenden Steueranspruch der Ablauf der Festsetzungsfrist droht und vom Haftenden aber noch keine Zahlung verlangt werden kann, weil die gebotene vorherige Inanspruchnahme des Steuerschuldners bislang nicht erfolglos abgeschlossen ist. In solchen Fällen wird der festgesetzte Haftungsanspruch mangels Zahlungsaufforderung noch nicht fällig. Die Zahlungsverjährungsfrist beginnt in diesen Fällen derzeit mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Haftungsbescheid wirksam geworden ist (§ 229 Absatz 2 AO).

Zur Sicherung des Steueraufkommens und zur Wahrung der Steuergerechtigkeit soll in Absatz 2 bestimmt werden, dass die Verjährung in den vorgenannten Fällen künftig erst mit Ablauf des Kalenderjahrs beginnt, in dem die Zahlungsaufforderung nachgeholt worden ist, spätestens aber fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Haftungsbescheid durch Bekanntgabe (§§ 122 und 122a AO) wirksam geworden ist. Die Neuregelung erspart es den Finanzbehörden außerdem, die Zahlungsverjährungsfrist gegenüber dem Haftungsschuldner mit einer Maßnahme nach § 231 AO zu unterbrechen, um das Erlöschen des Haftungsanspruchs zu vermeiden.

Zu Nummer 13

Zu Buchstabe a

§ 230 Absatz 1

§ 230 AO regelt, wann die Zahlungsverjährungsfrist gehemmt ist. Bislang ist dies nur der Fall, solange der Anspruch aus dem Steuerschuldverhältnis wegen höherer Gewalt innerhalb der letzten sechs Monate der Verjährungsfrist nicht verfolgt werden kann. Diese Regelung soll künftig ohne inhaltliche Änderung Absatz 1 sein.

Zu Buchstabe b

§ 230 Absatz 2 – neu –

In einem neuen Absatz 2 soll bestimmt werden, dass die Zahlungsverjährung auch gehemmt ist, solange die Festsetzungsfrist des Anspruchs aus dem Steuerschuldverhältnis noch nicht abgelaufen ist. Damit wird verhindert, dass ein anhängiges Steuerfestsetzungs- oder Rechtsbehelfsverfahren durch zwischenzeitliches Erlöschen des Anspruchs mit Eintritt der Zahlungsverjährung ohne Sachentscheidung beendet wird. Betroffen sind aber auch solche Fälle, in denen mangels betragsmäßiger Auswirkung auf die Höhe der festzusetzenden Steuer nur die – verfahrensrechtlich eigenständige und nur der Zahlungsverjährung unterliegende – Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen zu ändern ist. Die Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist nach § 171 Absatz 14 AO ist dabei nicht anzuwenden, da sie ihrerseits den Ablauf der Festsetzungsfrist an den Ablauf der Zahlungsverjährungsfrist anknüpft.

Zu Nummer 14

§ 249 Absatz 3 Satz 2 – neu –

Seit dem 1. Januar 2022 dürfen Vollstreckungsbehörden zur Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen Auskunfts- und Unterstützungsersuchen nach § 757a ZPO bei der Polizei stellen, ob von dem Schuldner eine Gefahr für Leib oder Leben des Vollstreckungsbeamten ausgeht, bei dem vollstreckt werden soll (§ 249 Absatz 3 AO, eingefügt durch Artikel 4 Absatz 7 Nummer 2 des Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes von Gerichtsvollziehern vor Gewalt sowie zur Änderung weiterer zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes vom 7. Mai 2021, BGBl. I S. 850). Nach § 757a Absatz 5 ZPO ist ein Schuldner über die Durchführung des Auskunfts- und Unterstützungsersuchens unverzüglich nach Erledigung der Vollstreckungsmaßnahme zu unterrichten.

Als Pflichtgläubiger treten Finanzbehörden – anders als Gerichtsvollzieher – mit einem Schuldner nicht selten regelmäßig in Kontakt, da bestimmte Steuern (z. B. Umsatzsteuer-Vorauszahlungen) monatlich fällig werden. Nach § 757a Absatz 5 ZPO muss der Schuldner aber über die Durchführung einer Auskunft- und Unterstützungsersuchens der Vollstreckungsbehörde nach § 757a ZPO unterrichtet werden. In diesem Fall ist aber zu befürchten, dass der Vollstreckungsschuldner bei weiteren Vollstreckungsaufträgen unkooperativ und aggressiv gegenüber dem Vollziehungsbeamten auftritt, weil er über seine Einschätzung als „gefährliche Person“ informiert wurde. Insbesondere in Fällen von Vollstreckungsmaßnahmen gegen Vollstreckungsschuldner in der sogenannten Reichsbürgerszene könnte dies zur Gefährdung von Vollziehungsbeamten führen.

Daher soll in § 249 Absatz 3 AO bestimmt werden, dass die Unterrichtungspflicht nach § 757a Absatz 5 AO bei der Vollstreckung nach der Abgabenordnung nicht anzuwenden ist. In diesem Fall überwiegen die Interessen der Finanzbehörden, die in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen, die Interessen der Vollstreckungsschuldner, weshalb auch eine Information der betroffenen Person nach Artikel 14 der Datenschutz-Grundverordnung sowie eine Auskunft nach Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung unterbleiben muss (vgl. § 32b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a und § 32c Absatz 1 Nummer 1 AO).

Zu Nummer 15

§ 251 Absatz 3

Das „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“ (OZG) verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Im Hinblick auf die angestrebte weitere Digitalisierung der Verwaltungsverfahren sollen darüber hinaus die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen für die Änderung des schriftlichen Verwaltungsverfahrens auf ein elektronisches Verwaltungsverfahren vorgenommen werden.

Derzeit ist die Insolvenzforderung durch schriftlichen Verwaltungsakt festzustellen. Im Hinblick auf eine zukünftig nicht auszuschließende Umstellung des schriftlichen Verwaltungsverfahrens auf ein komplettes elektronisches Verwaltungsverfahren ist die Anpassung erforderlich. Dadurch wird mit dem Tag des Inkrafttretens auch die Feststellung der Insolvenzforderung durch elektronischen Verwaltungsakt ermöglicht.

Zu Nummer 16

§ 371 Absatz 3 Satz 1

Mit dem Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2415) wurde u. a. § 371 Absatz 3 AO im Zusammenhang mit der Verschärfung der Voraussetzungen für eine straffbefreiende Selbstanzeige geändert. Die Erlangung der Straffreiheit setzt u. a. voraus, dass der die Selbstanzeige Erstattende neben den zu seinen Gunsten hinterzogenen Steuern die Hinterziehungszinsen nach § 235 AO vollständig und fristgerecht entrichtet. Seit vollständiger Anwendbarkeit des Zollkodex der Union zum 1. Mai 2016 entstehen bei der Hinterziehung von Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben Verzugszinsen nach Artikel 114 des Zollkodex der Union. Nationales Recht wird insoweit durch das unmittelbar geltende Unionsrecht überlagert. Die Entrichtung der Verzugszinsen nach Artikel 114 Zollkodex der Union ist bislang keine Voraussetzung für eine Straffreiheit bei einer Selbstanzeige. Die Entrichtung der Verzugszinsen nach Artikel 114 Zollkodex der Union soll ergänzend zu den Hinterziehungszinsen nach § 235 AO Voraussetzung für eine Straffreiheit werden.

Zu Nummer 17

§ 398a Absatz 1 Nummer 1

Mit dem Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2415) wurde u. a. § 398 Absatz 1 Nummer 1 AO im Zusammenhang mit der Verschärfung der Voraussetzungen für ein Absehen von der Verfolgung in besonderen Fällen geändert. Das Absehen von der Verfolgung setzt u. a. voraus, dass der an der Tat Beteiligte neben den aus der Tat zu seinen Gunsten hinterzogenen Steuern die Hinterziehungszinsen nach § 235 AO vollständig und fristgerecht entrichtet. Seit vollständiger Anwendbarkeit des Zollkodex der Union zum 1. Mai 2016 entstehen bei der Hinterziehung von Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben Verzugszinsen nach Artikel 114 des Zollkodex der Union. Nationales Recht wird insoweit durch das unmittelbar geltende Unionsrecht überlagert. Die Entrichtung der Verzugszinsen nach Artikel 114 Zollkodex der Union ist bislang keine Voraussetzung für ein Absehen von der Verfolgung in besonderen Fällen. Die

Entrichtung der Verzugszinsen nach Artikel 114 Zollkodex der Union soll ergänzend zu den Hinterziehungszinsen nach § 235 AO Voraussetzung für ein Absehen von der Verfolgung in besonderen Fällen werden.

Zu Artikel 19 (Weitere Änderung der Abgabenordnung)

Zu Nummer 1

§ 139b Absatz 7 Satz 2

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. § 139b Absatz 6 Satz 4 der AO wurde durch Artikel 17 Nummer 20 Buchstabe c des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541) aufgehoben, der bisherige Satz 5 der Vorschrift wurde dadurch zu Satz 4. Die versehentlich unterbliebene Anpassung der Verweisung in § 139b Absatz 7 Satz 2 AO ist nachzuholen.

Zu Nummer 2

§ 139b Absatz 8

Im Rahmen des Registermodernisierungsgesetzes (RegMoG) vom 28. März 2021, (BGBl. I S. 591) wurden dem § 139b Absatz 3 und 6 AO folgende neu zu speichernden Daten hinzugefügt: „Staatsangehörigkeiten“ und „Datum des letzten Verwaltungskontakts (Monat, Jahr)“. Eine Anpassung der Verweisung in § 139b Absatz 8 AO an den um die neuen Nummern 11 und 12 ergänzten Absatz 6 der Vorschrift erfolgte dabei jedoch versehentlich nicht. Dies wird durch die Änderung nachgeholt. Durch die Änderung wird gewährleistet, dass die Meldebehörden dem Bundeszentralamt für Steuern auch Änderungen zur „Staatsangehörigkeit“ und zum „Datum des letzten Verwaltungskontakts (Monat, Jahr)“ melden. Gleichzeitig wird durch den neuen Satz 2 klargestellt, dass das Datum „Datum des letzten Verwaltungskontakts (Monat, Jahr)“ bei Verwaltungskontakten mit anderen Behörden als den Meldebehörden nur von der Registermodernisierungsbehörde an das Bundeszentralamt für Steuern übermittelt wird.

Zu Artikel 20 (Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung)

Zu Nummer 1

Artikel 97 § 8 Absatz 6

Dem Artikel 97 § 8 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (EGAO) war zweimal ein neuer Absatz 5 angefügt worden, zunächst durch Artikel 6 des Grundsteuer-Reformgesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794) – allerdings erst mit Wirkung ab 1. Januar 2022 – und danach durch Artikel 29 Nummer 1 des Jahressteuergesetzes 2020 vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) – bereits mit Wirkung ab 29. Dezember 2020. Der zuletzt in Kraft getretene Absatz 5 soll zur Vermeidung von Missverständnissen ohne inhaltliche Änderung zum neuen Absatz 6 werden.

Zu Nummer 2

Artikel 97 § 10a Absatz 5 – neu –

Der neue Absatz 5 bestimmt, dass die Neuregelung in § 150 Absatz 7 Satz 2 AO nur auf Steuererklärungen anzuwenden ist, die ab Inkrafttreten dieser Rechtsänderung abgegeben werden.

Zu Nummer 3

Artikel 97 § 14 Absatz 6 – neu –

Der neue Absatz 6 bestimmt, dass die Neuregelungen in den §§ 229 und 230 AO für alle am Tag der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes noch nicht abgelaufenen Verjährungsfristen gelten. Dies ist bei Änderungen der steuerlichen Verjährungsregelungen üblich und verfassungsrechtlich unproblematisch.

Zu Nummer 4

Artikel 97 § 18b – neu –

Der neue § 18b bestimmt in Anlehnung an den Grundsatz des § 17 Absatz 1 Satz 1 GVG, der nach § 70 FGO auch im finanzgerichtlichen Verfahren anzuwenden ist, dass die Neuregelung in § 32i Absatz 5 Satz 2 zweiter Halbsatz AO nur für nach ihrem Inkrafttreten anhängig gewordenen Klageverfahren gilt.

Zu Nummer 5Artikel 97 § 35

Die Änderung der Überschrift ist eine Folge der Ausweitung des Anwendungsbereichs der Vorschrift.

Entsprechend der bereits bestehenden Anwendungsregelung zu § 184 Absatz 3 Satz 2 AO soll nach dem neugefassten Satz 1 auch die Neuregelung in § 188 Absatz 1 Satz 2 – neu – AO (Bekanntgabe der Bescheide über die Zerlegung des Steuermessbetrages an Gemeinden nur durch Bereitstellung zum Datenabruf) erstmals für Realsteuern des Jahres 2025 maßgeblich sein.

Da für Zwecke der Grundsteuer bereits ab dem 1. Juli 2022 Grundsteuermessbeträge festgesetzt werden und damit zusammenhängende Zerlegungsbescheide für die Grundsteuer des Jahres 2025 ergehen können, ist nicht sichergestellt, dass in allen vier Länderverfahren ein elektronischer Datenabruf den Gemeinden bereits zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden kann. Satz 2 bestimmt daher, dass für Zwecke der Grundsteuer die Pflicht zum Datenabruf durch die Gemeinden erst Anwendung findet, wenn die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den elektronischen Abruf erfüllt sind, spätestens jedoch zum 1. Januar 2025.

Zu Artikel 21 (Weitere Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung)§ 5a – neu –

Nach Satz 1 des neuen § 5a ist § 139b Absatz 8 AO in der durch Artikel 19 Nummer 2 des vorliegenden Änderungsgesetzes geänderten Fassung ab dem Tag anzuwenden, an dem das Bundesministerium des Innern und für Heimat nach Artikel 22 Satz 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) im Bundesgesetzblatt bekanntgibt, dass die technischen Voraussetzungen für die Verarbeitung der Identifikationsnummer nach Artikel 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) vorliegen.

Im Rahmen des Registermodernisierungsgesetzes (RegMoG) vom 28. März 2021, (BGBl. I S. 591) wurde in § 139b Absatz 3 und 6 AO bestimmt, dass nunmehr auch folgende Daten zu speichern sind: „Staatsangehörigkeiten“ und „Datum des letzten Verwaltungskontakts (Monat, Jahr)“. Während das Datum „Datum des letzten Verwaltungskontakts (Monat, Jahr)“ erstmals nach Inkrafttreten der Vorschriften vorkommen kann, muss das Datum „Staatsangehörigkeiten“ für alle zu diesem Zeitpunkt bereits vergebenen Identifikationsnummern in der IdNr-Datenbank nachgespeichert werden. Durch Satz 2 wird diese Nachspeicherung im Rahmen einer Einmallieferung des Datums „Staatsangehörigkeiten“ von den Meldebehörden an das Bundeszentralamt für Steuern sichergestellt.

Zu Artikel 22 (Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes)§ 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 Satz 6 und 7 – aufgehoben –

Durch § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 Satz 6 FVG wurde das Bundesministerium der Finanzen ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bundesfamilienkassen zur Wahrnehmung der Aufgaben einer Familienkasse nach § 72 Absatz 1 EStG für die in § 72 Absatz 3 Nummer 3 EStG ausgenommenen Behörden, Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts im Bereich des Bundes einzurichten. Davon wurde auch Gebrauch gemacht und durch Rechtsverordnung vom 20. Mai 2010 beim Bundesverwaltungsamt eine Bundesfamilienkasse eingerichtet (siehe Artikel 29 des vorliegenden Änderungsgesetzes). Durch die Beendigung der Sonderzuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes zum 31. Dezember 2022 überträgt die Bundesfamilienkasse beim Bundesverwaltungsamt ihre Aufgaben nun ebenfalls an die Bundesagentur für Arbeit, sodass die Bundesfamilienkasse beim Bundesverwaltungsamt aufgelöst wird. Die Ermächtigung zur Errichtung von Bundesfamilienkassen ist somit nicht mehr erforderlich und wird aufgehoben. Rechtsverordnungen zur Errichtung von Bundesfamilienkassen wird damit die Rechtsgrundlage entzogen. Die Bearbeitung von Kindergeldangelegenheiten soll zukünftig allein durch die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.

Zu Artikel 23 (Weitere Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes)§ 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 Satz 6 bis 8 und 10 – aufgehoben –

Die Landesregierungen bzw. die zuständigen obersten Landesbehörden waren ermächtigt, durch Rechtsverordnung Landesfamilienkassen zur Wahrnehmung der Aufgaben einer Familienkasse nach § 72 Absatz 1 EStG einzurichten. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfolgt zukünftig allein durch die Familienkassen der

Bundesagentur für Arbeit, die dem Bundeszentralamt für Steuern zur Durchführung des Familienleistungsausgleichs ihre Dienststellen zur Verfügung stellt. Eine Ermächtigung zur Einrichtung von Landesfamilienkassen ist somit nicht mehr vorgesehen.

Durch das Gesetz zur Beendigung der Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes vom 8. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2835) wurde in § 72 Absatz 1 und 7 EStG die Vergabe von Familienkassenschlüsseln eingeführt. Das als Familienkassenschlüssel bezeichnete Identifikationsmerkmal dient der Authentifizierung und Registrierung der Familienkassen des öffentlichen Dienstes beim Bundeszentralamt für Steuern. Dadurch wurde sichergestellt, dass keine unbefugte Stelle Zugriff auf die beim Bundeszentralamt für Steuern nach § 139b der Abgabenordnung gespeicherten Daten hat und Absetzungen bei der Lohnsteuer-Anmeldung vornimmt. Durch die Regelung in § 5 Absatz 1 Nummer 11 Satz 10 FVG gilt die Vergabe eines Familienkassenschlüssels auch für die Bundesagentur für Arbeit. Die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit erhielten einen gemeinsamen Familienkassenschlüssel. Ab 1. Januar 2024 erfolgt die Bearbeitung von Kindergeldangelegenheiten allein durch die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit. Die Vergabe von Familienkassenschlüssel als Identifikationsmerkmal ist somit nicht mehr erforderlich. Da der Familienkassenschlüssel in diversen Datenaustauschverfahren als Pflichtfeld geführt wird, ist eine technische Weiternutzung als internes Ordnungskriterium zulässig.

Zu Artikel 24 (Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken)

Zu Nummer 1

§ 2b – Überschrift

Die Überschrift des § 2b wird redaktionell an den geänderten Inhalt des § 2b Absatz 1 Satz 1 StStatG angepasst.

Zu Nummer 2

§ 2b Absatz 1 Satz 1

Im Rahmen seiner Aufgabe der Gesetzesfolgenabschätzung bei der Unternehmensbesteuerung erhält das Bundesministerium der Finanzen bislang von den Finanzverwaltungen der Länder Daten der Körperschaft- und Gewerbesteuer. Die ebenfalls notwendigen Daten der Umsatzbesteuerung werden nicht übermittelt. Die Ergänzung in § 2b StStatG schließt an bisher im Bereich der Finanzverwaltung durchgeführte jährliche Geschäftsstatistiken mit Umsatzsteuerdaten aus den maschinellen Verfahren an. Mit der Änderung werden die Unternehmenssteuerdaten durch die im Rahmen des automatisierten Besteuerungsverfahrens vorhandenen Angaben zur Umsatzsteuer komplettiert und damit die statistische Datenbasis für die Aufgabenerfüllung durch das Bundesfinanzministerium verbessert.

Zu Artikel 25 (Änderung des Steuerberatungsgesetzes)

§ 4 Nummer 12 – aufgehoben – und § 4 Nummer 12a

Mit der vorgesehenen Änderung wird der Inhalt des § 4 Nummer 12 StBerG aufgehoben und aus rechtsförmlichen Gründen der Regelungsgehalt des § 4 Nummer 12a StBerG in einen neuen § 4 Nummer 12 StBerG verschoben.

Nach § 4 Nummer 12 StBerG in der noch geltenden Fassung sind inländische Kapitalanlagegesellschaften sowie Personen, Gesellschaften und andere Gesamthandsgemeinschaften zu beschränkter Hilfeleistung in Steuersachen befugt, soweit sie in Vertretung der Gläubiger von Kapitalerträgen Sammelanträge auf Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 45b des Einkommensteuergesetzes (EStG) in der Fassung vom 1. November 2011 stellen. Diese Fassung des § 45b EStG (Erstattung von Kapitalertragsteuer auf Grund von Sammelanträgen) wurde zum 29. Juni 2013 außer Kraft gesetzt. Zum 9. Juni 2021 ist die Vorschrift des § 45b EStG mit einem neuen Regelungsgehalt neu gefasst worden (Angaben zur Bescheinigung und Abführung der Kapitalertragsteuer). Der in § 4 Nummer 12 StBerG in seiner noch geltenden Fassung enthaltene Verweis auf § 45b EStG ist aus den dargestellten Gründen nicht mehr zutreffend. Zudem sind keine Fälle mehr denkbar, bei denen Sammelanträge nach der alten Regelung des § 45b EStG gestellt werden. Es besteht daher kein Regelungsbedarf mehr.

Die Vorschrift des § 4 Nummer 12a StBerG regelt in der noch geltenden Fassung, dass ausländische Kreditinstitute, soweit sie in Vertretung der Gläubiger von Kapitalerträgen Anträge auf Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 50d EStG stellen, zu beschränkter geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen befugt sind. Mit Einführung des § 50c EStG zum 9. Juni 2021 sind Anträge auf Erstattung von Kapitalertragsteuer nicht mehr nach

§ 50d EStG, sondern nach § 50c EStG zu stellen. Es bedarf insoweit einer redaktionellen Korrektur der Zitierung in § 4 Nummer 12a StBerG. Darüber hinaus soll die Regelung zukünftig auch für inländische Kreditinstitute Anwendung finden. Für eine Beibehaltung der bisherigen Beschränkung auf ausländische Kreditinstitute wird kein Anlass gesehen. Des Weiteren wird eine Befugnis von Kreditinstituten zu beschränkter Hilfeleistung in Steuersachen im Zusammenhang mit Erstattungsanträgen nach § 44a Absatz 9 EStG und § 11 Absatz 1 des Investmentsteuergesetzes (InvStG) aufgenommen, da insoweit vergleichbare Anträge zu § 50c EStG vorliegen.

Für die Neufassung des § 4 Nummer 12 StBerG gilt die bestehende Systematik des § 4 StBerG hinsichtlich der sachlichen und persönlichen Beschränkung der Befugnis zu geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen, d. h. die Hilfeleistung in Steuersachen darf den in § 4 Nummer 12a StBerG bestimmten Umfang nicht überschreiten.

Zu Artikel 26 (Weitere Änderung des Steuerberatungsgesetzes)

§ 4 Nummer 11 Satz 1 Buchstabe b

Lohnsteuerhilfvereine sind Selbsthilfeeinrichtungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die ihren Mitgliedern bei Fragen der Einkommensteuer, die im Zusammenhang mit typischen Arbeitnehmereinkünften auftreten, weiterhelfen sowie bei der Erstellung der Einkommensteuererklärung unterstützen.

Zur Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien sollen Lohnsteuerhilfvereine zukünftig auch befugt sein, ihren Mitgliedern Hilfe bei der Einkommensteuer und ihren Zuschlagsteuern zu leisten, wenn diese eine Photovoltaikanlage mit einer installierten Leistung von bis zu 30 kW (peak) betreiben. Zu diesem Zweck soll in § 4 Nummer 11 Buchstabe b StBerG die Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 72 EStG aufgenommen werden.

Die originäre Befugnis zur Hilfeleistung bei der Einkommensteuer soll in diesem Zusammenhang nicht ausgedehnt werden, da für Photovoltaikanlagen, die der Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 72 EStG unterliegen, kein Gewinn zu ermitteln und in der Einkommensteuererklärung anzugeben ist.

Die Befugnis der Lohnsteuerhilfvereine für die Einkommensteuer und ihre Zuschlagsteuern bleibt nach dem Wortlaut der Vorschrift auch dann bestehen, wenn im Zusammenhang mit dem Betrieb einer nach § 3 Nummer 72 EStG begünstigten Photovoltaikanlage umsatzsteuerpflichtige Umsätze ausgeführt werden.

Eine Erweiterung der Beratungsbefugnis auf die Erstellung und Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung oder der Umsatzsteuererklärung für das Kalenderjahr ist damit nicht verbunden; dies bleibt weiterhin unzulässig. Durch § 4 Nummer 11 Satz 2 StBerG ist eindeutig geregelt, dass die Befugnis der Lohnsteuerhilfvereine ausschließlich auf die Hilfeleistung bei der Einkommensteuer und ihre Zuschlagsteuern beschränkt ist.

Sofern ein Mitglied des Lohnsteuerhilfvereins eine nach § 3 Nummer 72 EStG begünstigte Photovoltaikanlage betreibt, ist es für die Befugnis des Lohnsteuerhilfvereins für die Einkommensteuer unschädlich, wenn dieses Mitglied selbst für diese Photovoltaikanlage eine Umsatzsteuer-Voranmeldung und/oder eine Umsatzsteuererklärung für das Kalenderjahr erstellt oder eine zur unbeschränkten Hilfeleistung in Steuersachen befugte Person oder Gesellschaft hierfür beauftragt. Da im Rahmen der Einkommensteuererklärung keine Einkünfte im Zusammenhang mit der Photovoltaikanlage zu erklären sind, können insoweit keine Wechselwirkungen entstehen.

Zu Artikel 27 (Änderung des Bundeskindergeldgesetzes)

Zu Nummer 1

§ 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe d

Nach derzeitiger Rechtslage wird gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe d des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) ein volljähriges Kind u. a. dann berücksichtigt, wenn es eine Freiwilligenaktivität im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2018/1475 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 absolviert oder einen Internationalen Freiwilligendienst im Sinne der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 25. Mai 2018 (GMBI S. 545) leistet.

Die Freiwilligendienste sind im Zuge der Verordnung (EU) Nr. 2018/1475 in das eigenständige EU-Programm Europäisches Solidaritätskorps übergegangen (u. a. auch „Erasmus+“). An den Antragsmodalitäten und -voraussetzungen hatte sich durch das neue Programm gegenüber dem Europäischen Freiwilligendienst in „Erasmus+“ keine Änderung ergeben.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2021 wurde die Verordnung (EU) 2018/1475 aufgehoben. Die ab dem 1. Januar 2021 geltende Verordnung (EU) 2021/888 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 muss korrekt im Gesetz abgebildet werden. Außerdem erfolgt eine sprachliche Anpassung in Bezug auf den in der Verordnung (EU) 2021/888 verwendeten Begriff „Freiwillingentätigkeit“ (vorher „Freiwilligenaktivität“). Es handelt sich um eine rein technische bzw. redaktionelle Änderung entsprechend der Änderung in § 32 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe d EStG (Artikel 1 Nummer 4 des vorliegenden Änderungsgesetzes).

Des Weiteren wird ein volljähriges Kind nach derzeitiger Rechtslage u. a. dann berücksichtigt, wenn es einen Internationalen Jugendfreiwilligendienst im Sinne der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 25. Mai 2018 (GMBI S. 545) absolviert. Auf Grund einer Aktualisierung der Richtlinie muss die Fundstelle im Gesetz entsprechend angepasst werden.

Zu Nummer 2

§ 4 Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 2 – aufgehoben –

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung entsprechend der Änderung in § 65 EStG (s. Artikel 1 Nummer 15).

Zu Artikel 28 (Änderung der Altersvorsorge-Durchführungsverordnung)

Zu Nummer 1

§ 10 Absatz 2 Satz 1

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 95 EStG im vorliegenden Änderungsgesetz.

Der Verweis auf § 95 EStG ist auf Grund dessen Neufassung anzupassen. An der bisherigen Regelung, dass der Anbieter einen ihm bekannt gewordenen Tatbestand, beispielsweise die Verlegung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts des Zulageberechtigten in einen Drittstaat, der zentralen Stelle mitzuteilen hat, ändert sich nichts.

Zu Nummer 2

§ 12 Absatz 3 – aufgehoben –

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 95 EStG im vorliegenden Änderungsgesetz.

Die Regelungen des § 95 Absatz 2 und 3 EStG sind weggefallen. Damit kann die bisherige Mitteilungspflicht der zentralen Stelle gegenüber dem Anbieter zum Erlass des Rückzahlungsbetrags nach Absatz 3 entfallen.

Zu Nummer 3

§ 13

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 95 EStG im vorliegenden Änderungsgesetz.

Zum einen ist der Verweis auf § 95 EStG auf Grund dessen Neufassung anzupassen.

Zum anderen sieht die bisherige Formulierung eine Anzeigepflicht des Zulageberechtigten sowohl in der Anspruchs- als auch in der Auszahlungsphase vor. Nach der Neuregelung in § 95 EStG kann nur noch ab Beginn der Auszahlungsphase ein Sonderfall der Rückzahlung vorliegen. Die Formulierung in Absatz 2 ist entsprechend anzupassen.

Zu Artikel 29 (Aufhebung der BVA-Bundesfamilienkassenverordnung)

Das Bundesministerium der Finanzen hat durch die Rechtsverordnung vom 20. Mai 2010 die Bundesfamilienkasse beim Bundesverwaltungsamt zur Wahrnehmung der Aufgaben einer Familienkasse nach § 72 Absatz 1 EStG eingerichtet. Die Sonderzuständigkeit für die Bundesfamilienkasse endet zum 31. Dezember 2022 (vgl. auch die Änderungen in Artikel 4 und 22 des vorliegenden Änderungsgesetzes). Somit ist die Verordnung, mit der beim Bundesverwaltungsamt eine Bundesfamilienkasse eingerichtet wurde, zukünftig nicht mehr erforderlich und wird daher aufgehoben.

Zu Artikel 30 (Inkrafttreten)**Zu Absatz 1**

Artikel 30 Absatz 1 bestimmt, dass das vorliegende Änderungsgesetz grundsätzlich am Tag nach der Verkündung in Kraft tritt.

Zu Absatz 2

Die Änderungen des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Artikels 1 des Steueränderungsgesetzes 2007 vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) und in der Fassung des Artikels 1 des Jahressteuergesetzes 2007 vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) in Artikel 2 des vorliegenden Änderungsgesetzes treten rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft. Damit wird dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 8. Dezember 2021 (Az. 2 BvL 1/13) Rechnung getragen. In dem Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, dass die Tarifbegrenzung bei Gewinneinkünften gemäß § 32c EStG sowie § 32b Absatz 2 Satz 2 und 3 EStG in Verbindung mit § 32a Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 EStG in der jeweils für das Jahr 2007 geltenden Fassung nicht mit dem allgemeinen Gleichheitssatz vereinbar ist. Das BVerfG hat den Gesetzgeber mit seinem Beschluss angewiesen, spätestens bis zum 31. Dezember 2022 rückwirkend für den Veranlagungszeitraum 2007 eine Neuregelung zu treffen.

Zu Absatz 3

§ 3 Nummer 14a – neu – EStG (Artikel 3) tritt rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft. Damit wird ein steuerlicher Gleichklang mit der Einführung des Zuschlages an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung zum 1. Januar 2021 hergestellt. Die Änderung ist für betroffene Bürgerinnen und Bürger begünstigend.

Zu Absatz 4

Die Änderung des § 5 Absatz 3 Satz 1 GrEStG (Artikel 16) muss zum 1. Juli 2021 in Kraft treten, da zu diesem Zeitpunkt die Änderungen des Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 986) in Kraft getreten sind.

Das Rückwirkungsverbot, das seinen Grund im Vertrauensschutz hat, steht nicht entgegen, da sich kein schützenswertes Vertrauen auf den Bestand des geltenden Rechts bilden konnte (vgl. BVerfGE 95, 64 [86f.]; 123, 111 [129]).

Gemäß Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 986) wurde die Frist in § 5 Absatz 3 GrEStG entsprechend von fünf auf zehn Jahre verlängert. Die Änderung wurde am 17. Mai 2021 im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bereits mit dem ersten Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 23. September 2019 (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes, Drucksache 19/13437, S. 12), sollten aus Gründen der Missbrauchsabwehr die bisherigen Fristen in § 5 Absatz 3 und § 6 Absatz 3 Satz 2 GrEStG von fünf Jahren auf zehn Jahre verlängert werden. Die Verlängerung der Fristen steht im Zusammenhang mit den in den Ergänzungsstatbeständen abgesenkten Beteiligungsgrenzen und der in § 1 Absatz 2a GrEStG verlängerten Frist.

Zwischen dem ersten Gesetzesentwurf vom 23. September 2019 und dem Gesetz zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 986) ist § 5 Absatz 3 GrEStG um einen Satz 2 ergänzt worden. Hierdurch wurde der ursprüngliche Änderungsbefehl, der sich auf § 5 Absatz 3 GrEStG ohne Nennung eines Satzes bezieht, fehlerhaft. Die Änderung in § 5 Absatz 3 Satz 1 GrEStG wurde auf Grund dessen bisher nicht ausgeführt.

Die Gesetzesbegründung vom 23. September 2019 und der Wortlaut des Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 verdeutlichen, dass die Frist auf zehn Jahre verlängert werden sollte. Es besteht kein Vertrauensschutz, so dass die Änderung rückwirkend zum Inkrafttreten der Änderungen auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. Mai 2021 zum 1. Juli 2021 erfolgt.

Zu Absatz 5

Die Änderung des § 27 Absatz 3 Nummer 3 UmwStG (Artikel 7) tritt rückwirkend zum 1. Januar 2022 in Kraft, da ab diesem Zeitpunkt § 6 AStG in der ab 1. Juli 2021 geltenden Fassung erstmals anzuwenden ist.

Mit der Änderung des § 256 Absatz 3 Satz 1 BewG (Artikel 13) wird ein offensichtliches redaktionelles gesetzgeberisches Versehen rückwirkend auf den 1. Januar 2022, den Hauptfeststellungszeitpunkt für die Grundsteuerwerte, korrigiert. Bereits aus dem bisherigen Sinnzusammenhang ergibt sich, dass sich § 256 Absatz 3 BewG auf den Zinssatz für Wohnungseigentum nach § 256 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 BewG bezieht.

Zu Absatz 6

Die Änderungen von § 7 Absatz 4 Satz 2 – aufgehoben – und § 10 Absatz 3 Satz 6 EStG treten am 1. Januar 2023 in Kraft und gelten damit erstmals für die Einkommensteuerveranlagung 2023.

Die Anhebung des linearen AfA-Satzes für die Abschreibung von Wohngebäuden nach § 7 Absatz 4 EStG tritt am 1. Januar 2023 in Kraft und ist erstmals für nach dem 30. Juni 2023 fertiggestellte Gebäude anzuwenden.

Die Anhebung des Freibetrags nach § 33a Absatz 2 Satz 1 EStG für ein volljähriges, auswärtig untergebrachtes Kind in Berufsausbildung auf 1 200 Euro je Kalenderjahr tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Die Änderung von § 39 Absatz 4 Nummer 4 Buchstabe b und Absatz 4a Satz 1 EStG tritt am 1. Januar 2023 in Kraft und setzen auf die durch Artikel 4 des Jahressteuergesetzes 2020 (BGBl. I S. 3096) verabschiedeten Regelungen zum umfassenden Datenaustausch zwischen den Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern auf (Inkrafttreten ebenfalls zum 1. Januar 2023).

Die Aufhebung von § 39b Absatz 4 EStG tritt zum 1. Januar 2023 in Kraft und gilt damit erstmals für den Lohnsteuerabzug 2023.

Die Änderungen der §§ 43 und 44 EStG in Artikel 4 zum Kapitalertragsteuerabzug bei Forderungen, die über Crowdfunding-Plattformen erworben werden, treten am 1. Januar 2023 in Kraft, um den zum Kapitalertragsteuereinbehalt verpflichteten Intermediären ausreichend Zeit für die technische Umsetzung zu geben.

Die Änderungen der §§ 43 und 44 EStG in Artikel 4 zu den Anpassungen bei der Erhebung der Kapitalertragsteuer durch das Gesetz zur Einführung von elektronischen Wertpapieren treten ebenfalls am 1. Januar 2023 in Kraft, um den zum Kapitalertragsteuereinbehalt verpflichteten Intermediären ausreichend Zeit für die technische Umsetzung zu geben.

Die Änderung der §§ 39 und 69 EStG in Artikel 4 zur Ausweitung des Datenübermittlungsverfahrens zu Kindergelddaten treten am 1. Januar 2023 in Kraft. Dadurch kann frühzeitig mit der Anpassung und Errichtung der technischen Systeme begonnen werden. Der Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung ergibt sich aus § 52 Absatz 49a EStG.

Die Änderung § 10a EStG sowie die Folgeänderung in § 90 Absatz 3 EStG und die Änderung des § 95 EStG sowie die Anwendungsregelung in § 52 Absatz 51a – neu – EStG und die Folgeänderung in § 10a Absatz 6 Satz 4 EStG (Artikel 4) und die Folgeänderungen in der AltVDV (Artikel 28) treten zum 1. Januar 2023 in Kraft, damit die Verfahrenserleichterungen möglichst frühzeitig ihre Wirkung entfalten können.

Die Sonderzuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes enden zum 31. Dezember 2022. Mit Inkrafttreten am 1. Januar 2023 sind die entsprechenden Regelungen in § 72 EStG in Artikel 4 anzupassen und sind die Ermächtigung im FVG zur Errichtung einer Bundesfamilienkasse in Artikel 22 und die BVA-Bundesfamilienkassenverordnung aufzuheben (Artikel 29).

Die Änderung des Umsatzsteuergesetzes in Artikel 9 und der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung in Artikel 11 treten am 1. Januar 2023 in Kraft. Nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138) sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Mit der Gesetzesänderung in Artikel 9 Nummer 3, 6 und 7 wird diese Verpflichtung umgesetzt.

Zu Absatz 7

Die Änderungen von § 39a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a und Absatz 4 Satz 1 Nummer 1a sowie Absatz 2 Satz 4 und Absatz 3 Satz 2 EStG treten am 1. Januar 2024 in Kraft und setzen auf die durch Artikel 5 des Jahressteuergesetzes 2020 (BGBl. I S. 3096) verabschiedeten Regelungen zum umfassenden Datenaustausch zwischen den

Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern auf (Inkrafttreten ebenfalls zum 1. Januar 2024).

Die Verfahrensvereinfachung bei der Meldung von zu wenig einbehaltener Kapitalertragsteuer nach § 44 Absatz 1 Satz 10 und 11 EStG tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Die Änderungen des § 90 und des § 91 EStG treten zum 1. Januar 2024 in Kraft, damit die Verfahrenserleichterungen zwar möglichst frühzeitig ihre Wirkung entfalten können, aber der Finanzverwaltung ausreichend Zeit eingeräumt wird, die technischen Anpassungen im Verfahren vorzunehmen.

Die Sonderzuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen endet zum 31. Dezember 2023. Dementsprechend ist § 72 EStG in Artikel 5 aufzuheben und in § 5 Absatz 1 Nummer 11 FVG in Artikel 23 sind Änderungen vorzunehmen.

Die Regelungen zu den besonderen Pflichten für Zahlungsdienstleister in Artikel 10 treten am 1. Januar 2024 in Kraft, weil die entsprechende EU-Richtlinie zu diesem Zeitpunkt im nationalen Recht umgesetzt sein muss.

Zu Absatz 8

Die Einführung der elektronischen Steueranmeldung im Bauabzusteuerungsverfahren (Änderung des § 48a Absatz 1 EStG in Artikel 6 des vorliegenden Änderungsgesetzes) tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Der entsprechende zeitliche Vorlauf wird für die Vorbereitung des IT-Verfahrens im Vorhaben KONSENS benötigt. Ab dem 1. Januar 2025 haben die Abzugsverpflichteten ihre Anmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz zu übermitteln.

Zu Absatz 9

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat gibt nach Artikel 22 Satz 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) im Bundesgesetzblatt bekannt, wann die technischen Voraussetzungen für die Verarbeitung der Identifikationsnummer nach Artikel 3 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) vorliegen. Da die Artikel 19 und 21 des vorliegenden Änderungsgesetzes Folgeänderungen dazu enthalten, müssen sie zeitgleich in Kraft treten.

Anlage 2

**Aktualisierte Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates
gemäß § 6 Abs. 1 NKRG**
Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2022 (NKR-Nr. 6381, BMF)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Regelungsentwurf mit folgendem Ergebnis geprüft:

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger	
Jährlicher Zeitaufwand (Entlastung):	Rund -56.000 Stunden (1,4 Mio. Euro)
Jährliche Sachkosten (Entlastung):	Rund -12,7 Mio. Euro
Wirtschaft	
Jährlicher Erfüllungsaufwand (Entlastung):	Rund -9,8 Mio. Euro
Einmaliger Erfüllungsaufwand:	Rund 7,2 Mio. Euro
Verwaltung	
Bund	
Jährlicher Erfüllungsaufwand:	Rund 134,5 Mio. Euro
Einmaliger Erfüllungsaufwand:	Rund 19,25 Mio. Euro
Länder	
Jährlicher Erfüllungsaufwand (Entlastung):	Rund -112,7 Mio. Euro
Einmaliger Erfüllungsaufwand:	Rund 14,7 Mio. Euro
Umsetzung von EU-Recht	Über die Umsetzung einer EU-Richtlinie hinaus sollen mit dem Vorhaben eine Vielzahl nationaler steuerrechtlicher Regelungen getroffen werden.
'One in one out'-Regel	Im Sinne der 'One in one out'-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft aus den nationalen Regelungen ein „Out“ von 9,8 Mio. Euro dar.
Evaluierung	Die Regelung zum Datenübermittlungsverfahren bzgl. der Kindergelddaten soll evaluiert werden.
Ziele:	Mit der Evaluierung soll untersucht werden, inwieweit <ul style="list-style-type: none"> • die unberechtigte Inanspruchnahme von Kindergeld verhindert wurde und • die vorgesehenen Verfahrensvereinfachungen den Erfüllungsaufwand mindern.
Kriterien/Indikatoren:	Nicht definiert.

Datengrundlage:	Erkenntnisse des Bundeszentralamts für Steuern und der Bundesagentur für Arbeit
Nutzen des Vorhabens	<p>Das Ressort hat sich im Vorblatt des Gesetzentwurfs mit dem Nutzen des Vorhabens auseinandergesetzt und diesen wie folgt beschrieben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Digitalisierung im Steuerrecht sowie Verfahrensvereinfachungen erreichen, • Rechtssicherheit vergrößern, • Steuergerechtigkeit verbessern.
<p>Die Darstellung der Kostenfolgen ist nicht in jeder Hinsicht nachvollziehbar und methodengerecht. Der Nationale Normenkontrollrat</p> <ul style="list-style-type: none"> • beanstandet im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags, dass ein realitätsnahes Bild über die Kostenfolgen für die Verwaltung nur eingeschränkt gegeben ist, da der Erfüllungsaufwand der Verwaltung zu einigen Vorgaben nicht dargestellt bzw. nicht hergeleitet wurde, insbesondere Fallzahlen, Zeitaufwände und Lohnkosten nicht angegeben wurden und im Einzelfall nicht differenziert wurde, ob der Erfüllungsaufwand bei dem Bund oder den Ländern anfällt; • weist darauf hin, dass das Vorhaben zwar evaluiert werden soll, der Entwurf aber weder eine Frist dazu enthält, noch die im Beschluss des St-Ausschusses Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau vom 26. November 2019 verbindlich vorgesehenen Methodenanforderungen bezüglich der Kriterien, anhand derer evaluiert werden soll, enthält; <p>Der Nationale Normenkontrollrat hebt hervor, dass das Vorhaben zur digitalen Umsetzung von Verwaltungsleistungen im Steuerrecht und damit zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Landesverwaltungen beiträgt.</p>	

II. Regelungsvorhaben

Diese Stellungnahme bezieht sich auf den am 14. September 2022 ins Bundeskabinett eingebrachten und beschlossenen Regierungsentwurf eines Jahressteuergesetzes 2022.

Das Regelungsvorhaben enthält eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts, so u. a.

- Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Aufbau eines direkten Auszahlungsweges für öffentliche Leistungen unter Nutzung der steuerlichen Identifikationsnummer,
- weitestgehende Abschaffung der bisherigen Regelungen zur Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger, die nur auf Grund von Vermietung, Verpachtung oder Veräußerung eines in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragenen Rechts (sog. Registerfälle, bspw. Patent- oder Markenregister) der Besteuerung in Deutschland unterliegen,
- Anhebung des linearen AfA-Satzes für die Abschreibung von Wohngebäuden auf 3 Prozent,
- vollständiger Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen ab 2023,
- Steuerfreistellung des Grundrentenzuschlags,
- Verfahrensverbesserungen bei der Riester-Förderung,
- Anpassung der Vorschriften zur Grundbesitzbewertung,
- Schaffung einer nationalen Vorschrift zur Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister,

- Umsetzung verschiedener Verpflichtungen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG),
- Einführung einer Steuersatzsenkung für bestimmte Photovoltaikanlagen.

III. Bewertung

Bürgerinnen und Bürger

Das Ressort hat den Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger methodengerecht ermittelt und dargestellt.

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht im Wesentlichen eine jährliche Entlastung von rund 56.000 Stunden (1,4 Mio. Euro) sowie von Sachkosten in Höhe von rund 12,7 Mio. Euro. Die Entlastungen stellen sich wie folgt dar:

Die Abschaffung der Möglichkeit zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude bewirkt eine Entlastung von jährlichem Erfüllungsaufwand von rund 7.500 Stunden (18 Minuten im Einzelfall bei 25.000 Fällen) und zu einer Entlastung von Sachkosten von rund 12,5 Mio. Euro jährlich (im Einzelfall 500 Euro).

Durch die Erhöhung der linearen AfA (Absetzung für Abnutzung) für neue Wohngebäude und die Stichtagsprüfung durch Änderung der AfA-Sätze bei Wohngebäuden entsteht bei den Bürgern ein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 810 Stunden (bei 1 Minute Zeitaufwand im Einzelfall und 48.750 Fällen).

Verfahrenserleichterungen bei der Riester-Rente für Kindererziehende führen bei den Bürgern zu einer jährlichen Entlastung von rund 48.000 Stunden (1 Minute Zeitaufwand bei 130.000 Fällen). Ferner entsteht eine jährliche Ersparnis bei den Sachkosten von rund 130.000 Euro (1 Euro pro Fall).

Die vorgesehene Einschränkung der Anzeigepflicht zu Änderungen in der Nutzung oder in den Eigentumsverhältnissen eines ganz oder teilweise von der Grundsteuer befreiten Steuergegenstandes führt bei den Bürgern zu einer Entlastung von jährlichem Erfüllungsaufwand um rund 307 Stunden (bei 200 Fällen und 92 Minuten Zeitaufwand im Einzelfall) sowie zur Ersparnis von Sachkosten von rund 3.600 Euro (18 Euro im Einzelfall).

Die künftig elektronische Abgabe der Feststellungserklärung führt bei den Bürgern zu einer Entlastung von jährlichem Erfüllungsaufwand um rund 450 Stunden (im Einzelfall 1 Minute bei 30.000 Fällen) sowie zur Ersparnis von Sachkosten von rund 60.000 Euro jährlich (2 Euro im Einzelfall).

Wirtschaft

Das Ressort hat den Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft methodengerecht ermittelt und nachvollziehbar dargestellt.

Das Regelungsvorhaben verursacht bei der Wirtschaft einen einmaligen Erfüllungsaufwand von rund 7,2 Mio. Euro und eine jährliche Entlastung von rund 9,8 Mio. Euro.

Die Abschaffung der Möglichkeit zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude führt bei der Wirtschaft zu einer jährlichen Entlastung von 12,8 Mio. Euro (25.000 Fälle x 20 Minuten Zeitaufwand x 36,30 Euro zzgl. 500 Euro Sachkosten pro Fall).

Die Schaffung eines Auszahlungsweges für öffentliche Leistungen über die steuerliche Identifikationsnummer führt bei der Wirtschaft zu einmaligem Erfüllungsaufwand von rund 2,7 Mio. Euro (1.679 Fälle x 1.200 Minuten Zeitaufwand x 80,90 Euro).

Die Erhöhung der linearen AfA für neue Wohngebäude führt zu einmaligem Erfüllungsaufwand der Wirtschaft von rund 79.000 Euro (130.000 Fälle x 1 Minute Zeitaufwand x 36,30 Euro).

Der Wegfall von Stundungsverfahren bei Verzug ins Ausland führt zu einer jährlichen Entlastung der Wirtschaft von rund 6.000 Euro (1.000 Fälle x 6 Minuten Zeitaufwand x 51,30 Euro zzgl. 1 Euro Sachkosten pro Fall).

Die Regelung zur Festsetzung der Altersvorsorgezulage führt zu einer jährlichen Entlastung bei der Wirtschaft von rund 614.000 Euro (150.000 Fälle x 6 Minuten Zeitaufwand x 30,90 Euro zzgl. 1 Euro Sachkosten pro Fall).

Die Einschränkung der Anzeigepflicht führt zu einer jährlichen Entlastung der Wirtschaft von rund 28.000 Euro (400 Fälle x 92 Minuten Zeitaufwand x 34,10 Euro zzgl. 18 Euro Sachkosten pro Fall).

Die Pflicht zur elektronischen Abgabe der Feststellungserklärung führt bei der Wirtschaft zu einer jährlichen Entlastung um rund 280.000 Euro (105.025 Fälle x rund 1 Minute Zeitaufwand x 44,40 Euro zzgl. 2 Euro Sachkosten pro Fall).

Die Digitalisierung des Bausteuerabzugsverfahrens im Wege der elektronischen Steueranmeldung führt bei der Wirtschaft zu einer jährlichen Entlastung von rund 1,3 Mio. Euro (525.000 Fälle x rund 1 Minute Zeitaufwand x 34 Euro zzgl. 2 Euro Sachkosten pro Fall).

Die Möglichkeit zur elektronischen Abgabe des Antrags auf Steuervergütung führt bei der Wirtschaft zu einer jährlichen Entlastung von rund 15.000 Euro (4.493 Fälle x 5 Minuten Zeitaufwand x 29,30 Euro zzgl. 1 Euro Sachkosten pro Fall).

Die vorgesehene Aufzeichnungspflicht für Zahlungsdienstleister bei mehr als 25 grenzüberschreitende Zahlungen an denselben Zahlungsempfänger sorgt bei der Wirtschaft für zusätzlichen einmaligen Erfüllungsaufwand (lediglich Sachkosten) von rund 1,2 Mio. Euro (75 Fälle x 16.350 Euro Sachkosten).

Die Einführung einer elektronischen Meldung zur Fahrzeugeinzelbesteuerung führt bei der Wirtschaft zu geringfügigem einmaligem Erfüllungsaufwand in Form von Sachkosten.

Der Antrag auf Stundung der Wegzugssteuer bei einbringungsgeborenen Anteilen führt zu geringfügigem jährlichen Erfüllungsaufwand bei der Wirtschaft.

Durch die Anpassung der internen Prozesse in den Unternehmen an die Steuersatzsenkung für Photovoltaikanlagen entsteht der Wirtschaft einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 3,2 Mio. Euro (3.000 Fälle x 1.088 Minuten x 59,50 Euro).

Die Vorgabe zur Ermittlung der Nutzungsart von Gebäuden im Zuge der Steuersatzsenkung für Photovoltaikanlagen führt zu einer jährlichen Entlastung von rund 373.000 Euro (188.000 Fälle x 59,90 Euro x 2 Minuten Zeitaufwand).

Die vorgesehene Kleinunternehmerregelung in diesem Zusammenhang verursacht jährlichen Erfüllungsaufwand von rund 586.000 Euro (160.000 Fälle x 5 Minuten Zeitaufwand x 31,92 Euro zzgl. 1 Euro Sachkosten pro Fall).

Die Steuersatzsenkung für Photovoltaikanlagen schafft in Bezug auf die Umsatzsteuervoranmeldung eine jährliche Entlastung von rund 5 Mio. Euro (160.000 Fälle x 36,30 Euro x 52 Minuten Zeitaufwand).

Verwaltung

Das Vorhaben führt bei der Verwaltung der Länder zu großen jährlichen Entlastungen. Dies ist vielfach auf die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen zurückzuführen. Die Umsetzung der digitalen Prozesse führt allerdings zu teils hohen einmaligen Erfüllungsaufwänden bei der Verwaltung von Bund und Ländern.

Der entstehende Erfüllungsaufwand der Verwaltung wurde zu einigen Vorgaben nicht dargestellt bzw. nicht methodisch hergeleitet, insbesondere fehlen im Einzelfall Fallzahlen, Zeitaufwände und Lohnkosten, auch differenziert die Darstellung im Regelungsentwurf im Einzelfall nicht, ob der Erfüllungsaufwand bei dem Bund oder den Ländern anfällt.

Bund

Für die Verwaltung des Bundes wird ein einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 19,25 Mio. Euro sowie jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 134,5 Mio. Euro geschätzt:

Die Steuerfreistellung des Grundrentenzuschlags führt bei der Deutschen Rentenversicherung Bund zu einmaligem Erfüllungsaufwand von rund 247.000 Euro (1 Fall x 375 Tage bzw. 180.000 Minuten Zeitaufwand x 659 Euro Tagessatz) für die Umstellung von IT, da für diejenigen Rentner, die bereits im Jahr 2021 einen Grundrentenzuschlag erhalten haben, die Rentenbezugsmitteilungen 2021 zu korrigieren sind. Den jährlichen Erfüllungsaufwand stellt der Regelungsentwurf nicht dar.

Bei der Bundesagentur für Arbeit entsteht durch die Übernahme der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes (ca. 170.500 Kinder) und die verbliebenen Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen (Stand 31. Mai 2022 – ca. 620.000 Kinder) zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand. Das Ressort geht hier mit Blick auf die Haushaltsausgaben von einer Größenordnung von rund 95,3 Mio. Euro aus, die sich auf die Jahre 2022 bis 2027 verteilen. Die Größenordnung der Haushaltsausgaben mag hier auch maßstabsgebend für den entstehenden Erfüllungsaufwand sein, wobei von auch von Synergieeffekten durch die Konzentration der Zuständigkeit bei der Bundesagentur auszugehen ist. Eine Herleitung zu Zeitaufwänden oder Lohnkosten hat das Ressort nicht vorgenommen.

Die beabsichtigten Verfahrensanpassungen bei der Riester-Förderung verursachen nach Darstellung des Ressorts jährlichen Erfüllungsaufwand beim Bund (Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen, ZfA) von rund 13 Mio. Euro, der sich auf die Jahre 2022 bis 2026 verteilt und für IT und Personalkosten entsteht. Die Darstellung im Regelungsvorhaben verweist auf die Ausführungen zu den Haushaltsausgaben, die hier als Anhaltspunkt für den entstehenden Erfüllungsaufwand herangezogen werden. Insbesondere mit Blick auf die „Anschaffung“ von IT dürften Haushaltsausgaben und Erfüllungsaufwand nahe beieinanderliegen. Das Ressort hat allerdings von einer Darstellung des Erfüllungsaufwands in der Begründung des Regelungsvorhabens abgesehen, eine Herleitung zu Zeitaufwänden oder Lohnkosten hat das Ressort nicht vorgenommen.

Die Ausweitung der Datenübermittlungsverfahren zu Kindergelddaten führt beim Bund zu jährlichem Erfüllungsaufwand von rund 9,2 Mio. Euro. Das Ressort geht nachvollziehbar von einer Gesamtfallzahl von rund 2,1 Mio. Fällen aus. Pro Fall entsteht beim BZSt ein Zeitaufwand von 1 Minute (Lohnkostensatz von 42,20 Euro) und bei den Familienkassen von 5 Minuten (Lohnkostensatz von 43,90 Euro).

Die Regelung zu den Mitteilungen der Finanzbehörden bei rechtswidrig erlangten Leistungen aus öffentlichen Mitteln zur Durchführung von Strafverfahren führt bei der Verwaltung des

Bundes zu jährlichem Erfüllungsaufwand von rund 27.000 Euro (8.000 Fälle x 6 Minuten Zeitaufwand x 33,80 Euro).

Die Anpassung der Schnittstelle zur Übermittlung der IBAN führt beim Bund (BZSt, Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit sowie Träger der gesetzlichen Rentenversicherung – Bund) zu einmaligem Erfüllungsaufwand von rund 3.000 Euro (2 Fälle x 1.200 Minuten Zeitaufwand x 70,50 Euro).

Für den Bund (BZSt und ITZ Bund) nimmt das Ressort aufgeteilt auf die Jahre 2023 bis 2026 zusätzlichen einmaligen Erfüllungsaufwand von rund 19 Mio. Euro und jährlichen Erfüllungsaufwand von rund 17 Mio. Euro für die Entwicklung, Pflege, Wartung und Betrieb eines IT-Fachverfahrens an (Umsetzung EU-Recht).

Die bisher geltenden Regeln zur Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger, die nur auf Grund der Vermietung, Verpachtung oder Veräußerung eines in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragenen Rechts (sog. Registerfälle, bspw. Patent- oder Markenregister) der Besteuerung in Deutschland unterliegen, sollen zurückgeführt und weitgehend abgeschafft werden. Der Besteuerungsanspruch soll bei Registerfällen zukünftig auf Beziehungen zu nichtkooperativen Steuerhoheitsgebieten beschränkt werden („Steuroasen“). Das Ressort geht hier von zusätzlichem Erfüllungsaufwand für den Bund (BZSt) und die Länder aus. Den Erfüllungsaufwand stellt das Regelungsvorhaben nicht dar.

Länder

Für die Verwaltung der Länder wird ein einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 14,7 Mio. Euro sowie eine jährliche Entlastung von rund 112,7 Mio. Euro geschätzt:

Der Belastung des Bundes durch die Übernahme der Familienkassen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Bundes (ca. 170.500 Kinder) und die verbliebenen Familienkassen des öffentlichen Dienstes der Länder und Kommunen (Stand 31. Mai 2022 – ca. 620.000 Kinder) steht eine jährliche Entlastung der Länder in vergleichbarer Größenordnung gegenüber. Auszugehen ist von einer Größenordnung von 95,3 Mio. Euro. Eine belastbare Bezifferung dieser Entlastung hat das Ressort nicht vorgenommen.

Die Abschaffung der Möglichkeit zum Ansatz einer kürzeren Nutzungsdauer für Gebäude führt bei den Ländern dazu, dass diese keine Anträge dieser Art mehr bearbeiten müssen und Rechtsbehelfsverfahren entfallen werden. Dies führt zu einer jährlichen Entlastung von rund 6,4 Mio. Euro (mittlerer Dienst: 50.000 Fälle x 160 Minuten Zeitaufwand x 33,70 Euro; gehobener Dienst: 10.000 Fälle x 265 Minuten Zeitaufwand x 43,90 Euro). Dieser jährlichen Entlastung steht nach Schätzung des BZSt eine einmalige Belastung von rund 122.000 Euro an Sachkosten gegenüber für die Anpassung der Eingabemöglichkeit bei den festsetzungsnahen Daten.

Die Bereitstellung von Zerlegungsbescheiden zum digitalen Abruf führt für die Verwaltung der Länder zu jährlichem Erfüllungsaufwand von rund 16.000 Euro (1 Fall x 7.200 Minuten Zeitaufwand x 136,25 Euro). Zudem entsteht einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 545.000 Euro (1 Fall x 240.000 Minute x 136,25 Euro). Das Ressort ordnet den entstehenden Erfüllungsaufwand im Regelungsvorhaben fälschlicherweise sowohl den Ländern, als auch dem Bund zu.

Die Schaffung der elektronischen Steueranmeldung im Zuge der Digitalisierung des Bausteuerabzugsverfahrens verursacht bei den Verwaltungen der Länder einmaligen Erfüllungsaufwand von rund 3,5 Mio. Euro für die Entwicklung von IT-Verfahren. Das Ressort hat den jährlichen Erfüllungsaufwand für die Wartung und Pflege des Verfahrens nicht dargestellt. Des

Weiteren ordnet das Ressort den Aufwand im Regelungsvorhaben sowohl den Ländern, als fälschlicherweise auch dem Bund zu.

Der Wegfall der Unterrichtungspflicht von Vollzugsbehörden ggü. dem Schuldner über die Durchführung eines Auskunfts- und Unterstützungsersuchens führt bei den Ländern zu einer jährlichen Entlastung von rund 39.000 Euro (14.500 Fälle x 3 Minuten Zeitaufwand x 33,70 Euro).

Mit dem Vorhaben soll die Anzeigepflicht nach dem GrStG auf die Fälle beschränkt werden, bei denen die Änderung der Gebäudenutzung Auswirkungen auf die Steuerbefreiung hat. Hierdurch dürfte eine jährliche Entlastung bei den Ländern entstehen. Das Ressort hat diesbezüglich unter Verweis auf die unbekannte Fallzahl eine Quantifizierung nicht durchgeführt.

Die Pflicht zur elektronischen Abgabe von Feststellungserklärungen nach dem BewG führt bei den Landesfinanzverwaltungen zu einer jährlichen Entlastung von Erfüllungsaufwand von rund 1,5 Mio. Euro (240.000 Fälle x 11 Minuten Zeitaufwand x 33,70 Euro). Dieser jährlichen Entlastung steht eine einmalige Belastung von rund 2 Mio. Euro gegenüber. Dieser einmalige Erfüllungsaufwand entsteht durch die notwendige Anpassung von IT-Verfahren, wie zum Beispiel KONSENS oder ELSTER.

Die elektronische Feststellung von Insolvenzforderungen führt bei den Verwaltungen der Länder zu einer jährlichen Entlastung von rund 90.000 Euro (90.000 Fälle, 1 Euro Sachkosten pro Fall).

Durch die vorgesehene Übermittlung der Umsatzsteuerdaten von den Finanzverwaltungen der Länder für Zwecke der jährlichen Geschäftsstatistiken entsteht den Finanzverwaltungen und Statistischen Ämtern der Länder ein einmaliger und jährlicher IT-Aufwand. Das Ressort hat hier mangels Erkenntnissen aus den Ländern von einer Schätzung des Erfüllungsaufwandes abgesehen.

Die Ertragsteuerbefreiung bestimmter Photovoltaikanlagen führt bei der Verwaltung zu Erfüllungsaufwand, da die Anforderung der Einhaltung der Anlagengröße (100 kwp-Grenze) geprüft werden muss. Der jährliche Erfüllungsaufwand beträgt schätzungsweise 936.000 Euro (180.000 Fälle x 8 Minuten Zeitaufwand x 38,80 Euro) und der einmalige Erfüllungsaufwand für die Prüfung der Bestandsfälle beträgt rund 8,5 Mio. Euro (1,64 Mio. Fälle x 8 Minuten Zeitaufwand x 38,80 Euro). Die Darstellung des Ressorts im Regelungsentwurf weist hier fälschlicherweise eine Entlastung aus.

Die Ertragsteuerbefreiung bestimmter Photovoltaikanlagen hat für die Verwaltung der Länder zur Folge, dass diese nicht mehr die Gewinnerzielungsabsicht, noch die Einnahmenüberschussrechnung prüfen müssen. Hierdurch entsteht eine jährliche Entlastung von in Summe rund 8,4 Mio. Euro (19.700 Fälle x 56 Minuten Zeitaufwand x 38,80 Euro sowie 394.000 Fälle x 30 Minuten Zeitaufwand x 38,80 Euro).

IV. Ergebnis

Die Darstellung der Kostenfolgen ist nicht in jeder Hinsicht nachvollziehbar und methodengerecht. Der Nationale Normenkontrollrat

- beanstandet im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags, dass ein realitätsnahes Bild über die Kostenfolgen für die Verwaltung nur eingeschränkt gegeben ist, da der Erfüllungsaufwand der Verwaltung zu einigen Vorgaben nicht dargestellt bzw. nicht hergeleitet wurde, insbesondere Fallzahlen, Zeitaufwände und Lohnkosten nicht angegeben wurden und im Einzelfall nicht differenziert wurde, ob der Erfüllungsaufwand bei dem Bund oder den Ländern anfällt;

- weist darauf hin, dass das Vorhaben zwar evaluiert werden soll, der Entwurf aber weder eine Frist dazu enthält, noch die im Beschluss des St-Ausschusses Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau vom 26. November 2019 verbindlich vorgesehenen Methodenanforderungen bezüglich der Kriterien, anhand derer evaluiert werden soll, enthält;

Der Nationale Normenkontrollrat hebt hervor, dass das Vorhaben zur digitalen Umsetzung von Verwaltungsleistungen im Steuerrecht und damit zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Landesverwaltungen beiträgt.

Lutz Goebel
Vorsitzender

Ulla Ihnen
Berichterstatterin

Anlage 3**Stellungnahme der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrats**

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrats zum Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2022 (JStG 2022) zur Kenntnis.

Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags Einwände gegen die Darstellung der Kostenfolgen zu einigen Angaben der Verwaltung im Regelungsentwurf. Sie sei nicht in jeder Hinsicht nachvollziehbar und methodengerecht. Er hebt aber auch hervor, dass das Vorhaben zur digitalen Umsetzung von Verwaltungsleistungen im Steuerrecht und damit zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Landesverwaltungen beitrage.

Die Bundesregierung hat mit dem Jahressteuergesetz 2022 ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt, das zu den Kostenfolgen der Wirtschaft, Bürger und Verwaltung weitestgehend ausführliche Stellungnahmen enthält. Sie ist bemüht, den Einwänden des Nationalen Normenkontrollrates in Zukunft Rechnung zu tragen und die Darstellung des Erfüllungsaufwands der Verwaltung weiter zu verbessern.